



69/2015 Historischer Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

LUDWIGSBURGER GESCHICHTSBLÄTTER

Umschlagbild

Schloss Remseck auf dem Bergsporn über der Remsmündung, Aquarell von 1853.

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 69

Mit 90 Abbildungen

2015

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck
unter Mitarbeit von Dr. Simon Karzel, Vaihingen

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: WALTER Medien GmbH, Brackenheim-Hausen
Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter an diesem Band	4
Vorwort (<i>Elfriede Krüger</i>)	5
»In allen Ufruren bey den fordersten gewesen«. Der Bauernaufstand »Armer Konrad« in Marbach und Umgebung von <i>Albrecht Gühning</i>	7
Niccolò Jommelli (1714–1774). Opernkomponist und Kapellmeister am Hof Herzog Carl Eugens von <i>Rolf Bidlingmaier</i>	21
Niccolò Jommelli als Musikdramatiker von <i>Dietholf Zerweck</i>	33
»Christus sei ihr König, sie haben keinen Herrn und König auf der Welt«. Separatistinnen und Separatisten im Raum Ludwigsburg von <i>Eberhard Fritz</i>	41
Georg Kerner. Ein kleiner Schwabe wie ein Vulkan von <i>Andrea Fix</i>	65
Mehr Licht für Ludwigsburg. Das städtische Gaswerk. Eine Hommage an Louis Bühler von <i>Günther Bergan</i>	83
Wilhelm Ludwig (Louis) Bühler. Silberarbeiter und Stadtrat in Ludwigsburg von <i>Günther Bergan</i>	107
Ludwigsburg im Ersten Weltkrieg. Alltag in der Garnisonstadt von <i>Wolfgang Läßle</i>	117
Die letzte Äbtissin des adeligen Damenstifts Oberstenfeld. Aus dem Leben der Amalie (Lilly) von Pückler-Limpurg (1863–1942) von <i>Ernst Schedler</i>	137
Im Angesicht des Terrors. Die Vaihinger Bevölkerung als Beteiligte und als Augenzeugen 1933 bis 1945 von <i>Manfred Scheck</i>	157

Zwangsehe statt Liebesheirat. Eberdingen und die Gemeindereform der 70er Jahre von <i>Thomas Schulz</i>	183
40 Jahre Remseck am Neckar. Karriere einer Reformgemeinde von <i>Eduard Theiner</i>	203
Buchbesprechungen	233
Bildnachweis	245
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2015	247

Mitarbeiter an diesem Band

Günther Bergan, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
 Wolfram Berner, M.A., Kreisarchivar, Marbach a. N.
 Rolf Bidlingmaier, Stadtarchivar, Bempflingen
 Dr. Andrea Fix, Kunsthistorikerin, Stuttgart
 Dr. Eberhard Fritz, Archivar des Hauses Württemberg, Altshausen
 Albrecht Gühring, Stadtarchivar, Möglingen
 Dr. Simon Karzel, Stadtarchivar, Vaihingen an der Enz
 Hans-Christoph Knippel, Oberstudienrat a. D., Ludwigsburg
 Elfriede Krüger, Rektorin, Ludwigsburg
 Wolfgang Läßle, Stadtoberarchivar a. D., Asperg
 Dr. Manfred Scheck, Oberstudienrat a. D., Vaihingen an der Enz
 Ernst Schedler, Rektor a. D., Oberstenfeld
 Dr. Thomas Schulz, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.
 Eduard Theiner, M.A., Stadtarchivar i. R., Altbach
 Dietholf Zerweck, Kulturjournalist, Ludwigsburg
 Karl-Heinz Zimmerstädt, Kundenberater i. R., Steinheim a. d. Murr

Vorwort

Band 69 der Ludwigsburger Geschichtsblätter möchte Sie wieder animieren, sich mit der Geschichte unserer Region zu beschäftigen. Herzlicher Dank gilt der Stadt Ludwigsburg, dem Landkreis Ludwigsburg und der Wüstenrot-Stiftung, die die Herausgabe der Geschichtsblätter in der bekannten Form ermöglichen. Dank gilt auch den Autoren und Mitarbeitern am vorliegenden Band und dem Redakteur Dr. Thomas Schulz sowie allen Mitgliedern, Spendern und Förderern des Vereins und seiner Arbeit.

Sonnige Herbsttage geben uns die Muße, auf die vergangenen Monate des Jahres zurückzublicken. Die hohen Öchslegrade bei der Weinlese ließen die Augen der Winzer strahlen und auf einen ausgezeichneten Jahrgang hoffen. Wie bei den Weinbauern verlief die Gesamtentwicklung in der Stadt und im Kreis Ludwigsburg im Jahr 2015 überwiegend positiv. Von größeren Katastrophen blieben die Kreisgemeinden glücklicherweise verschont und einige größere Projekte konnten zu einem glücklichen Abschluss geführt werden.

Die Fragen um den Verkehr, den umfassenden und nachhaltigen Naturschutz, die Wirtschaftsentwicklung, die Schulentwicklung mit den Herausforderungen des neuen Bildungsplanes und die vielen Aufgaben, um Stadt und Kreis auch in Zukunft lebens- und liebenswert zu gestalten, werden uns alle weiter beschäftigen.

Die große Herausforderung durch die unerwartet große und immer weiter ansteigende Zahl an Flüchtlingen bringt den Landkreis und die Städte und Gemeinden in großen Handlungszwang. Viele Vereine, Gruppen und einzelne Personen setzen sich ehrenamtlich vorbildlich für die Neuankömmlinge ein. Wohnraum und Übergangslösungen werden überall geschaffen, teilweise auch mit ungewohnten Maßnahmen, wie der Aufstellung von Containerdörfern oder der Unterbringung in Sporthallen.

Viele Kreisbewohner sehen die Not der Flüchtlinge und sind zur Hilfe bereit. Manchen bereitet die große Zahl der Fremden auch Sorge oder macht ihnen Angst. Aber schauen wir zurück in die Geschichte, hier nur in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Herausforderungen kamen auf die Bevölkerung zu und wie hat sie die Aufgaben angenommen?

Direkt nach Kriegsende waren viele Soldaten in Ludwigsburg stationiert. Dazu kamen Tausende an Kriegsgefangenen, »Unerwünschten Personen«, Flüchtlingen und Vertriebenen. Alle mussten untergebracht werden. Und dies in einer Zeit, in der das Land zerstört, die Infrastruktur stark geschädigt war und Verwaltung und Wirtschaft erst aufgebaut werden mussten.

Mit dem Wirtschaftswunder kamen die Gastarbeiter aus Italien und später Türken und andere Nationalitäten ins Land. Spätaussiedler und Russlanddeutsche suchten eine neue Heimat in unserer Region. Durch die engere Zusammenarbeit und die Öffnung Europas zogen Deutsche zum Studium, zur Arbeit, zum Leben in europäische Nachbarländer und europäische Nachbarn kamen zu uns. Die Einigung Deutschlands brachte große Umwälzungen und finanzielle Belastungen mit sich.

Jedes Mal standen wir als Gesellschaft vor neuen, teils sehr schwierigen Herausforderungen. Im Blick zurück wurden viele Aufgaben gemeistert. Natürlich würde man aus heutiger Sicht Einzelheiten anders gestalten, aber insgesamt nahm das Land die Probleme an und ist damit in seiner Leistungsfähigkeit gewachsen.

Mit diesen, in jener Zeit neuen und fremden Mitbürgern leben wir heute selbstverständlich und friedlich zusammen und sie gehören mit zu unserer Gemeinschaft. Wir alle zusammen, also auch sie, haben dazu beigetragen, dass sich insbesondere der Kreis Ludwigsburg wirtschaftlich und kulturell so gut entwickeln konnte und heute zu einer Vorzeigeregion des Landes gehört. Wir können stolz sein auf die geleistete Arbeit, das gemeinsame Miteinander, die Willkommenskultur und das soziale Engagement in unseren Städten und Gemeinden. Und wir können uns freuen über ein vielfältiges Kulturangebot und den Genuss ausländischer Spezialitäten bei uns. Genießen wir das Fremde nicht nur im Urlaub, sondern nehmen es auch hier bei uns als Bereicherung wahr.

Die eigenen Werte und unsere eigenständige Kultur gehen damit nicht verloren. Es liegt an uns, Traditionen zu pflegen und Kulturrerengenschaften im täglichen Leben zu verankern und zu zeigen. Fremdes kennen und verstehen zu lernen, bedeutet nicht zwangsläufig, eigene Werte und Vorstellungen aufgeben zu müssen. Aber wir müssen zu unseren Wertvorstellungen stehen und sie ganz alltäglich leben, um damit auch zur Bereicherung der Lebenswelt der Neuankömmlinge beizutragen.

Mit dieser Zuversicht aus dem Geleisteten der letzten Jahrzehnte können wir, so glaube ich, auch neue schwierige Aufgaben gemeinsam bewältigen. Wir müssen die Probleme und Ängste ernst nehmen und im Kleinen wie im Großen verantwortlich handeln. Wenn jeder Einzelne wie die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft nach praktikablen Lösungen suchen und zielgerichtet handeln, hat Deutschland – und hier insbesondere auch die Stadt und der Kreis Ludwigsburg – das Potential, um auch diese großen Herausforderungen zu bewältigen. Nach dieser Kraftanstrengung bietet sich, so die Erfahrung aus den letzten Jahrzehnten, die Chance einer langfristigen positiven Weiterentwicklung und sozialen Absicherung in Frieden in unserem Land, die wir uns alle so sehr wünschen.

Allen Mitgliedern und Freunden des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg und allen Lesern dieses Bandes wünschen wir eine interessante Lektüre und Glück und Gesundheit für das Jahr 2016.

Im November 2015

Elfriede Krüger

»In allen Ufruren bey den fordersten gewesen«

Der Bauernaufstand »Armer Konrad« in Marbach und Umgebung*

von Albrecht Gühring

Herzog Ulrich von Württemberg wurde 1503 mit 16 Jahren für mündig erklärt. Zunächst war er ein recht erfolgreicher Regent, denn im Bayerischen Erbfolgekrieg von 1504 konnte er sein Land im Westen, Norden und Osten wesentlich vergrößern. In Marbach war man darüber besonders glücklich, denn Stadt und Amt wurden aus der seit 1463 währenden Lehensabhängigkeit von der Pfalz gelöst.

Seine Hochzeit mit Sabina von Bayern feierte Ulrich unter anderem am 3. Mai 1511 mit einem glanzvollen Pferderennen in Marbach. Aufgrund des Erfolges wurde die Veranstaltung 1512 wiederholt.¹

Herzog Ulrich war jedoch ein selbstherrlicher Regent, der bald seine enge Bindung an den Kaiser und den Schwäbischen Bund vernachlässigte. Seine verschwenderische und maßlose Hofhaltung brachte ihn in finanzielle Schwierigkeiten, die er auf Kosten der Untertanen zu bekämpfen versuchte. Eine ungerechte Verbraucherabgabe sowie die Veränderung von Maß und Gewicht blieben nicht ohne Folge, zumal viele Bauern und Weingärtner nicht mehr nur das verarmte und unmündige Proletariat auf dem Lande waren, sondern in vielen Bereichen mehr Mitspracherecht forderten. Die aufgeheizte Stimmung entlud sich zuerst im Remstal. Von dort erfasste der Aufruhr des »Armen Konrad« im Frühjahr 1514 in kürzester Zeit das ganze Land, so auch Marbach und Umgebung.²

Ein willkommenes Fest war die Marbacher Kirchweih am Alexandertag, dem 3. Mai, die wohl meist am darauf folgenden Sonntag gefeiert wurde. Dies war damals der 7. Mai 1514. An diesem Festtag kam aus den Städten und Dörfern der Umgebung eine große Anzahl Menschen nach Marbach, wo sie ihrem Unmut Luft machten. Die Quellen schweigen jedoch darüber, wer zu dem Protestmarsch nach Marbach aufgerufen hatte. Das Volk der Unzufriedenen versammelte sich auf dem sogenannten Wasen beim Marbacher Rennhaus. Es handelt sich wohl um den ehemaligen Schafwasen, der etwa da war, wo sich heute der König-Wilhelm-Platz befindet. Mehrere Rednerheizten die Stimmung an, darunter vielleicht auch der Marbacher Arzt Dr. Alexander Seitz, den Paul Sauer einen »wortgewandten, selbstlos denkenden Anwalt der unteren Bevölkerungsklassen« nennt.³ Allerdings lässt sich seine Beteiligung in Marbach nicht belegen; wahrscheinlich war er damals bereits Stadtarzt in Wildbad.⁴

Neben Bauern und Weingärtner waren auch höher gestellte Persönlichkeiten beteiligt. Die Großbottwarer wurden sogar von einem Geistlichen angeführt.⁵ Die Bietigheimer, mit denen auch die Ingersheimer zogen, waren sogar mit Handrohren, also einfachen Gewehren, bewaffnet. Nach der Rückkehr sollen in Bietigheim Schüsse gefallen sein, die wohl dem Vogt galten. Die wütenden Ingersheimer stießen auf dem Heimweg den Marbacher Galgen um.⁶

* Überarbeite und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 9. Januar 2014 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

So konnten die radikalen Wortführer im Laufe des Monats Mai immer mehr Anhänger um sich scharen. Wie in Marbach wollte man sich nun bei der am 28. Mai stattfindenden Untertürkheimer Kirchweih zusammenrotten. Umgehend wurde ein herzogliches Verbot erlassen, das jedoch nicht verhindern konnte, dass Menschen aus ganz Württemberg dorthin strömten.⁷ Auch die Affalterbacher Kirchweih wurde von über 500 Menschen besucht.

Herzog Ulrich hatte nicht mit einem solchen Aufruhr im Land gerechnet und gab überraschend schnell nach, indem er auf die weitere Erhebung der verpönten Verbraucherabgabe verzichtete. Nun wiederum waren die Bauern von ihrem schnellen Erfolg überrascht und sahen diesen als Aufforderung, weitere »Gravamina«, also Beschwerden anzuprangern. Lange suchen musste man nicht, denn bei Hofe selbst und bei den Regierungsbehörden herrschten Misswirtschaft und Korruption. Verbürgte Rechte der unteren Schichten wurden beschnitten, der Wildschaden nahm überhand und die bäuerlichen Allmend- und Waldnutzungsrechte wurden geschmälert. Inzwischen hatten sich sogar Angehörige des städtischen Kleinbürgertums dem »Armen Konrad« angeschlossen.⁸

Den Beweis dafür lieferte der Marbacher Städtetag, der zwischen dem 7. und 9. Juni 1514 zusammentrat. Das genaue Datum ist nicht bekannt, jedoch fand an diesen Tagen in Schorndorf ein größerer Aufruhr statt, so dass die Stadt keine Teilnehmer entsenden konnte.⁹ Dieses »Vorparlament des Unterlandes«, so Walter Grube, versammelte sich, ohne dass der Landesfürst es einberufen hätte, also quasi aus eigener Initiative. Das hatte es in der württembergischen Verfassungsgeschichte bis dahin noch nie gegeben. 14 Städte, die meist in den Weinbaugegenden des Unterlands lagen, hatten Vertreter entsandt. Es handelte sich um Leonberg, Markgröningen, Vaihingen, Bietigheim, Besigheim, Brackenheim, Güglingen, Großbottwar, Marbach, Backnang, Winnenden, Lauffen, Hoheneck und Waiblingen. Schorndorf war zunächst ebenfalls aufgeführt, wurde allerdings später in den Landtagsakten wieder gestrichen.¹⁰

In Marbach wurden 41 Beschwerdepunkte formuliert. Eine der wichtigsten Forderungen war die Abschaffung der Teillandtage, besonders wenn es um bedeutende Angelegenheiten ging. Oft waren dadurch nämlich gerade die kleineren Städte ausgeschlossen. Eine weitere Forderung betraf den Ausschluss der herzoglichen Amtleute vom Landtag.¹¹ Andere Punkte prangerten Bestechlichkeit der herzoglichen Räte und Amtleute, die Besetzung von freigewordenen hochdotierten Stellen (Pfründen) mit ungeeigneten Personen, den übermäßigen Wildschaden, den unverhältnismäßig hohen Aufwand des Stuttgarter Hofes sowie die durch Edelleute und ihr Gefolge bei Jagden und Ausritten verursachten Flurschäden an. Öhler liest aus den Punkten sogar heraus, die Bauern hätten gewünscht, dass dem Aufstand ein Ende gemacht werde: »Es ist not, erstlich mittel weg zu suchen, das dem unnutzen volk ir torlich und unnutz furnemen furkommen werd und dieselben ain ufsehen uf ir oberkeit haben.«¹²

Während diese Forderungen das ganze Land betrafen, bezogen sich einige Beschwerden direkt auf die Marbacher Verhältnisse. So störte man sich am herzoglichen Rennhaus, in welchem zu viel Personal beschäftigt wurde, aber auch an den vielen im Marbacher Schloss stehenden Pferden, die oftmals gar nicht herzogliches Eigentum waren. Der dortige Marschall, also der Oberstallmeister, und der Hengstmeister hielten Pferde, Hunde, Schweine und Kälber auf herzogliche Kosten. Zudem legten sie einen kostspieligen und leichtfertigen Lebenswandel an den Tag. Innerhalb eines Jahres war schon zweimal in einer Kemenate Feuer ausgebrochen und man befürchtete, das ganze Schloss könne so eines Tages abbrennen. Es sei viel »Zureitens« nach Marbach ins



*Der Kupferstich von Matthäus Merian (1643)
zeigt Marbach wohl mit dem Rennhaus im Osten vor den Mauern.*

Schloss. Die vielen fremden Personen erhielten Essen und Trinken und die Marbacher schätzten, dass allein 1513 rund 600 Fremde 14 oder 15 Eimer Wein getrunken hatten. Dazu zahle der Herzog jedem Pferde knecht Geld für die Morgensuppe, den »Unertrunk« und den Schlaftrunk. Die Marbacher Bürger erlitten durch das tägliche Ausreiten des Hengstmeisters mit seinen Hunderten großen Schaden in ihrer Feldflur. Interessant ist ein Artikel, der forderte, dass der Herzog ohne Rücksicht Adlige wie Nichtadlige, die Straßenraub trieben und andere Gewalttaten verübten, gleich bestrafen sollte. Diese Forderung hatte wohl einen konkreten Hintergrund: Wenige Tage vorher war der berühmte Ritter Götz von Berlichingen mit einigen Reitknechten in Marbach gewesen, wo ihm ein Wirt berichtete, dass in der Stadt ein kurmainzischer Rat auf der Durchreise nach Ulm sei. Berlichingen, der damals Händel mit Kurmainz hatte, überfiel daraufhin prompt den Rat. Später hieß es jedoch, dass Herzog Ulrich den Überfall sogar gedeckt hätte.¹³

Als Hauptautor, vielleicht sogar Initiator der 41 Artikel vermuteten manche Forscher den Arzt Dr. Alexander Seitz. Er wurde um 1470 in Marbach geboren, studierte in Tübingen sowie in Italien Medizin und praktizierte zunächst in seiner Geburtsstadt. Die oftmals in Armut lebende Landbevölkerung rührte seine soziale Ader und führte zur Kritik am selbstgefälligen Adel. In der Publikation »Der Thurnier oder adeliche Musterung« wurde seine adelskritische Haltung offenbar. Allerdings scheint er damals bereits als Arzt in Wildbad tätig gewesen zu sein.¹⁴

Wahrscheinlich war die Marbacher Versammlung Anstoß für eine zweite Städteversammlung, die am 16. Juni 1514 in Stuttgart zusammentrat. Ebenso wie in Marbach gab es auch diesmal keine Einberufung durch den Herzog. Fast doppelt so viele Städte, 25 an der Zahl, entsandten 50 Vertreter. Diesmal waren auch die politischen Schwergewichte Stuttgart, Tübingen und Urach beteiligt. Die 41 Marbacher Artikel wurden überarbeitet, wobei eine Kernforderung, nämlich die Teilnahme von Bauern an den Landtagen, hauptsächlich durch das unnachgiebige Veto der Ehrbarkeit in den Hauptstädten Stuttgart und Tübingen nicht durchgesetzt werden konnte. Somit waren weite Teile der ländlichen Bevölkerung weiterhin ohne politisches Mitspracherecht in Landesangelegenheiten.¹⁵

Jetzt endlich berief Herzog Ulrich einen offiziellen Landtag ein, der sich mit den Beschwerden befassen sollte, um wieder Ruhe und Ordnung im Land herzustellen. Nun setzte bis zum Zusammentritt ein geschäftiges Treiben auf politischer Ebene ein.

Verschiedene Interessengruppen wollten sich einbringen. Die Hauptstädte Stuttgart und Tübingen versuchten, die anderen Städte von ihrer harten Linie gegenüber den Auf-rührern zu überzeugen. Auf keinen Fall sollten künftig Vertreter der ländlichen Schichten im Landtag sitzen. Die Ehrbarkeit wollte ihre einflussreiche Stellung nicht verlieren. Die bürgerliche Oberschicht der kleineren Amtsstädte wie Marbach ließ sich jedoch nicht durchgehend überzeugen. Manch einer konnte sich hier ein politisches Mitspracherecht



Ein Reimspruch auf den »Armen Konrad«. Gedruckte Flugschrift, Mainz 1514.

der unteren Schichten vorstellen. Der Herzog folgte dem Rat seiner Vertrauten und wählte als Tagungsort nicht Stuttgart, sondern Tübingen, wo es augenscheinlich ruhiger zuging. Dort trafen sich am 26. Juni 1514 die Vertreter der Städte und die Prälaten. Kaiserliche Räte und Abgesandte benachbarter geistlicher und weltlicher Fürsten wurden als Vermittler hinzugezogen. Ein gewichtiger Beschwerdenkatalog wurde dem Herzog vorgelegt und die Landtagsmitglieder hofften, sich endlich umfassendes politisches Mitspracherecht sichern zu können. Es galt, der herzoglichen

Willkürherrschaft entgegenzutreten. Tatsächlich entstand das erste Staatsgrundgesetz Württembergs, der Tübinger Vertrag vom 8. Juli 1514. Als Folge übernahmen die Landstände einen Teil der herzoglichen Schulden und verpflichteten sich zur Unterstützung des Regenten bei der Niederschlagung des Bauernaufstandes. Herzog Ulrich hingegen verzichtete künftig für sich und seine Nachfolger auf den »Landschaden«, also außerordentliche Steuern. Die Stände mussten künftig bei der Veräußerung von Landesteilen zustimmen, ebenso, wenn der Landesherr einen Krieg führen wollte. Jeglichem Untertan war fortan die freie Auswanderung gestattet. Besonders wichtig war ein Artikel, der vor dem Urteil über eine Straftat ein ordentliches Gerichtsverfahren vorschrieb.¹⁶

So entstand aus dem Bauernaufuhr letztlich ein Vertrag, der den Bauern kaum etwas brachte, denn Gewinner des Tübinger Vertrags war die Ehrbarkeit, also die bürgerliche Oberschicht der Städte. Die Beschwerdepunkte der sogenannten kleinen Leute waren unberücksichtigt geblieben. Der Ärger war groß, erst recht, als bekannt wurde, dass alle Städte und Ämter den Vertrag ohne Widerrede akzeptieren und dem Herzog huldigen mussten. Auch Abgeordnete aus Marbach waren beteiligt. Sie versäumten damals nicht, auf ihre jahrzehntelange Belastung durch den verlorenen Pfälzer Krieg hinzuweisen. Obwohl man inzwischen schon wieder zehn Jahre württembergisch war, hatte die Stadt immer noch wirtschaftliche Nachteile aus diesen Zeiten. Am 14. Juli erging ein Ausschreiben Herzog Ulrichs an die Ämter. Jede Stadt musste einen Vertreter aus dem Gericht nach Stuttgart schicken, um einen Lagebericht abzugeben. Das Schreiben ging an 24 Ämter im Land, nicht jedoch an Marbach und Schorndorf, wo augenscheinlich noch der Aufruhr garte.¹⁷

Tatsächlich war die Empörung in Stadt und Amt Marbach groß, als man einsehen musste, dass der Vertrag der bäuerlichen Bevölkerung fast gar nichts brachte. Man sah sich durch den Vertrag, den der Herzog lediglich mit der Ehrbarkeit abgeschlossen hatte, übel hintergangen und in die politische Bedeutungslosigkeit abgeschoben. Die Folge war unvermeidlich: Am 15. Juli 1514 kam es auf dem Wasen vor dem Rennhaus beim Oberen Tor zu einer großen Protestversammlung. Bauern und Weingärtner aus Affalterbach, Poppweiler, Großbottwar, Kirchberg und anderen Orten der Umgebung waren zusammengelassen und manch radikale Forderung machte die Runde. Zu den schärfsten Rednern zählte ein gewisser Hemminger aus Kirchberg, der mit einer regelrechten Kampftruppe erschienen war. Sie hatten auf eigene Kosten ein Fähnlein anfertigen lassen, das wahrscheinlich einen Bauern, den »Armen Konrad«, zeigte. Hemminger forderte die in Marbach Versammelten auf, mit ihm auf den Engelberg zu ziehen. Aber die Resonanz blieb gering, denn die Mehrheit wollte keine Konfrontation mit der Obrigkeit, sondern eine verbale Lösung.¹⁸

Auch im Remstal flammte der Aufruhr nach Abschluss des Tübinger Vertrags wieder auf, insbesondere im Amt Schorndorf, dem Ausgangspunkt und Zentrum des »Armen Konrad«. Auch hier wollte Herzog Ulrich – wie schon zuvor auf dem Engelberg bei Leonberg – durch persönliches Erscheinen die Menge beschwichtigen. Aber stattdessen wurde der nur mit kleinem Gefolge reisende Herzog durch empörte Bauern derart bedroht, dass er Mühe hatte, körperlich unversehrt zu entkommen. Doch nun wurde Gewalt mit Gegengewalt beantwortet. Mit Hilfe der Landstände schickte der Herzog Anfang August Militär nach Schorndorf und verhängte auch Todesurteile.¹⁹

Auch in anderen Ämtern wurde hart durchgegriffen und so befürchtete man auch in Stadt und Amt Marbach, strafrechtlich belangt zu werden. Am 12. August 1514 verfassten die herzoglichen Untersuchungsrichter Ludwig Späth, Reinhard von Neuhausen

und Dr. Beatus Widmann ihren Abschlussbericht über die Vorkommnisse in Stadt und Amt Marbach, wobei sie bemerkten, dass der Aufruhr in den Dörfern größer gewesen sei als in der Stadt. Offenbar hatten sie viele Beteiligte ermittelt, »dan dero ist vill geweßen Schickung uff den Capelberg, gen Leonberg, Versammlung uff dem Renwaßen, auch dem Zug uff die Kirchweih Derecklein [Untertürkheim] und jungst mit Ynnemmung der Stat Marpach an der Kyrchweihe«. Jedoch sei die vorgeschriebene Huldigung angenommen worden. Als flüchtig werden »Hemminger, Luxen uff der Steltz und Scherben, auch Conraten Schuchmacher« genannt. Alle Amtleute seien unterrichtet, sie ohne Zögern zu verhaften. Noch in der Stadt waren die beiden Söhne des Snitzer und der Sohn der Pliemlerin, welche alle drei die Huldigung verweigert hatten.²⁰ Namentlich genannt werden zudem die Marbacher Hans Schlosser, Andreas Ramenstein gen. Muser, Jeronimus Welker und der Maurer Hans Virlay, die beim Herzog später um Straffreiheit baten und darin von Bürgermeister und Gericht unterstützt wurden.²¹

Doch tauchen wir anhand der Akten des Hauptstaatsarchivs Stuttgart weiter in den Marbacher Mikrokosmos ein und verfolgen, was sich an der Basis zutrug. Endres (Andreas) Ramenstein, war offenbar einer derjenigen, die sich aus der gehobenen Bürgerschicht dem Aufruhr angeschlossen hatten. Er weigerte sich zu huldigen und erkannte den Tübinger Vertrag nicht an, worauf er von Obervogt Eitelhans von Plieningen aus Marbach ausgewiesen wurde. Vielleicht kam er in Bietigheim unter, denn dort fungierte sein Schwiegersohn Johannes Decker als Stadtschreiber. Decker sowie die beiden Söhne Balthasar Ramenstein, Priester in Marbach, und Marx Ramenstein, Gürtler in Marbach, setzten sich beim Herzog schriftlich für ihren Vater bzw. Schwiegervater ein, da seine Vertreibung »nachteylich und unbleblich« für sie und ihre Kinder sei. Es täte ihnen sehr leid, was Ramenstein getan habe, aber sie wollten ihren Frauen und Kindern »Unlob, Schand und Schmach« ersparen. Auch bezeichneten sie Ramenstein als »alten, törichten Mann«, den seine Bemerkungen inzwischen »gereuten«. Daraufhin wies der Herzog seinen Obervogt an, die Bittsteller zu vernehmen und »dein guttbedünken hierin zuversteen geben«. ²² Endres Ramenstein durfte daraufhin Urfehde schwören, d.h. er versprach und schwor beispielsweise, das Amt Marbach nicht mehr zu verlassen, keine Waffen und Harnisch mehr zu tragen, keine üble Nachrede gegen den Herzog zu üben und weder öffentlich noch heimlich an Zechgelagen teilzunehmen. Auch auf jeglichen Schadenersatz musste er verzichten.²³ Ramenstein wurde dafür vom Herzog »wieder zu Gnaden aufgenommen«. ²⁴

In dem Untersuchungsbericht, bei dem es vor allem auch um die Huldigungsverweigerung ging, wird zunächst die Aussage eines »Adam« wiedergegeben. Dieser Adam ist sicherlich der mehrfach bezeugte Marbacher Bürger, Richter und Keller Adam von Kirchberg, der 1498 am Stuttgarter Landtag teilnahm. Er wurde 1505 Marbacher Vogt und wird 1521 als »alter«, also ehemaliger Vogt bezeichnet.²⁵ 1525 gehörte er zu den reichsten Marbachern und besaß unter anderem ein Haus im Wert von 500 Gulden.²⁶ Adam bezichtigte die Marbacher »Hans Schlosser oder Spengler, Welckerlin vorm Thor, Marx Spengler«. Über Hans Spengler heißt es, er sei »auch uf dem Capelberg gewesen und hat Brief gen Backknack und Winida getragen«. Nicht gehuldigt hatten Hans Sailer und die beiden Söhne des Martin Snitzer. Letztere waren »in allen Ufruren bey den fordersten gewesen und grob vom Pundtschuch geredt«. Ebenso hatte der Sohn der Pliemlerin die Huldigung verweigert. Die drei beriefen sich darauf, dass sie »ledig Gesellen« seien und als solche nicht huldigen müssten. Dabei wurde ihnen besonders angekreidet, dass sie »in Versammlungen aller

Erfahrung im die stat und
 Amt Marbach, Derselb
 vord. Herr Kumbach von Nuss
 Gessen, Melchior von plantz
 Derselb hat nachher bey dem
 Rumbach von Lincow
 vor. Eing.

In die stat marbach
 Lincow sagt

Off dem artikel der halb so mit gegen
 haben. frage adum ⁱⁿ in lauder
 nünge, Gung pflicht ⁱⁿ melchior
 vom 1702. mare p. p. de j. p. l. b.
 Gut p. p. l. b. zur nünge. Derselb
 alle wesen p. p. l. b. der so mit
 gelden ⁱⁿ und ⁱⁿ p. p. l. b. erfahrung
 p. p. l. b.

hand p. p. l. b. ist
 auf in dem vord.
 b. p. l. b. und
 Gut hat von l. b.
 l. b. und vord.
 p. p. l. b.

Nünge p. p. l. b. p. p. l. b.
 Gut mit vord. p. p. l. b. p. p. l. b.
 Derselb hat nachher p. p. l. b. erfahrung
 vord. de l. b. p. p. l. b. der die stat
 stat l. b.

Nünge Gut marbach p. p. l. b. ist p. p. l. b. mit

Erste Seite des Untersuchungsberichts vom
 12. August 1514 über die Vorgänge in Stadt und Amt Marbach.

Gemeind [...] erschienen, mit den ander geschrywen und gefochten und das mies sein und kein anders«. Diesen drei Burschen wurde übrigens die Huldigung daraufhin sogar so lange verboten, bis der Herzog über sie entschieden hatte. Man wollte sie wohl weich klopfen, denn »es wurt geachtet, sie würden des nechsten Tag in andern Stethen in Schlag fallen dem nach in irm geschlecht Herkommen engezempt Zügel zu haben«. Man nahm also an, dass sie anderswo gefangen genommen würden und aufgrund ihres schlechten Benehmens »Zügel angelegt« bekämen.²⁷

Der ebenfalls beschuldigte Hans Schlosser wollte die neue Huldigung und den Tübinger Vertrag nicht annehmen, weshalb ihn Obervogt von Plieningen aufforderte, mit Frau und Kindern das Land zu verlassen. Der jüngste Sohn, ebenfalls mit Namen Hans, suchte daraufhin beim Herzog nach, trotz der Vergehen seines Vaters wieder »ynwandern« zu dürfen. Der Obervogt setzte sich beim Herzog dafür ein, den Sohn nicht an den Taten des Vaters, der sehr »ufririg« gewesen sei und als Bote fungiert habe, zu messen.²⁸

Als zweiter Zeuge trat der Marbacher Richter Michael Demler auf, der spätestens 1522 das Amt des Untervogtes übernahm. Auch er hatte als Marbacher Rat am Landtag 1498 teilgenommen. Sein großes Verdienst ist die Rettung der Stadt Marbach im Bauernkrieg 1525.²⁹ Er schloss sich generell den Aussagen Adams an, hielt jedoch Marx Spengler für unschuldig. Diese Meinung vertraten übrigens auch andere Bürger. Hans Spengler hingegen »hab Brief gemacht und geschriben hin und her«. Die beiden Söhne des Snitzer »zeigt er an, dass sie in Versamlung der Gemeind, als der Statuta halb Irrung zwischen Gericht und Gemeind gewesen, fir ander der Stat Buch haben wollen und sondern darnach geschrüwen«. Die übrigen sieben Richter – Hans Schendlin, Kaspar Nerdlinger, Matthäus Sayler, Martin Schlotzer, Hans Satler, Jost Kantengießler und Eberhard Schöblin – sagten gemeinsam aus, dass Endres Müser, Welkerlin, Hans und Marx Spengler sowie Hans Seiler nicht gehuldigt hätten.³⁰

In den Marbacher Amtsorten war der Aufstand sehr unterschiedlich aufgegriffen worden. Praktisch keine Vorkommnisse waren aus den Gemeinden Erdmannhausen, Rielingshausen, Benningen, Burgstall, Erbstetten und Weiler zum Stein zu vermelden. In manchen Orten hatte der ein oder andere Briefe transportiert oder an Versammlungen auf dem Marbacher Rennwasen und auf dem Kappelberg bei Beutelsbach teilgenommen. Hingegen waren Einwohner der Amtsorte Murr, Kirchberg und Poppenweiler tiefer in den Aufruhr verstrickt. Der Murrer Bürgermeister Alexander Scherb berichtete, dass jeder Amtsort ein oder zwei Vertreter nach Erdmannhausen gesandt habe, um herauszufinden, warum in Schorndorf nicht gehuldigt werde. Sie hätten »Lux von Boppenwyler uf der Steltzen« gesandt, jedoch sei ihm »ernstlich bey sein Lyb« befohlen worden, den Schorndorfem keinerlei Zusagen oder Versprechen zu machen. Eitelhans von Plieningen war jedoch der Meinung, Murr sei »fest angesteckt und uffririg gewesen, mit Zurichtung Raißwagen, Münsterung zu Zyten des ersten Landtags und der Kirchweyhen zu Marpach, die eben der Zeit als man uff dem Capelberg gelegen ist gewesen«. Jedoch hätten die Murrer »syther gehuldet«.³¹

Ein Zentrum des »Armen Konrad« war hingegen eindeutig in Kirchberg an der Murr. Daher bemühten sich Schultheiß Klopff Hans sowie die Richter Erhart Roff, Martin Hüb und Bernhart Roff im Verhör gleich von vorneherein zu versichern, dass inzwischen alle Einwohner »sampt den jung Gesellen« gehuldigt hätten, »ußgenommen den Hemmynger«. Hemminger sei »ufririg gewesen syt Anfang der Ufffur und im Mittel. Ist auch uff dem Wasen bey dem Renhuß [in Marbach] gewesen, als da ein Versammlung bey 30 Personen gehalten, dero der Scherb von Boppenwyler ein Ursach ist.« Dieses

Treffen in Marbach war zu der Zeit, als die Leonberger Bauern die Stadt besetzt hielten und hofften, aus der gesamten Marbacher Vogtei eine schlagkräftige Truppe für einen Zug nach Leonberg rekrutieren zu können. Davon ließ sich Hemminger anstecken. Er kehrte euphorisch nach Kirchberg zurück und berichtete »mit etlichen ungestimmten Worten«, sie wollten »fluckß und bald« von Marbach aus nach Leonberg ziehen. Tatsächlich fand er 20 Anhänger, von denen 18 mit ihm nach Marbach »uff den Wasen gezogen«. Da sie aber keine Gesinnungsgenossen aus den anderen Dörfern für den Zug nach Leonberg fanden, gingen sie unverrichteter Dinge wieder heim. Hemminger war offenbar nicht so leicht von seinem Vorhaben abzubringen, denn es wird weiter berichtet, er sei mit 30 Kirchbergern auf die Untertürkheimer Kirchweih gezogen. Dies wollte der Kirchberger Schultheiß verhindern, worauf Hemminger drohte, »er setzt den Schultheiß Klopff Hanssen ab. Daruf eben schlecht [schlicht] der Schultheiß kein Gewalt gehapt.«³²

Über das Ziel hinaus schoss Hemminger, als er mit seiner Rotte nach Backnang zog und ein Trinkgelage im dortigen Stiftskeller veranstaltete. Dabei hat man auf die »reichen Suppenesser« in den Städten geschimpft und die Verfehlungen der Vögte und Amtleute angeprangert. Der Schlossvogt sollte ihnen Wein und Brot zukommen lassen, was dieser aber verweigerte. Daraufhin zog die Truppe verärgert ab.

Die Kirchberger beschuldigten Hemminger als Sündenbock: Er sei »sonst in summa in allen Ufrurn gewesen davornen daran und hat nit gehuldet, sonder uß dretten, man mecht wol etwas bey im erlernen. Ist ein Spillbub, tragt Gewertz im Land umb.« Die anderen aus Hemmingers »Gesellschaft«, die ebenfalls stark in den Aufruhr verstrickt waren, hatten jedoch alle gehuldigt.³³

Treue Gefolgsleute des Hemminger waren Bartlin Metzger und Peter Schneiderlin, die beide zum Zeitpunkt des Verhörs abwesend waren. »Ir Volk sagt, sie syen nach der Huldung in die Ernd gegangen, die doch vor nye in kein Ernd gangen syen. Die Amptleit haben Befelch, sie zu begriffen und ir Wegziehens Ursach zu erkundigen.« Man vermutete also, sie wollten sich der Zeugenbefragung entziehen, zumal Bartlin Metzger noch des Glockenläutens angezeigt wurde, worauf »die von Wilspach³⁴, namlich ir Burgermeister uß dem Weinspergertal in sein Huß komen«. Als Besonderheit darf gewertet werden, dass die Kirchberger ein »Fenlin in diesem Ufrur gemacht«, woran sich jeder Bürger mit einem »Tryer« (Dreier = Silbermünze zu drei Pfennigen) beteiligen musste. Die Verhörkommissare beschlagnahmten die Fahne und verbrachten sie »zu ein exempel« in die Alexanderkirche.³⁵

Nicht ganz so heftig ging es in Poppenweiler zu. Auch hier versicherten der Schultheiß sowie die vier Richter Leonhart Sifer, Jerg Klopfer, Hans Ramstein und Lentz Glock, dass alle Einwohner gehuldigt hätten. Danach jedoch seien ausgetreten, also geflüchtet, »Lux Peltin uff der Steltzen, item der Scherb«. Bisher ist dieser Lux in der Literatur als Lux Völther bekannt, jedoch taucht dieser Name sonst nicht auf und ist wohl ein Lesefehler. Peltin hingegen ist die Kurzform von Hyppolitus, ein Vorname, der in Marbach noch im 17. und 18. Jahrhundert vorkam. Da diese beiden wichtigsten Angeklagten nicht vernommen werden konnten, wurde beschlossen, »Luxen und Scherben Hendlung mag man zu miessiger Zeit dye Amptluten uffschriben lassen«. Dabei wurde angemerkt, dass man unter den Schorndorfer Verurteilten viele Flüchtige aus anderen Orten aufgegriffen habe. Lux war übrigens dem Herzog noch 100 Pfund Heller schuldig, weshalb man in sein Haus nicht einfallen solle. Es war oft üblich, die Häuser der Flüchtigen zu räumen bzw. abzubrechen. In diesem Fall könne dies dem Herzog zum Nachteil gereichen.³⁶ Dieser Lux aus Poppenweiler war einer der wenigen Aufständischen, die später hingerichtet wurden.³⁷

Neben Hemminger aus Kirchberg und Lux aus Poppenweiler war der Scherb, ebenfalls aus Poppenweiler, der Verursacher der Versammlung auf dem Marbacher Rennwasen (»hat auch die Versammlung uff dem Rennwasen erregt«). Zugleich hatte er die Menge zum Zug nach Leonberg aufgehetzt.³⁸

Aber auch weitere Einzelschicksale sind bekannt. So berichtete der flüchtige Kleinhans Denzer von Hohenberg³⁹ dem Herzog, dass er auf der Marbacher Kirchweih den Aufruhr zwischen der Stadt und den Dörfern miterlebt habe. Lux Babat, wohl der oben genannte Lux Peltin, sei von Dorf zu Dorf gezogen, um Leute zu gewinnen. Dieser habe überall »ain Stunden Zech gehept«. Mit den mit ihm nach Marbach gekommenen Gesinnungsgenossen hätte er »ins Spilmertens Huß zu Marpach haimlich unden in ainer Kamer mit ihnen verhandlat, aber was ist mir verborgen«. Offenbar war auch der Schultheiß von Poppenweiler anwesend, der Lux ergriff und die Treppe hinauf drängte. Da Lux darauf mit Waffengewalt drohte, »waren die Gesellen uffrierig, dass sie nemerme stillen künd«. Dann kommt Kleinhans Denzer zum Grund seines Briefes: Nach dem Aufruhr hatte ihn Eitelhans von Plieningen angezeigt und bestrafen wollen, woraufhin Denzer »die Straff nit lyden« wollte und über die Stadtmauer floh. Er berichtet, dass vor ihm schon an die hundert Personen über die Mauer entkommen waren. Er sei dann zwar am St. Jakobstag auf den Kappelberg gegangen, um das dortige Lager zu besichtigen, allerdings ohne mit jemandem zu verhandeln. Auch habe er weder kleine noch große Botschaften weitertransportiert. Er schlug vor, Marbacher Bürger und Bauern aus Poppenweiler zum Beweis seiner Unschuld zu verhören. Der Herzog reicht den Brief an Obervogt von Plieningen weiter, mit der Maßgabe, er solle den Denzer ob seines nützlichen Berichtes »gut bedenken«.⁴⁰

Offenbar verzögerte sich die Antwort, denn Denzer schrieb einen weiteren Brief, in dem er beklagt, dass der Vogt ihn auf sein Nachsuchen abgewiesen habe. Wir erfahren, dass Denzer zunächst in Esslingen war, aber aus Angst vor Vertreibung nach Bern in die Schweiz ging, wo er sich in Dienste der »Kayerlichen Mayastat« stellte. Er beteuerte nochmals seine Unschuld und bat darum, ihn zu einer »bürgerlichen Straff« zu begnadigen, wobei er auf parallele Vorgänge bei seinen »Mitgesellen« verwies. Auch familiäre Gründe lagen Denzer am Herzen, denn er wollte gerne zu Frau und Kindern zurück. In einer weiteren Eingabe beklagt er, dass Obervogt von Plieningen ihm die gewünschte Unschuldsbezeugung mit Unterschrift verweigert habe, ebenso Jerg und Wolf Matthessen.⁴¹

Einer der bekanntesten Flüchtlinge ist der aus Marbach stammende Dr. Alexander Seitz. Er war kurz vor oder nach dem Aufstand des »Armen Konrad« Arzt in Wildbad geworden. Dort entging er seiner Verhaftung durch Flucht in die Schweiz. In Baden im Kanton Aargau praktizierte er als angesehener Bade- und Frauenarzt. Aber er blieb auch ein politisch motivierter Schriftsteller. In einer Schrift mit dem harmlosen Titel »Ein schönes Traktat über Schlaf und Traum« rechnete er mit Herzog Ulrich ab. Dieser wird als selbstherrlicher und gewalttätiger Regent mit der Forderung konfrontiert, sein Amt in der Verantwortung vor Gott und zum Nutzen seines Volkes zu führen. Zugleich stellte Seitz alle Adelsprivilegien auf den Prüfstand, indem er die Gleichheit aller Menschen zum Grundsatz erklärte.⁴²

Außer Seitz waren noch weitere Württemberger in die Schweiz geflüchtet. Sie hofften, der Arzt werde ihnen durch Fürsprache die Rückkehr in die Heimat ermöglichen. Da Seitz seine Verbalangriffe auf Herzog Ulrich und die drückenden Verhältnisse in Württemberg fortsetzte, geschah das Gegenteil und Seitz wurde aus der Schweiz

Ein schöner tractat
darinnen begriffen ist Die art vñnd vr-
sach des Traümes/ Was ime zeglaußen sey oder nit/ mit vñ-
legung ains erschöckentlich traümes ainen gayßlichen
Waldbüder begnet zusampe der großen wund-
zäichē im land Wirtenburg verschynen auch
warum sich die Fürsten sichselbs irzen mit
sampter bedewenuss diser dreyer wort
Hertzog/Hoffart vñd Venanz/als
les trewer maynüg / Durch den
hochgelerten Phloszophū
vñd Doctor Alexander
Byz von Marpach
vfgangen/nüg-
lich Edelen
vñnd vñ-
edlen.



Orta occidunt/auca senescunt.
Strepallo.

ausgewiesen. Ab 1519 wohnte er in der Reichsstadt Reutlingen und nahm die reformatorische Lehre an. Folglich fing Seitz an, die österreichisch-katholische Herrschaft in Württemberg zu kritisieren. So musste er weiterziehen. Straßburg, Zürich und Basel sind weitere Lebensstationen, bevor sich seine Spur um 1550 in Landau in der Pfalz verliert.⁴³

Der württembergische Aufstand des »Armen Konrad« war eine von mehreren Aufstandsbewegungen im deutschen Südwesten im 15. und 16. Jahrhundert. Dass dieser Aufstand von 1514 fast kampflos durch die Herrschaft niedergeschlagen wurde, lag sicher zu großen Teilen daran, dass sich auch die Aufständischen nicht terroristisch verhielten.

Bekanntlich war nach der Vertreibung Herzog Ulrichs durch den Schwäbischen Bund im Frühjahr 1519 Württemberg bis 1534 unter österreichischer Herrschaft. Während dieser Zeit zeigte sich, dass der Aufstand des »Armen Konrad« nur das Vorspiel zu einer größeren Tragödie war. Der Bauernkrieg von 1525 erreichte weite Teile Deutschlands und auch Württemberg war erneut einer der Hauptschauplätze.

Anmerkungen

- 1 [Karl] Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach für Schule und Haus, Marbach 1923, S. 138; Eugen Munz und Otto Kleinknecht: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Stuttgart 1972, S. 78 ff.
- 2 Walter Grube: Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957, S. 78 ff.; Andreas Schmauder: Württemberg im Aufstand. Der Arme Konrad 1514, Leinfelden-Echterdingen 1998. Zu Marbach: Paul Sauer: Marbach im Mittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit, in: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar Bd. 1 (bis 1871), Marbach 2002, S. 145–230, S. 190 ff.
- 3 Sauer (wie Anm. 2) S. 192.
- 4 Siehe dazu Annekathrin Miegel: Der Mediziner Alexander Seitz aus Marbach. Ein Freund des »Armen Konrad« und Agitator, in: Der »Arme Konrad« vor Gericht. Verhöre, Sprüche und Lieder in Württemberg 1514, Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Stuttgart 2014, S. 96–101.
- 5 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 45 Bü 3.
- 6 Munz/Kleinknecht (wie Anm. 1) S. 81 f.
- 7 Heinrich Öhler: Der Aufstand des Armen Konrad im Jahre 1514, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte N.F. 38 (1932) S. 401–486, S. 417 f.
- 8 Paul Sauer: Beutelsbach in der württembergischen Geschichte, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung 6 (1988) S. 14–34, S. 28 f.
- 9 Öhler (wie Anm. 7) S. 426.
- 10 Württembergische Landtagsakten, bearb. v. Wilhelm Ohr/Erich Kober, Reihe 1, Bd. 1 (1498–1515), Stuttgart 1913, S. 139 f.
- 11 Grube (wie Anm. 2) S. 80.
- 12 Öhler (wie Anm. 7) S. 425.
- 13 Sauer (wie Anm. 2) S. 193 f.; Landtagsakten (wie Anm. 10) S. 143
- 14 Beschreibung des Oberamts Marbach, Stuttgart 1866, S. 127; Förstner (wie Anm. 1) S. 139.
- 15 Grube (wie Anm. 2) S. 80 f.
- 16 Ebd. S. 83 ff.; Eugen Schneider: Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896, S. 115 f.
- 17 HStAS A 45 Bü 6.
- 18 HStAS A 45 Bü 4.
- 19 Schneider (wie Anm. 16) S. 117 f.; Grube (wie Anm. 2) S. 86 ff.
- 20 HStAS A 45 Bü 4.

- 21 Ebd.; vgl. auch Wilhelm Zimmermann: Der große Deutsche Bauernkrieg, Stuttgart 1891, Neuauflage Berlin 1953, S. 74.
- 22 HStAS A 45 Bü 4.
- 23 HStAS A 45 U 10.
- 24 Christian Friedrich Sattler: Geschichte des Herzogthums Würtemberg unter der Regierung der Herzogen, Teil 1, Tübingen 1769, S. 177.
- 25 Walter Pfeilsticker: Neues Württembergisches Dienerbuch, Bd. 2, Stuttgart 1963, §§ 2578 und 2581.
- 26 Sauer (wie Anm. 2) S. 216.
- 27 HStAS A 45 Bü 4.
- 28 Ebd.
- 29 Pfeilsticker (wie Anm. 25) § 2576.
- 30 HStAS A 45 Bü 4.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Willsbach, Gde. Obersulm, Lkr. Heilbronn.
- 35 HStAS A 45 Bü 4.
- 36 Ebd.
- 37 Klaus Herrmann: Auf Spurensuche. Der Bauernkrieg in Südwestdeutschland, Stuttgart 1991, S. 66.
- 38 HStAS A 45 Bü 4.
- 39 Wohl Hochberg, Stadt Remseck.
- 40 HStAS A 45 Bü 4.
- 41 Ebd..
- 42 Munz/Kleinknecht (wie Anm. 1) S. 87 f.
- 43 Ebd. S. 88; Miegel (wie Anm. 4).

Niccolò Jommelli (1714–1774)

Opernkomponist und Kapellmeister am Hof Herzog Carl Eugens*

von Rolf Bidlingmaier

Am 10. August 1753 langte in der württembergischen Residenzstadt Ludwigsburg eine Kutsche an, der ein etwas korpulenter, 38 Jahre alter Italiener entstieg. Dieser hatte zusammen mit einem Bediensteten soeben eine mehrwöchige Reise durch Mittel- und Oberitalien, über die Alpen und durch Süddeutschland hinter sich gebracht, denn der Mann kam aus Rom: Es war der Komponist Niccolò Jommelli. ¹ Vermutlich quartierte er sich zunächst in einem Gasthof ein und machte dann am württembergischen Hof Herzog Carl Eugen seine Aufwartung, der ihn mit besonderer Freude empfing und sogleich in seine Dienste nahm. Acht Tage später, am 18. August 1753, erging folgendes Dekret an das Oberhofmarschallamt: »Demnach Unsers gnädigsten Fürsten und Herrns hochfürstliche Durchlaucht den auf einige Zeit aus Rom gekommenen Capellmeister Jommelli neben freyem Logis in Stuttgart und Ludwigsburg ein Species Ducaten zur täglichen Diät vor seine Persohn und vor deßen bey sich habenden Bedienten täglich 30 Kreuzer Costgeldt vom 10. August an gnädigst reguliret haben, alß wirdt ein solches fürstlichem Oberhoffmarschallenamt nachrichtlich hiemit in Gnaden ohnverhalten.«² Herzog Carl Eugen sorgte also umgehend für seinen Gast.

Natürlich gab es zur Reise Jommellis an den württembergischen Hof eine Vorgeschichte: Herzog Carl Eugen hatte zwischen Februar und Juni 1753 eine Italienreise unternommen. Bei einem Aufenthalt in Rom hatte er Niccolò Jommelli kennengelernt. Dieser stand damals in Diensten des Vatikans und war als Vizekapellmeister an der Peterskirche tätig. Die herausgehobene Stellung Jommellis macht deutlich, dass er zu jener Zeit bereits ein arrivierter Künstler war.

Geboren wurde Niccolò Jommelli am 10. September 1714 in Aversa bei Neapel. Den ersten Musikunterricht erhielt er von einem Kanoniker namens Muzzillo, der den Chor der Kathedrale von Aversa leitete. Er erkannte das Talent des Jungen und empfahl dem Vater, ihn zur weiteren Ausbildung auf eines der Konservatorien in Neapel zu schicken. 1725 wurde Jommelli zunächst in das Conservatorio Sant’Onofrio aufgenommen, 1728 wechselte er an das Conservatorio della Pieta dei Turchini. Seine erste Oper gelangte im Frühjahr 1737 in Neapel am Teatro dei Fiorentini zur Aufführung. Es war die Opera buffa »L’errore amoroso«. Sein erstes Werk im Genre der Opera seria, die von nun an den Schwerpunkt seines Schaffens bilden sollte, schuf er mit dem 1740 im Teatro Argentina in Rom erfolgreich aufgeführten Stück über den Gotenkönig Ricimer. Jommelli machte sich nun in Rom ansässig. Nach der Premiere der Oper »Astianatte« im folgenden Jahr auf derselben Bühne wurde er bereits als Meister gefeiert. Gleichwohl nutzte er einen Aufenthalt in Bologna anlässlich der Aufführung

* Vortrag im Rahmen der »Hommage an Niccolò Jommelli« am 27. Februar 2015 im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses.

der Oper »Ezio«, um bei Padre Giovanni Battista Martini, dem »Oracolo della Musica«, nochmals für einige Wochen Unterricht zu nehmen. Wenig später wurde er als Mitglied in die renommierte Accademia filomonica in Bologna aufgenommen.

Niccolò Jommelli war ein sehr produktiver Komponist. Er schuf 220 Bühnenwerke, darunter mehr als 60 Opern. Hinzu kamen Serenaden, Oratorien, Kantaten, Messen und ein Requiem. Als wahrscheinlich erstem Opernkomponisten gelang es ihm, zwei abendfüllende Werke am selben Tag zur Uraufführung zu bringen: Zum Auftakt der Karnevalssaison wurden am 26. Dezember 1741 die Opern »Merope« in Venedig und »Semiramide riconosciuta« in Turin gegeben.

In den 1740er Jahren gehörte Jommelli zu den führenden Opernkomponisten Europas und konkurrierte mit Zeitgenossen wie Johann Adolf Hasse und dem gleichaltrigen Christoph Willibald Gluck. Sowohl Hasse, Gluck und Jommelli wie auch andere Komponisten verwendeten für ihre Opern immer wieder dieselben Libretti. Der führende Librettist des 18. Jahrhunderts war der kaiserliche Hofdichter Pietro Metastasio. So gibt es zu Metastasios Libretto »Semiramide« insgesamt 40 Vertonungen, neben Hasse, Jommelli und Gluck auch von Georg Friedrich Händel, Antonio Salieri und Giacomo Meyerbeer. Metastasios populärste Oper »Artaserse« erreichte sogar um die 90 Vertonungen.³ Dies weist darauf hin, dass die damaligen Opern noch keinen Werkcharakter besaßen. Die Vertonung zählte zu den Inszenierungskünsten und so wurden die einzelnen Stücke immer wieder verändert und mit neuen Teilen versehen oder zum gleichen Libretto eine neue Musik komponiert. Ähnlich wie Gluck suchte Jommelli die Oper durch die Verbindung von Elementen der italienischen mit der französischen Oper zu reformieren.

Mit Johann Adolf Hasse kam Jommelli in Venedig persönlich in Kontakt. Hasse war von den Kompositionen Jommellis beeindruckt und vermittelte ihm 1745 die Stellung als Direktor des Ospedale degli Incurabili in Venedig, die er bis 1747 innehatte. Die Aufführung des Passionsoratoriums »La passione di Gesù Cristo« während der Karwoche in Rom verschaffte ihm 1749 den Beifall einflussreicher Kreise im Vatikan. Durch die Vermittlung von Kardinal Albani erhielt Jommelli für



Niccolò Jommelli, Kupferstich aus Johann Caspar Lavaters *Physiognomischen Fragmenten*, 1775–1778.

die unmittelbar anschließende Saison eine Einladung an den kaiserlichen Hof Maria Theresias in Wien. In kürzester Zeit gelang es ihm, dort zwei neue Opern, »Achille in Serio« und »Catone in Utica«, aufzuführen. Hinzu kamen Bearbeitungen seiner früher komponierten Opern »Merope«, »Ezio« und »Didone abbandonata«. In Wien pflegte er engen Austausch mit dem Librettisten Pietro Metastasio.



Partitur zur Oper »Merope« von Niccolò Jommelli, 1741.

Papst Benedikt XIV. hatte Jommelli per Dekret im April 1749 zum Maestro coadiutore an der Cappella Giulia in St. Peter ernannt. Seinen Dienst als Vizekapellmeister sollte Jommelli zu Beginn des Jahres 1750 antreten. Er ließ jedoch diesen Termin verstreichen und reiste stattdessen zur Aufführung der Oper »L'uccellatrice« nach Venedig. Möglicherweise erhoffte er sich damals ein Angebot für eine Anstellung am Wiener Kaiserhof. Die Congregazione di Santa Cecilia wollte daraufhin den Anstellungsvertrag zurücknehmen, doch Papst Benedikt XIV. setzte sich persönlich für Jommelli ein, der seine neue Aufgabe dann im Juni 1750 antrat. Allerdings war das Amt mit zahlreichen administrativen Verpflichtungen verbunden und füllte ihn als Musiker nicht aus.

Jommellis Liebe galt nach wie vor der Oper und so schrieb er weiterhin Opern, soweit dies der Kirchendienst zuließ. Dementsprechend waren ihm Stellenangebote als Kapellmeister an den europäischen Fürstenhöfen sehr willkommen. Im Frühjahr 1753 lagen Jommelli zwei Angebote vor: Kurfürst Carl Theodor von der Pfalz wollte ihn als Hofkapellmeister an den kurpfälzischen Hof nach Mannheim

und Schwetzingen holen, und der portugiesische König José I. hatte ihn eingeladen, an seinen Hof nach Lissabon zu wechseln. Im Juni 1753 war die Hofkapellmeisterstelle in Mannheim mit dem Wiener Komponisten Ignaz Holzbauer besetzt worden, der vom württembergischen Hof an den kurpfälzischen Hof wechselte. Somit war die Stelle des Hofkapellmeisters in Stuttgart frei geworden, was Herzog Carl Eugen veranlasste, Jommelli diese Stelle anzubieten. Die Verhandlungen mit ihm führte Abbate Miloni, der Agent Herzog Carl Eugens in Rom. Jommelli sagte schließlich zu. Zur Reise nach Deutschland streckte ihm Miloni 200 römische Scudi vor, die er im Februar 1754 vom Herzog wieder zurückbekam.

Nach der Ankunft in Württemberg stürzte sich Jommelli sogleich in Arbeit.⁴ Er schrieb mit den Opern »Fetonte« und »Clemenza di Tito« zwei Werke, die in den nächsten Jahrzehnten immer wieder auf den Spielplänen der Stuttgarter und Ludwigsburger Oper auftauchen sollten. Die Oper »La clemenza di Tito« wurde drei Wochen nach seiner Ankunft, am 30. August 1753 anlässlich des Geburtstags von Herzogin Elisabeth Friederike Sophie in der Hofoper in Stuttgart uraufgeführt. Die Kosten für die Herstellung des Bühnenbildes unter Leitung des Theaterarchitekten Innocenzo Colomba und die Beleuchtung summierten sich auf 3745 Gulden.⁵ Herzog Carl Eugen scheute für die Oper keinen Aufwand.

Dies belegt auch ein am 21. November 1753 vom Geheimen Rat an das Oberhofmarschallamt erlassenes Dekret, das die Anstellung von Jommelli am württembergischen Hof regelte. Dort heißt es: »Da es Seiner hochfürstlichen Durchlaucht in Gnaden gefallen, den aus Rom gekommenen Capellmeister Jommelli zu Dero Obercapellmeister zu ernennen, solchergestalten, daß gleichwie Ihme neben freyer guter Logirung vom 1. Septembris umstehenden Jahres an beym fürstlichen Kirchenrath 3000 Gulden, helfftig an Geldt und helfftig an Naturalien, zur jährlichen Besoldung, deßen Ehegattin aber, nach seinem etwa erfolgenden Ableben, eine Pension von jährlichen 750 Gulden ausgesetzt und bestimmt worden, welch alles auf das richtigste abgetragen, derselbe auch von Erlegung einigen Taxes gänzlich zu verschonen ist.«⁶ Außerdem wurde ihm zugesichert, dass er nach dem Ableben der Kapellmeister Brescianello und Hardt alleiniger Oberkapellmeister am württembergischen Hof sein solle. Ab Mai 1760 erhielt er von der Rentkammer zusätzlich jährlich 10 Eimer Wein und 20 Meß Holz angewiesen und im Dezember 1760 Fourage für zwei Pferde. Im Etat von 1767 ist sein Gehalt summa summarum auf 6100 Gulden berechnet. Darüber hinaus erhielt er für jede neue Oper vom Herzog 100 Zechinen (Dukaten) und eine goldene Tabatiere.⁷

Nicht minder umfassend waren die künstlerischen Kompetenzen des neuen Oberkapellmeisters und Komponisten. Ihm oblag in dieser Funktion nicht nur die musikalische Leitung der Oper, sondern er war der künstlerische Gesamtleiter der Aufführungen. Auch in Verwaltungsangelegenheiten sprach er ein entscheidendes Wort mit. Seine Vorschläge fanden bei Herzog Carl Eugen stets Gehör, kaum jemals stellte er vergeblich einen Antrag. Hatte er einmal einen Instrumentalisten oder Sänger ins Auge gefasst, den er in seinen Klangkörper einreihen wollte, so war dessen Engagement so gut wie abgeschlossen. Herzog Carl Eugen hatte eine große Vorliebe für die Musik Jommellis und war zeitweise auch bei den Proben anwesend. Bei den Aufführungen durfte weder gesprochen noch geklatscht werden.⁸

Während des Aufenthalts von Jommelli gehörte der Hof Herzog Carl Eugens zu den glänzendsten Höfen Europas, wie Giacomo Casanova 1760 berichtete. Erheblichen Anteil daran hatte die Oper, die eine lange nicht wieder erreichte Blütezeit erlebte.

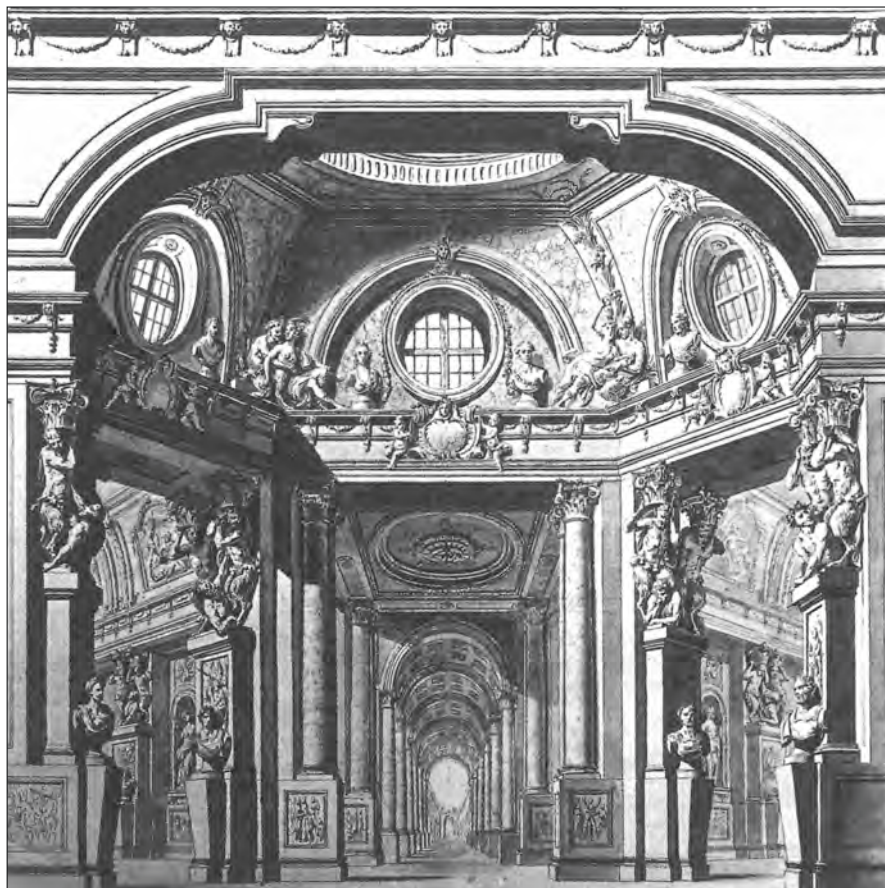
Auch die baulichen Voraussetzungen wurden in jenen Jahren erheblich verbessert. Die erst 1750 geschaffene Oper im Neuen Lusthaus in Stuttgart wurde 1758/59 von Hofarchitekt Philippe de la Guèpière nach modernen Gesichtspunkten völlig neu eingerichtet. Unmittelbar zuvor hatte la Guèpière im Schloss Ludwigsburg das Schlosstheater geschaffen. Allerdings erwies sich dieses von der Größe als nicht hinreichend, so dass 1764/65 östlich des Schlosses ein großes Opernhaus errichtet wurde, das am 11. Februar 1765, dem Geburtstag Herzog Carl Eugens, von Jommelli mit der Oper »Demofonte« eröffnet wurde. Das Gebäude gehörte damals zu den größten Opernhäusern Europas und bot die Möglichkeit, ganze Regimenter zu Fuß und Schwadronen zu Pferd über die Bühne ziehen zu lassen.⁹ Da Herzog Carl Eugen auch im Sommer und Herbst nicht auf Theater und Oper verzichten wollte, so wurden in Tübingen, Kirchheim unter Teck, Teinach im Schwarzwald und Grafeneck auf der Schwäbischen Alb kleine Theater errichtet, in denen Vorstellungen stattfinden konnten.

Niccolò Jommelli war in den 16 Jahren seines Aufenthalts im Herzogtum Württemberg ein sehr produktiver Künstler. In diesem Zeitraum wurden am württembergischen Hof von ihm 17 große Opern, drei komische Opern und acht Pastorale gegeben. Jedes Jahr erschienen ein bis zwei, höchstens jedoch drei Neuheiten. Die Texte der Opern stammten in der Regel aus der Feder des Librettisten Pietro Metastasio. Die Themen der Opern entnahmen die Librettisten der Geschichte und der griechisch-römischen Mythologie. Bereits vor der Ankunft Jommellis in Stuttgart waren am hiesigen Opernhaus die Opern »Ezio«, »La Didone abbandonata« und »Fetonte« gegeben worden. »Ezio« wurde unter der Leitung des Komponisten in Stuttgart wiederholt zur Aufführung gebracht, so 1758 zum Geburtstag von Herzog Carl Eugen. Zum selben Anlass erfolgte 1763 eine Neuinszenierung der Oper »La Didone abbandonata«. Sie wurde damals von Jommelli auch musikalisch neu bearbeitet. Die Oper »Fetonte« erlebte am 11. Februar 1768, dem 40. Geburtstag von Carl Eugen, im Ludwigsburger Opernhaus eine glanzvolle Wiederaufführung in neuer musikalischer Fassung. Die Inszenierung erforderte eine besonders große Zahl an Statisten, da darin 341 Soldaten, davon 86 zu Pferd, auftraten. Wie schon erwähnt, wurde am 30. August 1753, dem Geburtstag der Herzogin, die Oper »La clemenza di Tito« aufgeführt. 1754 fand am selben Termin die Premiere von »Catone in Utica« statt und bereits ein halbes Jahr später gelangte »Pelope« auf die Bühne. Im August 1755 schloss sich die Oper »Enea nel Lazio« an. Zu den beiden letztgenannten Opern hatte der Hofdichter Matteo Verazi die Textbücher verfasst. »Artaserse« wurde erstmals am 30. August 1756 gegeben, am letzten Geburtstag, den Herzogin Elisabeth Friederike Sophie am württembergischen Hof feierte. Am Geburtstag des Herzogs erfolgte 1759 die Uraufführung von »Nittetis«, 1760 die umgearbeitete Oper »Alessandro nell' Indie«, 1761 »L'olympiade«, 1762 »Semiramide« und 1764 die von Jommelli neu bearbeitete Oper »Demofonte«. Die Ausstattungskosten der letztgenannten Oper summierten sich auf mehr als 14 000 Gulden. In Ludwigsburg erklang im November 1764 erstmals die Oper »Il re pastore« und im Februar 1766 nach einem Libretto von Apostolo Zeno »Il Vologeso«. Diese Oper war die letzte, die Jommelli in württembergischen Diensten schuf. An der Aufführung, die große Prunkentfaltung erforderte, waren auf der Bühne mehr als 500 Personen beteiligt.¹⁰

Neben den großen Opern, die nur in den Opernhäusern in Stuttgart und Ludwigsburg gegeben werden konnten, schuf Jommelli auch drei komische Opern, die mit wesentlich geringerem Aufwand auf die Bühne gebracht wurden. Zu diesen

zählte die Operette »Il matrimonio per concorso«, deren Text der Hofpoet Gaetano Martinelli verfasst hatte. Die Uraufführung fand am Karlstag 1766 im Ludwigsburger Schlosstheater statt.¹¹

Als Herzog Carl Eugen im Oktober 1767 ein Hoflager in Kirchheim unter Teck abhielt, um hier der Jagd nachzugehen, ließ er in kürzester Zeit ein Theater errichten.



*Bühnenbildentwurf zum Königlichen Palast bei der Uraufführung der Oper
»Il Vologeso« im herzoglichen Opernhaus
in Ludwigsburg, von Innocenzo Colomba, 1766.*

Am 2. Oktober wurde dieses mit »Il matrimonio per concorso« von Jommelli eröffnet. Am Tag darauf gab das Ensemble mit »Il filosofo in Campagna« eine weitere komische Oper von Jommelli, die er auf Grundlage eines Librettos von Carlo Goldoni komponiert hatte. Wiederum zwei Tage später wurde am Abend das »neue Pastorelle von Monsieur Jommelli« aufgeführt. An den folgenden Tagen wiederholten sich die Stücke und wechselten sich mit noch weiteren sowie mit Ballettaufführungen ab. Für

die Aufführungen mussten die Sänger, Schauspieler und Tänzer sowie das Orchester in Kirchheim einquartiert werden. Oberkapellmeister Jommelli und seine Frau kamen zusammen mit seinem Friseur, einem Bedienten und einem Kutscher in einem Bürgerhaus in der Stadt unter, wo er zwei Stuben und zwei Kammern belegte.¹²

In württembergischen Diensten komponierte Jommelli darüber hinaus acht Pastorale und Singspiele, die oftmals während des Karnevals zur Aufführung kamen. Die Stücke pflegten in allegorischen Huldigungen für den Herzog auszuklingen. Manchmal gingen den Opern auch von den Hofdichtern verfasste Prologe voraus, um die Bedeutung des Tages in das rechte Licht zu setzen. So komponierte Jommelli zum



*Niccolò Jommelli, Büste von
Pierre François Lejeune, um 1760.*

Geburtstag des Herzogs im Februar 1759 einen Prolog, in dem Apollo, Euterpe und ein Chor von Musen auftraten. Den Abend beschloss eine Lobeshymne auf Herzog Carl Eugen in Form einer Arie von Jommelli.¹³

Den künstlerischen Ideen Jommellis waren am württembergischen Hof kaum Grenzen gesetzt. Ihm stand ein Orchester mit 24 Mitgliedern zur Verfügung, das damals zu den besten Deutschlands zählte. Hinzu kam eine erlesene Schar an Sängerinnen und Sängern, so Marianne Pirker, Katharina Bonafini oder der Kastrat Giuseppe Aprile. Für die Ausstattung der Opern sorgte ein ganzer Stab von Kunsthandwerkern und Handwerkern unter Leitung von Innocenzo Colomba.

Im Sommer 1763 hielt sich der siebenjährige Wolfgang Amadeus Mozart zusammen mit seinem Vater zwei Tage in Ludwigsburg auf. Da Herzog Carl Eugen eben im Begriff war, in die Sommerresi-

denz Grafeneck zu reisen, kam ein Vorspiel vor dem Herzog nicht zustande. Stattdessen hörte Jommelli am 10. Juli 1763 das Konzert des kleinen Wolfgang Amadeus auf dem Klavier in seinem Haus an. Leopold Mozart war allerdings ziemlich erbost, dass sein Sohn nicht bei Herzog Carl Eugen vorspielen durfte und machte Jommelli in einem Brief dafür mitverantwortlich: »Allein ich sehe die ganze Sache als ein Werk des Herrn Jommelli an, der sich alle Mühe gibt, die Teutschen an diesem Hofe auszurotten und nichts als Italiener einzuführen.« Zugleich stellte er fest, dass Jommelli »die Gnade des Herzogs in erstem Grade besitzt« und »über das hat er bey seiner Musik unbeschränkte Macht und das ist es, was die Musik gut macht«.¹⁴

Niccolò Jommelli hatte sich bei seiner Anstellung am württembergischen Hof ausbedungen, dass er alle drei Jahre ein halbes Jahr nach Italien reisen durfte. So befand er sich im Sommer 1757 in Rom und Neapel. Als Herzog Carl Eugen 1767 eine Reise nach Venedig machte, nahm er auf die Italienreise in seinem Gefolge auch den Kern seines damaligen Orchesters mit. Die »Musikalische Realzeitung« berichtete: »Eine Musik aus Schwaben nach Italien – welch großer, kühner Gedanke! Aber der Herzog

kannte seine Leute, unter denen, im Vorbeigehen gesagt, mehrere deutsche und eigene Landeskindern waren, und durfte sich im voraus schmeicheln, daß sein Orchester unter Anführung eines Jommelli jedem andern in Italien die Spitze bieten werde. Wirklich war dem so. »Questa musica no se mai sta sentita à Venezia«, rief der Italiener ganz entzückt aus. »Es de questa sorte de Musica se senti sempre in Germania«, antwortete der Herzog.« Auf deutsch: »Solche Musik hat man in Venedig noch nie gehört«, sagte der Italiener begeistert, worauf Herzog Carl Eugen erwiderte: »Es ist die Art von Musik, die man in Deutschland immer hört.«¹⁵

Nachdem die Oper, aber auch das Ballett und das Schauspiel in den 1760er Jahren am württembergischen Hof eine Blütezeit erlebt hatten, von der heute noch die Festbeschreibungen von Joseph Uriot einen Eindruck geben, wandelten sich am Ende des Jahrzehnts die Verhältnisse aufgrund der hohen Kosten, die das Theater verschlang. Es trat eine gewisse finanzielle Erschöpfung ein, so dass Herzog Carl Eugen im Februar 1767 die französische Komödiantengruppe und einen Teil des Balletts entließ. Ein noch größerer Einschnitt erfolgte im April 1768, als mehrere Sänger und ein Dutzend Mitglieder des Orchesters entlassen wurden. Dieser Vorgang hatte natürlich eine gewisse Einschränkung bei der Entfaltung der künstlerischen Kräfte von Hofkapellmeister Jommelli zur Folge. Nach Beendigung des Karnevals 1769 kam er bei Herzog Carl Eugen um einen Urlaub nach Italien ein. Er wollte seine Frau, die das Stuttgarter Klima nur schlecht vertrug, in die Heimat bringen und ihr dort ein Haus einrichten. Zu diesem Zweck ließ er das entbehrliche Mobilier dorthin schaffen. Da vermutet wurde, dass Jommelli das Land für immer verlassen würde, verbot man ihm, von seinen Originalpartituren, die er dem Herzog überlassen musste, Abschriften zu nehmen.¹⁶



Das Wohnhaus von Niccolò Jommelli in Ludwigsburg, Stuttgarter Straße 16.

Am 29. März 1769 reiste Jommelli nach Italien ab und beantragte alsbald, seine zurückgelassene Habe nachzusenden. Am Ende seines Urlaubs zeigte er dem Herzog seine bevorstehende Rückkehr an und erbat sich Instruktionen für die Komposition einer Oper auf den nächsten Karlstag. Herzog Carl Eugen sicherte ihm daraufhin im Juli 1769 eine jährliche Pension von 2000 Gulden bis zu seinem Lebensende zu. Jommelli schob allerdings seine Rückreise immer weiter hinaus und reichte schließlich im September 1769 sein Abschiedsgesuch ein. Herzog Carl Eugen bewilligte daraufhin die Dienstentlassung, wobei Jommellis Besoldung jedoch nur bis zum Tag seiner Abreise aus Württemberg gezahlt wurde.¹⁷

Wie sich zeigte, hatte Jommelli trotz seines hohen Gehalts eine Reihe von unbezahlten Rechnungen hinterlassen, die sich auf 1594 Gulden summierten. Im Februar 1770 beauftragte Jommelli den mit ihm befreundeten, am kurpfälzischen Hof in Mannheim ansässigen Librettisten Verazi, dem er ebenfalls noch eine größere Geldsumme schuldete, mit der Ordnung seiner Angelegenheiten. Seine Wohnung in Ludwigsburg in der Stuttgarter Straße 16 umfasste vier Zimmer, zwei Garderoben, drei Kabinette, eine Küche und einen Musiksaal. Insgesamt wurde der Wert des Mobiliars in seiner Wohnung, der Bücher und Gartengewächse mit 1304 Gulden veranschlagt. Seine rückständige Besoldung belief sich auf 385 Gulden. Die Summe war damit hinreichend, um die Gläubiger zu befriedigen. Im April 1770 genehmigte Herzog Carl Eugen den Ankauf eines Teils des Mobiliars in Jommellis Ludwigsburger Wohnung und der Gartengewächse um 400 Gulden. Zu den Pflanzen, die in der Orangerie und den beiden Gärten Jommellis standen, gehörten 13 Orangenbäume, sieben Feigen- und zwei Lorbeerbäume sowie zwei Rosmarinstöcke und 500 Hyazinthenzwiebeln.¹⁸

Das vom Herzog nicht erworbene Mobiliar übernahm Verazi und überführte es an seinen Wohnsitz in Mannheim. Unter den inventarisierten Gegenständen befand sich auch Jommellis Bibliothek, die mehr als 600 Bände umfasste.¹⁹ Das Inventar der Bibliothek ist insofern besonders interessant, da es Auskunft über den Bildungsgrad des Meisters und seine Interessen gibt. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es sich ganz überwiegend um Bücher in französischer Sprache, zu einem wesentlich geringeren Teil in italienischer Sprache handelte. Werke in deutscher Sprache sind nicht vertreten. Dies überrascht nicht weiter, da die Umgangssprache am württembergischen Hof damals wie an allen größeren europäischen Höfen französisch war. Jommelli sprach französisch und italienisch. Während seines Aufenthalts in Württemberg kam er jedoch auch mit der deutschen Sprache in Berührung, wie eine »Grammatica tedesca« in seiner Bibliothek beweist.

Die Bibliothek von Jommelli zeugt von einem lebhaften Interesse des Meisters für die zeitgenössische Literatur und Philosophie, die in den 1760er Jahren von Frankreich und England dominiert wurden. So sind Voltaire und Rousseau als führende Autoren der französischen Aufklärung in der Bibliothek mehrfach vertreten. Von Voltaire finden sich die Werke »Le siècle de Louis XIV.« (1751), »La Pucelle d' Orleans« (1755), die Novelle »Candide« (1759) und der »Dictionnaire philosophique« (1764), von Jean-Jacques Rousseau hingegen der Erziehungsroman »Emile« (1761), die Abhandlung über den »Contrat social« (1761) und die »Lettres écrites à la montagne« (1764). Neben zahlreichen, heute unbekanntem französischen Literaten tauchen die Philosophen René Descartes, Blaise Pascal und der Dichter Jean Racine und an älteren Autoren Boccaccio und Macchiavelli in der Bibliothek Jommellis auf. An englischen Philosophen finden sich John Locke und David Hume, letzterer mit den »Oeuvres

philosophiques de Hume« (1759). Auch der preußische König Friedrich der Große ist in der Bibliothek vertreten mit den »Ouevres de philosophe de Sanssouci« (1760). An deutschen Autoren mit französischen Ausgaben lassen sich Christian Friedrich Pfeffel mit einer »Abrégé de l'histoire d'Allemagne« (1766) und Jean Samuel Henri Formey mit dem »Anti-Emile« (1763) identifizieren. Es finden sich einige geschichtliche Werke, so über die Familie Borgia oder verschiedene Päpste, sodann Reisebeschreibungen und einige Bücher mit juristischem Inhalt, wie das »Droit public germanique« oder das »Droit de guerre« von Hugo Grotius. Die Theologie ist abgesehen von einem Katechismus des Trienter Konzils und einer Geschichte der Jesuiten im Bücherbestand nicht vertreten, hingegen finden sich einige Bände über Malerei und Gartenkunst.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen jene Bücher, die mit der beruflichen Tätigkeit Jommellis als Komponist in Verbindung zu bringen sind. So enthält das Verzeichnis einen 13 Bände umfassenden »Recueil des opera«. Von den Schriftstellern, deren Librettos Jommelli in seinen Opern verwendete, finden sich neun Bände von Pietro Metastasio und 13 Bände von Carlo Goldoni, ohne dass diese jedoch im Verzeichnis näher aufgegliedert worden wären. Notenmaterial enthält der Bestand nur vereinzelt, so 20 »Motetti de la Corona« und nicht näher spezifizierte »Duetti da Camera«. Generell spiegelt das Bibliotheksverzeichnis Jommelli als einen sehr gebildeten und vielseitig interessierten Menschen wider, und es darf angenommen werden, dass manche Anregung aus den Büchern in den Opern des Meisters ihren Niederschlag gefunden hat.

In Italien ließ sich Jommelli 1769 in seiner Heimat, in der Umgebung von Neapel nieder. Er komponierte weitere Opern, so vor allem für König José I. von Portugal. In Neapel feierte er mit der Oper »Armida abbandonata« nochmals einen Erfolg, doch waren seine Opern in Italien nicht mehr so gefragt. Jommellis Werke waren den Zeitgenossen in Italien nun zu gelehrt, zu philosophisch, zu deutsch. 1771 erlitt Jommelli einen Schlaganfall. Am 25. August 1774 wohnte er in Neapel einer Aufführung seiner letzten Miserere-Vertonung bei. In der folgenden Nacht erlag er einem zweiten Schlaganfall. Beigesetzt wurde er in der Kirche Santa Maria della Verità in Neapel.

Jommelli zählt zu den bedeutenden Meistern seiner Zeit und prägte in seiner Person und mit seinen Werken die Oper am württembergischen Hof unter Herzog Carl Eugen. Der Dichter Christian Friedrich Daniel Schubart urteilte über ihn nach seinem Tod: »Für das Theater ist gewiss kaum noch ein größerer Mann aufgetreten. Hasse war so groß als er, einfacher, aber sangbarer, länger wirkend – und unstrittig übertraf ihn Gluck, der Sonnenflieger, ganz. Jommelli studierte seinen Dichter, er kannte die Sänger, das Orchester, die Hörer mit ihren Launen, selbst den Ort, wo er seine Oper aufführte, nach der Wirkung des Schalls und schmolz sie durch die genaueste Verabredung mit dem Maschinisten, Dekorateur und Ballettmeister in ein großes Ganzes zusammen, das des kältesten Hörers Herz und Geist erschüttert und himmelan lüpfte.« Und an anderer Stelle: »Der Schöpfer eines ganz neuen Geschmacks, und sicher eines der ersten musikalischen Genies, die jemals gelebt haben. Dieser unsterbliche Mann brach sich, wie alle Geister ersten Rangs, eine ganz eigene Bahn. Sein höchst feuriger Geist blickt aus allen seinen Sätzen hervor, brennende Imagination, glühende Phantasie, großes harmonisches Verständnis, Reichthum melodischer Gänge, kühne, stark wirkende Modulationen, eine unnachahmliche Instrumentenbegleitung sind der hervorstechende Charakter seiner Opern.«²⁰

Das Ansehen, das Jommelli in seiner Zeit genoss, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass beim Tod von Christoph Willibald Gluck im November 1787 in Wien das Requiem von Jommelli erklang.²¹ Das Requiem, entstanden im Jahr 1756 anlässlich

des Todes der Herzoginmutter Maria Augusta, einer geborenen von Thurn und Taxis, war eines seiner meistgespielten Werke. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts wurde es von Mozarts Requiem verdrängt.

In den letzten Jahrzehnten kam es zu einer Wiederentdeckung des lange vergessenen Meisters, was zu einer steigenden Wertschätzung von Niccolò Jommelli und seiner Musik führte. Der Musikhistoriker David Kimbell schrieb 1991: »Niccolò Jommelli ist mit Abstand der begabteste und interessanteste italienische Opernkomponist jener Dekaden, ja sogar eine der bedeutendsten Erscheinungen des gesamten 18. Jahrhunderts.«²²

Anmerkungen

- 1 Zu Niccolò Jommelli vgl. Hermann Abert: Niccolò Jommelli als Opernkomponist. Mit einer Biographie, Halle 1908; Wolfgang Hochstein: Die Kirchenmusik von Niccolò Jommelli unter besonderer Berücksichtigung der liturgisch gebundenen Kompositionen, 2 Bde., Hildesheim 1984; Programmheft zur Oper »Fetonte« von Niccolò Jommelli, Staatstheater Stuttgart 1986; Programmheft zur Oper »Il Volgeso« von Niccolò Jommelli, Oper Stuttgart 2015; Artikel Niccolò Jommelli in Wikipedia, abgerufen am 6. Februar 2015.
- 2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 21 Bü 613.
- 3 Zu den Vertonungen der Libretti von Pietro Metastasio vgl. die Artikel Semiramide und Artaserse in Wikipedia, abgerufen am 6. Februar 2015.
- 4 Zum Aufenthalt Jommellis im Herzogtum Württemberg vgl. Rudolf Krauß: Das Theater, in: Herzog Karl Eugen und seine Zeit, Bd. 1, Esslingen 1907, S. 494–527.
- 5 HStAS A 21 Bü 175.
- 6 HStAS A 21 Bü 613.
- 7 Krauß (wie Anm. 4) S. 495.
- 8 Ebd. S. 495.
- 9 Ebd. S. 497–499.
- 10 Ebd. S. 503.
- 11 Ebd. S. 503 f.
- 12 Zum Aufenthalt Jommellis 1767 in Kirchheim unter Teck vgl. Rolf Bidlingmaier: Die herzogliche Oper in Kirchheim unter Teck, in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Kirchheim unter Teck 13 (1991) S. 91–96.
- 13 Krauß (wie Anm. 4) S. 504.
- 14 Mozart. Briefe und Aufzeichnungen, Gesamtausgabe, Bd. 1: 1755–1776, Kassel 1962, S. 75–77.
- 15 Musikalische Realzeitung 1788, zitiert nach Programmheft zur Oper Fetonte (wie Anm. 1) S. 45.
- 16 Krauß (wie Anm. 4) S. 526.
- 17 Ebd. S. 526 f.
- 18 HStAS A 21 Bü 613.
- 19 HStAS A 21 Bü 613, Inventar der Bibliothek von Niccolò Jommelli, 1770.
- 20 Christian Friedrich Daniel Schubart: Jommelli in Stuttgart und Ludwigsburg, in: Programmheft zur Oper Fetonte (wie Anm. 1) S. 63 und 65.
- 21 Artikel Christoph Willibald Gluck in Wikipedia, abgerufen am 11. Februar 2015.
- 22 David Kimbell: Italian Opera, Cambridge 1991, S. 217.

Niccolò Jommelli als Musikdramatiker*

von Dietholf Zerweck

Im 1758 eröffneten Schlosstheater feiert der Bühnenvorhang von Innocente Colomba den strahlenden Gott Apoll auf einer Wolke im Reigen der Musen. Es ist eine Allegorie auf den kunstsinnigen Herrscher, der den Ludwigsburger Hof in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu einem der glänzendsten in Europa machte und Künstler wie Niccolò Jommelli oder den Ballett-Compositeur Jean-Jacques Noverre, wie auch berühmte Sänger und Tänzer – insbesondere junge Tänzerinnen, wie die Anekdoten um des Herzogs blaue Schuhe zu erzählen wissen – unter seiner strahlenden, geldraubenden Schirmherrschaft versammelte. Man könnte das Bild auch anders deuten: Melpomene, die singende Muse der Tragödie, Terpsichore, die Tanzende, Thalia, die festliche Muse der Komödie, Euterpe, die Lyrische, Erato, die Amouröse, Polyhymnia und Kalliope, die Musen der Dichtung und Philosophie, als vielgestaltige Inspiration des schöpferischen Genies von Niccolò Jommelli, das während seiner Jahre am württembergischen Hof zur höchsten Vollendung gelangte und ihn zu einem »Solitär am Musenhof des Herzogs Carl Eugen« machte.

Le parole e la musica

Mit 23 Jahren bringt Jommelli in Neapel am Teatro Nuovo seine erste Oper, die Komödie »L'errore amorosa«, auf die Bühne. Zwischen 1740 und 1750 komponiert er für römische Theater und Kirchen acht Opern, Oratorien und geistliche Werke, ist nebenbei auch für andere italienische Städte äußerst produktiv, feiert mit »Ezio« in Bologna und, am selben Tag, mit »Merope« in Venedig und »Semiramide« in Turin Erfolge. »Alessandro nell'Indie« in Ferrara, »Antigone« in Crema, »Demetrio« in Parma, »Artaserse« 1749 wiederum in Rom: Am Ende dieses Jahrzehnts ist Jommelli ein etablierter Komponist im Genre der Opera seria. 1750 wird er Vizekapellmeister am Petersdom, in den folgenden Jahren werden einige seiner Opern auch am kurpfälzischen Hof von Mannheim aufgeführt, mit dessen damals europaweit berühmter, von Johann Stamitz gegründeter Hofkapelle, von der der junge Mozart wesentliche kompositorische Anregungen erhielt. Interessanter musikwissenschaftlicher Diskussionspunkt bis heute: Hat Stamitz oder hat Jommelli das Orchester-Crescendo erfunden?

Als Carl Eugen auf seiner Italienreise 1753 Jommelli in Rom besucht, ist dieser als Opernkomponist schon berühmt. Einige seiner Werke waren damals unter Ignaz Hofbauer in Stuttgart aufgeführt worden, dem Herzog hatten sie gefallen. Das waren Opern, die Jommelli schon 1749 in Wien präsentiert hatte, nach Textbüchern von Pietro Metastasio, mit dem er dort in einen regen künstlerischen Gedankenaustausch eintritt. Seit 1729 Hofdichter des Kaisers Karl VI. als Nachfolger von Apostolo Zeno,

* Vortrag im Rahmen der »Hommage an Niccolò Jommelli« am 27. Februar 2015 im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses.

war Metastasio – der Künstlernamen bedeutet »Veränderung, Verwandlung« – der Verfasser unzähliger Opernlibretti nach mythischen und historischen Stoffen. Er prägte entscheidend das Genre der Opera seria, die dann mit Mozart und vor allem im 19. Jahrhundert als höfisch-dekorative Repräsentationskunst im Korsett des Absolutismus in Verruf geriet. In Wirklichkeit ist die Sache wesentlich interessanter und komplizierter. Saverio Mattei, Zeitgenosse und Chronist Metastasios wie Jommellis, schreibt über den Librettisten: »Metastasio schulden unsere Arien ihre Eleganz und Melodie.« Wie das? Gehörte die Melodie nicht zu den primären Aufgaben eines Komponisten?

Antonio Salieri – der Rivale Mozarts am Hof Josephs II. in Wien, auch bekannt als missgünstiger Todesbote in Peter Shaffers verfilmtem Drama »Amadeus« – schreibt 1786, im Jahr der Uraufführung von Mozarts »Le nozze di Figaro«, einen Einakter mit dem Titel »Prima la musica, poi le parole«: im Verhältnis der beiden Musenschwestern habe also die Musik das Primat vor der Sprache. Ganz anders die Auffassung Metastasios: »Wenn im Drama die Musik die Oberhand über die Dichtung zu erringen sucht, zerstört sie diese und sich selbst. Es ist eine gar zu offenbare Ungereimtheit, wenn das Kleid mehr Rücksicht verlangt als die Person, für die es gemacht ist. In den Bravourarien ist weder auf Charaktere noch Situationen, noch Empfindungen, noch Sinn, noch Verstand gedacht. Indem die Musik die ihr eigentümlichen Schätze durch Hilfe einer die Violinen oder die Vögel nachahmenden Gurgel ausbreitet, erntet sie jenen Beifall, den man einem Seiltänzer nicht verweigern kann, wenn es ihm gelingt, durch seine Geschicklichkeit die gewöhnlichen Erwartungen zu übertreffen.« Also keine Gurgelakrobatik als *L'art pour l'art*, sondern das »dramma per musica« als Schauspiel durch Musik. Saverio Mattei beschreibt diesen Einfluss von Metastasios Dichtkunst auf die Musik so: »Seine Metren weckten in den Komponisten Motive und Gedanken. Klarheit des Gefühls und des Ausdrucks im Verein mit Anmut und Süße ihrer äußeren Form verzauberte alle und entzückte so sehr, dass die Theatermusik in wenigen Jahren ihren Höhepunkt erreichte.«

Der Musikdramatiker Jommelli

Von den etwa 20 Opern, die Jommelli während seiner Zeit am Hof des Herzogs Carl Eugen verfasst hat, sind 15 auf Libretti Metastasios komponiert. Als die beiden 1750 in Wien zusammentrafen, bezeichnete dieser den Komponisten als »il miglior maestro ch'io conosca per le parole« – als den Besten, der sich beim Komponieren mit Worten auskennt. Praktisch bedeutet das, neben dem auskomponierten Orchester-Crescendo, welches psychische Erregung und emotionale Steigerungen abbildet, eine selbständige Stimmführung der Bläser sowie der zweiten Geigen, Bratschen und Celli, welche ebenso zur Charakterisierung der Personen des Dramas beitrug wie die Kühnheit der harmonischen Struktur. Abbé Vogler, der bedeutende Harmonielehrer und Musiktheoretiker der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, schwärmte über Jommelli: »Er sprach ohne Wörter, und ließ die Instrumente in einem fort declamieren, wenn der Dichter schwieg.«

In seinem 1785 erschienenen »Elogio de Jommelli o sia il progresso della poesia, e musica teatrale« – also seiner Huldigung Jommellis im Kontext des Fortschritts von Dichtung und Musik in der Oper – schildert der schon zitierte Severio Mattei dessen Wirken in den württembergischen Residenzen: »Es folgte die glorreichste Epoche der

Theatermusik. Vergessen wir die Theater Italiens, Wiens, Sachsens und Madrids. Wir werden hier gute Sänger finden, da überraschende Bühnendekorationen, dort die besten Komponisten, andernorts ein exzellentes Orchester. Doch wo finden wir ein großes Ganzes ebenbürtiger Perfektion? Aufwändigste Bühnenbilder, die mit jenen wetteifern können, die man während der Madrider Glanzzeit unter Farinelli zu sehen bekam; die berühmtesten Sänger, unter denen sich Aprile in seinen besten Jahren lange hervortat – Aprile, nicht matter Sänger liederlicher Rondos, der nichtssagende Koloraturen speit, sondern musikalischer Schauspieler und präziser Interpret, der das Werk des Komponisten nicht durch Demonstrationen falsch verstandener Geläufigkeit verschandelt, wie die heutigen verdorbenen Kastraten.« Da klingt natürlich Polemik mit gegen sinnleere Gurgelakrobatik. Doch Mattei beschreibt auch ganz konkret die optimalen Arbeitsbedingungen des Neapolitaners in Württemberg: »Ein präzises Orchester, welches mit den besten Musikerpersönlichkeiten Europas besetzt war, die man durch Höchstgagen gewann, und das von Jommelli selbst geleitet wurde. Jommelli war nicht nur der Komponist, sondern der künstlerische Gesamtleiter der Aufführungen, vom Herzog mit unbegrenzten Kompetenzen ausgestattet, die für die Organisation einer Aufführung nötig waren, ohne darin den hohen Ministerien, auch des Rechts, unterstellt zu sein.« – »Sein Gehalt wurde mit Sklavenhandel finanziert«, titelte »Die Welt« letzten September zum 300. Geburtstag.

Wie Mattei die Aufnahme von Jommellis Opern hier am Hof beschreibt, wirft ein bezeichnendes Licht auf den künstlerischen Mehrwert seiner Opernserie: »In dieses Theater ging man nicht, um zu tratschen oder die Zeit mit Unterhaltungen totzuschlagen. Man hatte sich mit derselben Andacht hinzubegeben, mit der man zu geistlichen Exerzitien geht. Man durfte kein Wort über die Lippen bringen, sondern hatte die ganze Oper von Anfang bis Ende anzuhören, der Handlung zu folgen, nicht ein Wort des Rezitativs auch der kleinsten Partie zu versäumen, durfte den Akteuren keine Ursache geben, sich vom respektlosen Gemurmel der Zuhörer ablenken zu lassen, oder dem Publikum, sich aufgrund der Lustlosigkeit der Akteure zu zerstreuen – eine unselige Tendenz, die aus heutigen Opernvorstellungen die allerlangweiligsten Darbietungen macht.« Casanova hat ja anlässlich eines Besuchs im Ludwigsburger Schlosstheater in seinem Tagebuch vermerkt, wie er einmal eine Bravourarie beklatschen wollte, ihm das jedoch strengstens verwehrt wurde, ehe der Herzog nicht am Ende der Vorstellung die Hände zum Beifall bewegte. Und von Carl Eugen wird berichtet, dass er von der »Ombra«-Szene der Berenike bei der Uraufführung von »Il Vologeso« im Ludwigsburger Opernhaus so ergriffen gewesen sei, dass er jede weitere Aufführung untersagte.

1769 nimmt Niccolò Jommelli, nicht ganz freiwillig, seinen Abschied vom Herzog. Schnöderweise behält Carl Eugen die Partituren seines solitären Domestiken ein. Im selben Jahr wird eine neue Fassung von »Il Vologeso« in Lissabon gezeigt, der König von Portugal wirbt jedoch vergeblich um Jommelli als Hofkomponist, der seine letzten Jahre in Neapel verbringt. Seine für das Teatro San Carlo geschriebenen Opern haben nur mäßigen Erfolg. Mattei nennt die Gründe aus seiner Sicht, sie kommen uns bekannt vor: »Eine unaufhörliche Zerstreung, ein lästiges Getratsche, ein weicherlicher und kraftloser Musikgeschmack, eine Abneigung gegen alles, was Mühe kostet, sowie die Freiheit, nach Lust und Laune zu singen, eine deplatzierte Zurschaustellung von Virtuosität durch überflüssige Verzierungen, mit denen die Sänger Noten und Worte überladen, und ganz besonders die Vernachlässigung der Aktion und das absolute Desinteresse an den Rezitativen, von denen doch die Entwicklung der

Motive in den Arien abhängt, welche man ganz aus dem Zusammenhang gerissen, ohne jegliche Verbindung hören will.« Jommellis Stil galt seinen Landsleuten wohl zu »philosophisch«, zu »deutsch«. 1774 wird in Lissabon seine letzte Oper, »Il trionfo di Clelia«, uraufgeführt, in der Karwoche erklingt sein letztes Sakralwerk, die Psalmkantate »Pietà, Signore« in seiner Wohnung mit der Primadonna Anna de Amicis, dem Kastraten Aprile und dem Komponisten am Cembalo. Nach einem zweiten Schlaganfall stirbt Jommelli am 25. August.

Il Vologeso

Niccolò Jommelli – der Musikdramatiker an der Schnittstelle zwischen Barockoper und Mozarts Theater der menschlichen Leidenschaften: Die Besonderheit, ja Einzigartigkeit seines Opera-seria-Musiktheaters lässt sich an jenem »Il Vologeso« illustrieren, den er am 11. Februar 1766 in Ludwigsburg zur Uraufführung gebracht hat. Es lohnt sich, unter dem Aspekt des aus der Sprache heraus entwickelten »dramma per musica« sich die Opernhandlung zu veranschaulichen. Nach dem gebräuchlichen Schema der Opera seria sind es sechs Charaktere, die in scheinbar tragische Interessenkonflikte zwischen Pflicht und Neigung, Treue und Verrat, Intrige und Leidenschaft, Verleumdung und Ehre verwickelt werden und am Ende durch überlegtes Handeln doch noch zu einem glücklichen Ausgang, dem sogenannten *lieto fine*, gelangen.

Für seinen »Vologeso« nimmt Jommelli nun nicht ein Libretto Metastasios, sondern von dessen Vorgänger in Wien als Hofdichter des Habsburger Kaisers, Apostolo Zenò, zur Hand, das er schon für seine erste, noch 1754 in Rom als »Lucio Vero« uraufgeführte Fassung verwendet hatte und neu bearbeitete. Dieser Apostolo Zenò war nicht nur, wie auch Metastasio, ein ungemein gelehrter Schriftsteller und Historiker, sondern Sammler wertvoller Bücher und Manuskripte, die heute noch in der »Raccolta Zeniana« der berühmten Biblioteca Marciana in Venedig erhalten sind, unter anderem 1000 Opernlibretti aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Zenos Ur-Libretto des »Lucio Vero/Vologeso«-Stoffes entstand um 1700 und wurde danach unzählige Male vertont. Schon beim Lesen spürt man den dramatischen Atem, der in Jommellis Musik so stürmisch und nachhaltig weht. Worum geht es? Lucio Vero, Mitregent des römischen Kaisers Marc Aurel, hat sich auf dem Feldzug gegen die Parther in Berenice, Königin von Armenien und Braut des totgeglaubten Partherkönigs Vologeso, verliebt. Doch dieser lebt unerkannt als Diener im Hofstaat Lucio Veros in Ephesus, und Marc Aurels Tochter Lucilla reist an, um den Anspruch auf ihren Verlobten zu verteidigen. Als kontroverse Nebenfiguren, von denen jede ihr eigenes Süppchen kocht, sind noch Lucillas Begleiter Flavio und Lucio Veros intriganter Ratgeber Aniceto mit von der Partie.

»Vergebens drohst du und glaubst, / diese meine Seele zu besiegen. / Vielleicht siehst du mich bestürzt, / und doch habe ich keine Furcht. / (beiseite zu Berenice: Ach, du allein kennst / Die Angst meines Herzens.) / Wo ist der Kerker, sind die Ketten, / ist mein Tod? / (beiseite zu Berenice: In diesem verhängnisvollen Augenblick / Fürchte ich nur für dich.)«

Vologeso hat die erste Arie in diesem »dramma per musica«, und schon hier hat die Musik großartige Möglichkeiten, nach dessen versuchtem Giftmord und im Rezitativ erfolgter Entdeckung zu differenzieren zwischen öffentlichem Stolz und Todesverachtung einerseits, leidenschaftlicher Sorge um Berenices Schicksal andererseits. Nach

Lucio Veros erster Arie, in der er seine Angebetete in »süßer Liebe« anhimmelt, bleibt Berenice nach dem furiosen Auftakt des Dramas allein auf der Bühne zurück. Das *Accompagnato*, also das mit Orchesterbegleitung arios ausgeführte Rezitativ, schildert die Qualen einer zerrissenen Seele, doch in der folgenden Arie wandelt sich die Stimmung zu Mut und Zuversicht:

»Wenn mein Liebster lebt, / fühle ich die Schmerzen nicht. / Ich achte nicht der Qual, / fürchte keine Gefahr, / schon kehren Freude und Wonne / in meinen Busen zurück. / An seiner Seite / Als treue Gefährtin zu leiden, / macht meine Lage erfreulich / und ruft mich zum Genuss.«

Den herkömmlichen Typ der *Da-capo*-Arie, wo also der erste Teil nach einem die emotionale Veränderung reflektierenden Mittelteil wiederholt wird, variiert Jommelli, indem er zum Beispiel das *Accompagnato* durch gleiche Instrumentation mit der folgenden Arie verbindet oder im B-Teil durch kühne Chromatik Seelenzustände bloßlegt. Für den knöchernen, auf Pflicht und Staatsraison pochenden Flavio lässt die Musik mit unzähligen Trillern ironischerweise im Bauch die Schmetterlinge flattern:

»Nur der glaubt, dass man eine neue Glut / im Busen hegen kann, / wer selbst immerfort, / wie ein Schmetterling um die Blumen, / von diesem zu jenem Gegenstand flattert.« »Aber (B-Teil, Veränderung!) wer sich niemals, nicht einmal im Spiel / an einer anderen Flamme entzündete, / wie könnte der annehmen, / dass es Untreue gibt?«

Ungeheuer packend gestaltet sich die Arena-Szene. Bühnenanweisung: »Ein prachtvoll geschmücktes, mit Sonnensegeln versehenes Amphitheater für Tierschauspiele.« Hier soll Vologeso mit Löwen und Tigern kämpfen bis zum Tod, um für Lucio Vero den Weg zu Berenice frei zu machen. Man kann sich vorstellen, was für ein Spektakel das im riesigen Opernhaus im hinteren Schlossgarten gewesen sein muss. Doch im letzten Augenblick, als schon der Löwe in die Arena gelassen wird, wirft sich Berenice schützend vor ihren geliebten Vologeso, Lucio Vero wirft dem sein Schwert zu, um Berenice nicht zu verlieren, Lucilla erkennt, wie es um dessen Gefühle bestellt ist, der Löwe tot und alle Fragen offen. In einem Quartett – auch in der Einführung solcher Ensembles ist Jommelli gegenüber der Tradition revolutionär – kommen die konträren Gefühle der Protagonisten vielschichtig zum Ausdruck:

Berenice (zu Lucio Vero) Dieses Schweigen ...

Lucilla (zu Lucio Vero) Dieses Seufzen ...

Berenice ... sagte viel.

Lucilla ... sprach genug.

Vologeso (zu Berenice) Du bist gerettet, ich sehe dich treu,
mehr kann ich vom Himmel nicht erbitten.

Lucio Vero (zu Lucilla) Deine Bitten ...

(*zu Berenice*) Deine Leiden ...

(*zu sich, verwirrt*) Gerechte Götter,
was soll ich sagen?

...

Berenice, Lucilla, Vologeso und Lucio Vero (jeder für sich)

Ach, Welch neue Art ist dies der Folter, der Qual, ...

Berenice und Vologeso ... der Unbarmherzigkeit und Grausamkeit!

Lucilla ... der Unbeständigkeit und Untreue!

Lucio Vero ... des Zorns und Mitleids!

Schließlich bleiben nur die beiden vom Schicksal bedrohten Liebenden zurück, das Quartett fokussiert sich zum Duett der Leidenschaft, das in Verzweiflung mündet. Ende des 1. Akts, Berenice und Vologeso: »Ach, ich kann nicht! Ich verliere dich! / Ich ertrage nicht das Übermaß / der grausamen Aufregung, die mich tötet, / des Schmerzes, der mir die Brust zerreißt.«

Lucio Veros Brust zerreißt ein ganz anderer Konflikt: Wie kann er Berenice für sich gewinnen, ohne Gewalt anzuwenden? Es kommt zum unmoralischen Angebot: Wenn du mich liebst, erhält Vologeso seine Freiheit und Königskrone zurück. Andernfalls: Kopf ab! Das stürzt Berenice in höchsten Seelenaufbruch: »Du begehrt mein Herz, / das Herz werde ich dir geben. / Aber Treulose! Was sage ich? / Grausamer, hoffe nicht darauf, / Doch halt ein ... doch höre ... / Doch zügle den Zorn. / Ja, das Herz werde ich dir geben.«

Als Lucio Vero später, in Anwesenheit Vologesos, auf dieses erzwungene Versprechen zurückkommt, macht sie ihm klar – es ist das Shylock-Motiv aus Shakespeares »Kaufmann von Venedig«: »Ich versprach das Herz als Preis für sein Leben.« Lucio Vero: »Und das Herz nehme ich an.« Berenice: »So komm und reiße es mir aus der Brust. Aber rette mir meinen Geliebten, halte das Versprechen, gib ihm Leben, Thron und Freiheit zurück.«

Und nun kann beide nichts mehr trennen. Berenice und Vologeso (»unerschrocken, voller Verachtung«): »Geh, Ungeheuer, geh, Unwürdiger. / An unserer Haltung / wirst du sehen, ob wir tapfer / die Qualen und unsern Tod / erliden können.« Worauf Lucio Vero »bestürzt« zurückbleibt: »Welch unheilvolles und schwarzes Grauen! / Welch dichter Nebel! / Wo bin ich? Welch ungewohnter / kalter Schrecken umgibt mich? / Ach, du bist es, wilder Gewissensbiss, / der meinen Puls antreibt, / du, der Tag und Nacht / das Herz des Tyrannen heimsucht.«

Wie in dichte Nebel gehüllt tritt dann Berenice in der vorletzten Szene mit einem langen, ungeheuer ausdrucksvollen *Accompagnato* auf die Bühne. Nach ihrer Weigerung, Lucio Vero zu gehören, glaubt sie, Vologeso sei schon im Kerker hingerichtet. Es ist eine Scheinhinrichtung, das weiß sie nicht, Vologesos Haupt soll ihr präsentiert werden, das hat Ancieto ihr ausgerichtet. »Dieser letzte kunstfertige Angriff sei gewagt, um die Grausamkeit eines Herzens zu bezwingen«, rechtfertigt der liebeswahnsinnige Lucio Vero diese Folter und schaut versteckt als Voyeur bei dieser »Ombra«-Szene zu.

Berenice: »Wo bist du? Welch schmerzvolles und grausames Reich der Düsternis und der Schatten? Träume oder wache ich? Ich höre ... oder glaube ich zu hören die Stimme ... das Weinen des sterbenden Geliebten? Ach, das ist fürwahr das Stöhnen eines Verschmachtenden ... das Schluchzen eines Sterbenden ... (Sie hält betäubt inne, um in eine Richtung zu blicken.) Und dieser dichte Nebel, der sich dort erhebt und meinen Augen irgendein Trugbild zeigt, er ist, ja, oh Götter! Schon erkenne ich ihn, meines Vologeso trauriger und schmerzlicher Schatten ... Ha, barbarischer Tyrann, meinen Verlobten ermordetest du. Ich täusche mich nicht.«

Arie: »Bleicher Schatten, / der du hier weilst, / elendes Gespenst, / das du um mich kreist, / weshalb rufst du mich? / Was willst du von mir? / Suchst du Frieden, / unglücklicher Schatten, / in Berenice / ist Frieden nicht.«

Dass sich Lucio Vero letztlich doch von seinem Liebesterror befreit und zu Lucilla und seinen Pflichten als Nebenkaiser Marc Aurels nach Rom zurückkehrt, geschieht freilich nicht aus Vernunft, Einsicht oder Humanität. Anders als bei Mozarts »La Clemenza di Tito« oder in seiner »Entführung aus dem Serail«, wo nur Osmin noch

im Finale seine Gewaltphantasien (»Erst geköpft, dann gehangen, dann gespießt auf heiße Stangen«) auslebt, ist es nicht Güte oder Menschlichkeit, die den Herrscher zur Umkehr bewegen, sondern die von Ancieto (der sich selbst Hoffnungen macht auf den Thron) und Flavio angezettelte Rebellion der Truppen, die zusammen mit Lucillas Treue zu Lucio Vero das Lieto Fine zwangsläufig machen.

Und so singen sie alle, Lucilla und Lucio Vero, Berenice und Vologeso, selbst Flavio und Ancieto zum Schluss:

Aufs Meer laden uns
friedliche Wogen.
Vom Himmel wehen
günstige Winde.
Und alles jubelt
in unserem Herzen.
Schicksalhafte Gestade!
Unheilvolle Strände!
Für immer führe mich
weit fort von euch
ein freundliches Schicksal,
barmherzige Liebe.

Wie gut für uns heutige Opernbesucher, dass wir mit Hilfe von Übertiteln – ja, deutsche Übertitel für italienische, französische, tschechische, russische Opern, denn Dichtung und Musik sind ja gleichberechtigte Schwestern – auch sprachlich verstehen, was auf der Bühne passiert. Jommellis »Il Vologeso«, als »Berenike, Königin von Armenien« nach 249 Jahren wieder im Stuttgarter Opernhaus: ein Meisterwerk.

Geben wir noch einmal Saverio Mattei und seinem »Elogio« das Wort: »Wie kommt es also, dass die Werke anderer Komponisten trotz so vieler Oboen, Fagotte, Klarinetten und Hörner einfach zu realisieren sind, nicht aber die Werke Jommellis? Das liegt daran, dass all diese Instrumente beliebig eingesetzt sind und es weder nützt noch schadet, ob sie spielen oder nicht, ob sie pünktlich einsetzen oder nicht. In den Werken Jommellis hingegen beschädigt jedes Detail, das man versäumt, jeder kleinste Fehler die Schönheit des gesamten Mechanismus. Die Sänger und Musiker müssen aufmerksam sein, nichts hinzufügen und nichts weglassen. Das macht Mühe, stellt aber keine echte Schwierigkeit dar, als welche freilich jener sie empfindet, der sich nicht anstrengen möchte.« Das gilt freilich auch für jeden Opernbesucher von heute.

»Christus sei ihr König, sie haben keinen Herrn und König auf der Welt«

Separatistinnen und Separatisten im Raum Ludwigsburg*

von Eberhard Fritz

Seit dem späten 17. Jahrhundert verbreitete sich die neue Frömmigkeitsbewegung des Pietismus in den protestantischen Territorien des Deutschen Reiches.¹ Dazu parallel lief eine radikale Strömung, die von der Überzeugung getragen war, dass wahres Christentum nur außerhalb der verfassten Kirche möglich sei. Diese Richtung wird in der historischen Forschung unter dem Begriff »radikaler Pietismus« gefasst, während man im Herzogtum Württemberg allgemein vom Separatismus sprach.² Im Rahmen dieses Aufsatzes soll der radikale Pietismus unter einer verengten Perspektive dargestellt werden, nämlich mit der Fokussierung auf Ludwigsburg und seine Umgebung. Obwohl es sich von der personellen Stärke der Bewegung her gesehen nie um mehr als eine Randerscheinung handelte, hat der radikale Pietismus in der württembergischen Kirchen- und Geistesgeschichte tiefe Spuren hinterlassen. Die im Zentrum des Landes gelegene zeitweilige Residenzstadt Ludwigsburg konnte davon ebensowenig unberührt bleiben wie das Umland.

Als Programmschrift des Pietismus gilt das im Jahr 1675 erschienene Büchlein »Pia desideria« (»Fromme Wünsche«) des Frankfurter Pfarrers Philipp Jakob Spener. Er forderte eine Reform des Theologiestudiums unter Betonung der persönlichen Frömmigkeit. Vor allem aber regte er Versammlungen neben den öffentlichen Gottesdiensten an, in denen Menschen, die mit Ernst Christen sein wollten, die Predigten der Geistlichen noch einmal durchsprechen und sich mit Beten, Singen und dem Lesen religiöser Bücher erbauen sollten.³ Diese Vorschläge stießen nicht überall auf Zustimmung, da immer die Gefahr von Spannungen innerhalb der Kirche bestand, wenn sich einige Gemeindeglieder von den übrigen absonderten. Man fürchtete auch die religiöse Überheblichkeit der Pietisten. Von Anfang an gab es zudem in der pietistischen Bewegung Menschen, welche die Ansicht vertraten, wahres Christsein sei nur außerhalb der Kirche möglich. Entsprechend trennten sie sich von der Kirche, indem sie die Gottesdienste und das Abendmahl nicht mehr besuchten. Dabei galt das Abendmahl als wichtigstes Glaubenszeugnis eines evangelischen Christen, zumal es im Unterschied zur katholischen Messe in »beiderlei Gestalt« gereicht wurde, der Gläubige also die Hostie und den Wein empfing. Den kirchenkritischen Flügel des Pietismus fasst man in der Forschung unter dem Begriff »radikaler Pietismus«, wogegen man im Volk allgemein vom Separatismus sprach. Beide Begriffe werden hier wechselweise gebraucht.

* Überarbeitete und erweiterte Fassung des am 10. November 2005 beim Historischen Verein Ludwigsburg gehaltenen Vortrags. Der Charakter des Vortrags wurde weitgehend beibehalten.

Seit den 1680er Jahren lassen sich die ersten Radikalpietisten auch im Herzogtum Württemberg feststellen. Zunächst verbreiteten sich die kirchenkritischen Ideen unter den Theologiestudenten an der Universität Tübingen. Eine ganze Generation von Studenten las die Werke des Schriftstellers und Theosophen Jakob Böhme, der die organisierte Kirche heftig kritisierte. Er sah die Sexualität als »viehisch« an und beeinflusste damit maßgeblich sexualasketische Auffassungen im radikalen Pietismus. Einige Studenten und »Diaconi« (Pfarrer im unständigen Dienst) verloren wegen ihrer »ketzerischen« Ansichten ihre Stelle oder wurden erst gar nicht angestellt. Gleichzeitig gab es in den gehobenen Schichten der Städte Menschen, die sich von der Kirche separierten, so in Bietigheim⁴, Stuttgart⁵, Herrenberg⁶ oder Calw⁷ sowie in den Reichsstädten Esslingen⁸, Reutlingen⁹ und Ulm¹⁰. Ein erstes Netzwerk von Gleichgesinnten wird erkennbar, das sich über das ganze Land spannte. Außerdem pflegten die Radikalpietisten intensive Kontakte zu Gleichgesinnten in anderen deutschen Staaten sowie im Ausland.

Die prächtige, im Entstehen begriffene barocke Residenz Ludwigsburg erschien da als »Sündenpfehl«, als Objekt der radikalpietistischen Kritik. Das lag zunächst einmal daran, dass der herzogliche Hof eine eigene, relativ abgeschottete Welt darstellte. Denn seit dem 16. Jahrhundert hatte sich in Württemberg ein Dualismus zwischen dem Herzog als Landesherr und den Landständen entwickelt. In den Landständen waren etwa 60 führende württembergische Familien versammelt, welche eng miteinander versippt und verschwägert waren. Deren Mitglieder besetzten die Schlüsselstellungen in der Staatsverwaltung und in der Kirche. Da Staat und Kirche ohnehin eine Einheit bildeten – der Herzog war Oberhaupt der evangelischen Landeskirche –, übten die Landstände eine große Macht aus. Seit dem Tübinger Vertrag von 1514 konnten die Herzöge ohne Zustimmung der Landstände keine Steuern mehr erheben und keinen Krieg mehr führen. Als dann das Zeitalter des Absolutismus anbrach, waren die Herzöge nicht mehr gewillt, die Beschränkung ihrer Macht hinzunehmen. Vor allem um die Frage eines stehenden Heeres schwelte eine zähe politische Auseinandersetzung. Während die Herzöge das Heer vergrößern wollten, verweigerten die Landstände die erforderlichen finanziellen Mittel. Auch wenn der Landesherr Zugeständnisse erreichen konnte, blieb das Militär stets umstritten.

Als nun Herzog Eberhard Ludwig die bekannte Affäre mit Friederike Christina von Grävenitz anfang, bot er den Landständen eine willkommene Angriffsfläche.¹¹ Teils war der Widerstand religiös legitimiert, denn der Ehebruch des Landesherrn forderte im Verständnis der Zeit den Zorn Gottes heraus. Bedeutsamer erschien die politische Brisanz der Affäre. Einerseits platzierte die Mätresse ihre Verwandten und Günstlinge in der herzoglichen Regierung, andererseits trumpften nun die Landstände auf. Sie instrumentalisierten die Frau von Grävenitz für ihre politischen Zwecke, denn in ihrer Auseinandersetzung mit Herzog Eberhard Ludwig hatten sie mit ihr ein moralisches Druckmittel in der Hand. Gelegentlich kam es sogar zu einem unbewussten Zusammenspiel zwischen den Ständen und dem Herzog. So konnte beiden Parteien nur daran gelegen sein, dass die Untertanen fromm und rechtschaffen waren, denn dann herrschte Ruhe im Land, und es flossen die Steuern.¹²

Radikalpietistische Theologen drängten auf eine strenge Befolgung der biblischen Gebote und wollten ihre Gemeindeglieder dazu anhalten. Sie wetterten in ihren Predigten gegen die Sünde und ermahnten die Menschen zu einem gottgefälligen Leben. Außerdem schlossen sie Mitbürger, die ihrer Meinung nach einen gotteslästerlichen Lebenswandel führten, vom Abendmahl aus. Das Abendmahl galt als

wichtigstes Erkennungszeichen des Christen, weil es das einzige Sakrament war, das der erwachsene Protestant empfangen konnte. Deshalb wurde der Empfang des Abendmahls streng kontrolliert. Man musste sich beim Pfarrer anmelden und eine Beichte ablegen. Wenn nun ein Mann oder eine Frau vom Abendmahl ausgeschlossen wurde, galt das gemeinhin als öffentliche Schande.¹³ Einige Geistliche, die einem großen Teil der Gemeinde oder gar der gesamten Gemeinde das Abendmahl verweigerten, erregten Ärger, weil sich die Gemeindeglieder bei der Kirchenleitung über sie beschwerten. Es kam zu zeitweiligen oder endgültigen Entlassungen wegen radikalpietistischer Ansichten. Aber die neue kirchenkritische Strömung ließ sich nicht mehr unterdrücken.

Die erste Phase des radikalen Pietismus reichte bis zum Ende des Spanischen Erbfolgekrieges im Jahr 1715.¹⁴ Man darf nicht außer Acht lassen, dass Württemberg im Grunde seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges unter kriegerischen Ereignissen, Kriegsängsten und Kriegslasten zu leiden gehabt hatte. Gerade im späten 17. und im frühen 18. Jahrhundert wurde das Land erneut in verschiedene Kriege hineingezogen, was in der Bevölkerung apokalyptische Ängste anheizte und den radikalpietistischen Strömungen Vorschub leistete. Als jedoch 1715 eine jahrzehntelange Friedensperiode anbrach, erlosch die Krisenstimmung. In der Oberschicht fand der Separatismus keine Anhängerinnen und Anhänger mehr, sondern er verlagerte sich hin zu den Bauern und Handwerkern. Die radikalpietistische Bewegung schrumpfte auf wenige Gruppen und Einzelpersonen zusammen. Dort aber wurden die Beziehungen untereinander intensiv gepflegt.

Anregungen kamen aus dem Ausland. Denn gerade in dieser kritischen Phase traten einige wenige Wanderprediger auf, die den sogenannten »Inspirierten« angehörten. Diese Bewegung entstand während der grausamen Verfolgungen der Protestanten in Südfrankreich, als der französische König Ludwig XIV. die Oberschicht vertrieb und über 200 Dörfer zerstören ließ.¹⁵ Da auch die Geistlichen zur Flucht gezwungen worden waren, gab es keine Pfarrer für die protestantischen Gemeinden mehr. Nun aber traten Menschen auf, die ekstatische Verzückungen erlebten und prophetische Worte von sich gaben. Diese offenbar von Gott inspirierten Menschen wurden von den Gläubigen als Führungspersonlichkeiten anerkannt. Einige dieser französischen »Inspirierten« verließen aber dann auch ihre Heimat und flohen nach London, wo sie als »French prophets« bekannt wurden.¹⁶ Von London aus gingen Missionare nach Kontinentaleuropa, um in den separatistischen Zirkeln für ihre Ideen zu werben. Tatsächlich fanden sie auch im Deutschen Reich Anhängerinnen und Anhänger.

Der aus Württemberg stammende Pfarrerssohn und Sattlergeselle Johann Friedrich Rock war wegen seiner separatistischen Einstellung in die hessische Grafschaft Isenburg-Büdingen gezogen.¹⁷ Nach Besuchen von Inspirierten erlebte er häufig selbst »Inspirationen«. Unter krampfartigen Anfällen stieß er prophetische Visionen aus – meist Androhungen von göttlichen Strafgerichten über »sündige« Städte und Menschen, aber auch Anweisungen für den weiteren Reiseweg –, an die er sich nachher nicht mehr erinnern konnte. Aufgrund dieser Visionen sah sich Rock als göttliches »Werkzeug« und fühlte sich berufen, seine religiösen Überzeugungen auf großen Missionsreisen zu verkündigen. Wiederholt reiste er in seine alte Heimat Württemberg und in die südwestdeutschen Reichsstädte, besuchte viele Gruppen und Einzelpersonen und hielt die Bewegung als Wanderprediger zusammen.¹⁸ Da seine Anhänger diese Aussagen als göttliche Eingebungen verstanden, wurde Rock immer von zwei Schreibern begleitet, die alles notierten und diese Reden sofort drucken ließen.

Radikalpietistische Bewegungen im Raum Ludwigsburg

Auch in Ludwigsburg erlebte Johann Friedrich Rock eine solche »Inspiration«, ebenso in Kleinbottwar, Steinheim an der Murr, Bissingen oder Ochsenbach.¹⁹ Damit wurden auch im württembergischen Radikalpietismus eine ekstatische Religiosität und prophetische Weissagungen eingeführt, von der Obrigkeit kritisch beobachtet.

In dieser Situation erwiesen sich vor allem einige adlige Familien als wichtig, weil sie den Separatisten Schutz und Zuflucht boten. Es handelte sich um Angehörige der Reichsritterschaft, also niederadlige Familien mit eigenen Gütern in Württemberg, auf denen sie residierten.²⁰ Hier wirkte sich die problematische Situation der reichsritterschaftlichen Familien für die Separatisten günstig aus. Da die Adligen in der Regel vom Ertrag ihrer Güter nicht leben konnten, mussten sie eine Stellung im Dienst des Herzogs von Württemberg annehmen. Entweder fungierten sie in einem württembergischen Amt als Obervogt oder Forstmeister, oder sie übernahmen eine Funktion im Hofdienst. Für das adlige Selbstverständnis bedeutete das eine ständige Kränkung, da sie sich ja als Herren verstanden und nicht als Diener. Deshalb neigten sie dazu, die Rechte auf ihren Gütern offensiv wahrzunehmen. Dazu gehörte vor allem der Kirchenpatronat.²¹

Bei mehreren reichsritterschaftlichen Familien sind kirchenkritische Neigungen festzustellen, so bei dem Baron Johann Sebastian von Gaisberg auf der Burg Schaubeck bei Kleinbottwar.²² Dieser Herr stellte mehrere Hauslehrer an, die während ihres Studiums wegen kirchenkritischer Überzeugungen auffällig geworden waren. Dazu gehörte der 1704 verstorbene Michael Müller, von dem heute noch das Lied »Auf, Seele, auf, und säume nicht, es bricht das Licht herfür« im Evangelischen Gesangbuch steht. Gerade dieses Lied verrät deutlich die separatistische Einstellung des Dichters, wenn es etwa heißt: »Herodes und die Priesterschaft, die haben nur den Thron, den Schall davon und nicht die Kraft, den wahren Jungfrau-Sohn!« oder »Ob gleich der Mund von Christo spricht und weiset sich dahin, so hassen sie doch nur das Licht und haben Krieg im Sinn.«²³ Diese Verse wurden für die kirchlichen Gesangbücher gestrichen, also zensiert.

Innerhalb kurzer Zeit kamen sehr viele Radikalpietisten auf die Burg Schaubeck, die sich damit als wichtiger Versammlungsort im nördlichen Württemberg etablierte.²⁴ Noch bedeutsamer für die radikalpietistische Bewegung wurde der Ihinger Hof bei Renningen im Besitz der Familie von Leiningen. Im Zentrum des Herzogtums gelegen und doch sehr abgeschieden, dazu keiner Pfarrei zugehörig, eignete sich dieser Hof geradezu ideal für heimliche Zusammenkünfte.²⁵ Die Eigentümerin Amalia Hedwig von Leiningen vertrat selber entschieden radikalpietistische Ideen.²⁶

Diese wichtige Schutzfunktion konnten die niederadligen Familien übernehmen, weil sie gesellschaftlich eine privilegierte Stellung genossen. Kein regierender Herzog von Württemberg hätte sich getraut, sie ernsthaft zu bestrafen. Im Gegenteil: Obwohl Herzog Karl Eugen sicherlich von den kirchenkritischen Einstellungen in der Familie von Leiningen wusste, besuchte er wiederholt den Sohn der Amalia Hedwig, Freiherr Moritz Siegfried von Leiningen, der die religiöse Überzeugung seiner Mutter vertrat und weiterführte.²⁷ Das muss umso weniger verwundern, als die langjährige Mätresse und spätere Ehefrau Franziska von Hohenheim ebenfalls aus einer reichsritterschaftlichen Familie mit radikalpietistischen Neigungen stammte. In ihrer Herkunftsfamilie von Bernerdingen war ein deutlicher Hang zu kirchenkritischen Einstellungen zu beobachten.²⁸ Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als sich bereits das nahende Ende

des Heiligen Römischen Reiches ankündigte, verloren die niederadligen Familien ihren Einfluss in der separatistischen Bewegung. In der jungen Generation fanden sich kaum mehr entsprechend eingestellte Familienmitglieder.

Damit verlagerte sich der Separatismus endgültig in die bäuerlich-handwerkliche Bevölkerungsschicht. Um 1780 zog der radikalpietistische Wanderprediger Matthäus Kugel (1746–1821) in Württemberg umher und rief an verschiedenen Orten die Pietisten zur Buße und Umkehr auf. Unverblümt warb er für eine Separation von der Kirche und wurde verschiedene Male dafür bestraft. Der Provisor (Hilfslehrer) Kugel stammte aus Ölbronn, hatte aber seine Stelle verloren. Er besuchte auch den pietistischen Pfarrer und Mechaniker Philipp Matthäus Hahn (1739–1790) in Kornwestheim, der sowohl mit kirchenloyalen als auch kirchenkritischen Pietisten Kontakte unterhielt. Hahn ermahnte ihn zwar zu einem ordentlichen Leben, gab Kugel aber ein Empfehlungsschreiben an den Baron Christoph Karl Ludwig von Pfeil in Unterdeufstetten mit, einen bekannten Dichter von Kirchenliedern.²⁹ Dort hielt es der Laienprediger nicht lange aus. Unstet reiste er in Württemberg umher und wurde wiederholt festgenommen.

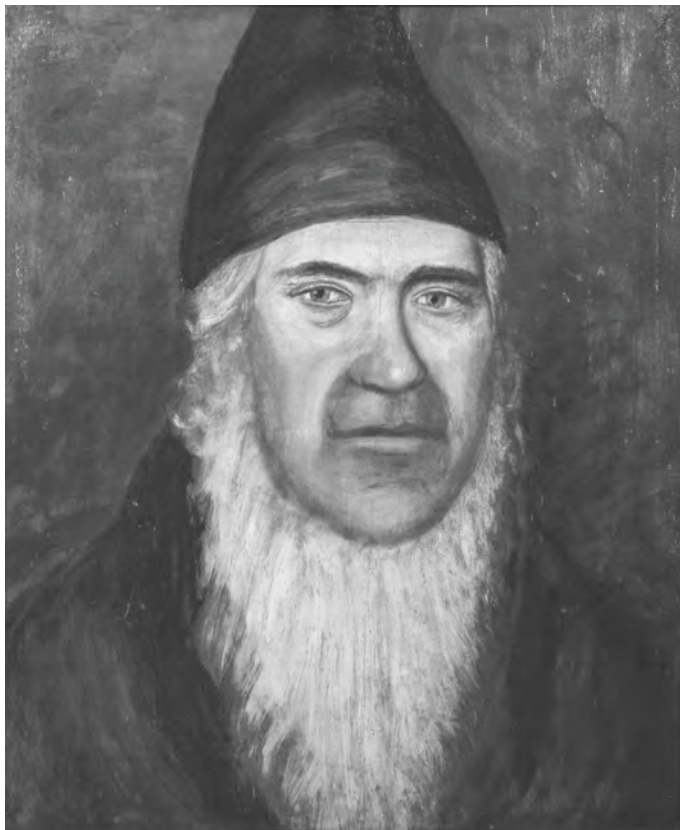
Bei Verhören weigerte sich Kugel, vor den Amtspersonen den Hut abzulegen und redete sie mit »Du« an. Aufgrund dieser renitenten Haltung und seiner beharrlichen separatistischen Überzeugung ließ die herzogliche Regierung im November 1782 Kugel ins Zucht- und Arbeitshaus Ludwigsburg bringen.³⁰ Dort hatte er schwere Arbeit zu verrichten. Trotz zahlreicher Versuche, ihn wieder zur Kirche zurückzubringen, trotz Absonderung von den anderen Sträflingen beharrte Kugel hartnäckig auf seinen Überzeugungen. Er erklärte, nach Amerika oder sonst außer Landes reisen zu wollen, falls man ihn entließe.³¹ Nach einem knappen halben Jahr gelang ihm schließlich die Flucht aus dem Zucht- und Arbeitshaus.³² Die Aktenüberlieferung bricht danach ab, bis sich schließlich der letzte Hinweis auf den entlassenen Provisor findet: Für das Jahr 1790 ist er als regelmäßiger Besucher bei Johann Georg Rapp in Iptingen belegt.³³ Nach seiner Flucht aus dem Zucht- und Arbeitshaus Ludwigsburg ist Matthäus Kugel offenbar nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten; seine Wirksamkeit ging in der Bewegung um Johann Georg Rapp auf.

Gruppen um den Separatistenführer Johann Georg Rapp

Mehrere Jahrzehnte lang hielt die Flaute der separatistischen Bewegung an, bis sich um 1780 neue krisenhafte Entwicklungen im Land zeigten. Nun waren die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges ausgeglichen, die Bevölkerungszahl stieg stark an. Deshalb mussten wieder grenzwertige landwirtschaftliche Flächen bebaut werden. Die Infrastruktur der Dörfer drohte aus allen Nähten zu platzen. Für die Kirche bedeutete dies, dass die Anzahl der Gemeindeglieder, die ein Geistlicher zu betreuen hatte, ebenfalls anwuchs. Dadurch konnte es vorkommen, dass der Pfarrer nicht mehr alle Gemeindeglieder mit Namen kannte. Als dann noch die ersten politischen Auswirkungen der Französischen Revolution in Württemberg spürbar wurden, grassierte wieder die Angst vor Krieg und Not. Apokalyptische Ängste, die sich in einer Weltuntergangsstimmung äußerten, erhielten neue Nahrung.

In dieser Situation trennte sich der Leinenweber Johann Georg Rapp aus Iptingen im Frühjahr 1785 von der Kirche und gewann innerhalb kurzer Zeit eine erhebliche Anhängerschaft.³⁴ Da die kirchlichen und staatlichen Behörden eher zurückhaltend

und milde reagierten, konnte sich die separatistische Bewegung fast ungehindert ausbreiten. Größere Gruppen und regelrechte Verbände entstanden in den grenznahen Ämtern Maulbronn, Balingen und Reutlingen sowie in der alten Widerstandsregion Remstal. Durch seine organisatorischen Fähigkeiten und seine persönliche Ausstrahlung etablierte sich Rapp als bedeutender Separatistenführer, wenngleich ihm auch nicht



*Der Separatistenführer Johann Georg Rapp aus Iptingen (1757–1847).
Ölgemälde im Museum in Harmony, Pennsylvania.*

alle württembergischen Separatisten folgten. Er reiste im Land umher, um in zahlreichen Orten zu predigen. Wenn er in Iptingen auftrat, strömten seine Anhängerinnen und Anhänger in Scharen dorthin. Außerdem unterhielt Rapp eine umfangreiche Korrespondenz.

Einige Elemente der separatistischen Religiosität sind wichtig, denn sie zeigen auch die politische Dimension der Bewegung. Johann Georg Rapp weigerte sich, seine Kinder in die Schule zu schicken, die ja unter der Aufsicht der Kirche stand, weil dort nur die »Welt-Weisheit« gelehrt würde. Da andere Separatisten aus Iptingen seinem Beispiel folgten, unterrichtete Rapp die Separatistenkinder in seinem Haus. Hier

begegnet einer der vielen Widersprüche im Leben Rapps: Obwohl er gerade die Naturwissenschaften heftig kritisierte, wurde sein Sohn Johannes später Feldmesser, wozu er sich gründliche naturwissenschaftliche Kenntnisse aneignen musste. Rapp selbst betrieb – wie viele andere Pietisten – später in seinen amerikanischen Siedlungen ein alchimistisches Labor, allerdings nicht mit dem Ziel, Gold zu machen, sondern den Geheimnissen Gottes in der Natur auf die Spur zu kommen. Ohne die religiöse Motivation sah der Separatistenführer den Schulunterricht jedoch als »gottlos« an. Bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein bildete das Zurückhalten der Kinder von der Schule einen der Hauptkonfliktpunkte zwischen den Separatisten und den Behörden. Manche Eltern nahmen dafür Festungs- oder Zuchthausstrafen auf sich.

Da durch die französischen Revolutionskriege ab 1792 das Herzogtum Württemberg erstmals seit Jahrzehnten wieder in Mitleidenschaft gezogen wurde und direkt vom Krieg bedroht war, führte Herzog Ludwig Eugen 1794 die allgemeine Wehrpflicht ein.³⁵ Jede Gemeinde hatte eine bestimmte Anzahl von Männern zu stellen, die durch das Los bestimmt wurden. Allerdings konnten vermögende Eltern ihre Söhne vom Militärdienst freikaufen, indem sie einen Ersatzmann stellten und diesen bezahlten. Die Söhne der Oberschicht waren völlig vom Militärdienst befreit. So dienten fast ausschließlich die Söhne der armen Bürgerfamilien im württembergischen Militär. Als nun einige Separatisten als Rekruten ausgelost wurden, weigerten sie sich unter Berufung auf das fünfte Gebot, die militärischen Übungen mitzumachen. Daraufhin wurden vier junge Männer des Landes verwiesen. Indessen änderte sich bereits nach einem Jahr die Militärgesetzgebung, so dass sich dieses Problem nicht mehr stellte.³⁶

Ein drittes Ärgernis stellte die Verweigerung der Eidesleistung durch die Separatisten dar. Beim Antritt eines neuen Herrschers mussten sämtliche Bürger einen Huldigungseid schwören; die Bürgersöhne schworen den Eid nach dem Erreichen der Volljährigkeit. Zwischen 1793 und 1797 traten drei Herzöge – Ludwig Eugen, Friedrich Eugen und Friedrich II. – die Regierung an. Jedes Mal war der Huldigungseid zu leisten, jedes Mal kam es zu Konflikten mit den Separatisten, die sich auf die Bergpredigt beriefen. Hier fand man einen Kompromiss, indem man den Separatisten ein sogenanntes »Handgelübde«, also ein feierliches Versprechen abnahm, der Obrigkeit treu zu sein.

Auch in Poppenweiler und somit in unmittelbarer Nähe von Ludwigsburg entstand unter dem Einfluss Johann Georg Rapps eine Separatisten-Gruppe. Als Anreger muss der Bauer Johann Kaspar Beyrer gelten, der in seinem Haus separatistische Versammlungen hielt. Bislang lässt sich die Existenz dieser Gruppe nur aus den Separatistenverzeichnissen im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart belegen. In einem Verzeichnis aus dem Jahr 1805 erscheinen 23 separatistisch gesinnte Personen.³⁷ Weiterhin sind die meisten der Separatisten aus Poppenweiler als Siedler in den Vereinigten Staaten belegt.³⁸ Es separierten sich vor allem Ehepaare bzw. Familien von der Kirche; dazu gehörten die Familien Bauer, Benz, Beyrer, Frank, Geiger, Weißhaar, Wibel und Wolf. Für sie gilt, was man für alle Radikalpietisten sagen muss: Ihr Einfluss reichte weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus. Denn mit ihrer Opposition gegen die Kirche und die weltlichen Behörden erregten sie Ärgernis. Wenn die Obrigkeit relativ milde reagierte, zog sie die Kritik der anderen Bürger auf sich, die nicht zulassen wollten, dass man die Gesetzesverstöße der Separatisten duldete, für die andere unnachtsichtig bestraft wurden.

Allerdings merkte der Separatistenführer Johann Georg Rapp gegen Ende des 18. Jahrhunderts, dass der Druck auf die Bewegung erheblich zunahm. Seit 1797 regierte Herzog Friedrich II. in Württemberg im Sinne des Spätabsolutismus. Der Herzog war nicht mehr bereit, eine kirchenkritische Bewegung in seinem Land zu dulden, da er die Radikalpietisten als Staatsfeinde ansah. Als Rapp im Sommer 1803 vor über hundert Menschen in einer Ziegelhütte bei Knittlingen predigte, ließ die Obrigkeit diese Versammlung durch Soldaten auflösen. Die Stadt Knittlingen wurde ohnehin streng kontrolliert, weil es dort nur zwei Jahre zuvor zu einem Aufruhr gekommen war, den Kurfürst Friedrich mit einer persönlichen Strafrede auf dem Rathaus beendet hatte.³⁹ Nun wurde sich Rapp bewusst, dass die Zeit der Toleranz vorüber war. Deshalb bereitete er die Auswanderung vor und verließ im Juli 1803 mit einigen Getreuen die Heimat. Darunter befand sich der Seifensieder Philipp Friedrich Konrad Haller (1753–1828) aus Ludwigsburg, der sich ebenfalls von der Kirche separiert hatte, jedoch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war.⁴⁰ Er war für Johann Georg Rapp ein wichtiger Mitarbeiter, denn er hatte zeitweise als Schulmeister gearbeitet und verfügte über eine gewisse Bildung, die den beiden in einem fremden Land zugutekam.

Rapp und seine Begleiter suchten in den Vereinigten Staaten ein geeignetes Areal für eine separatistische Siedlung. Sie fanden es in Pennsylvania, wohin ihnen in den Jahren 1804 und 1805 etwa 700 Männer und Frauen aus Württemberg folgten. Man nannte die Siedlung »Harmony«. ⁴¹ Ein guter Teil der Separatisten aus Poppenweiler fasste den Entschluss, sich mit ihren Familien den Auswanderern anzuschließen: die Familien Bauer, Benz, Dischinger, Frank, Geiger und Wolf. Rapp schaffte in der Siedlung Harmony jegliches Privateigentum ab, so dass eine vollständige Gütergemeinschaft



Eine der noch erhaltenen ersten Hütten in der Siedlung Harmony, Pennsylvania.

herrschte. Jeder musste für die Gemeinschaft arbeiten, bekam aber dagegen alles, was er zum Leben benötigte. Als der Anführer dann aber seinen Anhängerinnen und Anhängern die völlige sexuelle Enthaltsamkeit, selbst unter Ehegatten, verordnete, brachen die ersten Spannungen auf. Enge Freunde Rapps, die wichtige Funktionen innerhalb der separatistischen Bewegung wahrgenommen hatten, trennten sich von ihm und wollten eigene Siedlungen aufbauen. Der Barbierer David Gloss aus Großglattbach scheiterte mit seiner Gruppe im Columbiana County in Ohio innerhalb kurzer Zeit.⁴² Auch Philipp Friedrich Konrad Haller verließ Harmony mit einigen Anhängern, um eine eigene Siedlung in Blooming Grove, Lycoming County, Pennsylvania, zu begründen, die ebenfalls nur kurze Zeit existierte.⁴³

Die meisten Einwohner von Harmony fügten sich jedoch dem strengen Regiment Rapps. Nach zehn Jahren gab dieser die Siedlung auf und errichtete in der Wildnis in Indiana eine neue Siedlung mit dem Namen New Harmony. Damals erreichte die Gemeinschaft ihren Höhepunkt. Gegen den Widerstand seiner Kritiker setzte Rapp nach weiteren zehn Jahren einen erneuten Umzug in die Nähe der ersten Siedlung, also wieder nach Pennsylvania, durch, wo in der Nähe der Stadt Pittsburgh ein neuer Ort Economy entstand. Da die Siedler neben einer vorbildlichen Landwirtschaft auch sehr profitable Fabriken betrieben, verfügte die Harmonie-Gesellschaft bald über ein beträchtliches Vermögen.

Allerdings kam es 1831 zu einem schweren Konflikt in der Gemeinschaft, als ein geheimnisvoller Mann, der sich »Graf Leon« nannte, nach Economy kam und sich als Gesandter Gottes vorstellte. Wahrscheinlich lautete der richtige Name des »Grafen« Bernhard Müller (1788–1834). Johann Georg Rapp glaubte zunächst, dass der »Graf« von Gott gesandt sei, aber nach kurzer Zeit erkannte er, welche Konkurrenz ihm als Anführer erwachsen war. Deshalb versuchte er, den »Grafen Leon« aus dem Ort zu drängen. Aber nun wandte sich einer der Einwohner an den »Grafen« und klagte ihm sein Leid: Er kam mit der sexuellen Enthaltsamkeit nicht mehr zurecht. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich ein Drittel der Einwohner dem »Grafen« an, darunter die Kinder der aus Poppenweiler stammenden Familien Frank – es handelte sich um zwei Familien gleichen Namens – und Wolf. Mit dieser großen Oppositionsgruppe musste Rapp verhandeln. Im März 1832 trennten sich 215 Abweichler unter Führung des »Grafen« gegen eine Entschädigungszahlung von Rapp. Darunter befanden sich sieben Frauen und Männer aus Poppenweiler, alle zwischen 27 und 29 Jahre alt, also in einem Alter, in dem sie noch eine Existenz gründen konnten.⁴⁴

Der »Graf« errichtete ganz in der Nähe von Economy die Siedlung Phillipsburg, musste sie aber wegen finanzieller und rechtlicher Probleme bereits nach einem Jahr wieder aufgeben. Er ging mit seinen Anhängerinnen und Anhängern nach Louisiana und baute dort in Grand Ecore eine Siedlung auf. Nach kurzer Zeit verstarb der »Graf« am Gelbfieber. Unter Führung seiner Frau zog die Gruppe erneut weiter, um im Nordwesten von Louisiana die Siedlung Germantown zu begründen, aber dieses Projekt scheiterte innerhalb kurzer Zeit. Über das Schicksal der jungen Leute aus Poppenweiler ist bislang nichts bekannt, aber vielleicht leben heute noch Nachkommen in den Vereinigten Staaten. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass eines Tages über genealogische Recherchen weitere Informationen über die Separatisten aus Poppenweiler bekannt werden. Ein Angehöriger der Separatisten um Rapp veröffentlichte im Jahr 1833 in Vaihingen an der Enz ein Büchlein über die Harmonie-Gesellschaft, welches einiges Aufsehen erregte.⁴⁵

»Bonapärtler« und Festungssträflinge

In Württemberg übernahm nach der Auswanderung des Johann Georg Rapp eine sehr radikale Separatistengruppe aus Rottenacker bei Ehingen die Führungsrolle innerhalb des Radikalpietismus.⁴⁶ Angeregt von einer Magd aus der Schweiz, hatte sich um 1800 diese Gruppe gebildet, die zwar Kontakte nach Iptingen unterhielt, aber doch einen ganz eigenen Kurs einschlug. Deshalb schlossen sich die Separatisten aus Rottenacker der Auswanderergruppe nicht an. Ihre Religiosität trug deutlich politische Züge. Ein dominanter Anführer wie Rapp konnte sich bei ihnen nicht etablieren. Unverblümt äußerten die radikalsten Pietisten aus Rottenacker und den damit in Verbindung stehenden Gruppen scharfe Kritik an Herzog Friedrich II., der inzwischen zum Kurfürsten aufgestiegen war. Sie nannten ihn »Pharao« und »Tyran«, seine Beamten apostrophierten sie als »Drachen«, die Pfarrer als »Lohnknechte« und »Bauchpfaffen«. Kurfürst Friedrich ließ sich diese Kritik nicht gefallen, sondern handelte entschlossen. Im Mai 1804 schickte er eine Kompanie Soldaten nach Rottenacker und ließ sie bei den widerspenstigen Separatisten einquartieren. Der zuständige Klosteramtman von Blaubeuren verhörte die 14 radikalsten Männer und verurteilte sie zum Arrest auf der Festung Asperg.⁴⁷ Sie wurden sofort dorthin gebracht. Auch in Dettingen unter Teck und in Horrheim ließ Kurfürst Friedrich solche militärischen Exekutionen durchführen. Insgesamt wurden etwa 60 Männer aus den separatistischen Gruppen in Württemberg auf die Festung Asperg gebracht⁴⁸, dazu verhängte man über zahlreiche Frauen Haftstrafen in den Zuchthäusern Gotteszell und Buchloe in Bayern. Da viele separatistische Eltern ihre Kinder von der Schule fernhielten, ließen die Behörden diese Jungen und Mädchen abholen und in das Stuttgarter Waisenhaus bringen.

Zunächst dachte man daran, die Separatisten durch kürzere Festungsstrafen zur Raison zu bringen, aber da hatte man sich getäuscht. Als Gefangene wurden diese Männer in der radikalpietistischen Bewegung zu Märtyrern und weigerten sich hartnäckig, von ihren Überzeugungen abzulassen. Schließlich ordnete der Kurfürst an, dass die separatistischen Gefangenen so lange auf der Festung verbleiben sollten, bis sie sich schriftlich von ihren radikalpietistischen Überzeugungen distanzieren würden. Manche Festungshäftlinge blieben so über 20 Jahre auf dem Hohenasperg.

Wie gestaltete sich nun das Leben der Gefangenen auf der Festung Asperg?⁴⁹ Viele von ihnen wurden als »Gallioten« bei Arbeiten auf den königlichen Gütern eingesetzt. Bei den sehr schwierigen Bauarbeiten am Seeschloss bei Eglosheim, das später Monrepos genannt wurde, mussten sie mit anderen Gefangenen die Grube für den neu anzulegenden Seegarten ausheben. Da diese Arbeiten fast immer nachts ausgeführt wurden, brachten sie eine gewaltige Belastung mit sich. Außerdem arbeiteten die Festungshäftlinge beim Bau des Schlosses Freudental, in Ludwigsburg, Stuttgart und Hohenheim. Allem Anschein nach trugen sie keine Fesseln oder Ketten. Es wird sogar berichtet, dass man die Separatisten ohne Bewachung mit Aufträgen in die Orte der Umgebung schickte, ohne dass je einer entlaufen wäre oder Geld unterschlagen hätte. Allerdings hatten die Separatisten ein hartes Leben. Es sorgte für Aufsehen, als 1813 zwei von ihnen unter ungeklärten Umständen, vielleicht als Folge von Misshandlungen, starben. Überdies war die ganze Familie von der Festungshaft betroffen, wenn der Haushaltsvorstand mit seiner Arbeitskraft oft über lange Zeit hinweg ausfiel. Dann musste die Frau die Landwirtschaft, häufig mit Hilfe der Gesinnungsgenossen, weiterführen.

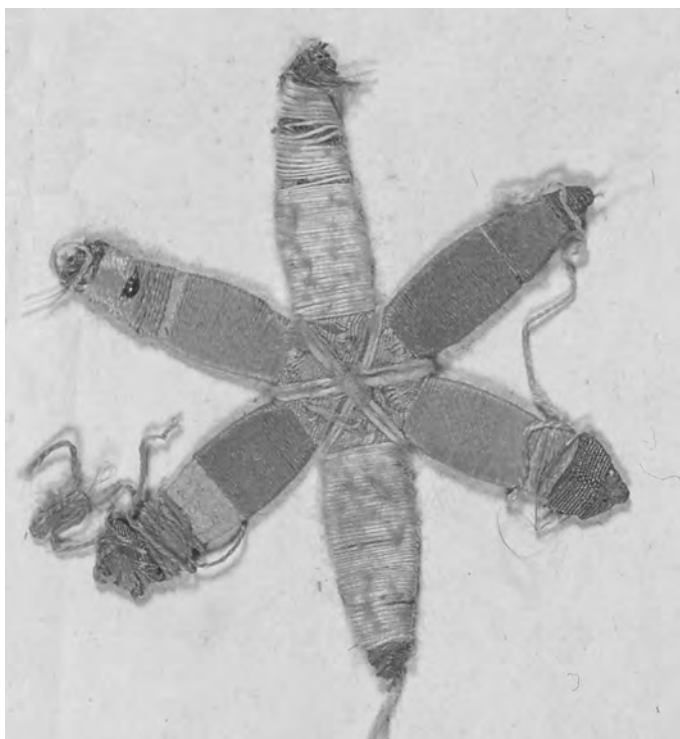
Eine Eigenart einzelner Gruppen im Kreis um Rottenacker bestand darin, dass sie den französischen Kaiser Napoleon als den wiedergekommenen Messias ansahen. Vor allem in den nordwürttembergischen Dörfern Nordheim und Horrheim gab es zahlreiche »Bonapärtler«. Was heute eher seltsam erscheinen mag, war damals keineswegs so ungewöhnlich, weil der Kaiser in Württemberg allgemein sehr verehrt wurde.⁵⁰ Man kann von einem regelrechten Napoleon-Kult nicht nur in religiösen Kreisen sprechen. Nun wird die Geschichte erzählt, dass Napoleon im Rahmen seines Besuchs bei Kurfürst Friedrich in Ludwigsburg im Oktober 1805 auch den Asperg besuchte. Diese Besichtigung lässt sich urkundlich belegen, aber nach dem Eintrag im Hofdiarium begleitete König Friedrich den Kaiser nicht auf die Festung.⁵¹ Der König ließ nun die Separatisten vorführen und erzählte dem französischen Kaiser, dass er von ihnen als Christusgestalt verehrt würde. Napoleon habe nur gesagt: »Lass er die Kerls aufhängen«. Wenn die Geschichte auch anhand der dokumentarischen Überlieferung wahrscheinlich in den Bereich der Legende verwiesen werden muss, so zeigt sie doch noch einmal den politischen Zug der Separatisten.

Indessen zeitigte der Arrest auf dem Asperg unerwartete Folgen. Da sich die separatistischen Gallioten häufig relativ frei bewegen konnten, verbreiteten sie ihre Ideen in der Umgebung. Manchen Menschen erschien es so, als ob hier unschuldige Christen wegen ihres Glaubens verfolgt würden. Auf diese Weise gewannen die Festungssträflinge Anhänger in Ludwigsburg, Asperg und Murr. In der Stadt Ludwigsburg vollzogen nur einzelne Personen den Schritt einer Trennung von der Kirche. Immerhin verurteilten die Behörden zwei Männer, den Schuhmacher David Raiser und den Metzgerknecht Georg Adam Häußermann, zur Festungshaft. Häußermann arbeitete 1½ Jahre lang als Galliot, bevor er wegen geistiger Verwirrung in ein »Irrenhaus« eingeliefert wurde. Raiser wurde zunächst wegen seiner Weigerung, die Kinder in die Schule zu schicken, zu einer vierwöchigen Festungshaft verurteilt, musste aber wegen Beharrens auf seinen separatistischen Ansichten mehrere Jahre unter den Gallioten arbeiten. Seine neunjährige Tochter Luise kam 1809 in das Stuttgarter Waisenhaus.⁵²

In Asperg und in Murr⁵³ entstanden dagegen größere Gruppen. In Murr ging die Initiative von dem Weingärtner Christian Friedrich Mayer aus, der in seinem Haus auch die Versammlung hielt. Er hatte einige Mitglieder der pietistischen Gemeinschaft zur Separation bewegt, indem er die Gefangenen in Monrepos als Beispiel für unschuldig um ihres Glaubens leidende Christen hinstellte. Wiederum separierten sich hauptsächlich Familien, so die Familien Knorpp, Mayer, Schäfer, Vetter und Wied. In die Versammlung kam auch ein merkwürdiger Mann namens Daniel Schmid. Er reiste im Land umher und gehörte damit zu den von der Obrigkeit gefürchteten »Schwärmern«, die radikal-pietistische Ideen verbreiteten.⁵⁴ Diese umherziehenden Männer und Frauen hielten auch die Verbindungen zwischen den Gruppen durch persönliche Kontakte und die Beförderung von Briefen aufrecht.

In ihrer Radikalität stand die Gruppe aus Murr den Rottenackerer Separatisten in nichts nach. Der Leiter Christian Friedrich Mayer wurde zwei Mal hart bestraft, weil er seine neugeborenen Kinder unmittelbar nach der Geburt selbst getauft hatte. Diese eigenmächtigen Taufen kamen in separatistischen Kreisen häufiger vor, da die Väter damit verhindern wollten, dass die Taufe durch einen Geistlichen vorgenommen würde. Sie wussten, dass die Taufe als gültig anerkannt und in der Kirche nicht mehr wiederholt werden konnte. Das Kind wurde lediglich im Gottesdienst der Gemeinde vorgestellt. Aber selbstverständlich waren eigenmächtige Taufen ohne zwingenden Grund mit Strafe bewehrt.

Der bereits erwähnte Daniel Schmid verbüßte ebenso wie der Weingärtner Michael Schäfer wegen Aufsässigkeit eine Festungsstrafe. Schmid blieb wegen ständiger Streitigkeiten mit seinen Eltern dem Abendmahl fern. Er verweigerte darüber hinaus die Ablegung eines Eids und folgte damit dem Verhaltensrepertoire der Radikalpietisten, welche die Eidesleistung als unbiblich ablehnten. Die Weingärtner Kaspar und Michael Vetter wurden ebenfalls auf die Festung Asperg gebracht, ersterer, weil



In einer Akte über die Separatisten aus Murr hat sich ein originaler Stern erhalten, den sie als Zeichen ihrer religiösen Gesinnung trugen.

er den Militärdienst verweigerte, letzterer wegen Widerspenstigkeit. Die Söhne und Töchter von Michael Schäfer und Michael Vetter brachte man in das Stuttgarter Waisenhaus. Insgesamt können die Separatisten von Murr von ihren Berufen her als typisch für die württembergischen Radikalpietisten gelten. Sie besaßen das Bürgerrecht, gehörten aber zur Mittel- und Unterschicht des Dorfes. Keiner von ihnen saß in den Gemeindegremien Gericht und Rat. Durch ihre radikale Haltung nahmen die Separatisten einen wichtigen Platz in der radikalpietistischen Bewegung ihrer Zeit ein.

Vor allem aber zeigten sie Verhaltensweise, mit der sie die Obrigkeit in besonderer Weise provozierten. Sie trugen spezielle Kleider in den Farben der Französischen Revolution, also blau, weiß und rot, und Sterne an den Hüten. Einer dieser Sterne

hat sich im Original im Hauptstaatsarchiv Stuttgart erhalten, weil er einer Akte über die Separatisten von Murr beigelegt war.⁵⁵ Diese Sterne wurden in Rottenacker als religiöse Abzeichen an die besonders entschiedenen Separatistinnen und Separatisten ausgegeben. Der Stern aus Murr weist sechs Zacken in unterschiedlichen Farben auf. Eine Beschreibung dazu gibt es in den Akten nicht, aber wir wissen von vierzackigen Sternen. Offenbar trug man Sterne in unterschiedlichen Farben. Die Farbe Rot symbolisierte das Blutvergießen Jesu, Weiß seine Unschuld. Grün und Gelb galten als Farben des Regenbogens und wurden als Symbol der Gnade betrachtet. Diese Sterne provozierten die Behörden ungemein, weil sie die herrschaftlichen Orden karikierten. König Friedrich trug auf den herrschaftlichen Porträts zahlreiche Ordensdekorationen, darunter mehrere in Form eines Sterns. Wenn die Separatisten eine Kokarde am Hut trugen, erregten sie aufgrund der politischen Bedeutung dieses Abzeichens Ärger. Entsprechend verbot der Monarch bei strenger Strafe das Tragen von Sternen und Kokarden. Wenn sich die Separatisten damit zeigten, sollten sie ihnen öffentlich abgerissen werden.

Wenn die Separatisten bei Verhören vor Vertretern der Obrigkeit erscheinen mussten, weigerten sie sich, die Kopfbedeckung abzunehmen. Sie sprachen alle Personen mit »Du« an und verweigerten damit den Beamten die schuldige Ehrerbietung. Dafür wurden sie bestraft. Als Begründung gaben die Separatisten alle sinngemäß dasselbe an. Dorothea Wied sagte bei einem Verhör: »Christus sei ihr König, sie habe keinen Herrn und König auf der Welt, und keine Obrigkeit. Sie folge Christo und keinem sterblichen Menschen.«. Die erhaltenen Verhörprotokolle der Separatisten aus Murr vermitteln einen lebendigen Einblick in ihre Denk- und Verhaltensweisen. Sie zeigen aber auch, mit welcher radikalen Entschiedenheit sie ihre Einstellung vertraten und lebten.

Durch den harten obrigkeitlichen Druck wurden die Radikalpietisten schließlich doch etwas mürbe. Nach 1810 lässt sich in allen Gruppen das Bemühen erkennen, wenigstens solche Handlungen zu unterlassen, auf die eine Strafe stand. Gleichzeitig ging die Obrigkeit etwas duldsamer mit den Separatisten um, so dass diese relativ unbehelligt leben konnten, so lange sie kein öffentliches Ärgernis erregten.

Veränderungen und geistige Wirkungen des Separatismus im 19. Jahrhundert

In der schweren Notzeit der Jahre 1816/17 sah sich nach dem Tod des Königs Friedrich dessen Sohn und Nachfolger König Wilhelm I. veranlasst, ein zehn Jahre bestehendes Auswanderungsverbot aufzuheben. Sofort setzte eine Massenauswanderung nach Südrussland ein. Die Separatisten des Kreises um Rottenacker jedoch gingen einen anderen Weg. Bereits 1816 hatte sich eine kleine Gruppe, darunter auch Kaspar Vetter aus Murr, bemüht, bei König Friedrich die Genehmigung zur Errichtung einer separatistischen Siedlung auf einem Schlossgut in Brandenburg an der Iller, an der Grenze des Königreichs zu Bayern gelegen, zu erhalten.⁵⁶ Brück hatte der König dieses Ansinnen abgelehnt. Auch der Nachfolger Wilhelm I. verweigerte die Genehmigung. Deshalb entschlossen sich viele Radikalpietisten zur Auswanderung in die Vereinigten Staaten.⁵⁷

Ein Angebot des Johann Georg Rapp, bei ihm in Economy/Pennsylvania zu siedeln, schlugen sie aus.⁵⁸ Wahrscheinlich waren sie nicht bereit, unter dessen autoritärem Regiment zu leben, nachdem viele von ihnen lange, harte Festungs- und Gefängnisstrafen hatten erdulden müssen. Unter der Führung des Ulmer Pfeifenmachers und

Schulmeisters Michael Bäumler errichteten die Radikalpietisten eine Siedlung in Ohio und nannten sie Zoar.⁵⁹ Auch dort war das Privateigentum abgeschafft, jedoch lebten die Siedler nur wenige Jahre während der Aufbauphase sexuell enthaltsam, damit die Frauen nicht durch Schwangerschaften als Arbeitskräfte ausfielen. Bäumler hatte keine so dominante Stellung wie Rapp in seinen Siedlungen und sah sich zudem mit Familien konfrontiert.

Nach der Auswanderungswelle entstand dann noch relativ spät, nämlich erst in den Jahren 1817/18, in Asperg eine größere radikalpietistische Gruppe. Sie stand in enger Verbindung mit Gesinnungsgenossen aus Stetten unter Heuchelberg. Mit Sicherheit hatten auch hier die Strafgefangenen auf der Festung eine Rolle gespielt. Separatisten aus dem Zentrum Rottenacker unterhielten Verbindungen nach Asperg, welche vielleicht anlässlich von Besuchen bei den gefangenen Angehörigen zustande gekommen sein mögen. In Asperg wandten sich Mitglieder der Familien Bürkle, Eiselen, Knecht, Kugel, Leopold, Müller, Raisch, Schuster und Weis von der Kirche ab.

Asperg ist insofern ein atypisches Beispiel, als sich die Gruppe erst bildete, nachdem die separatistische Bewegung durch die zweite große Auswanderungsbewegung von 1817 einen großen Teil ihrer entschiedensten Anhängerinnen und Anhänger verloren hatte. Einige Jahre hielt das Interesse der Obrigkeit an der kirchenkritischen Bewegung noch an, bis man erkannte, dass sie stagnierte. Da Württemberg eine Aufwärtsentwicklung und eine Friedenszeit erlebte, fehlten die Motive, um sich von der Kirche zu separieren. Deshalb gelang es den Separatisten nicht mehr, neue Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen. Die Behörden wiederum ließen die Separatisten in Ruhe, da sie auch politisch keine Probleme mehr verursachten. Um 1826 wurden die letzten Gefangenen von der Festung entlassen.⁶⁰ Damit gab es auch keine Märtyrergestalten mehr. Gelassen konnten kirchliche und staatliche Behörden zusehen, wie die Separatisten immer älter wurden und schließlich starben.

Die Siedlungen von Johann Georg Rapp in den Vereinigten Staaten kamen zu erheblichem Wohlstand. Erfolgreich betrieb die Harmony Society ihre Landwirtschaft und Fabriken auf dem modernsten Stand der Technik. Durch Investitionen in zukunftsträchtige Bereiche wie Eisenbahnlinien, Kohlen- und Ölförderung sammelte sich im Lauf der Jahrzehnte ein Millionenvermögen an. Auch nach dem Tod Rapps im Jahr 1847 bestand die Gesellschaft weiter. Da jedoch keine neuen Siedler mehr ankamen und die Menschen in Economy sexuell enthaltsam lebten, schrumpfte die Gesellschaft zusammen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wohnten in Economy nur noch wenige sehr alte Harmonisten. Ein junger Mann, der in Korntal ausgebildete Amerikaner John Duss, trat in die Harmony Society ein und brachte einen großen Teil des Vermögens an sich. Er finanzierte damit Konzerttourneen seines Orchesters durch die Vereinigten Staaten, investierte aber auch in das Opernhaus Metropolitan Opera in New York und in eine Brücke in dieser Stadt.⁶¹ Als sich die Harmony Society auflöste, erhoben die in Württemberg lebenden Familienangehörigen Ansprüche auf das von ihren Verwandten erwirtschaftete Vermögen. Bis nach 1900 wurden Prozesse geführt, in denen die württembergischen Kläger vollkommen abgewiesen wurden.⁶²

In Zoar, Ohio, bestand die Zoar Society jahrzehntelang nach den alten Grundsätzen. Nach dem Tod des Anführers Michael Bäumler 1853 – der sich in Amerika Joseph M. Bimeler nannte – fand sich kein Nachfolger mit der notwendigen Autorität. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs eine Generation heran, die nicht mehr bereit war, sich an die religiösen Regeln zu halten und auf Privateigentum zu verzichten. Deshalb musste die Gesellschaft 1898 aufgelöst werden.



Das »Number One House« in Zoar, Ohio, Wohnhaus von Joseph M. Bimeler und Verwaltungsgebäude der Zoar Society.

Was ist nun als geistiges Erbe geblieben von der radikalpietistischen Bewegung? Eines kann man auf jeden Fall sagen: Die Radikalpietisten waren nicht bereit, ihre religiöse Gewissensentscheidung den kirchlichen oder staatlichen Vorschriften zu unterwerfen. Unbestritten ist, dass gerade diese kirchenkritischen Gruppen entscheidend zur Entwicklung einer individuellen Persönlichkeit beigetragen haben. Außerdem gingen von den amerikanischen Separatistensiedlungen wesentliche Einflüsse auf eine weltweit wichtige Bewegung des 19. Jahrhunderts aus.⁶³ Gemeinschaftsprojekte, in denen das Privateigentum abgeschafft war, erweckten die Neugierde von sozial interessierten Menschen, weil man sich davon die Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme versprach. Wenn nun diese Besucher nach Economy oder Zoar kamen und sich nur wenige Tage dort aufhielten, waren sie sehr beeindruckt von den gut organisierten, ordentlich aussehenden und wirtschaftlich erfolgreichen Siedlungen. Besonders in Economy entging ihnen die Schattenseite dieser Ordnung, nämlich das rigide Regiment Rapps und seiner Familie. Deshalb schrieben die Besucher überschwängliche Berichte über die Separatistengemeinschaften und ließen sie drucken. Einen dieser Berichte übersetzte Friedrich Engels vom Englischen ins Deutsche und zeigte sich davon tief beeindruckt. Höchstwahrscheinlich wurde er durch dieses praktische Beispiel von Gemeineigentum zu wesentlichen Gedanken des »Kommunistischen Manifestes« inspiriert.⁶⁴ Auch Sozialreformer wie der aus Reutlingen stammende Friedrich List, der während seines Exils in den USA in der Nähe von Economy wohnte und mit Rapp freundliche Beziehungen unterhielt, wurden tiefgreifend von radikalpietistischen Ideen beeinflusst. Gustav Werner begründete die große diakonische Einrichtung »Bruderhaus« in Reutlingen. Eine »christliche Fabrik« sollte Gewinne erwirtschaften, um damit die diakonische Arbeit für Waisenkinder,

behinderte und alte Menschen zu finanzieren. Werner kannte sicher aus der Literatur die Harmony Society, wo sich eine tiefe Religiosität mit industriellem Unternehmerteilgeist und sehr erfolgreichen wirtschaftlichen Aktivitäten verband. Freilich unterhielt die Society keine karitativen Einrichtungen. Aber der Einfluss der radikalpietistischen Impulse könnte noch weiter gehen, wenn man an das Grundgesetz denkt, so beispielsweise an das Recht auf Kriegsdienstverweigerung oder an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Auf diese Weise sind die württembergischen Separatisten vielleicht mit zu Wegbereitern unserer freiheitlichen Demokratie geworden.

Befragung verschiedener Separatisten in Murr am 24. Februar 1806

Im Folgenden ist der Wortlaut der Verhörprotokolle wiedergegeben.⁶⁵ Die Fragen sind jeweils in Normalschrift gesetzt, die Antworten kursiv.

Philipp Knorpp, 28 Jahre alt, ledig, Schuhmachermeister, Sohn des Küfers Knorpp
Warum er so offenbare Widersezlichkeit gegen herrschaftliche Befehle zeige? *Wenn es wider Gottes Ordnung sei, könne er es nicht thun.*

Man werde ihm aber noch nie etwas gegen Gottes Ordnung zugemuthet haben? *Man habe ihnen die Zusammenkunften verboten.*

Man habe ihnen aber ausdruckenlich erlaubt, an Sonn-, Feier- und Festtagen zusammenzukommen, und nur verbotten, dieses an Wochentagen zu thun und fremde Auswärtige zuzulassen? *Man habe ihnen dieses nicht einmal deutlich erklärt, und man habe sie zu Murr nicht nach Gottes Ordnung behandelt, so hätten sie nachts einen Gesang anstimmen wollen, allein man habe sie mit Gewalt davon abgehalten.*

Dieses Gesang sei offenbahr zum Trotz gegen die Obrigkeit angestimmt worden, und zwar nachts zu einer Zeit und auf der Straße, und also an einem Ort, wo solches verboten sei. *Es seye keine Zeit vorgeschrieben, Gott zu verehren, und das, was sie gesungen haben, stehe in ihrem Lied.*

Warum er denn dem Pfarr- und Schultheisenamt die gebührende Achtung nicht bezeuge, mit bedektem Haupt vor sie trete und sie wider allen Gebrauch duze? *Gott befehle es ihnen, dieses zu thun, und alles andere sei vor Gott nicht eingeführt. Bisher sei es nicht so gewesen, daß sich jedermann geduzt habe, aber jetzt werde es so eingeführt; ihr König wolle es so haben.*

Warum er erklärt habe, daß er keine königliche Befehle befolge? *Er befolge sie nicht, in so fern sie wider Gottes Ordnung seien.*

Er müsse aber die Bestimmung, was Gottes Ordnung gemäs sei, der christlichen Obrigkeit überlassen, und danach ihre Befehle befolgen. *Er befolge alles, nur das Duzen lasse er nicht, und ziehe keinen Huth ab.*

Es sei dieses eine Achtung, welche er der Obrigkeit schuldig sei, und er widerstrebe aller Ordnung, daß er sich hierdurch so hartnäckig bezeuge. *Er müsse Gott gehorchen, der es ihm befohlen habe.*

Warum er dem Pfarr- und Schultheisenamt so grob begegnet und den Pfarrer mit dem Lehrer in Schafskleidern, der immer ein reissender Wolf sei, verglichen habe? *Christus habe ja befohlen, sich vor diesen Lehrern zu hüten, und der Pfarrer habe ihm auch einiges gesagt, das nicht recht sei.*

Ob er auch darzu beigetragen habe, den Sträflingen in Monrepos Victualien [Lebensmittel] zuzutragen? *Ja!*

Warum er sie dann besucht habe? *Sie seyen nach seinem Sinn Brüder, und wenn er etwas habe, so bringe er es ihnen.*

Woher sie dann seyen? *Von Rothenacker und von Dettingen.*

Woher der Mann mit dem langen Bart sei, der in seines Vaters Haus wandle, und wie er heiße? *Er heiße Albich⁶⁶ und sei von Willenbach am Kocher.*

Zu was der Stern diene, welchen er an seiner Kappe gehabt? *Er sei ein Zeichen seines Königs, das sie von Rothenacker, Blaubeurer Oberamts, erhalten haben.*

Ob die Separatisten von Murr mit denen zu Rothenacker in Verbindung und Briefwechsel stehen? *Er sei einmal in Rothenacker gewesen, und auch von Rothenacker seien schon zu ihnen gekommen, allein Briefe hätten sie einander noch nicht geschrieben.*

Warum er seiner Schwester Buben in Unterricht genommen, und dadurch wider den königlichen Befehl von der Schule abhalte? *Weil es dem Buben und seinen Eltern lieb gewesen und diese es verlangt, auch der Bub in der Schule nichts gelernt habe.*

Ob er in Zukunft den königlichen Befehlen und den Anordnungen der Obrigkeit Folge leisten und letzterer diejenige äussere Achtung bezeugen wolle, die bei allen gesitteten Völkern eingeführt sei – sie also weder wider ihren Willen duzen noch mit bedektem Haupt vor ihr erscheinen wolle? *Er wolle alle Befehle, die nach Gottes Ordnung sind, befolgen. Das Duzen und das Hauptbedecken könne er aber nicht unterlassen, dann es sei wider Gottes Ordnung.*

Dorothea Wied, 21 Jahr alt, ledig, Tochter des Jakob Wied

Warum sie ihr elterliches Haus verlassen habe, und in einem fremden Haus schlafe? *Weil ihre Mutter wider ihren Grund sei, und nicht in dem sei, in dem Christus sei, könne sie sie nicht für ihre Mutter halten, sondern die Weisheit sei ihre Mutter.*

Ob dann ihre Mutter etwas Unerlaubtes von ihr verlange? *Ihre Mutter erlaube ihr nicht, ihren Brüdern etwas zuzutragen, und da doch alles ihrem König Christus gehöre, so könne sie sie nicht für ihre Mutter erkennen. Sie gebe nicht mehr zu ihr und halte sich frei von ihr, und habe nun Christus zum Vater und die Weisheit zur Mutter.*

Wie sie sich, wenn sie sich auf Christus berufe, dem ausdruckenlichen Gebot desselben, die Eltern zu ehren, so sehr widersprechen, und ihre Mutter so beschimpfen könne, wie sie zu thun gewohnt sei? *Ihre Mutter sei eben nicht wie sie; Christus habe auch zu den Pharisäern gesagt, sie seien von dem Vater des Teufels.*

Wie sie sich erfrecht habe, ihrer Mutter Victualien abzutragen? *Weil sie solche ihren Brüdern, die mit ihr eines Sinnes sind, zugebracht habe.*

Wer sie dann in diesem ihrem Glauben unterrichtet habe? *Niemand als Gott.*

Mit was für Brüder sie Umgang habe? *Die Rothenacker Bürger, welche zu Monrepos um der Wahrheit willen leiden, seien ihre Brüder.*

Warum sie dann zu Murr erklärt habe, daß sie keine königliche Befehle achten und die obrigkeitliche Persohnen nicht ehren könne? *Christus sei ihr König, sie habe keinen Herrn und König auf der Welt, und keine Obrigkeit. Sie folge Christo und keinem sterblichen Menschen.*

Woher sie den Stern habe, den sie getragen habe? *Sie habe ihn in Rothenacker bekommen.*

Ob dann all ihre Brüder und Schwestern einen solchen Stern tragen? *Ja, alle.⁶⁷ Dann jetzt siege Christus bald, deswegen tragen alle jetzt Sterne. Sie überlassen dann dem Christus, ob er ihre Feinde ausrotten wolle, und nehmen von niemand als von ihm Befehle an.*

Ob sie dann glaube, daß man solchen Unfug und ein solch aufrührerisch Betragen, das alle Ordnung aufhebe, dulden werde? *Das sei ihr eins. Christus sage, wenn man sie aus einer Stadt ausstosse, sollen sie in eine andere ziehen.*

Ob sie demnach nicht zu ihrer Mutter zurückgehen wolle? *Nein.*

Ob sie auch den Befehlen des Königs und der von ihm bestellten Obrigkeit nicht gehorchen wolle? *Nein, sie gehorche niemand, und (setzte sie mit frecher Rede gegen den Beamten dazu) auch dir nicht.*

Dorothea Wied (keine Separatistin), 46 Jahre alt, seit 22 Jahren mit Jakob Wied verheiratet, 1 Kind, ca. 4000 Gulden Vermögen

Was sie gegen ihren Ehemann zu klagen habe? *Ihre vorzügliche Klage sei, dass er seinen sogenannten Brüdern alles zuschleife und nicht arbeite, wodurch ihr Vermögen geschwächt werde. Seit ungefähr einem Jahr wandle er und ihre Tochter in des Kiefer Knorpps Haus, der von jeher nicht zu arbeiten gewohnt sei, und trage alles aus der Haushaltung fort. Wenn sie ihm Vorwürfe mache, so sage er: »Er verlasse lieber sie und alles in der Welt, als seine Brüder«. Dadurch müsse sie eben am Ende in ihrem Vermögen zurückkommen, das sie ererbt und erworben habe.*

Ob ihr Mann auch von fremden Brüdern oft Besuche erhalte? *Ja, meistens vom Oberland, besonders sei einer von Urach da gewesen, namens Kugler⁶⁸, ein Schuhmacher.*

Was sie denn zusammen thun? *Sie lesen ein Capitel in der Bibel, legen es aus, und singen.*

Ob ihr Mann zuerst Pietist gewesen? *Ja, eine Zeitlang, biß er anfangs zu dem Separatist Maier, der voriges Jahr von Murr weggezogen, und nachher zu dem ledigen Knorpp, des Kiefers Sohn, gekommen, der ihn ganz verderbt habe.*

Wie ihre Tochter zu ihren Grundsätzen stehe? *Sie sei vorher eine Pietistin gewesen, und habe nachher den jungen Knorpp kennen gelernt, der sie mit seinen Grundsätzen angestekt habe.*

Ob ihre Tochter ihr auch schon vorher so grob begegnet sei? *Nein, nie, sie sei immer gut gegen sie gesinnt gewesen.*

Seit wann ihre Tochter dann in dem Knorppischen Haus schlafe? *Seit ungefähr 10 Tagen. Des Michael Veters Tochter⁶⁹, welche in dem Knorppischen Haus wohne, scheine vielen Theil an dem Verderben ihrer Tochter zu haben.*

Ob sie noch etwas anzugeben wisse? *Da ihr Mann nicht hausen wolle, sich im Bett von ihr trenne, alles verschleife und einen höchst verderblichen und verdächtigen Wandel in das Knorppische Haus und Umgang mit der Christina Vetterin babe, so müsse sie bitten, entweder ihren Ehemann zu seinen Pflichten und darzu anzuhalten, dass er das Knorppische Haus und den Umgang mit der Vetterin meide, oder aber sie von ihrem Ehemann zu trennen.*

Philipp Knorpp, 63 Jahre alt, verheiratet, 5 Kinder, Küfer

Warum er Fremde beherberge, ohne vorher dem Schultheiß die Anzeige davon zu machen? *Er habe lange keine mehr beherberget; übrigens habe ja Gott das Beherbergen erlaubt.*

Warum er dem Pfarr- und Schultheisenamt, welche ihn zur Beobachtung der königlichen Befehle anhalten wollen, geantwortet: Er habe nur einen König – Gott! Ob er demnach die weltliche Obrigkeit nicht anerkenne? *Er habe nur einen König: Gott allein. Er halte sich verpflichtet, seiner weltlichen Obrigkeit, jedannoch in allen Stücken, welche nicht wider Gott und sein Gewissen streben, Gehorsam zu leisten.*

Wann er aber, wie er selbst bekenne, seiner weltlichen Obrigkeit Gehorsam schuldig sei, warum er ihr die gebührende Achtung verweigere, mit bedektem Haupt vor sie trete, und sie duze? *Er könne von diesem Gebrauch nicht abgeben. Er entblöße sein Haupt nicht, er duze jeden Menschen, er möge sein, wer er wolle, und werde den Herrn Gott nicht duzen und seine Diener, die Obrigkeit nicht. Ehre dem, welchem sie gebühre!*

Wenn er aber den im Lande eingeführten Sitten nicht folge, so werde ihn sein weltlicher König und Herr nicht in seinem Lande dulden? *Die Erde sei Gottes, und es könne ihm niemand ein Land verbieten, das Gottes sei.*

Warum er dann der Wiedischen Tochter in seinem Hause Aufenthalt gebe? *Die Wiedin schlafe nicht bei ihm, sondern bei der ledigen Vetterin, deren Eltern in seinem Hause wohnen. Er sage die Wahrheit, und der Pfaff zu Murr hätte nur berichten sollen, wie es wahr sei.*

Was die Sterne bedeuten, welche die Leute tragen? *Er trage noch keinen, und könne also erst sagen, was sie bedeuten, wann er einen trage. Der eine der Brüder sei schon weiter gekommen, der andere noch zuruck.*

Ob auch Auswärtige ihre Versammlungen besuchen? *Nein.*

Ob er also darauf bleibe, dass er sein äußerliches Betragen gegen die Obrigkeit nicht abändere, wenn es ihm auch von gnädigster Herrschaft befohlen würden? *Das könne er nicht, dann nur Gott allein geböre die Ehre, und er könne neben ihm keine andere Götter haben.*

Michael Schäfer, 29 Jahre alt, verheiratet, 4 Kinder

Warum er sein Kind nicht in die Schule schicke? *Er lehre seine Buben auf seinem Grund und nicht auf des Pfarrers Grund, und könne seinen Buben nicht in die Schule schicken, wo er nichts als Unarten und unzünftige Dinge höre.*

Was der Stern bedeute, den er und die andere trage? *Er sei erst ein Anfänger und habe noch keinen. Der Stern mahne die, welche ihn tragen können, an das in ihnen aufgegangene Licht. Er sei noch nicht zum Tragen fähig.*

Ob er die weltliche Obrigkeit und ihre Befehle als verbindlich anerkenne? *In weltlichen Dingen, Steuern, Frohnen, Wachen p.p., befolge er alle obrigkeitliche Befehle, in anderen Dingen befolge er aber nur das, was nicht wider Gottes Wort sei.*

Ehrerbietung gegen weltliche Obrigkeit sei aber nicht wider Gottes Wort, vielmehr dem ausdrücklichen Gebot Gottes gemäs. Warum er dann diese Ehrerbietung so weit hintanseze, dass er die Obrigkeit duze und mit bedektem Haupt vor ihr erscheine? *Es heisse aber in der Schrift, dass man Gott allein ehren müsse.*

Ob zu ihren Versammlungen auch Auswärtige kommen und sie lehren? *Nein, gewöhnlich nicht. Überhaupt hätten sie keinen Lehrer, und das Licht müsse in jedem Einzelnen selbst aufgehen.*

Was sie denn in ihren Versammlungen thun? *Sie lesen in der Bibel und unterhalten sich darüber.*

Ob sie aber mit auswärtigen Brüdern Verbindung hätten? *Er sei erst ein Anfänger und sie noch bei keinem Auswärtigen gewesen.*

Jakob Wied, Bürger zu Murr, 50 Jahre alt, verheiratet, 1 Tochter, ca. 4000 Gulden Vermögen

Ob er bei seiner zu Murr gethanen Erklärung: »Daß er und seine Brüder keine weltliche Befehle befolgen« bleibe? *Sie befolgen nur die Befehle, welche nicht wider Gottes Wort seien. So seye es wider Gottes Befehl, wenn man das Haupt vor der Obrigkeit entblöße und sie nicht duze, dann nur Gott und keinem Menschen gebiete Ehre.*

Woher sie ihre Lehren haben, und wer ihre Lehrer seien? *In Rothenacker sei dieser Lehrgrund zuerst aufgestanden, und er werde jetzt in vielen auf einmal aufstehen. Wer ihn nicht fassen wolle, der lasse es bleiben.*

Da er sich von seinem Weibe getrennt habe und nicht mehr bei ihr schlafe, so scheine diese Trennung zwischen Mann und Weib auch ein Saz ihrer Lehre zu sein? *Es sei*

ibr Grund nicht, dass sie noch huren dürfen, und huren sei es, wenn Eheleute Beischlaf treiben. Wenn sein Eheweib seine Schwester wäre, so würde er bei ihr liegen.

Ob es auch ihr Lehrsatz sei, dass Kinder den Eltern so grob begegnen sollen, wie seine Tochter ihrer Mutter, und dass sich Kinder eigenmächtig von den Eltern trennen? *Ja, die Kinder, welche auf dem rechten Grund sind, dürfen die Eltern, welche noch die Teufels-Eigenschaften an sich haben, Teufel heissen und sich von ihnen trennen. Man müsse Weib, Eltern und alles verlassen um Gottes Willen.*

Ob es ihnen nach ihrer Lehre verboten sei, die Kinder in die Schule zu schicken? *Ja, nach ihrer Lehre könne keiner seine Kinder mehr in die Schule schicken.*

Was die Sterne bedeuten, welche ihre Anhänger tragen? *Er trage noch keine und gebe über dieses keine Antwort.*

Warum er dann so vieles aus seiner Haushaltung verschleifen und andern zutragen lasse? *Es sei noch nicht viel verschleift worden; eine Kleinigkeit sei ihren Brüdern gebracht worden.*

Warum er sich nicht scheue, dadurch, dass er mit der ledigen Vetterin herumgehe, ein Ärgernus zu geben? *Er dürfe mit einer Schwester laufen. Bei ihnen finde keine Fleisches-Lust mehr statt, und wann die Welt ein Ärgernuß daran nehme, könne er nicht dafür.*

Warum er sich und seine Anhänger sich herausgenommen haben, in dem Fleken ein Lied zu singen, da sie doch wissen, dass jeder Lärm auf öffentlicher Straße verboten sei? *Sie hätten nur ein geistliches Lied gesungen, es werden ja oft weltliche Lieder gesungen.*

Das sei einmal kein geistliches Lied, das sie gesungen haben, da es sich immer mit »Victoria! Victoria! Es thut den Pfaffen weh!« geendiget, und Gott ein Lied, in dem der Lehr-Stand beschimpft werde, nicht angenehm sein könne. *Wenn man Christum als den alleinigen Herrn erkenne, so thue es freilig den Pfaffen wehe, weil man sie nicht mehr brauche. Übrigens komme dieser Ausdruck nur einmal vor.*

Ob er sich also nicht entschliessen wolle, den Ehestand mit seinem Weibe fortzusetzen? *Wenn sie sich in seinen Grund einlasse und seine Schwester werden wolle, dann wolle er; wo nicht, so solle sie sich scheiden lassen.*

Ob er sein äußeres Betragen gegen die Obrigkeit nie ändern und also nie sein Haupt vor ihr entblößen und ihr die gewöhnliche Achtung in Ausdrücken nie bezeugen wolle? *Da es wider Gott und sein Gewissen laufe, könne er es nicht thun.*

Wenn aber sein weltlicher König und Herr dieses sein Betragen nicht dulde, ob er lieber das Land verlasse, als sich diesem, dem Wort Gottes nicht zuwiderlaufenden Befehl fügen wolle? *Ja, lieber wolle er ausser Lands, wenn sein weltlicher König ihn aus dem Land hinaussprechen könne, das Gottes sei.*

Wo sie ihre Versammlungen halten? *Sie kommen manchmal in des Kiefer Knorpps Haus zusammen.*

Ob auch Fremde darzu kommen? *Nein, gewöhnlich nicht.*

Ob sie ausser der Bibel auch noch andere Bücher in ihren Versammlungen gebrauchen? *Etwa Gesangbücher.⁷⁰ Sie hatten ausser der Bibel und einigen geistlichen Büchern keine Bücher.*

Durch ihr Betragen und ihre Lehre feuren sie aber den Haß gegen andere Stände, besonders aber den Prediger-Stand an, und stiften dadurch viel Unheil. *Vom Prediger-Stand wollen sie gar nichts; diesen erkennen sie nicht, er müsse fallen.*

Wenn sie aber auch von dem Prediger-Stand nichts wollen, so dürfen sie ihn doch als einen ihren Mit-Unterthanen ehrwürdigen und von der Obrigkeit eingesetzten

Stand nicht verachten. *Der Pfarrer Ruhm werde nicht mehr lang dauren, es müssen also auch Leute da sein, welche ihren Fall anzeigen. Sie werde übrigens sie nicht umwerfen; doch können sie ihnen, die um den Buchstaben zanken, um den Lohn predigen, keine Ehre erzeugen.*

Anmerkungen

Abkürzungen

BWKG	= Blätter für württembergische Kirchengeschichte
HStAS	= Hauptstaatsarchiv Stuttgart
LKA	= Landeskirchliches Archiv Stuttgart
StAL	= Staatsarchiv Ludwigsburg
ZWLK	= Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte

- 1 Geschichte des Pietismus, 4 Bände, Göttingen 1993–2004; Martin Schmidt: Pietismus, Stuttgart 1972; Erich Beyreuther: Geschichte des Pietismus, Stuttgart 1978; Johannes Wallmann: Der Pietismus, Göttingen 1990; speziell zum württembergischen Pietismus: Hartmut Lehmann: Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1969.
- 2 Überblicksdarstellungen zum württembergischen Radikalpietismus: Christoph Kolb: Die Anfänge des Pietismus und Separatismus in Württemberg, Stuttgart 1902; Eberhard Fritz: Radikaler Pietismus in Württemberg. Religiöse Ideale im Konflikt mit gesellschaftlichen Realitäten, Epfendorf 2003.
- 3 Geschichte des Pietismus (wie Anm. 1) Bd. 1, S. 291–316.
- 4 Kolb (wie Anm. 2) S. 143–147.
- 5 Paul Sauer: Geschichte der Stadt Stuttgart, Bd. 3: Vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Abschluss des Verfassungsvertrags für das Königreich Württemberg 1819, Stuttgart 1995, S. 278–281.
- 6 Gerald Maier: Kirche und Leben im 17. und 18. Jahrhundert. Institutionen, Personen, Alltag, in: Roman Janssen, Harald Müller-Baur (Hg.): Die Stiftskirche in Herrenberg 1293–1993, Herrenberg 1993, S. 131–178.
- 7 Matthias Schönthaler: »Es will sich zu einer Trennung bei der Kirche anlassen«. Pietismus in Calw im 17. und frühen 18. Jahrhundert, in: Mit Gott gewagt, niemals verzagt. Drei Vorträge zu Johann Valentin Andreäs 350. Todesjahr, Calw 2004, S. 79–132.
- 8 Tilman Matthias Schröder: Das Kirchenregiment der Reichsstadt Esslingen. Grundlage, Geschichte, Organisation, Esslingen 1987, S. 196–207.
- 9 Theodor Schön: Geschichte des Pietismus, Separatismus und Chiliasmus in der Reichsstadt Reutlingen, in: BWKG 13 (1909) S. 63–81.
- 10 Friedrich Keidel: Der Pietismus in der Ulmischen Kirche, in: BWKG 3 (1888) und 4 (1889).
- 11 Sybille Oßwald-Bargende: Die Mätresse, der Fürst und die Macht. Christina Wilhelmine von Grävenitz und die höfische Gesellschaft, Frankfurt/Main 2000.
- 12 Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 2, Stuttgart 1995, S. 148–152, speziell S. 149.
- 13 David Warren Sabeau: Das zweischneidige Schwert. Herrschaft und Widerspruch im Württemberg der frühen Neuzeit, Berlin 1986, S. 23.
- 14 Vorschlag einer Phaseneinteilung bei Fritz (wie Anm. 2) S. 35–37.
- 15 Henri Bosc: La guerre des Cevennes 1702–1710, 6 Bände, Montpellier 1985–1993.
- 16 Hillel Schwartz: The French Prophets. The History of a Millenarian Group in 18th-Century England, Berkeley 1980.
- 17 Paul Krauss: Johann Friedrich Rock. Separatist und Inspirierter, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15 (1983) S. 86–114.

- 18 Dazu künftig Eberhard Fritz: »Nicht sogleich wiederum zurück, sondern weiter und weiter!«. Die »Inspirations-Reisen« des Johann Friedrich Rock nach Württemberg und in südwestdeutsche Reichsstädte (erscheint in BWKG 2015).
- 19 Ulf-Michael Schneider: Propheten der Goethezeit. Sprache, Literatur und Wirkung der Inspirierten, Göttingen 1995, S. 195 (Ochsenbach, 21.7.1718; zwei Inspirationsreden in Kleinbottwar, 30.8.1718); S. 199 (Bissingen, 12.4.1726; Steinheim an der Murr, 22.4.1726); S. 200 (Steinheim an der Murr, 31.8.1727); S. 202 (Steinheim an der Murr, 22.8.1733).
- 20 Fritz (wie Anm. 2) S. 61–71.
- 21 Gert Kollmer: Die schwäbische Reichsritterschaft zwischen Westfälischem Frieden und Reichsdeputationshauptschluss. Untersuchung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichsritterschaft in den Ritterkantonen Neckar-Schwarzwald und Kocher, Stuttgart 1979, S. 210.
- 22 Heinrich Meissner: Das Dorf Kleinbottwar. Eine schwäbische Ortschronik, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1896, S. 1–102.
- 23 K. Eberhard Oehler: »Der zeigt dir einen andern Weg, als du vormal erkannt«. Der Pietist und Psalmsänger Michael Müller (1673–1704), in: BWKG 101 (2001) S. 49–69.
- 24 Meissner (wie Anm. 22) S. 29–31.
- 25 Eberhard Fritz: »Viele fromme Seelen und Querköpfe«. Der Ihinger Hof im Besitz der Familie von Leiningen als Ort der Kommunikation zwischen Pietisten und Separatisten im 18. Jahrhundert, in: BWKG 111 (2011) S. 161–191.
- 26 Gisela Schlientz: Die Visionärin Amalia Hedwig von Leiningen (1684–1756), in: Weib und Seele. Frömmigkeit und Spiritualität evangelischer Frauen in Württemberg, Ausstellungskatalog des Landeskirchlichen Museums Ludwigsburg 1998.
- 27 Ernst von Ziegessar: Tagebuch des Herzoglich Württembergischen Generaladjutanten Freiherrn von Bouwinghausen-Wallmerode über die »Land-Reisen« des Herzogs Karl Eugen von Württemberg in der Zeit von 1767 bis 1773, Stuttgart 1911, S. 28, 184 f., 218.
- 28 Johannes Moosdiel: Franziska von Hohenheim als Landesherrin. Der »gute Engel Württembergs« aus einer neuen Perspektive, in: ZWLG 70 (2011) S. 265–268.
- 29 Hans-Joachim König: Christoph Karl Ludwig von Pfeil. Jurist, Diplomat, Kirchendichter, 1712–1784, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 8 (1962) S. 137–148.
- 30 HStAS A 213 Bü 7867 Nr. 17 und 18.
- 31 LKA A 26 Bü 471 Qu. 22.
- 32 HStAS A 213 Bü 7867 Nr. 19, 21; LKA A 26 Bü 471 Qu. 23.
- 33 Karl J.R. Arndt: George Rapp's Separatists 1700–1803. A Documentary History, Worcester/Massachusetts 1980, S. 153.
- 34 Eberhard Fritz: Johann Georg Rapp (1757–1847) und die Separatisten in Iptingen, in: BWKG 95 (1995) S. 129–203.
- 35 Friedrich Wintterlin: Wehrverfassung und Landesverfassung im Herzogtum Württemberg, in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte 34 (1928) S. 239–256.
- 36 Eberhard Fritz: »Kriege seien Sünde und ein Gräuel vor Gott«. Religiös begründete Militärdienstverweigerung in Württemberg im 18. und frühen 19. Jahrhundert im Kontext gesellschaftlicher Werthaltungen, in: Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Ich dien' nicht! Wehrdienstverweigerung in der Geschichte, Berlin 2008, S. 57–68.
- 37 Eberhard Fritz: Separatistinnen und Separatisten in Württemberg und in angrenzenden Territorien. Ein biografisches Verzeichnis, Stuttgart 2005, S. 113 f.
- 38 Karl J.R. Arndt: George Rapp's disciples, pioneers and heirs. A register of the Harmonists in America, Evansville/Indiana 1994; Eileen Aiken English: Demographic directory of the Harmony Society, Clinton/New York 2011.
- 39 Vgl. den Bericht über den Besuch des Kurfürsten in Knittlingen bei Eberhard Fritz: Schloss Ludwigsburg als Sommerresidenz. Friedrich von Württemberg und seine Hofhaltung im frühen 19. Jahrhundert, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 58 (2004) S. 189–236, hier S. 229 f.
- 40 HStAS A 213 Bü 7867; Internetauskunft Kevin L. Sholder, Centerville/Ohio.
- 41 Karl J.R. Arndt: Harmony on the Connoquenessing, 1803–1815. George Rapp's first American Harmony, Worcester/Massachusetts 1980.
- 42 Donald E. Pitzer: New Harmony then and now, Bloomington/Indiana 2011, S. 10.

- 43 Joseph H. McMinn: *Blooming Grove (Blumengrofe). A History of the Congregation of German Dunkers who settled in Lycoming County, Pennsylvania, Williamsport/Pennsylvania 1901*; Russell Wieder Gilbert: *Blooming Grove, the Dunker settlement of Central Pennsylvania*, in: *Pennsylvania History* 20 (1953) S. 22–40.
- 44 Arndt (wie Anm. 38); Eileen Aiken English: *1833 residents of Phillipsburg (now Monaca), Pennsylvania. A historic register transcribed from German script and supplemented with notes, with a directory of the New Philadelphia Society, dating from its inception on March 21, 1832, Eighty Four/Pennsylvania 2004*.
- 45 Jonathan Wagner: *Geschichte und Verhältnisse der Harmonie-Gesellschaft, Vaihingen an der Enz 1833*.
- 46 Eberhard Fritz: *Separatisten und Separatistinnen in Rottenacker. Eine örtliche Gruppe als Zentrum eines »Netzwerks« im frühen 19. Jahrhundert*, in: *BWKG* 98 (1998) S. 66–158.
- 47 Immanuel Hoch: *Geschichte der württembergischen Veste Asperg und ihrer merkwürdigsten politischen und anderer Gefangenen*, Stuttgart 1838; Franz Quarthal/Karl Moersch (Hg.): *Hohenasperg oder ein früher Traum von Demokratie. Gefangenenschicksale aus dem 19. Jahrhundert*, Leinfelden-Echterdingen 1998.
- 48 Eberhard Fritz: *Urchristliches Ideal und Staatsraison. Württembergische Separatistinnen und Separatisten im Zeitalter Napoleons*, in: *ZWLG* 59 (2000) S. 71–98 (auf S. 92 Auflistung der separatistischen Gefangenen).
- 49 Vgl. dazu Eberhard Fritz: *»Auf die Vestung Hohen-Asperg condemnirt«. Leben und Alltag der Gefangenen in der Regierungszeit Friedrichs von Württemberg (1797–1816)*, in: *Ludwigsburger Geschichtsblätter* 67 (2013) S. 67–92.
- 50 Wolfram Siemann: *Propaganda um Napoleon in Württemberg. Die Rheinbundära unter König Friedrich I. (1806–1813)*, in: *ZWLG* 47 (1988) S. 359–380.
- 51 *Archiv des Hauses Württemberg, Altshausen: Hofdiarium (unverzeichnet), Eintrag vom 5. Oktober 1805: »Nach 10 Uhr erhoben sich der Kaiser in Begleitung Herr Herzog Paul Durchlaucht von hier auf den Asperg, nahmen denselben und die Gegend in Höchsten Augenschein und kehrten sodan von da wieder retour.«*
- 52 *StAL D 41 Bü 3926 und D 48a Bü 476*.
- 53 *StAL D 48a Bü 477*.
- 54 *StAL E 173 III Bü 5685 (Bericht über den Separatisten Daniel Schmid von Murr, 1818)*.
- 55 *HStAS A 213 Bü 3091*.
- 56 Fritz (wie Anm. 2) S. 197–200.
- 57 *HStAS E 146 Bü 1628*.
- 58 Donald F. Durmbaugh: *»Strangers and Exiles«: Assistance given by the religious Society of Friends to the Separatist society of Zoar in 1817–1818*, in: *Ohio History Journal* 109 (2000) S. 75. Dort wird auch erwähnt, dass der Direktor der Porzellanfabrik Ludwigsburg, Ernst Weinland, die Separatisten unterstützte.
- 59 Emilius O. Randall: *The Separatist Society of Zoar. An experiment in communalism from its commencement to its conclusion, 1900* (2. Auflage 1990).
- 60 Joachim Trautwein: *Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800. Pietismus und Separatismus in Württemberg*, in: *Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Band 2*, Stuttgart 1987, S. 323–342.
- 61 Karl J.R. Arndt: *George Rapp's successors and material heirs, Cranbury/New Jersey 1971*.
- 62 *HStAS E 40/76 Bü 360 (Ansprüche auf den Nachlass des in Economy, Pennsylvania, im Jahre 1847 verstorbenen Johann Georg Rapp, 1882–1914)*. Diese Akten sind noch nicht ausgewertet.
- 63 Hermann Ehmer: *Der ausgewanderte Pietismus. Pietistische Gemeinschaftsprojekte in Nordamerika*, in: Rainer Lächele (Hg.): *Das Echo Halles. Kulturelle Wirkungen des Pietismus*, Tübingen 2001, S. 315–357.
- 64 Friedrich Engels: *Beschreibung der in neuerer Zeit entstandenen und noch bestehenden kommunistischen Ansiedlungen*, in: *Deutsches Bürgerbuch für 1845, Darmstadt 1845*, S. 326–340.
- 65 *HStAS A 213 Bü 3091*. Die Verhörprotokolle wurden erstmals publiziert bei Eberhard Fritz: *»Kirch seye eben ein steinen Hauß, Gott wohne nicht darin«*. Verhörprotokolle als Quellen zur Geschichte des radikalen Pietismus in Württemberg, in: *BWKG* 102 (2002) S. 69–108.

- 66 Es handelt sich um Andreas Albig, der in den Separatistenverzeichnissen unter der Heimatgemeinde Kochendorf erscheint.
- 67 Diese Behauptung der Dorothea Wied steht im Widerspruch zu den Aussagen aller anderen Separatisten in der Befragung.
- 68 Der Schuhmacher Philipp David Kugler (1770–1848) und seine Frau Anna Maria geb. Wörner (1769–1840) lebten als einzelne Separatisten in der Oberamtsstadt Urach; Kugler war aber eine wichtige Verbindungsperson zwischen verschiedenen Gruppen.
- 69 Christina Katharina Vetter wanderte 1817 mit ihren Gesinnungsgenossen nach Zoar, Ohio, aus.
- 70 Hier ist unklar, ob die Worte »etwa Gesangbücher« nicht noch zur Frage gehören, also ein Fehler des Schreibers vorliegt.

Georg Kerner

Ein kleiner Schwabe wie ein Vulkan*

von Andrea Fix

»Ich lebe vollkommen im Jetzt – nicht in der Vergangenheit und auch nicht in der Zukunft.« – »Ich tue gern Dinge, die mir Angst machen.« – »Ich besitze ein beinahe unkontrollierbar nervöses Wesen.«

»Die 8 Monate, die ich jetzo in [der] Toskana bin, sind die unruhigsten meines revolutionären Lebens – denn ich liege Tag und Nacht auf der Straße, und meine Reisen in den letzten 2 Monaten sind ein wahrer und harter Winterfeldzug – dabei bin ich nur krank, sobald einige Tage von Ruhe eintreten und befinde mich sogleich wiederum besser, wenn es wieder zu Pferd geht. [...] allein, lieber Gott, ich werde so bleiben, und das Schicksal hat mich dazu verdammt, auf dem nämlichen Punkt mich herumzudrehen.«¹

Die ersten drei Zitate stammen von dem australischen Filmschauspieler Heath Ledger, der 2008 mit 28 Jahren an einem Medikamentenmix gestorben ist. Das letzte Zitat steht in einem Brief, den Georg Kerner 1799 an Louise Scholl, die Schwester seiner ehemaligen Braut Auguste Breyer, geschrieben hat.

Diese Gegenüberstellung soll gleich zu Beginn die Ruhelosigkeit Georg Kerners – und damit seine Modernität – aufzeigen. Er sei, meinte ein Freund, »einem Kometen zu vergleichen, der eine Welt von elektrischem Feuer in sich trug«.² Bei Kerner ging es immer ums Ganze, ging es um Leben oder Tod. Sein Leben lang suchte er die Gefahr – und dafür war er in die richtige Zeit geboren.

Die Französische Revolution in ihrer Dynamik, in ihrem permanenten Ausnahmezustand wurde zum Mittelpunkt dieses intensiven, unstillen Lebens. Leidenschaftlich kämpfte er für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, gegen Royalismus und Despotismus. Dafür setzte er die »außerordentliche Beweglichkeit und Lebendigkeit seines Geistes und Körpers« ein, die ihm sein Bruder Justinus Kerner bescheinigte.³

Das Verstörende an diesem exzessiven Leben ist nicht die dichte Folge lebensgefährlicher Situationen. Das Verstörende ist, dass Georg Kerner solche Situationen geradezu herausgefordert hat. Nur als wilder Rebell, gehetzt von einer waghalsigen Aktion zur nächsten, scheint er sich lebendig gefühlt zu haben. Seine innere Unruhe, seine Ungeduld gehen einher mit einer großen Begeisterungsfähigkeit, ja »diese Begeisterung war überhaupt der hervorragende Zug seines Charakters«⁴, meinte sein Jugendfreund Johann Gotthard Reinhold (1771–1838).

Georg Kerner wurde am 9. April 1770 in Ludwigsburg geboren. Zwei Tage vor seinem 42. Geburtstag, am 7. April 1812, ist er als Armenarzt während einer Typhusepidemie in Hamburg gestorben. Dazwischen lag ein Leben, das eher einem Abenteuerroman oder – heute würde man vielleicht sagen – einem »Road Movie« gleicht als der Biografie eines Sohnes aus der sog. württembergischen »Ehrbarkeit«.

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 8. Januar 2015 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags. Die Zitate Georg Kerners sprach Ulrich Krüger.

Die Ungeduld scheint Georg Kerner angeboren. Schon bei seiner Geburt hatte er es eilig: Er kam als 7-Monats-Kind zur Welt. Er blieb immer klein und schwächling – aber zäh! »Kleine Männer haben mehr Power, mehr Sex, mehr Energie, mehr Ehrgeiz, mehr Eloquenz«⁵ – all das scheint mir, mehr oder weniger, auch auf Georg Kerner zuzutreffen!

Schon als Junge hat er sich asketisch abgehärtet und seinen Körper trainiert, und sein Leben lang blieb er ein vorzüglicher und verwegener Reiter. Sein Freund aus Pariser Tagen, der berühmte Weltumsegler und Mainzer Republikaner Georg Forster (1754–1794) nannte ihn anerkennend, fast liebevoll »den kleinen Schwaben«. »Der kleine Schwabe Kerner sprüht Freiheit wie ein Vulkan und ist originell und gutherzig, wie ein junger Schwabe sein muss, er hat Kopf und Energie. Dazu ist er Dr. der Medizin.«⁶ Und für Georg Rist, einem Freund aus der späten Hamburger Zeit, war er »der wildeste und biederste Schwabe, den die Erde je getragen hat. [...] er schien bald ein Wahnsinniger, bald ein Begeisterter; aber es war Grazie und Geist in allem, was er sagte.«⁷

Zu seinem abenteuerlichen Leben passt auch sein Äußeres. »Die Natur hatte ihm ausgezeichnet schöne Gesichtszüge verliehen. In seinen Jünglingsjahren glaubten viele, in seinen Gesichtszügen die eines Christuskopfes zu erkennen, [...] später wurde ihm eine große Ähnlichkeit mit Bonaparte beigelegt.«⁸ Eine interessante Mischung!

1779, schon mit 9 Jahren, kam Georg Kerner als erstgeborener Sohn des Ludwigsburger Oberamtmannes und Hofbeamten Christian Ludwig Kerner auf die Karlsschule Herzog Carl Eugens nach Stuttgart. Wie bei Friedrich Schiller, der die Schule 1780 verließ, war es vor allem die Persönlichkeit des Herzogs und das strenge Regiment auf dieser »Sklavenplantage«, wie Schubart sie nannte, die Georg Kerner zum Revolutionär machte. In einem Aufsatz über diese berühmte Schule beschreibt er hellseherisch den geradezu dialektischen Widerspruch, den Carl Eugen sich mit der Einstellung liberal gesinnter Lehrer selbst geschaffen hatte: Den zur »Subordination« erzogenen Schülern »gab der Fürst nämlich eine auserwählte Zahl trefflicher Lehrer und Professoren, wie man sie in schönem Verein in keiner gleichzeitigen Erziehungsanstalt des übrigen Europas so leicht finden konnte. Daß die noch mit gesundem Menschenverstand begabte Jugend von dem Subordinations-Pol zum Wissenschafts-Pol, von der Finsternis zum Licht hindurchdrang, war eine nur allzu natürliche Folge der mit sich selbst im Widerspruch stehenden Organisation der ganzen Anstalt.« So musste der Herzog »noch vor seinem Ende mit Schrecken gewahr werden, daß gelehrte Mamelucken alle verderblichen Keime des Oppositionsgeistes in ihrem Busen entwickelten«.⁹

Die harte Zucht auf der Karlsschule kann Georg Kerner nicht ganz fremd gewesen sein. Er schreibt von drastischen körperlichen Züchtigungen durch seinen Vater, der ihn »bis aufs Blut« geschlagen hat.¹⁰

An der Karlsschule studiert Kerner nach dem Wunsch des Vaters Medizin und beendet 1791 sein Studium mit einer Doktorarbeit über »Metastasen«. Viel wichtiger aber sind ihm die Ereignisse im revolutionären Frankreich. Am 14. Juli 1790 feiern die Schüler der Karlsschule den ersten Jahrestag der Revolution mit einem subversiven Freudenfest. Voller Hoffnung und Idealismus verfolgt Kerner den bürgerlichen Kampf um Freiheit und Menschenrechte, sein ganzer Hass aber gilt dem feudalistischen System und jeder Art von Despotismus. »Es ging ihm die große Sache der Menschheit über alles«¹¹, so die Malerin Ludovike Simanowiz, die mit Georg Kerner in den Pariser Jahren befreundet war.

Schon 1790 war Kerner in den Semesterferien heimlich zu Fuß ins aufständische Straßburg gewandert, und Straßburg wird 1791 auch sein erstes Ziel als »freier Mann«. Vor seiner Abreise gab es noch eine Verlobung. Seine Liebe zu Auguste Breyer, Tochter eines Stuttgarter Regierungssekretärs und von den Eltern gern gesehen, ist ein Kapitel für sich, auf das ich noch eingehen werde.

In Straßburg wird Kerner als »Feind der Aristokratie« schnell zum Mitglied des Jakobinerclubs. Er hält mitreißende Reden und der Club betraut ihn mit dem Amt des deutschen Sekretärs. Ein Stipendium Herzog Carl Eugens wird ihm daraufhin gestrichen, und er gilt ab sofort – auch hier wieder eine Parallele zu Schiller – als unerwünschte Person im Herzogtum. Mit umso größerem Stolz legt er den feierlichen Eid auf die französische Verfassung ab. Er wird diesem Eid sein Leben lang treu bleiben. Der württembergische Untertan Georg Kerner ist zum »Bürger Kerner« geworden, zum französischen »Citoyen«. Frankreich ist fortan sein Vaterland. Sein Geburtsland Württemberg ist ihm durch den Absolutismus Carl Eugens entfremdet. Auch im Krieg Frankreichs gegen Württemberg bleibt er überzeugter Anhänger der »fränkischen Republik«, wie er sie nannte.

An seine Verlobte schreibt er 1791: »Du weißt meinen festen Entschluss, in Frankreich zu leben, Du kennst meinen Hang zur Freiheit, und ich wiederhole Dir hier noch einmal, daß Dir die Hand eines freien, wenngleich armen Mannes werter sein muss als die Hand eines Mannes in einem Lande, wo man, wenn man auch selbst nicht kriechen muss, andere kriechen sieht.«¹²

Kerners nächstes Ziel ist Paris. Er begnügt sich nicht mit Nebenschauplätzen, er will ins Auge des Vulkans. Der Vater in Ludwigsburg aber hat andere Pläne mit dem Sohn. »Ich weiß, daß meine Eltern mich nach Wien schicken wollen; allein der Kummer, Frankreich verlassen zu müssen, brächte mich in das Grab. Ich habe vor einigen Tagen nur davon geträumt und so stark im Schlaf geweint, daß man es im nächsten Zimmer hörte und ich darüber aufgewacht bin [...]; aber der Gedanke, freier als in jedem andern Lande mitwirken zu können zum Ganzen, bindet mich mit eherner Stärke an dieses Land, so daß ich hier ein mittelmäßiges Einkommen dem reichsten Gehalt in einem andern Land vorziehen würde. [...] Wien oder Paris wird mein künftiger Aufenthalt sein, der Himmel oder die Hölle.«¹³

Im November 1791 finden wir Georg Kerner dann, ohne finanzielle Unterstützung des Vaters, im gar nicht so himmlischen Paris. Mittellos – »ich esse jetzo täglich nur Wassersuppen«¹⁴ –, aber die Revolution im Herzen haust er in einer kalten Dachkammer. In Paris trifft er auf Landsleute. Vor allem auf den Schorndorfer Karl Friedrich Reinhard (1761–1837), der im Herbst 1791 nach Paris kommt und schnell als Diplomat im Außenministerium Karriere macht. Reinhard wird sein Leben lang, bis zu seinem Tod 1837, in französischen Diensten bleiben. Er wird alle Zeitläufte und alles Parteiengzänk überstehen, wird Robespierre und Napoleon überleben, wird unter der Restauration eines Ludwig XVIII. arbeiten und die Juli-Revolution 1830 mitmachen – sterben wird er hoch dekoriert als Graf und Pair von Frankreich. Diesen Mann, »dessen Freundschaft ich nicht gegen die Gnade aller europäischen Kaiser und Könige vertauschen würde«¹⁵, wird Kerner von 1795 bis 1801 als Privatsekretär durch halb Europa begleiten.

Auch Frauen gibt es in seinem Bekanntenkreis. Er war ihnen, so wird vielfach berichtet, nicht abgeneigt. »Bei Mlle. Balletti und Mme. Simanowiz bin ich öfters, ich habe erst gestern eine Bekanntschaft dort gemacht, die mir sehr nützlich werden kann (mit einem Arzt). Ich kann Ihnen nicht beschreiben, wie sehr die Mlle. Balletti

hier geachtet und verehrt wird und wie wenig dies ihren Charakter verändert hat; sie ist die Güte selbst.«¹⁶ Helene Balletti und Ludovike Simanowiz, zwei bekannte Namen in Ludwigsburg. Beide Frauen lebten hier in der Stadt, Simanowiz die längste Zeit ihres Lebens. So außergewöhnlich wie ihr Schiller-Porträt, nur nicht so berühmt, ist das Bildnis, das sie 1791 in Paris von ihrer Freundin Balletti als Opernsängerin auf der Bühne malte. Es befindet sich heute in der Staatsgalerie Stuttgart. Balletti heiratete 1792 den Grafen Jean-Aimé de Lacoste. Georg Kerner weilte oft und gern in ihrem gastfreundlichen Haus.

Von 1792 bis 1794, in den ereignisreichsten, aufregendsten und gefährlichsten Jahren der französischen Revolution, lebt Kerner in Paris. Er hat zeitweise eine Anstellung als Arzt am Hospital der dänischen Botschaft. Er wird politischer Korrespondent für verschiedene deutsche Journale und berichtet als Augenzeuge, »sozusagen auf dem Schlachtfeld geschrieben«¹⁷, über die Tagesereignisse der Revolution.

Es ist die Zeit, in der die hehren Ziele der Revolution in Gewalt und Gesetzlosigkeit umkippen, die Zeit der sogenannten »Schreckensherrschaft« Robespierres, die Zeit der Revolutionstribunale, in der das schnelle Fallbeil der Guillotine keine Unterscheidung mehr zulässt zwischen Gut und Böse, Revolution und Diktatur, Menschenrechten und Rechtlosigkeit. Es ist die Zeit, in der Umstürze an der Tagesordnung sind und die Aufspaltung in zahllose Parteien, Sektionen und politische Clubs die Ereignisse fast unüberschaubar macht. Und mittendrin: Georg Kerner.

Er leidet Qualen. Er muss miterleben, wie seine Ideale von Humanität, Freiheit und Gerechtigkeit im Getriebe schnöder Machtpolitik untergehen, wie Ideal und Wirklichkeit immer weiter auseinanderdriften. Aber er kämpft – unerschrocken, todesmutig, kompromisslos und immer in der ersten Reihe. Er kämpft gegen »die Revolutions-Tyrannen«, gegen »den wiederauflebenden Royalismus«, gegen Korruption, Wucher und soziale Missstände.¹⁸

Ludovike Simanowiz ist Zeugin einer seiner wagemutigen Aktionen: »Der damalige Maire [Bürgermeister] von Straßburg, Dieterich, den Kerner sehr achtete, ließ einen Anschlag gegen die Jakobiner drucken, aber kein Mensch wagte in der völlig aufgestandenen, wütenden Hauptstadt diese Zettel anzuschlagen. Kerner machte Pappe, nahm eine große Schüssel mit derselben in die Hand, in die andere die Anschläge, in den Mund aber einen Säbel, sich sogleich zu verteidigen, und heftete, rings vom Gesindel verfolgt, zum Schauer seiner Freunde, die Zettel an alle ausgezeichneten Straßenecken an.«¹⁹

Längst waren ihm politisches und privates Glück eins geworden, hatte er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit dem Kampfum Freiheit und Menschenrechte verschrieben. »In mich selbst muß ich den großen Gram verschließen, der wie eine sengende Kohle mein Innerstes zerstört, mich bei Tag verfolgt und bei Nacht mich in meiner Ruhe stört – o Zukunft! o Freiheit! o Republik!«²⁰ Dieser Ausruf lässt eine weitere Seite der Persönlichkeit Kerners erahnen. Wie sein Bruder Justinus Kerner war auch er – trotz Lebenslust und Wagemut – nicht frei von Melancholie, von depressiven Stimmungen und Todesgedanken.

Der Sturm auf die Tuileries im August 1792 und die Hinrichtung seines Freundes Adam Lux im November 1793 bringen Kerner in große Gefahr – physisch und psychisch. Über die dramatischen Ereignisse des 10. August, als Ludwig XVI. und die königliche Familie gefangen gesetzt wurden, liegt uns ein eigenhändiger Bericht Kerners vor. Er lässt die aufgeheizte Stimmung dieser Tage aufleben. Kerner hatte sich einer politischen Gruppierung angeschlossen, die der gemäßigten Partei der Girondisten



Helene Balletti auf der Opernbühne. Gemälde von Ludovike Simanowiz, um 1789.

nahestand. Sie forderten zwar die Abschaffung des Königtums, wollten aber körperliche Gewalt gegen den König vermeiden. Zusammen mit der Schweizergarde und einer Abteilung der Nationalgarde sollte Kerner das Leben des Königs, der sich im Tuilerien-Palast befand, schützen.

»Am 10. August war ich auf der Wacht in den Tuileries, und ich weiß nicht, zu was mich das Schicksal noch aufbehalten hat – genug, ein Wunder erhielt mir das Leben: Ich stand in einem Seitenhofe des Schlosses [...], als die Gefahr dringend wurde, verließ uns die Kanone, die wir hatten, mit den Canonniers und mehr denn drei Viertel unserer Mannschaft. Etwa zwanzig warfen sich in das kleine Wachthaus und erklärten, sich hier totschießen zu lassen. Kaum brüllte der erste Donner, so nahm die zusammengeschmolzene Garnison Reißaus. Ich war wie betäubt, tausend Bilder von den schrecklichen Folgen, die diese Blutszene haben würde, drängten sich mir nacheinander mit Gewalt dar, ich konnte mich nicht zur Flucht entschließen – und da saß ich allein in meiner Wachtstube. Plötzlich flogen einige Flintenkugeln an die Fensterrahmen. Jetzo fing ich an, an meine Selbsterhaltung zu denken und einen Zufluchtsort zu suchen. Ich fand denselben unter dem Feldbett oder der hölzernen Bank, auf die man sich legt. Kaum war ich unten, so drängt ein Haufen von Leuten in die Wachtstube, an deren entblößten Füßen ich sah, daß es keine Hofherren waren. Sie fanden einen guten Vorrat geladner Flinten, suchten überall über mir in den Strohsäcken und sahen zu allem Glück nicht unter das Lager. Ich hielt in diesem Augenblick meinen Tod für gewiß, übrigens behielt ich die größte Geistesruhe bei. – Kaum war dieser Haufe hinaus, so verließ ich meinen Winkel, ging grade zum Wachthaus hinaus und geriet mitten in einen Haufen von Sansculotten, die zum gegenüber befindlichen Tor hereinkamen; ich nahm eine Miene an, und mein Gang war so unbekümmert, daß sie mich für einen der Ihrigen hielten, und so gelangte ich in einem naheliegenden Café an. Ich eilte nach Hause, wurde unterwegs zweimal angehalten, kam glücklich durch und bis zu der Wohnung eines Freundes. Ich hatte drei Nächte nicht geschlafen. Das erste was ich tat, war, mich auf das Bett zu werfen, wo ich 14 Stunden ununterbrochen fortschlief.«²¹

Das Schicksal seines Freundes Adam Lux (1765–1793), eines Abgeordneten der Mainzer Republik, hat Georg Kerner, sentimental verklärt, als wahre Schauergeschichte geschildert. Auf eindrückliche Weise zeigt er sich hier als Kind seiner Zeit, der Umbruchzeit um 1800, in der Aufklärung und frühe Romantik, Verstand und schwärmerisches Gefühl zusammentreffen. Beides trug er in hohem Maße in sich und mit sich.

Zumindest einige Auszüge aus diesem sehr emotionalen Bericht, reich an Revolutionsromantik, den Kerner 1795 für die Zeitschrift »Klio« verfasste, sollen hier zitiert werden. Adam Lux kam aus einer Bauernfamilie, die dem begabten Sohn trotz Schwierigkeiten ein Studium an der Mainzer Universität ermöglichte. Mit 19 Jahren schrieb er seine Doktorarbeit – interessanterweise über den »Enthusiasmus« – und er machte in diesen stürmischen Zeiten schnell politische Karriere. Zusammen mit Georg Forster kam er im März 1793 nach Paris, um dort vor der Nationalversammlung die Angliederung der Mainzer Republik an Frankreich zu betreiben. Als gemäßigter Anhänger der Revolution muss Lux die damalige Radikalisierung der Jakobiner und den sich abzeichnenden Sieg Robespierres und Marats über die gemäßigte Girondisten-Partei als existenzielle Bedrohung empfunden haben. Theatralisch scheint er in dieser hoffnungslosen Lage seinem Tod bewusst entgegengearbeitet zu haben.

»Adam Lux ist aus der Gegend von Mainz – lebte daselbst im Zirkel seiner Gattin und seiner Kinder als begüterter Landmann und als kenntnisreicher Philosoph. Sein vorzüglichstes Vergnügen war das Studium der Alten. Ein reifer Verstand, eine für

alles Erhabene empfängliche Seele, ein fester und gesunder Körperbau waren die unschätzbaren Eigenschaften, die er, was so selten ist, vereinigt besaß.«²² Mit dem Sturz der Girondisten und der Errichtung der Diktatur durch Robespierre und Marat im Sommer 1793 beginnt für ihn »die Erfüllung aller der furchtbaren Ahndungen, gegen die er sich bisher zu waffnen [sic] suchte.«²³ Das Schicksal nimmt für Adam Lux seinen Lauf in der Gestalt von Charlotte Corday.

Es »entschloß sich ein Mädchen, die zu Boden getretene Freiheit zu rächen. Kaum hatte ihr Aug den Ort erblickt, wo die große Freveltat, die Ermordung der Freiheit, sich ereignet hatte, so stieß schon ihr rächender Arm den rächenden Dolch in Marats verbrecherische Brust. Lux, der sich gerade in der Honoré-Straße befand, als eine ungewöhnliche Bewegung auf den Straßen seine Aufmerksamkeit erregte, fragt nach der Ursache derselben. Man antwortet ihm, daß man die Mörderin Marats soeben zum Schafott führe. [...] Lux blieb unter den Zuschauern. Charlotte Corday erschien, ihr Auge war mit einem Gemisch von Größe und Mitleiden auf die Volksmenge geheftet. Lux las in ihren Zügen, was nur wenigen zu lesen von dem Schicksal vorbehalten war. Sein Blick begegnete dem ihrigen – mehr bedurfte es nicht, um in dem Innersten ihrer Seele zu lesen und jene Harmonie entdecken zu können, die große Herzen in einem Moment auf Ewigkeit verschwärtet. Man hatte ihm von einer aristokratischen Fanatikerin gesprochen, und er fand eine Republikanerin. Man hatte ihm von einer alten Betschwester gesprochen, und er fand ein Mädchen in der vollkommensten Jugendblüte, ein Mädchen, dem die nahe Gegenwart des Todes keine der Rosen rauben konnte, die ihre Wangen schmückten – dem die jungfräuliche Sittsamkeit, gepaart mit Heldennut und Schönheit, jenen unaussprechlichen Reiz gab, dem selbst der stupideste Fanatism eine Träne huldigen mußte. Genug, er fand das Ideal einer republikanischen Seele.«²⁴

»Lux folgte Charlotten bis an das Schafott. Sein gut organisiertes, ungeschwächtes Aug erblickte die kleinste ihrer Bewegungen, die Art, womit sie sich dem Schafott näherte und das Totengerüst bestieg, die sanfte Schamröte, die selbst das drohende Beil nicht zurückschrecken konnte, als die Blutknechte ihr den jungfräulichen Busen entblößten – nichts entging seinem spähenden Blick: Das Eisen fiel – sprachlos und wie vom Donner gerührt stand er neben dem Trauergerüste und riß sich endlich nur mit Mühe von dem schrecklichen Schauspiel los. [...] Während ganz Paris höchstens nur in dem Innern der Häuser von dieser Szene sprach, schrieb Lux eine Lobrede auf die erhabene Republikanerin und eine zweite Schrift über die Gegenrevolution vom 31. Mai, deren Urheber er laut als Feinde der Freiheit, als Verräter der Republik verfluchte. Er entschloß sich, für die Wahrheit auf dem nämlichen Schafott zu bluten, wo Corday, von Vaterlandsliebe entflammt, ihren Geist aufgegeben hatte. [...] Kaum hatte ich die beiden Schriften erhalten, so eilte ich zu Lux. An seinem Hals weinend, fluchte ich dem Schicksal, das eine solche Zernichtung der schönsten Hoffnungen und Aussichten zugeben konnte. Lux drang in mich, ihn zu verlassen – indem er jeden Augenblick seine Verhaftung erwarte und schlechterdings keinen seiner Freunde der geringsten Gefahr, dem geringsten Verdacht aussetzen wolle. ›Spart Euch‹ sagte er mir, indem er von seinen Freunden sprach, ›spart Euch für bessere Zeiten auf. Niemals werde ich diese Worte vergessen – und deinem geheiligten Schatten, unvergesslicher Freund, schwöre ich es zu, daß ich niemals aufhören werde, den Despotism unter allen seinen Masken zu bekämpfen.«²⁵

Lux wird verhaftet und Kerner lässt es sich nicht nehmen, den Freund, trotz großer Gefahr, mehrmals im Gefängnis zu besuchen, »und hier war es, wo ich – Dank sei es dem Zufall, der mich begünstigte – mehr denn einmal in der Gesellschaft der edelsten Republikaner, die sozusagen schon das Schafott von ferne sahen, ganze Stunden zubrachte.«²⁶

Adam Lux wurde am 4. November 1793 hingerichtet. »Er bestieg das Schafott wie eine Rednerbühne.«²⁷ Kerner betont in seiner Schilderung auch das schicksalhafte zeitliche Zusammenfallen der Ermordung seines Freundes mit dem Untergang der ersten bürgerlich-demokratischen Republik auf deutschem Boden. Der Mainzer Freistaat bestand nur einige Monate, schon im Juli 1793 wurde ihm durch preußische Truppen ein Ende gesetzt: »So starb ein Mann, dessen Leben eine Reihe von Tugenden war, in Frankreich beinahe in dem nämlichen Augenblick auf dem Schafott, wo die Königssoldaten [in Mainz] seine Wohnung in Flammen setzten und in Teutschland auf seinem Namen das Anathem [Kirchenbann] eines gefürsteten Priesters ruhte – ein Anathem, das die Priester mit der roten Kappe zu Paris vollstreckten.«²⁸ Es ist aufschlussreich für Kerners Ablehnung jeder Art von Unterdrückung, dass er hier die radikalen Jakobiner, die »mit der roten Kappe«, mit dem verhassten, klerikalen Regime des Mainzer Fürstbischofs gleichsetzt.

Mit seinen Äußerungen und Aktionen hat sich Kerner in Gefahr gebracht. Kurz vor seiner Flucht in die Schweiz, im Februar 1794, als »er glaubte, daß er bald guillotiniert werde«²⁹, fragt er sich dann doch etwas bang: »Werde ich mich wohl aus dem Sturm dieser Revolution retten?«³⁰

Gerettet hat ihn der Freund Karl Friedrich Reinhard, der ihm mit seinen guten Beziehungen, auch zu Robespierre und dessen Partei, einen Pass in die Schweiz besorgen konnte, »wo ich binnen drei Tagen beinahe nackt und entblößt von allem Geldvorrat ankam. Glücklicherweise hatte mir meine Busenfreundin, die ehemalige Mlle. Balletti, das herrlichste weibliche Geschöpf, das in Frankreich lebt und jetzo die Gattin eines der edelsten Männer dieses Landes ist, ein Dutzend Louisdor vorgestreckt, die ich glücklich mit herausbekam.«³¹

In der Schweiz setzt er durch Vermittlung Reinhards seine politische Arbeit fort. »Ich besorgte einen Teil der geheimen Korrespondenz mit dem angrenzenden Teutschland und erhielt Gelegenheit, der Sache der Freiheit auf fremdem Boden zu dienen, während sie im Innern Frankreichs von den wildesten Tollköpfen und der verlarvten Aristokratie täglich gemordet wurde.«³²

Fast ein Jahr bleibt Kerner in der Schweiz, unterbrochen von zwei gefährlichen Reisen nach Württemberg, wo er in diplomatischen Diensten unterwegs war. Er sollte an höchsten Stellen um die Neutralität Württembergs gegenüber Frankreich werben. Im Sommer 1794, nach der Hinrichtung Robespierres und nach drei Jahren Abwesenheit, »wagte ich es endlich nach Württemberg zu reisen, um wiederum meine Familie zu sehen. Ich ward von meinem Vater kalt aufgenommen – der Herzog erklärte, daß er aus Achtung für seine Verdienste meinen Aufenthalt ignorieren wollte.«³³

Genau so hatte Herzog Carl Eugen übrigens Friedrich Schiller ein Jahr zuvor in Württemberg behandelt. Vater Kerner aber ging noch weiter, indem er dem verlorenen Sohn gar mit »Polizeimaßnahmen« drohte. Georg Kerner muss denn auch nach erfolglosen, geheimen Unterredungen auf Befehl des Herzogs schnellstens das Land verlassen.

Sein Urteil über den neuen Herzog Ludwig Eugen, Bruder des 1793 verstorbenen Carl Eugens, ist vernichtend. »Ein guter Privatmann und Familienvater, besitzt er alles zu einem friedlichen und frommen Bürger, aber er besitzt keinerlei Talent, einen

Staat in so kritischen Augenblicken, in einer von so vielen Gewittern belasteten Zeit zu regieren.« Kerner sieht den Herzog »in den Klauen eines Haufens von unlauteren Höflingen und diesem Übel fügen die Priester noch das Ihre hinzu. Sie üben ausgesprochene Macht über einen Fürsten aus, der einst die Messe auf dem Bauche seiner Gattin lesen ließ, in der Absicht, sie dadurch mit einem Sohn zu schwängern.«³⁴ Gefährliche Worte!

Kerners zweiter Aufenthalt in Stuttgart im November 1794 dauerte nur wenige Tage und endete in einer abenteuerlichen Flucht aus seinem Heimatland. »Es war schreckliches Sturmwetter, ich drückte auf Augustens Wangen den Abschiedskuß, und unterlegte Pferde hatten mich am Ende des Tags schon 20 Stunden von ihr entfernt.«³⁵

Am nächsten Tag fiel er in die Hände österreichischer Soldaten, wurde gefangen gesetzt »und entschlüpfte in Bauernmädchen-Kleidung«.³⁶ Justinus Kerner beschreibt diese filmreife Szene ausführlicher: »Da erschien in der Mitternacht der Schultheiß des Orts, er hieß Meßner, im Gefängnis. Er hatte Kleider eines Mädchens aus der Baar, blauen Rock, rote Strümpfe und eine Haube für ihn mitgebracht, gab ihm einen Korb auf den Kopf und hieß ihn so aus dem Gefängnis mit nach Hause gehen. In diesem Anzug setzte er noch vor Tagesanbruch in Begleitung eines Knechts des Schultheißen seine Reise durch die österreichischen Truppen fort.«³⁷

Im Januar 1795 ist Kerner schon wieder in Paris. Er besucht Versailles (April 1795) und berichtet darüber schwärmerisch in der Zeitschrift »Klio«. Hoffnungsfroh sieht er eine neue Zeit heraufkommen, erfüllt von den Ideen der Aufklärung. »Ein Trieb, dem ich nicht widerstehen konnte, führte mich abends nach dem Schloß; es war gerade zwischen 5 und 6 Uhr, der Himmel war mit leichtem Gewölke umhüllt, vor mir lag der Garten mit allen seinen Wasserwerken und Kunstzierden, weiterhin Klein- und Groß-Trianon, in meinem Rücken der Palast. Ein höheres Gefühl durchströmte meine Brust; diese Marmorstufen, dacht ich, hart wie das Herz der Tyrannen und ihrer Höflinge, führen nicht mehr zu dem Altar des gekrönten Verbrechens. Diese Steinmassen, aufeinander getragen durch die Hände des Volks, erkaufte mit dem Gold des Volks und dem Volk mit Ketten und Bajonetten heimbezahlt, sind endlich, nach den ewig gleichen Gesetzen der Gerechtigkeit, den ursprünglichen Eigentümern heimgefallen. Dieser unübersehbare Palast, der, ehemals von Königen, Prinzen, Edelleuten, Hofschranzen und Mätressen bevölkert, dem Menschenfreund eine seelenlose Einöde schien, hat jetzo, bloß durch den Namen »Nationaleigentum«, höhere Reize und tausend Schönheiten erhalten, die ihm weder die Kunst des Baumeisters noch die Allmacht der Könige zu geben vermochten. In diesem Garten, wo einst der Menschheit Auswurf und die Vorurteile des Weltalls sich Meister nannten, wird nun der friedliche Bürger reinere Luft atmen. Hier wird ein ehemaliges Königsschloß, verwandelt in ein neues Prytanäum³⁸, auf den Trümmern des gestürzten Despotismus glänzen!«³⁹

Im Sommer 1795 kommt dann ein Ortswechsel. Karl Friedrich Reinhard wird zum französischen Gesandten für die Hansestädte ernannt und nimmt Kerner als Privatsekretär mit nach Hamburg, Bremen und Altona. Bis Februar 1798 wird er dort – mit einigen Unterbrechungen – an Reinhard's Seite sein. Im Sommer 1798 begleitet er Reinhard für ein Jahr nach Italien. Er ist dort in gefährliche Kriegswirren und Aufstände involviert, wird verwundet, trifft auf Korruption, prangert die Missstände auf italienischer und auf französischer Seite offen an und verzweifelt fast an der »republikanischen Sache«. Zu allem Übel verliebt er sich auch noch in eine verheiratete Italienerin.⁴⁰ Kurz darauf kämpft er für Frankreich in den Niederlanden gegen die Koalitionstruppen.

Es ist ein fast unmögliches Unterfangen, die verschiedenen Stationen, diplomatischen Missionen, Reisen zu Fuß, zu Pferde, mit der Kutsche und zu Schiff, die Kerner von 1795 bis 1801 absolvierte, chronologisch aufzulisten. Dieser Mann muss permanent unterwegs gewesen sein. Seine spätere Frau bringt es so auf den Punkt: »Kerner wollte leben wie auf der Reise, durch nichts gebunden und jeden Augenblick im Stande aufzubrechen.«⁴¹ Er war unterwegs: bei Hitze und »entsetzlicher Kälte, bis mir beinahe alle Glieder erstarrten«, auf tagelangen Gewaltritten, »in Sturmnächten und auf halsbrechenden Wegen«, immer in der Gefahr, »unterwegs auf Dolche zu stoßen.«⁴²

Mai 1796: »Seit 2 bis 3 Monaten habe ich den nördlichen Teil von Frankreich, die Niederlande, Holland und einen kleinen Strich Teutschlands zweimal durchflogen, habe mich 2 Wochen zu Paris aufgehalten – nach meiner Zurückkunft zu Bremen reiste ich sogleich nach Hamburg, von da nach Kiel, nach Stade, nach Altona, woselbst ich mich jetzo aufhalte.«⁴³

Dezember 1798: »22 Tage und vier Nächte, die ich beinahe ohne Unterbrechung zu Pferd gessen habe, um einen großen Teil von Italien und Frankreich zu durchstreifen.«⁴⁴

Januar 1799: »[...] kam ich endlich wohlbehalten in Florenz an – wohlbehalten sag ich, denn meine rechte Hand war unverwundet, die linke bloß vom Sturz geschwollen, der rechte Fuß am Knie und der linke am Schienbein leidend.«⁴⁵

Februar 1799: »Wir reisen in einer gebirgichten Gegend unter Sturm und Regen, finden nur selten ein erträglich Quartier und mit Mühe eine erquickende Mahlzeit.«⁴⁶

Woher nimmt Kerner die Kraft für dieses aufreibende Leben? Er selbst gibt die Antwort darauf: »Mein Haß gegen die Könige und das Königtum, das in seinen Folgen sich noch gräßlicher als in seiner Existenz zeigt, ist so groß, daß ich nichts Starkes und Rechtliches kenne, wozu dieser Haß allein mich nicht fähig machen könnte. Längst schon hätte mein ohnehin nicht starker Körper unter den Strapazen, die ich ihm aufgebürdet habe, erliegen sollen – allein mitten unter den mannigfaltigsten Zeichen der Kränklichkeit erhält eben jener Haß in ihm das Gefühl der Stärke, mit allen Fähigkeiten, die es zeugt. [...] und gehöre ich nicht zu den stärksten Gegnern des Königs- und Fürstendespotismus, so verdiene ich doch unter die Tätigsten gezählt zu werden.«⁴⁷

Aber nicht nur die Royalisten bekommen ihr Fett ab. Genauso wütend schreibt Kerner über die Kaufleute und »Banquiers«, die sich »im allgemeinen nur wenig um die Sache der Freiheit kümmern«. Er verachtet »diese Klasse von Menschen, denen jedes erhabene Gefühl fremde ist, diese Menschen, die sich nur deswegen über andere erhaben fühlen, weil sie auf einer Geldkiste stehen, diese bejammerungswürdigen Leute, die kein Vaterland und keine Seele, sondern bloß Metall haben.«⁴⁸

Kerner muss hier erkennen, dass die Revolution es nicht geschafft hat, den neuen, den besseren Menschen hervorzubringen. Umso mehr träumt er sich in eine freie, unabhängige – in eine einfache Welt: »Der Entschluß, Bauer zu werden, würde mir schlechterdings nicht schwerfallen, er hat im Gegenteil unendlich viel Reize für mich. Wenn ich jemals in Württemberg leben sollte, so würde ich meine Tage ungleich lieber auf einem Dorf als in einer Stadt zubringen, ungleich lieber die Beschwerden des Landmanns als die frivolen Genüsse des Städters teilen. Unabhängig ist mein Wahlspruch, und wahre Unabhängigkeit finde ich nur in einem Lande, das nach menschlichen und vernünftigen Gesetzen regiert wird, finde ich nur hinter einem Pflug, wo man mit mehr Ehre und Selbstgefühl innerer Würde als hinter einem Thron weilt. Meiner Meinung zufolge gibt es nur zwei ehrenvolle Bürgerklassen in einem Land: die, die den Boden anbauen, und diejenigen, die ein nützliches Handwerk treiben.

Gelehrte, Advokaten, Schreiber, Kammerherren, Offiziere und dergl. Pack machen [...] das Unglück der Gesellschaft aus, sie sind, sozusagen, die gefräßigen Würmer, die an jenen beiden Klassen nagen. Ich glaube, das Glück eines Landes erfordert es, daß jeder wenigstens ein Handwerk auszuüben weiß, nur alsdann wird ein jeder unabhängig und alsdann alle, das heißt der ganze Staat, frei sein.«⁴⁹ Kerner wirkt auch als Sozialutopist beeindruckend authentisch.

Wie aber bewegt sich dieser Idealist, dieser ungestüme Tatmensch, dieser wilde Reiter, dieser »Vulkan der Freiheit«, auf dem glatten Parkett der Diplomatie? Er strauchelt. Als fliegender Bote, als der Mann für gefährliche Missionen, fürs Grobe sozusagen, ist er Reinhard unersetzlich. Ein Diplomat aber ist Kerner nicht. Seine Spontanität und seine Ehrlichkeit machen jede Strategie und Berechnung zunichte. Alle größeren diplomatischen Aufgaben, mit denen Reinhard ihn betraut, scheitern. Wie könnte das auch anders sein bei einem Mann, der so abfällig und frech seine Meinung über die Potentaten Europas kundtut: »Noch ist die Sache Frankreichs, so gräßlich verzerrt und so blutig sie ist, noch ist sie besser als die Sache der Tyrannen Europas, noch ist es menschenwürdiger unter den Greulen der Anarchie zu leben, als ruhig unter dem Fuß eines schwindstüchtigen Kaisers, eines elenden Königs von Preußen, eines gekrönten englisch-hannoveranischen Narren und eines russischen Weibes zu erlahmen, die, wenn sie nicht von dem Schicksal in den Wanst einer Fürstin gepreßt worden wäre, jetzo vielleicht längst schon in einem Bordell verfault sein würde.«⁵⁰

Was Kerner auszeichnet, und was ihn so sympathisch macht, das ist sein völliger Mangel am »nach oben buckeln und nach unten treten«. Es fehlt ihm jedes Interesse und jedes Gefühl für Macht und Besitz. Uneigennützig geht er seinen Weg, furchtlos und impulsiv vertritt er seine politischen Überzeugungen. Er »trägt sein Herz auf der Zunge«, meinte sein Freund, der Freiherr Knigge, und das häufig zum Leidwesen seines Arbeitgebers Reinhard. Eine beeindruckende Persönlichkeit – dieser »kleine Schwabe«.

Nicht übergehen will ich einige Sätze aus einem Brief, in dem Kerner sich über das Liebesleben seiner Schwester Wilhelmine echauffiert und in dem sein temperamentvoller, republikanischer Geist amüsant aufblitzt: »Mein Bruder schreibt mir, daß meine ältere Schwester eben nicht das tugendhafteste Mädchen sei. Möge sie zittern, wenn ... Er schreibt mir, daß sie einen verschuldeten Husarenlieutenant namens Hövel liebe – daß er Schulden hat, verzeih ich dem Lieutenant, aber daß er ein Dummkopf ist, weiß ich von der Universität her; das Spiel muss aufhören oder ... und damit basta. Der Kerl ist überdies ein Edelmann – aber ein Bürger, ein Bürger muss mein Schwager sein! Einen Husarenlieutenant, dessen Kopf hohl wie seine Säbelscheide ist, hat man je was Schnurrigeres erlebt? Wenn ich jetzo nach Hause käme, würde ich mich wohl gar herumhauen müssen!«⁵¹

Durch Reinhard kommt Kerner in persönlichen Kontakt mit den höchsten politischen Vertretern Frankreichs und mit vielen einflussreichen Persönlichkeiten seiner Zeit. Mit gemischten Gefühlen und kritischer Distanz schaut er hinter die Kulissen der Macht. 1799 wird Reinhard zum Außenminister Frankreichs ernannt. Zwei Monate übt er dieses Amt aus, bis Napoleon im November 1799 durch einen Staatsstreich die Macht an sich reißt. 1795 schrieb Kerner noch bewundernd vom »militärischen Genie Bonaparte«, der »die Hoffnungen des Despotismus zunichte« machte.⁵²

Im Mai 1800 bekommt Kerner den Auftrag, den legendär gewordenen Übergang Napoleons und seiner Armee über den St. Bernhard-Pass mitzuorganisieren. Dabei lernt er den »Ersten Konsul« persönlich kennen und danach schreibt er: »Großer, von

Europa und der Nachwelt besungener Held! Auch du bist worden nichts und wirst werden nichts als ein Mensch, der nicht getan hat, was er hätte tun können, und nicht geworden ist, was er der ganzen Welt hätte werden können.«⁵³ Das berühmte Propaganda-Bild Jacques-Louis Davids spricht da eine andere Sprache. Aber Kerner, aufrechter Republikaner und Demokrat, lässt sich nicht korrumpieren. Er erkennt: »Was Bonaparte betrieb, zielte weniger auf das Wohl der Bürger als auf den eigenen Ruhm und die weitere Festigung seiner Herrschaft.«⁵⁴

Kerner entfremdet sich immer stärker von der offiziellen französischen Politik. Die Alleinherrschaft Napoleons will er nicht mittragen. Und das bedeutet – konsequenterweise – auch die Trennung von Karl Friedrich Reinhard, der seine Karriere als französischer Diplomat weiterhin erfolgreich betreibt. 1801 geht Kerner alleine nach Hamburg, die Freundschaft wird für drei Jahre auf Eis gelegt.

In Hamburg versucht Kerner sich neu zu organisieren. Sein Leben steht an einem Wendepunkt. Nicht nur politisch, auch privat schaut er auf Trümmer. Die Liebe seiner Braut Auguste Breyer hatte er längst verloren. Die Briefe an sie und ihre Schwester – von denen sich einige in der Landesbibliothek Stuttgart erhalten haben – geben Einblicke in dieses Verhältnis, das wohl von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Ein solch ruheloses, politisch aktives Leben, wie Kerner es zu führen sich entschlossen hatte, ließ keinen Platz für eine Ehe, mit solch einem Mann konnte es keine gemeinsame Zukunft geben.

Schon sein erster Brief an Auguste Breyer aus Straßburg im September 1791 macht deutlich, dass er nicht so schnell ans Heimkommen denkt, ja dass ihm die Heimkehr nach Württemberg durch ein Dekret des Herzogs Carl Eugen verstellt war. Er will sich »einen Platz in Frankreich suchen« und fragt bang: »Willst du mir je folgen, dieses Land ist ebenso schön als Württemberg.«⁵⁵

Kerner schickt, zumindest anfänglich, monatlich Briefe nach Stuttgart. Immer grüßt er darin mit großer Anhänglichkeit auch die Eltern und Geschwister von Auguste Breyer. Er muss sich in dieser Familie sehr wohl gefühlt haben, den Vater seiner Braut nennt er stets »meinen Vater«. Seine Liebe muss tief gewesen sein, auch nach der endgültigen Trennung 1796 beschwört er immer wieder die Erinnerung an sie herauf.

Anfänglich schwankt er in der Anrede noch etwas unsicher und wechselt vom Du zum Sie. Dessen ungeachtet erteilt er Auguste in einem langen Brief vom Oktober 1791 Ratschläge zu ihrer Lektüre: »Vielleicht ist das Frauenzimmer nirgends weniger einer nützlichen Lektüre zugetan als in Württemberg und besonders in Stuttgart. Durch Romanen [sic] füllt man sich den Kopf mit verspannten Ideen an, lernt eine Welt kennen, wie es keine gibt, Begriffe von Menschen machen, wie keine existieren, mit anderen Worten also: man lernt dadurch nichts; nichts ist gefährlicher als eine schlechte oder vielmehr nicht zweckmäßige Auswahl von Büchern.« Und dann wird er konkreter: »Ein wenig Erdbeschreibung, ein wenig Geschichte soll ein Frauenzimmer auch wissen. [...] Durch ein aufmerksames Lesen lernt man denn auch richtig denken und gewöhnt sich deutlich und richtig zu schreiben an.« Arme Auguste – aber damit nicht genug: »Bei dem Schreiben eines Briefes muß man immer denken, als spräch man mit der Person, an die man schreibt, und alsdann wird man deutlich schreiben und keine Wörter vergessen.« Nach all diesen Belehrungen scheint Kerner dann selbst etwas verunsichert, denn er endet: »Vielleicht ist dir dieser Brief auch schon zu langweilig – ich küsse dich tausendmal in Gedanken, mein teuerstes Mädchen, liebe mich immer mit gleicher Stärke, der ich niemals aufhören werde zu sein Dein Georg Kerner.«⁵⁶

Im Dezember 1791 schreibt er ein wenig vorwurfsvoll: »Ich war vor Freude außer mir, endlich einmal doch einen Brief von Ihnen erhalten zu haben, wenn er gleich nur in einigen Linien bestand, die mir nicht so ganz Ihr Vergnügen, sich mit mir lange zu unterhalten, beweisen« – was man nach der Epistel vom Oktober ja gut verstehen kann. »Jedoch«, fährt er fort und macht seine Besitzansprüche deutlich, »ich will nicht zanken, sondern hoffen, ein andermal mehr von der Hand zu finden, die nicht mehr ganz Ihnen, sondern auch mir gehört: ja, meine teuerste, meine geliebte Auguste, mein ist diese Hand. Ihr Herz hat diesen Ausruf längst schon bejaht – das Schicksal selbst kann es nicht mehr hindern, diese Hand bleibt mein auch dann, wenn ein unglückliches Geschick uns auf ewig trennte. Ich glaube an ein Jenseits, und meine Ansprüche nehm ich mit mir in die Ewigkeit.«⁵⁷

Und dann formuliert Kerner die Basis, auf die er – räumlich getrennt – ihr Verhältnis stellen will: »Unser Bund, meine Teuerste, ist nicht alltäglich, keine erbärmliche Konvenienz hat ihn erzeugt, und mäklerische Absichten waren niemals seine Grundlage, seine Dauer ist an die Beständigkeit seiner Tugend gefesselt, ich zweifle nicht, daß diese ewig sein wird. Ihre Standfestigkeit wird Sie über die Reihe der gewöhnlichen Mädchen erheben, Ihre Tugend jederzeit meine Wünsche rechtfertigen.«⁵⁸ Soviel zum Frauenbild eines Revolutionärs um 1800.

Und doch ist die Französische Revolution anfänglich auch eine Revolution der Frauen. Sie kämpfen für Gleichberechtigung, Selbständigkeit und gegen männliche Bevormundung. Die wenigsten Revolutionäre aber nehmen 1791 Notiz von der »Deklaration der Frauenrechte« durch Olympe de Gouche.

Kerners Haltung Frauen gegenüber ist zwiespältig. Auf der einen Seite äußert er Verachtung für die verwehrtesten Frauen der Vorstädte, die sich bei den Volksaufständen 1795 radikalisierten. Er spricht von »Furien« und von »weiblichen Ungeheuern«. Fasziniert beschreibt er eine dieser »Harpyien«: »Ihr Gesicht war abgezehrt und erhitzt, die Augen hervorgetrieben, die Haut mit Falten übersät, die sich bald ausspannten, bald wiederum erschläfft zusammenfielen, der Körperbau mager, die Hände skelettartig, die Adern aufgetrieben, wie blaue, unter einer durchsichtigen Haut liegende Röhren. Wenn ich Maler wäre und ein Gemälde von dem Jüngsten Gericht entwerfen wollte, so würde ich dieses Weib zum Modell eines Verdammten wählen.«⁵⁹

Dagegen steht die hymnische Beschreibung einer Hamburger Bürgerstochter als Verkörperung seines Frauenideals: »Eine ovale Gesichtsform mit den sanftesten Zügen und einem Aug, das wahrlich nicht bloß weibliche Zärtlichkeit, sondern sogar teutsche Kraft und teutschen Republikanism ausdrückt. Den lieblichen Rosenmund ziert ein Reihenpaar gutgebildeter Zähne, und in Bildung und Gang umarmen sich Zartheit und Seelenadel.«⁶⁰ Man unterhält sich über Schillers »Würde der Frauen«, über »Musik und Dichtkunst« und zu guter Letzt stimmen sie und ihre Schwester noch die »Marseillaise« an – der Republikaner und Frauenfreund Kerner ist hingerissen!

Seine politischen Überzeugungen will er auch Auguste Breyer vermitteln. »Man wird mich vielleicht tadlen, daß ich mich mit Dir über Gegenstände der Art unterhalte, da Du aber einst meine Gattin, da Du einst Mutter meiner Kinder werden sollst, so nehme ich keinen Anstand, Dir von Dingen zu sprechen, die das Glück bestimmen.«⁶¹

1793 kommt es zur großen Krise. Auguste Breyer bricht den Kontakt ab, sie scheint die Verlobung gelöst zu haben. Kerner leidet, und er wird krank. »Es ist hart, zu verlieren, was man Teures besaß – alles zu verlieren, was man zu besitzen für ein grenzenloses

Glück hielt.«⁶² Diese persönliche Krise fällt zusammen mit den politischen Turbulenzen in Paris, die Kerner mehrmals in Lebensgefahr bringen. Er setzt dennoch Himmel und Hölle in Bewegung. Er schreibt an den Vater seiner Braut, an ihre Schwester, er beschwört seine Liebe, rechtfertigt sich und schwankt zwischen Verzweiflung und verletztem Stolz.



Georg Kerner, Radierung um 1805.

Aber wie hat er sich das denn vorgestellt? Über zwei Jahre haben sie sich nicht gesehen, er verstrickt in sein hektisches, abenteuerliches Leben in Paris, sie treu und tugendhaft in Stuttgart sitzend, »Erdbeschreibungen und Geschichtsbücher« lesend und – ohne Hoffnung – auf seine Heimkehr wartend? Diese Zumutung seiner Verlobten gegenüber scheint Kerner nicht wirklich realisiert zu haben. Er hat die Revolution über die Liebe gestellt. Seine spätere Frau wird einmal sagen: »Treu war Kerner nur einer Geliebten, der Freiheit.«⁶³

Kerner selbst sieht sich dabei im Recht: So »warf ich mich mitten in die Tod und Untergang drohenden Stürme einer Revolution, weil ich ihren Zweck für erhaben und menschenbeglückend hielt und sie für eine Erscheinung erblickte, die in einem Jahrtausend nicht zweimal gesehen wird.«⁶⁴ Aber er verrät sich auch selbst: »Sie sehen«, schreibt er an den Vater Auguste Breyers, »wie verschieden ich von jenen jungen Leuten handle, deren durch Romane erhitzte Einbildungskraft hier begierig die Gelegenheit ergriffen hätte, über Treulosigkeit zu jammern, die Rolle der Verzweiflung oder gar die eines zweiten Werthers zu spielen: Allein, dazu gebricht mir die Zeit.«⁶⁵

Wie es Kerner gelang, Auguste Breyer noch einmal zurückzuerobern, wird aus den Briefen nicht ersichtlich. Ihr Ton aber wird leidenschaftlicher – und poetischer. Kerner bemüht sich! Im Februar 1794, kurz vor seiner Flucht in die Schweiz, schreibt er: »Ich habe mich losgerissen von einigen guten Bekannten, die mich einluden, den Abend mit ihnen zuzubringen; ich eilte an mein melancholisches Kaminfeuer. Kaum fing die Flamme zu lodern an, so fiel mir ein weißes Blatt Papier in die Augen, ich ergreife es und weihe es der – Liebe. Ja, meine zärtlich geliebte Auguste, zu Dir fliegt meine Seele, Dein Bild und Deine Reize ruf ich mir heute lebhafter als jemals zurück, an Deine Seite denke ich mich, schon spiele ich mit Deinen braunen Locken, schon will ich auf Deine holden Wangen den feurigsten Kuß der Liebe drücken, als ich plötzlich den Betrug wahrnehme, den mir meine Einbildungskraft gespielt hat: eine Träne entstürzt meinem Auge – eine nur, und in dieser einen Träne umarmen sich grenzenlose Liebe und grenzenloser Schmerz.«⁶⁶ Kurz danach bittet er sie: »O meine beste, meine teuerste Auguste – nicht wahr, Du wirst mich nicht verlassen? Den Jüngling nicht verlassen, der Dich so grenzenlos liebt. Gott, wann werde ich meine Auguste wiedersehen! wiederumarmen!«⁶⁷

Bei Kerners Aufenthalt in Stuttgart im Sommer 1794 treffen sich die Verlobten nach über drei Jahren zum ersten Mal wieder. »Vierzehn Tage waren verflossen – ich lebte glücklich an Augustens Seite.«⁶⁸ Die Liebe aber war brüchig geworden. 1796 löst Auguste Breyer die Verlobung endgültig auf und verbittet sich jede weiteren Briefe.

Kerners nun wirklich tiefe Verzweiflung findet nur noch in den Briefen an die Schwester von Auguste, Louise Scholl, ihr Ventil. In langen Briefen – wohl immer mit dem Hintergedanken, sie werden Auguste gezeigt – schreibt er voll Pathos und Selbstmitleid von seinem Unglück, seinen Selbstzweifeln und seinen Schuldgefühlen. Aber es ist zu spät. Auguste Breyer stirbt 1806 in Stuttgart an Tuberkulose.

Trotz aller Enttäuschungen sucht Kerner in Hamburg einen Neuanfang. Sein Ruf als »revolutionärer Demokrat« macht es ihm nicht einfach. Er versucht sich als Herausgeber des »Nordsterns«, eines »politischen Wochenblatts«, das die Machtpolitik Napoleons kritisch kommentiert. Mit der 20. Ausgabe wird die Zeitung verboten. Nicht unbeteiligt daran war Karl Friedrich Reinhard, der 1802 noch einmal als französischer Gesandter in Hamburg die Interessen Napoleons vertrat.

Nach dieser erneuten politischen Niederlage besinnt sich Kerner auf seinen eigentlichen Beruf. »Ich wollte der Bekämpfung der geistigen Gebrechen der Menschheit mein Leben weihen, es gelang mir nicht. Nun kehre ich zur Bestimmung meiner Jugend zurück, zur Bekämpfung körperlicher Gebrechen der Menschen. Ich begeben mich nach Kopenhagen und weihe mich dort wieder dem Studium der Arzneikunde.«⁶⁹ Ein Jahr bleibt er dort, um seine Ausbildung als Arzt auf den neuesten Stand zu bringen. Er besucht die dortige Universität, arbeitet in öffentlichen Krankenhäusern und im Sommer 1803 lässt er sich als Arzt für Geburtshilfe in Hamburg nieder.

Und jetzt, so scheint es, ist Kerner angekommen. Mit seiner Entscheidung, sich auf seinen Arztberuf zu konzentrieren, hat er, so meine ich, seine wahre Berufung gefunden. Hier kann er seine Ideale von Gleichheit und Brüderlichkeit in die Wirklichkeit umsetzen. Hier endlich werden seine Leidenschaft, seine Tatkraft, seine Empathie für die Armen und Ausgegrenzten zum Segen.

Und in Hamburg, am 27. Mai 1804, mit 34 Jahren, heiratet er endlich: Friederike Duncker (1784–1863), »eine kleine, kluge und heitere Hamburgerin«, wie ein Freund sie nennt.⁷⁰ Justinus Kerner, gerade sein eigenes Medizinstudium in Tübingen abgeschlossen, besucht 1809 seinen um 16 Jahre älteren Bruder in Hamburg. Er ist hingerissen von der Schwägerin – und verliebt sich heftigst in sie und ihre »unbeschreibliche Lieblichkeit«. ⁷¹ In späteren Jahren, in seinem »Bilderbuch aus meiner Knabenzeit«, meint er, etwas abgeklärter, aber noch immer begeistert, sie gehöre »an Geist, Bildung und Liebenswürdigkeit unter die ausgezeichnetsten Frauen ihrer Zeit«. ⁷² Das muss sie wohl auch gewesen sein, um die unkonventionelle Lebensart ihres Gatten mitzutragen.

Im Januar 1804 wird Georg Kerner vom Hamburger Senat zum »Arzt der Baracken« ernannt, d.h. er ist zuständig für die Elendsviertel der Stadt. Er muss die Armenanstalt betreuen, das Zuchthaus und das städtische Entbindungsheim. Jährlich wurde dort etwa »100 Mädchen, die meist von Fremden, von Handwerksburschen, von Soldaten geschwängert sind, eine freie Entbindung gewährt«. ⁷³ »Man bedenke nur die Natur der Mütter, vieler Elend und schweren Kampf mit Mangel, Krankheiten und Sorgen jeder Art; anderer rasende Versuche gegen die Gesetze der Natur, gegen den eigenen Leib, die eigene Frucht. Solche Umstände geben uns hier den Maßstab.« ⁷⁴ Das bedeutete: aufopfernde, rastlose Tätigkeit, voller Einsatz bei Tag und bei Nacht; zupackende Entschlossenheit, schnelles, praktisches, unkonventionelles Handeln, Mut, Überzeugungskraft – und Charisma. Alles das, was wir auch beim »homo politicus« Kerner kennengelernt haben.

Er macht Eingaben, schreibt Berichte, legt detaillierte Sozialprogramme vor, fordert Reformen, kämpft gegen soziale Missstände. Er führt die Pockenimpfung ein, verbessert die Ausbildung der Hebammen und modernisiert die Geburtshilfe. Er sorgt sich um die Lebensumstände seiner Patienten, um ihre Ernährung, um ihre Bildung. Er kennt keine Patientinnen und Patienten erster und zweiter Klasse! Die Bedeutung Kerners als Reformarzt und Sozialreformer zu Anfang des 19. Jahrhunderts kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Ich frage mich, woher er die Zeit und die Kraft nahm, seine vier Kinder zu zeugen. Sein privates Glück jedenfalls hat er gefunden – sein politisches nicht. 1805 schreibt er: »Ich lebe als Mann und Vater glücklich, als Bürger auf einem noch ziemlich freien, vielleicht dem freiesten Punkt in Europa – als Teutscher, als Kosmopolit aber fühle ich mich so unglücklich als möglich.« ⁷⁵

Dieser »vielleicht freieste Punkt« in Europa fiel 1806 mit der Besetzung Hamburgs durch die napoleonischen Truppen unter die Fremdherrschaft Frankreichs. Die Hansestädte waren für die französische Kontinentalsperre im Kampf gegen England strategisch zu wichtig geworden, 1810 wird Hamburg von Napoleon annektiert. Kerner nutzt sein politisches Netzwerk aus vergangenen Tagen, um zwischen der Stadtregierung und den französischen Besatzern zu vermitteln. Im Widerstand gegen die Eroberungspolitik Napoleons aber hält er sich nicht zurück. Hervorheben will ich seinen mutigen Aufruf gegen die Hinrichtung Johann Philipp Palms, Buchhändler aus Schorndorf, der 1806 in Braunau hingerichtet wurde. Er hatte es gewagt, die gegen Napoleon gerichtete Streitschrift »Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung« zu drucken und wurde dafür erschossen.

Im März 1812 bricht in den Armenvierteln Hamburgs eine Typhusepidemie aus. Kerner steckt sich an, er stirbt am 7. April 1812.

Die Intensität dieses Lebens, die konsequente Verfolgung des einen Ziels, das nichts Geringeres wollte als die Verbesserung der Welt im Sinne von Freiheit und Humanität, sie machen Georg Kerner zu einem Ausnahmemenschen. Seine Zeitgenossen haben das sehr wohl erkannt. Seine Frau beschreibt die Reaktionen auf seinen frühen Tod: »Der Schmerz der Armen, der unteren Volksklassen war grenzenlos. Das Haus ward von ihnen überfüllt. [...] Sie wollten ihren Wohltäter nur noch einmal sehen, nur einmal noch seine Hand küssen. Die Furcht vor Ansteckung schreckte sie nicht. Zwei Tage später, am 9. April, war sein Geburtstag. Vom Lande, wohin die Nachricht seines Todes noch nicht gedrungen war, wurden ihm ganze Körbe voll Blumen geschickt. Er erhielt sie alle in seinen Sarg und auf Blumen gebettet ruhte er aus, nach dem schweren Kampf seines bewegten Lebens.«⁷⁶

So pathetisch soll es aber nicht enden, sondern mit einem kleinen Briefzitat aus dem Jahr 1799, das Kerners Sorglosigkeit, seine Selbstironie und seinen praktischen Verstand wunderbar beschreibt: »Seit einer halben Stund plagt mich ein heftiger Husten. Ich bin schnell zum Schuster gegangen und hab mir wasserfeste Stiefel gekauft, denn seit 2 Tagen saugten die meinigen alles Schneewasser in den Straßen ein – als Arzt kannte ich kein besseres Arzneimittel. Sie sehen daraus, daß ich meine Kunst noch nicht ganz vergessen habe. Tausend Grüße und Küsse. Ewig Ihr ergebenster Freund Georg Kerner.«⁷⁷

Anmerkungen

Bilderbuch = Justinus Kerner: Das Bilderbuch aus meiner Knabenzeit, in: Günter Grimm (Hg.): Justinus Kerner. Ausgewählte Werke, Stuttgart 1981.

Voegt = Hedwig Voegt: Georg Kerner, Jakobiner und Armenarzt. Reisebriefe, Berichte, Lebenszeugnisse, Berlin 1978.

1 Voegt S. 497.

2 Georg Rist, zitiert nach Carlheinz Gräter: »... sprüht Freiheit wie ein Vulkan«. Georg Kerner, ein vergessener Rebell und Menschenfreund, in: Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg, Heft 3/2000, S. 11–14, hier S. 14.

3 Bilderbuch S. 143.

4 Bilderbuch S. 147.

5 Klaus Bittermann in taz, 7.11.2012, S. 13.

6 Voegt S. 7.

7 Gräter (wie Anm. 2) S. 14.

8 Gotthard Reinhold, zitiert nach Bilderbuch S. 148.

9 Voegt S. 285 f.

10 Voegt S. 8.

11 Bilderbuch S. 149.

12 Voegt S. 396.

13 Voegt S. 388 f.

14 Voegt S. 395.

15 Voegt S. 33.

16 Voegt S. 394 f.

17 Voegt S. 67.

18 Voegt S. 81 und 84.

19 Bilderbuch S. 149 f.

20 Voegt S. 432 f.

21 Voegt S. 404 f.

22 Voegt S. 96.

23 Voegt S. 98.

24 Voegt S. 98 f.

25 Voegt S. 101 f.

26 Voegt S. 105.

- 27 Voegt S.108. 28 Voegt S. 108.
 29 Bilderbuch S. 150. 30 Voegt S. 428.
 31 Voegt S. 437 f. 32 Voegt S. 438.
 33 Voegt S. 438. 34 Voegt S. 299.
 35 Voegt S. 440. 36 Voegt S. 440.
 37 Bilderbuch S. 177.
 38 Prytanäum: Versammlungshaus der Bürger in der griechischen Antike.
 39 Voegt S. 178 f.
 40 Andreas Fritz: Georg Kerner (1770–1812): Fürstenfeind und Menschenfreund, eine politische Biographie, 4. erweiterte Auflage, Ludwigsburg 2003, S. 481 ff.
 41 Ebd. S. 590. 42 Voegt S. 488 ff.
 43 Voegt S. 447. 44 Voegt S. 488.
 45 Voegt S. 493. 46 Voegt S. 495.
 47 Voegt S. 471. 48 Voegt S. 279.
 49 Voegt S. 427. 50 Voegt S. 418.
 51 Voegt S. 434 f. 52 Voegt S. 468 f.
 53 Voegt S. 55 f. 54 Voegt S. 513.
 55 Voegt S. 387. 56 Voegt S. 390 f.
 57 Voegt S. 392 f. 58 Voegt S. 393.
 59 Voegt S. 93. 60 Voegt S. 305 f.
 61 Voegt S. 427 f. 62 Voegt S. 414.
 63 Zitiert nach Hans Werner Engels: Georg Kerner und die Liebe. Aus den Aufzeichnungen von Johanna Friederike Kerner, in: Altonaer Zeitung 4/1983; www.collasius.org/Georg-Kerner/4-html/AZ004.htm (letzter Zugriff 10.8.2015).
 64 Voegt S. 421. 65 Voegt S. 415.
 66 Voegt S. 425. 67 Voegt S. 434.
 68 Voegt S. 438. 69 Bilderbuch S. 356 f.
 70 Georg Rist, zitiert nach Fritz (wie Anm. 40) S. 589.
 71 Albrecht Bergold: »... ich bin innen nicht so dick, wie außen!« Streiflichter zu Justinus Kerners Leben im Spiegel seiner Briefe an die Dichterfreunde, in: Andrea Berger-Fix (Hg.): Justinus Kerner. Nur wenn man von Geistern spricht, Stuttgart 1986, S. 11–28, hier S. 16.
 72 Bilderbuch S. 357. 73 Voegt S. 376.
 74 Voegt S. 372. 75 Voegt S. 59.
 76 Brief von Friederike Kerner an ihren Sohn Reinhold, zitiert nach Hans Werner Engels: Rede zur Enthüllung der Gedenktafel für Georg Kerner, Hamburg, 7. April 2000; www.fulgura.de/1800/plakette.htm (letzter Zugriff 10.8.2015).
 77 Voegt S. 500.

Mehr Licht für Ludwigsburg

Das städtische Gaswerk – Eine Hommage an Louis Bühler

von Günther Bergan

Sie werden fragen, war Louis Bühler nicht der erste Kassier der Oberamtssparkasse Ludwigsburg, nach dem auch der Louis-Bühler-Saal der Kreissparkasse benannt ist? Was hat er mit der Gasversorgung von Ludwigsburg zu tun? Die Antwort ist einfach, aber nur wenig bekannt. Es stimmt, Louis Bühler war der erste Kassier der 1852 gegründeten Oberamtssparkasse. Aber er war noch mehr, nämlich ein engagierter Bürger, der seine Position als Stadtrat konsequent ausnutzte und sich dann überall aktiv einbrachte, wenn es galt, anstehende Probleme zu lösen oder Verbesserungen für die Bürger der Stadt in die Tat umzusetzen. Sei es, dass er sich für die Ärmsten in verschiedenen Wohltätigkeitsvereinen engagierte, dass er die Kassierstelle der neuen Sparkasse übernahm oder dass er sich für die Errichtung eines städtischen Wasserwerks, vor allem aber eines städtischen Gaswerks einsetzte.¹

Louis Bühler griff einen in der Mitte des 19. Jahrhunderts weit verbreiteten Wunsch der Bevölkerung nach einer besseren und komfortableren Beleuchtung von Wohnungen, Häusern und Straßen auf. Als praktikable Beleuchtungsmittel standen den Menschen in dieser Zeit neben rußenden Talgkerzen nur Öllampen zur Verfügung, in denen mit Hilfe eines Doctes tierische und pflanzliche Öle, vor allem aber Mineralöle wie Petroleum verbrannt wurden. Insbesondere die billigen Talgkerzen lieferten kein gleichmäßiges Licht, weil der Docht nicht richtig verbrannte. Er musste mit einer speziellen Lichtputzschere immer wieder nachgeschnitten werden, was äußerst lästig war und Goethe zu einem Stoßeufzer in Form eines Zweizeilers veranlasste: »Wüsste nicht, was sie Besseres erfinden könnten, als wenn die Lichter ohne Putzen brennten.«²

Die Möglichkeit, sogenanntes Leuchtgas industriell herzustellen, brachte den Durchbruch in der Beleuchtungstechnik. Es verwundert deshalb nicht, dass bei der darauf folgenden Einführung und Verbreitung des Gases ausschließlich die Verwendung zu Beleuchtungszwecken im Vordergrund stand. Mit dem neuen Gaslicht, einem Flammenlicht ohne Docht, konnten Wohnungen, große Säle, Straßen, Werkstätten oder Fabrikhallen wirtschaftlich mit bisher unbekannter Helligkeit beleuchtet werden, was weitreichende gesellschaftliche Veränderungen nach sich zog. Die Gasbeleuchtung beschleunigte die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert maßgeblich. Handwerker und Fabrikbetriebe konnten jetzt tageszeitlich ungebunden arbeiten. Nacharbeit und Schichtbetrieb waren kein Problem mehr und die nächtliche Straßenbeleuchtung ermöglichte darüber hinaus einen erweiterten innerstädtischen Personen- und Warenverkehr. Während die Wirtschaft von dem neuen Licht finanziell profitierte, konnten die Bürger in ihren Wohnungen endlich die größere Bequemlichkeit und Qualität der Gasbeleuchtung ohne lästiges Putzen des Doctes genießen.

Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts gelang es dem Schotten William Murdoch³, durch Vergasung von Steinkohle Leuchtgas in größerem Umfang zu gewinnen, das er in Gasbehältern speicherte und über ein Rohrnetz zu den einzelnen

Verbrauchsstationen, den Lampen, leitete. Englische Industriebetriebe nutzten die wirtschaftlichen Vorteile der Gasbeleuchtung als erste konsequent aus: 1802 installierte Murdoch sein neues Licht in einer Schmiede in Soho, 1805 folgte beispielgebend für alle weiteren Anwendungen eine Baumwollspinnerei in Manchester, die er mit mehreren hundert Gaslichtern ausüstete. Die Beleuchtung von öffentlichen Straßen und Gebäuden sowie von Privathäusern begann erst später. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich London zur ersten weitgehend mit Leuchtgas versorgten Großstadt. Ab Mitte der 1820er Jahre wurden auch in deutschen Städten wie Berlin, Hannover, Frankfurt oder Dresden die ersten Gaswerke, meist von englischen Unternehmen, errichtet. Mitte der 1840er Jahre folgte Stuttgart.

Das Interesse und der Bedarf an der neuen Beleuchtung muss in Ludwigsburg sehr groß gewesen sein. Bedenkenträger, die sich sonst immer bei Einführung von Neuerungen vehement zu Wort meldeten, erhoben auch dieses Mal ihre mahnende Stimme, fanden aber auf Dauer keine ernst zu nehmenden Mitstreiter. Der gute Ruf, der dem neuen Licht vorauselte, und die eigenen Erfahrungen, die viele schon mit ihm gemacht hatten, wogen stärker als alle Bedenken. Zum einen wurde dem Gerücht, durch die Helligkeit des Gaslichts könnten die Augen Schaden nehmen, wenig Glauben geschenkt. Zum anderen schien es den Bürgern kein größeres Problem zu bereiten, dass sie durch den Fremdbezug von Gas einen Teil ihrer bisher gewohnten Individualität und Unabhängigkeit aufgeben mussten. Bürger und Gemeinderat waren sich in der Gasfrage grundsätzlich einig, auch ein Verdienst des energischen Gas-Befürworters Louis Bühler. Nur so ist es zu erklären, dass gut drei Jahre nach den ersten Überlegungen das Ludwigsburger Gaswerk ab dem 1. Dezember 1858 Leuchtgas produzieren konnte. Umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass sich die Einführung des fließenden Wassers und des elektrischen Stroms in der Stadt über jeweils etwas mehr als zehn Jahre hinzog.

Ein erster Versuch: Die private Gasfabrik von Philipp Schmid (1855–1857)

Geschäftstüchtig wie er war, hatte der Werkmeister Philipp Schmid Anfang 1855 die Idee, in Ludwigsburg eine eigene Gasfabrik zu errichten. Dass er bisher nur Häuser geplant und gebaut hatte, hinderte ihn nicht an der Ausführung seines Plans, zumal er das lukrative Geschäft zusammen mit seinem Partner Friedrich Zeppelin, der offensichtlich etwas von der Gaserzeugung verstand, betreiben wollte.

Vom März 1855 datiert eine schriftliche Eingabe an der Gemeinderat, in der Schmid und Zeppelin um Erlaubnis baten, auf einem städtischen Grundstück südlich des Feuersees beim »Notbrunnen«, heute Karlstraße 16, eine Fabrik zur Gaserzeugung errichten zu dürfen. Es grenzt schon an Überheblichkeit, wenn die beiden im Juni beim Gemeinderat auch noch die »Erteilung eines 30-jährigen Schutzes gegen eine Konkurrenz in Gasbeleuchtungssachen« beantragten, was natürlich abgelehnt wurde. Was Schmid bewog, auf dem Grundstück direkt neben dem »Notbrunnen« produzieren zu wollen, und was den Gemeinderat veranlasste, dem Unternehmen unter der lasch formulierten Auflage, dass kein Abwasser in den Feuersee oder den Brunnen gelangen dürfe, zuzustimmen, ist nicht bekannt, aber folgenreich.

Am 17. April 1856 zeigte Schmid im Ludwigsburger Tagblatt die Betriebsbereitschaft seiner Fabrik an und bat um baldige Anmeldung, »damit endlich unserer Stadt das längst erwartete Gaslicht aufgehen kann«. Bei dem von Schmid produziertem

Gas handelte es sich um sogenanntes »portatives« Gas, was bedeutete, dass das Gas in der Fabrik in Spezialsäcke abgefüllt, zum Verbraucher transportiert und dort über einen Schlauch in einen kleinen Gasbehälter gefüllt wurde, von dem aus die einzelnen Lampen mit Gas versorgt werden konnten. Bierbrauer Mezger (»Englisches Haus«, Stuttgarter Straße 2), Friedrich Belz (»Zum Bahnhof«), Apotheker Sandel und Gottlob Scholpp (»Zur Kanne«) waren ab Mai 1856 die ersten Gaskunden Ludwigsburgs.

Ganz reibungslos scheint die Gasproduktion allerdings nicht gelaufen zu sein. Bereits Ende April 1856 beschwerte sich Friedrich Zeppelin massiv über seinen Partner beim Oberamt. Er warf dem Laien Schmid Inkompetenz in Gassachen vor, der Versprechungen machen würde, die er niemals halten könne, außerdem fühle er sich von ihm »gemobbt«. Ein daraufhin durchgeführtes bautechnisches Gutachten konnte keine Gefährdung der Nachbarn durch die Fabrik erkennen. Ein Gutachten von Ingenieur Böhm von der Stuttgarter Gasbeleuchtungs-Gesellschaft kam aber zu dem Schluss, dass die Fabrik nicht für »längere Dauer« geeignet sei. Außerdem waren die Gasbehälter in den Häusern oft gefährlich aufgestellt. Vermutlich als Reaktion auf die in den Gutachten geäußerten Bedenken entschloss sich der Gemeinderat im Juni 1856, eine Kommission zu wählen, »welche die Frage der Einführung der Gasbeleuchtung, die Art der Ausführung und die hiefür zu erteilenden Vorschriften entwerfen und begutachten« sollte. Mitglieder der Kommission waren die Stadträte Bühler, Körner und Krauß sowie Stadtbaumeister Strohmetz. Unbeeindruckt von der Kritik an seiner Gasfabrik plante Philipp Schmid für die Zukunft, denn die Lieferung von »portativem« Gas konnte nur ein Zwischenschritt zur Versorgung der ganzen Stadt mit »courantem«, mit laufendem und in Röhren transportiertem Gas sein.

Zum Eklat kam es im Dezember 1856, als sich die Brunnenbenutzer über den penetranten Gasgeruch des Wassers im »Notbrunnen« beschwerten, der den Genuss des Wassers unmöglich machte. Eingehende Untersuchungen Anfang 1857 bestätigten die Verunreinigung des Brunnens infolge einer schlampigen Gasproduktion. Philipp Schmid konnte für den entstandenen Schaden nicht mehr belangt werden; er hatte sich Anfang Februar 1857 der Verantwortung durch Flucht entzogen. Sein Hab und Gut wurde zwangsversteigert. Das Fabrikgebäude kauften zunächst die geprellten Gaskunden unter Leitung des Kannenwirts Scholpp, die darin die Gasproduktion weiterführen wollten und vom Gemeinderat dazu auch die Genehmigung erhielten. Wie lange das gut ging, ist nicht bekannt. Fest steht nur, dass sie das Gebäude im Juli 1858 an einen Kupferschmied verkauften, der es für seine Belange umbaute. Nach einigen Besitzerwechseln und mehreren Umbauten verwandelte sich das Gebäude der ersten Gasfabrik Ludwigsburgs Schritt für Schritt in die aktuelle Gaststätte »Zur Kanone« in der Karlstraße 16.

Die Gas-Aktien-Gesellschaft von Louis Bühler (1857)

Die Monate nach der Flucht von Philipp Schmid und dem damit verbundenen Ende der privaten Gasproduktion sollten turbulent und ereignisreich werden. Der Stein namens »Gasbeleuchtung« war ins Rollen gebracht und konnte nicht mehr aufgehalten werden. Es war Louis Bühler, der in der »Gasbeleuchtungsfrage« die Initiative ergriff, nicht der Gemeinderat oder Bürgermeister Bunz. Aufgrund eigener Überlegungen und Rentabilitätsberechnungen war er zu der Überzeugung gelangt, dass

nach dem Scheitern der privaten Gasfabrik die Versorgung der Stadt nur mit »courantem« Gas sinnvoll und auch ausführbar sei, besonders dann, wenn die Stadt als größter Konsument (Straßenbeleuchtung) die Errichtung und den Betrieb des Gaswerks selbst in die Hand nehmen würde. In diesem Sinne beantragte Bühler am 13. Februar 1857 im Gemeinderat eine Wiederaufnahme der Gasfrage und forderte gleichzeitig zur Unterstützung die Beratung durch einen neutralen Fachmann. Obwohl der Gemeinderat dem Antrag zustimmte, lehnte ihn der Bürgerausschuss zunächst ohne Angabe von Gründen ab. Kontroversen zwischen Bühler und den Gremien des Gemeinderats waren somit vorprogrammiert.

Louis Bühler ließ sich von der Ablehnung nicht beeindruckt. Er führte eine Bedarfsumfrage unter der Bürgerschaft durch und startete, gestärkt durch positive Umfrageergebnisse (200 Interessenten meldeten über 900 »Flammen« an), einen zweiten Versuch. In einer vierseitigen Sonderbeilage des Ludwigsburger Tagblatts vom 28. März zur »Gasbeleuchtungs-Sache« vertrat er erneut die Ansicht, dass die Stadt die Sache selbst in die Hand nehmen sollte und untermauerte seine Rentabilitäts-Prognose durch umfangreiche Berechnungen. In diesem Zusammenhang wurde auch das städtische Gelände am Kappelrain an der Heilbronner Straße als günstiger Standort für das Gaswerk ins Gespräch gebracht. Aus einem einfachen Grund: Das Gas, leichter als Luft, kann vom Kappelrain, dem damals tiefsten Punkt der Stadt, von alleine oder zumindest unter geringer äußerer Druckanwendung zu den höher gelegenen Verbrauchern in der Stadt steigen. Nach dieser Vorarbeit erneuerte Bühler seinen Antrag im Gemeinderat, was nicht ohne Wirkung blieb. In einer ersten Reaktion fühlte sich der Obmann des Bürgerausschusses veranlasst, die ablehnende Haltung seines Gremiums doch noch zu begründen: Eine nicht mit reichen Mitteln ausgestattete Stadt könne sich nicht auf das kühne Wagnis einlassen, in Gas zu spekulieren.

Als sich der Gemeinderat am 8. April in der Diskussion des Bühlerschen Antrags zu keiner Entscheidung durchringen konnte, sondern auf Wunsch des Bürgerausschusses lediglich die Wahl einer Gaskommission zur Überprüfung der Vorschläge beschloss, war für Louis Bühler klar, dass er auf diesem Weg nicht weiterkommen konnte.

Er entschloss sich deshalb, eine Gesellschaft zu gründen, die über die Ausgabe von Anleihen oder Aktien die benötigten Mittel zur Errichtung eines Gaswerks in Höhe von geschätzten 75 000 Gulden aufbringen sollte. Wie richtig Bühler mit seiner Idee lag, zeigte sich daran, dass bei Veröffentlichung des Aufrufs zur Zeichnung von Aktien bereits drei Viertel der Papiere gezeichnet waren. Am 16. April 1857 konnte deshalb die »Aktiengesellschaft zum Zwecke der Bereitung und Einführung von laufendem Leuchtgas« gegründet werden. Louis Bühler übernahm das Amt des Verwaltungsvor-

Ludwigsburg.

Gas = Actien = Gesellschaft.

Da bereits mehr als 3/4 der
Actien gezeichnet sind, folglich
die Gesellschaft statutengemäß
als constituirt zu betrachten ist,
so werden die H. H. Aktionäre zu
einer Versammlung auf
morgen Mittwoch Abend 6 Uhr
in den Gas Hof zum Bären, unten
links, hinteres Zimmer, einge-
laden, um zunächst die Wahl des
Verwaltungsraths vorzunehmen.
Den 14. April, Vormittags
11 Uhr. L. Bühler.

Ludwigsburger Tagblatt, 15. April 1857.

standes und führte in der Folgezeit die Verhandlungen mit der städtischen Gaskommission. Er übergab dem Gemeinderat die ersten Lage- und Baupläne und bat um die Erlaubnis, das Werk am Kappelrain bauen zu dürfen. Der Gemeinderat stimmte der Bitte Bührers grundsätzlich zu, obwohl man sich intern über die künftige Rolle der Stadt gegenüber dem Gaswerk noch nicht im Klaren war.

Bereits am 26. April erschien im Tagblatt eine amtliche Bekanntmachung des Oberamts, die die Errichtung eines Gaswerks am Kappelrain durch die Aktiengesellschaft ankündigte. Die Reaktion auf die Veröffentlichung in der Zeitung verlief ähnlich wie heute. Die Anwohner meldeten ihre Einsprüche und Bedenken an. Sie befürchteten ein erhöhtes Gesundheitsrisiko durch die Rauchbelästigung und bangten nach den leidvollen Erfahrungen am »Notbrunnen« um ihr Trinkwasser. Der Gemeinderat meinte dazu lapidar, dass bei Berücksichtigung aller Proteste am Ende nie ein Bauplatz für das Gaswerk gefunden werden könne und hielt die Einwände für nicht zutreffend. Als dann das Oberamt zusätzliche Gutachten vorlegte, ließen sich die Anwohner zu Kompromissen oder zur Rücknahme ihrer Einsprüche bewegen.

Die von Louis Bührer angestoßenen Diskussionen über eine mögliche Beteiligung der Stadt am Bau des Gaswerks traten im Mai in die entscheidende Phase. Den Bau und Betrieb durch die Stadt lehnte der Gemeinderat unmissverständlich ab. Einen Bau durch die Stadt und einen Pachtbetrieb durch die Aktiengesellschaft lehnte Bührer aus organisatorischen Gründen ab. Dem Bau und Betrieb des Werks durch einen Privatunternehmer würde die Stadt allerdings aus leicht nachvollziehbaren finanziellen Gründen zustimmen. Bührer seinerseits lehnte ein Kompromissangebot der Stadt ab, nur den Betrieb der Straßenbeleuchtung gegen eine Aufwandsentschädigung zu übernehmen. Die Verhandlungen waren festgefahren, obwohl beide Parteien die Gasbeleuchtung unbedingt einführen wollten. Als der Gemeinderat dann am 12. Juni beschloss, per Zeitungsanzeigen ein geeignetes Privatunternehmen zur Errichtung des Gaswerks zu suchen, löste Louis Bührer einen Tag später die Aktiengesellschaft auf und gab damit den Weg für eine neue Runde frei.

Der Bau des Gaswerks (1857/58)

Mit der Auflösung der Aktiengesellschaft endete das turbulente und verwirrende Intermezzo bürgerlichen Engagements bei der Einführung der Gasbeleuchtung. Die fünf vergangenen Monate waren jedoch keine verlorene Zeit. Im Gegenteil, die zahlreichen Diskussionen wirkten klärend und beschleunigten die nächsten notwendigen Schritte. Es drängt sich fast der Verdacht auf, dass die Gründung der Aktiengesellschaft ein wohlüberlegter Schachzug von Louis Bührer war, um Stadtverwaltung und Gemeinderat aus der Reserve zu locken. Fest steht auf jeden Fall, dass Bührer vom Vorstandsposten der Aktiengesellschaft in die städtische Gaskommission wechselte, zunächst als berichtendes Mitglied und ab März 1858 dann als deren Vorstand.

Mitte Juni 1857 erschien in der überregionalen Presse eine Einladung an »tüchtige Gasunternehmer«, sich an der Einführung der Ludwigsburger Gasbeleuchtung zu beteiligen. Interessenten erhielten von der Gaskommission auf Wunsch die »Präliminarien bezüglich der Einführung von courantem Gas« zugestellt. Englische Industriebetriebe waren Mitte des 19. Jahrhunderts Weltmarktführer auf dem Gebiet der Gasproduktion. Es erschien deshalb sinnvoll und folgerichtig, dass sich der Gemeinderat

unter den acht Bewerbern für den englischen Gasunternehmer H.P. Stephenson⁴ aus London entschied. Sein Interessenvertreter und Verhandlungspartner in Deutschland war der Dresdner Ingenieur Heinrich Gruner.⁵ Stephenson erklärte sich bereit, auf die in den Präliminarien gestellten Forderungen der Stadt, u.a. auf die Einhaltung des vom Gemeinderat genehmigten Kostenrahmens von 73 500 Gulden sowie die anschließende Pachtübernahme einzugehen. Ende Juli lag der »Gas-Beleuchtungs-Vertrag« bereits im Entwurf vor. Die Stadt ließ die 67 Paragraphen von einem Technik- und einem Finanzsachverständigen prüfen und arbeitete gleichzeitig einen praktikablen Plan zur Kapitalaufnahme aus. Mitte Dezember 1857 konnte der unterzeichnete Vertrag der Kreisregierung zur Genehmigung zugestellt werden, die dann Ende Februar 1858 vorlag. In einem Nachtrag garantierte die Stadt Stephenson während seiner Pachtzeit das Gasmonopol.

Ludwigsburg.

Eröffnung der Gasbeleuchtung.

Nach einer Mittheilung der Gasfabrik-Direktion wird die erste Beleuchtung der Straßen mit Gas

Morgen Mittwoch Abend den 1. Dezember

stattfinden und bis dorthin auch Vorforge getroffen werden, daß die Einrichtungen in den Privathäusern untersucht, mit Brenneen ic. versehen und dem Betrieb **übergeben** werden.

Dieses wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß an jenem Abende eine gefellige Zusammenkunft im Saale des Gasbhoßs zur Kanne stattfinden wird, zu der Jedermann freundlich eingeladen ist.

Gemeinderath.

Ludwigsburger Tagblatt, 30. November 1858.

Ingenieur Böhm übernahm im Auftrag der Stadt die Bauüberwachung. Die Bauausführung lag in den Händen des Ludwigsburger Werkmeisters Paul Baumgärtner. Ab Mitte April konnten die mit vier Prozent verzinsten städtischen Schuldverschreibungen in Höhe von jeweils 500 Gulden gezeichnet werden. Das Interesse an den Papieren war groß, bereits zwei Monate später waren von der ersten Tranche in Höhe von 50 000 Gulden über 90 Prozent gezeichnet. Private Hausanschlüsse konnten ebenfalls ab April angemeldet werden. Wer sich noch vor Verlegung der Gasleitungen für einen Anschluss entschied, sollte als Frühmelder die Verlegung und Installation der Zuleitung bis zum Haus umsonst erhalten. Die hausinterne Installation übernahm der ortsansässige Flaschnermeister Mergenthaler.

Ende September waren das Hauptgebäude, das sogenannte Retortenhaus, und die Nebengebäude fertiggestellt sowie die Rohrleitungen in den Straßen verlegt. An der östlichen Giebelseite des Retortenhauses ist »im Triumph über die neue Errungenschaft« Goethes eingangs zitierter Vers eingehauen worden. Am Kamin und dem Gasbehälter wurde allerdings noch gearbeitet, so dass der ursprünglich geplante Eröffnungstermin am 1. Oktober 1858 nicht eingehalten werden konnte. Als Vorboten der nahenden Eröffnung erschienen Ende November im Ludwigsburger Tagblatt die polizeilichen Vorschriften, »welche bei Beleuchtung von Gebäuden durch Gas zu beachten sind«. Damit stand in

Zinstermin
1. October.

Nro. 16.

Zinsfuß
4 %.

Schuld-Verschreibung

der

Stadt-Gemeinde Ludwigsburg

für ein Darlehen

von

Fünfhundert Gulden, v.-M.

welches von

Herrn Profos Walter l. H. 3. Art. Bat. in Ludwigsburg

in Gemäßheit der von der Königl. Württ. Regierung des Neckarkreises am 23. Februar 1858 erfolgten Genehmigung einer Capitalaufnahme zum Zwecke der Errichtung eines Gaswerkes auf Rechnung der Gemeinde Ludwigsburg in die Gasbeleuchtungs-Casse zu Ludwigsburg einbezahlt worden ist.

Die Gemeinde Ludwigsburg verpflichtet sich, an den benannten Gläubiger oder dessen Rechtsnachfolger die aus diesem Darlehen jährlich mit 4%, und erstmals auf den 1. October 1859 verfallenden Zinse gegen eine von demselben ausgestellte Zinsquittung*), das Capital selbst aber nach vorher gegangener halbjähriger Ausföndigung am 1. April oder 1. October eines Jahres gegen Rückgabe dieses Original-Schuldscheins durch die Gasbeleuchtungs-Casse ausbezahlen zu lassen.

Kraft der eigenhändigen Unterschrift der hiezu durch Beschluß des Gemeinderaths und Bürgerausschusses am 19. Juni 1858 ermächtigten Commission:

Ludwigsburg, den 1. October 1858.

Gasbeleuchtungs-Casse
(Zweitzrechnung der Stadtsege)

Cassier:

J. Hauer

Stadtschultheiß:

Witt

Gemeinderath:

Witt

"

J. P. Kowar

"

Witt

"

Witt

Obmann d. B. Ausschusses:

Witt



Witt
Witt

Ersehen durch das Königl. Oberamt Ludwigsburg

Witt

*) Mit diesem Schuldschein werden zugleich die Formulare zu Ausföndigungen auf 5 Jahre abgegeben.

Schuldverschreibung über 500 Gulden für Profos Walter.

der Anfangszeit des Gaswerks, wie schon erwähnt, die Verwendung des Gases zu Beleuchtungszwecken eindeutig im Mittelpunkt. Dass mit Gas auch gekocht oder geheizt werden konnte, war zwar bekannt, aber augenblicklich noch von untergeordneter Bedeutung.

Am 1. Dezember 1858 war es soweit. Das in Ludwigsburg produzierte Gas zeigte sich am Abend »sowohl auf den Straßen als auch in den Häusern in seinem reinsten und schönsten Lichte«. Im brillant beleuchteten Saal der »Kanne« feierte der Gemeinderat zusammen mit den Bürgern das lang ersehnte Ereignis mit vielen guten Wünschen für die Zukunft von Ludwigsburg. »Dass Handel und Gewerbe in unserer Stadt immer mehr blühen und sie diejenige Stellung auch immer einnehme, die sie als Zweite Residenzstadt des Landes einnehmen soll.«

Bereits an dieser Stelle sei einem unbekanntem Mitarbeiter der damaligen städtischen Aktenregistratur gedankt, der nach Abschluss der »Gasbeleuchtungssache« knapp 500 Blätter Akten über die Errichtung des Gaswerks chronologisch geordnet und zu einem gewichtigen Band zusammengebunden hatte (heutige Signatur im Stadtarchiv: L 2 Bü 577e). Er erleichterte dem Autor damit die Recherchen zu diesem Kapitel spürbar.

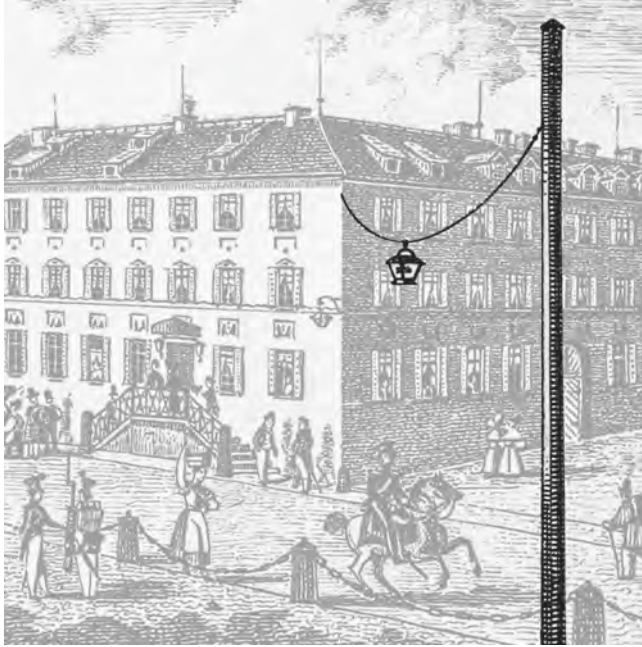
Das neue Gaswerk

Laut Präliminarien war die Anlage zunächst auf einen Jahresverbrauch von 4 Millionen Kubikfuß (ungefähr 113 300 Kubikmeter) auszulegen. Auf dem rund 2400 qm großen Gelände am Kappelrain stand als Hauptgebäude, mit der Längsseite zur Heilbronner Straße hin, das Retortenhaus, in dem maximal vier Retortenöfen zur Befuerung von jeweils sieben Retorten untergebracht werden konnten. An die beiden Stirnseiten des Retortenhauses schlossen sich zwei Nebengebäude an, in denen die Einrichtungen zur Gasreinigung, die Maschinen- und Dampfkesselanlage sowie eine Wohnung mit Werkstatt untergebracht waren. Ein eiserner Gasbehälter mit ca. 650 cbm befüllbarem Volumen, ein Kohleschuppen, ein Kamin, eine Teergrube sowie ein Gebäude mit Gasregler und Gaszähler sowie den Büroräumen vervollständigten die erste bescheidene Anlage. Vergrößerungsmöglichkeiten waren auf dem weitläufigen städtischen Gelände jederzeit möglich und auch eingeplant. In der Oberamtsbeschreibung von 1859 wird übrigens vermerkt, dass beim Graben der Fundamente im Diluviallehm ein Hirschgeweih, Kieferreste und Knochen gefunden wurden.

Die Ludwigsburger Straßenbeleuchtung

Vor der Einführung der Gasbeleuchtung »erhellten« insgesamt 37 Öllaternen die Stadt. Die Laternen hingen an einem Seil über der Straße oder dem Platz und mussten zum Anzünden und Löschen aufwendig herabgelassen werden. Im Ludwigsburger Adress-Handbuch von 1825 heißt es dazu: »Noch vor wenigen Jahren waren alle Straßen von einiger Bedeutung mit hängenden Laternen versehen, welche aber nun durch einen stadträtlichen Beschluss auf die beiden Hauptstraßen reduziert worden sind, weil die Beleuchtung der Stadt große Kosten verursachte und bei den geraden und breiten Straßen entbehrlich ist. Zudem muss bei jedem Gegenstand, der die freie

Passage hindern könnte, eine Stocklaterne aufgestellt werden.« Tony Schumacher, die ihre Kindheit in der Schlossstraße schräg gegenüber der Schlosswache verbrachte, erinnert sich an diese Zeit: »Unten im Schlosshof brannte ein rötliches Öllicht und desgleichen eines in der Laterne, die quer über die Straße herüberhing, und das in dunklen Nächten mehr blendete als erleuchtete. Und doch, ich erinnere mich, als



Öllaterne am »Waldhorn«, um 1830.

bald darauf die Gasbeleuchtung in Stuttgart eingerichtet wurde, als die neuen Laternen an die Häuser kamen und die lieben schwankenden Lichter in der Mitte der Straße wegkamen, da sahen wir ihrer Entfernung mit Wehmut zu und vermissten lange das hübsche, umständliche Anzünden, bei dem wir so gerne zusehen hatten, das knarrende Geräusch und den gewohnten brenzlichen Ölgeruch, wenn die kleinen Glashäuschen herabgelassen und wieder hinaufgezogen wurden.«⁶

Für die Umstellung der Straßenbeleuchtung von Öl auf Leuchtgas legte die Gaskommission 20 Standorte für freistehende Kandelaber und 117 für Laternen fest, die hauptsächlich an Eckhäusern auf kunstvoll gestalteten gusseisernen Haltern befestigt waren. An Eckhäusern deshalb, weil dann das Licht gleichzeitig in zwei Straßen leuchtete, womit eine Laterne eingespart werden konnte. Kandelaber und Laternen samt Halterungen stammten, wie alle anderen technischen Einrichtungen des Gaswerks auch, aus England.

Die jährliche Brenndauer der Straßenbeleuchtung wurde auf höchstens 1000 Stunden festgelegt. Die tägliche Brenndauer war dabei von der Jahreszeit, aber auch – sparsam wie man war – vom Stand des Mondes abhängig. Im Sommer blieben

die Straßen, wie bisher üblich, unbeleuchtet. Städtische Lampenanzünder, sogenannte Lampisten, besorgten das Anzünden und Löschen der Gaslaternen, bis sie 1912 nach Einführung der Fernzündung arbeitslos wurden.

Die Gasbeleuchtung der Straßen wurde in Ludwigsburg erst ab 1928 schrittweise auf elektrische Beleuchtung umgestellt, zu stark war die Position des städtischen Gaswerks. 1958 waren immer noch 320 Gaslaternen in Betrieb. In den folgenden Jahren wurden alle ersatzlos abgebaut, die beiden letzten am 23. Februar 1966 in den Favoritengärten. Ein einziger Kandelaber, allerdings ohne Laterne, ist in Ludwigsburg noch an seinem ursprünglichen Standort erhalten: Im »Blühenden Barock« dient er am Anfang der Kioskstraße als Ständer für eine große Hinweistafel. Ferner ist an einem Eckhaus am Marktplatz noch ein abgeklemmtes Gaszuleitungsrohr als Relikt vergangener Zeiten zu entdecken.

Albert Sting erinnert sich in seinen »Marktplatz-Episoden« an die Zeit, als der Ludwigsburger Marktplatz noch von Gaslaternen beleuchtet wurde: »Wurde es Abend auf dem Marktplatz, dann gingen die Gaslaternen an. Eine Laterne stand neben dem Marktbrunnen, die anderen waren an den Ecken der Häuser angebracht. Geheimnisvoll und lautlos begannen dann die Glühstrümpfchen immer heller zu werden, bis sie ganz weiß leuchteten. Manchmal kam der Gasmann mit einem Haken oder gar mit einer Leiter, um irgendeinen Defekt zu beheben. Dabei hat mich eine Kleinigkeit an der Konstruktion der Laternenpfähle recht beeindruckt. An diesen Laternenpfählen oder -masten waren oben zwei Querarme so angebracht, dass der Laternenmann seine Leiter gut und sicher anlehnen konnte. Ich bewunderte den mir unbekanntem Konstrukteur ob seiner praktischen Weitsicht.«⁷



Kandelaber Mömpelgardstraße / Blühendes Barock – einst und jetzt.



Gaslaterne am Marktplatz, um 1910.

H.P. Stephenson als Pächter des Gaswerks (1858–1860)

Am 1. Dezember 1858 übernahm Stephenson vertragsgemäß für 25 Jahre den Pachtbetrieb des Gaswerks und Ingenieur Heinrich Gruner als Gaswerksdirektor die Leitung des Betriebs vor Ort. Die Höhe der Pacht ergab sich aus den Zinsen, die die Stadt für die Kapitalaufnahme zu zahlen hatte, und einem Amortisationszuschlag. In den ersten Jahren betrug sie rund 3750 Gulden. Nach einigen Startschwierigkeiten – starker Gasgeruch in den beleuchteten Räumen, überhöhte Rechnungen des Flaschners Mergenthaler für private Installationen – scheint der Betrieb doch gut angelaufen zu sein, so dass die Abwicklung der vertragsgemäß noch anstehenden Aufgaben angegangen werden konnte: Endabnahme des gesamten Gaswerks durch unabhängige Fachleute, Erstellung der daraus resultierenden Gutachten, Beseitigung beanstandeter Mängel, Erstellung und Prüfung der Endabrechnung. Ende 1859 war über alle strittigen Punkte weitgehende Einigung mit Stephenson und Gruner erzielt. Der Gemeinderat sprach der Gaskommission unter der Leitung von Louis Bühler »nach beendigtem Gaswerk« seinen Dank aus. Die Straßen Ludwigsburgs waren mit 137 Laternen beispielgebend beleuchtet, was den Stadtpfleger die Jahrespauschale von 1600 Gulden kostete.

Stolz wurde im Ludwigsburger Tagblatt über das erste Betriebsjahr Bilanz gezogen, wobei extra darauf hingewiesen wurde, dass das Gas in Ludwigsburg genauso viel kostete wie in Stuttgart. Um die zu erwartenden Verbrauchssteigerungen problemlos abfangen zu können, wurde auch schon an eine Erhöhung der Anzahl der Retortenöfen gedacht.

Das Gas strömte, die Laternen brannten, alles schien in Ordnung. Da platzte Ende März 1860 die Bombe! Stephenson beabsichtigte, das Pachtverhältnis zu lösen, da er sich aus dem Deutschlandgeschäft zurückziehen wollte. Sein Plan, in Deutschland mehrere von ihm gebaute Gaswerke zentral zu verwalten, war nicht aufgegangen. Gasdirektor Gruner schlug daraufhin dem Gemeinderat vor, die Pacht von Stephen-

son auf seinen Namen zu übernehmen und seinen Vater als Verwalter einzusetzen, da er sich selbst in Basel anderen Unternehmungen zuwenden möchte. Und wieder begann die Diskussion: Soll in Ludwigsburg eine Betreiber-Gesellschaft gegründet werden, die Stephenson in der Pacht ablöst, oder soll die Stadt den Betrieb vielleicht doch übernehmen, was sie bekanntlich nie wollte. Die Geschäftsbücher von Gruner wurden eingesehen, Gewinn- und Verlustrechnungen durchgeführt und ein Gutachten vom Bezirks-Bauinspektor eingeholt.

Langsam setzte sich im Gemeinderat die Überzeugung durch, dass es besser sei, den Gewinn, den das Gaswerk abwirft, selbst zu behalten, als ihn »in den Sack« irgendeines Unternehmers fließen zu lassen. Die Entscheidung für die Übernahme war jetzt nur noch reine Formsache. Im Juni lag bereits der Vertrag »Abtretung des Pächters des Gaswerks an die Stadt Ludwigsburg« im Entwurf vor. Noch im selben Monat wurde er unterschrieben, Ende Juli genehmigte ihn die Kreisregierung, am 1. August 1860 trat er in Kraft. Stephenson wurden seine Kautions in Höhe von 10 000 Gulden sowie ein Auslagensatz für installierte Geräte in Höhe von 3200 Gulden plus Zinsen sofort erstattet. Außerdem sollte ihm bis 1883 ein jährlicher Gewinnanteil von 600 Gulden ausbezahlt werden. Schon 1863 wurde das umständliche Verfahren durch die Auszahlung einer einmaligen Abfindung von rund 5500 Gulden ersetzt. Die Übernahme der Gasversorgung durch die Stadt am 1. August 1860 kann somit als Geburtsstunde der Stadtwerke Ludwigsburg bezeichnet werden.

Das städtische Gaswerk (1860–1960)

Die Neuorganisation des Gaswerks und dessen Eingliederung in den städtischen Verwaltungsapparat war die nächste große Aufgabe, die auf den Gemeinderat zukam. Ingenieur Heinrich Gruner stand als Gaswerksdirektor nicht mehr zur Verfügung. Zu seinem Abschied aus Ludwigsburg richtete ihm der Gemeinderat in der »Kanne« noch einen Empfang mit Abendessen aus. Die personelle Besetzung der einzelnen Posten im Gaswerk und deren Besoldung folgte als erstes. Zum Aufsicht führenden Gemeinderat (Besoldung 100 Gulden pro Jahr) wurde Louis Bühler gewählt. Die neu zu besetzende Buchhalterstelle sollte mit 300 Gulden im Jahr entlohnt werden. Der mit dem Gaswerk bestens vertraute Ingenieur Böhm aus Stuttgart führte als »Gastechner« auch weiterhin die jährlichen Visitationen durch. Flaschnermeister Mergenthaler erhielt als »sachverständiger Arbeiter« 100 Gulden. Der erste sowie der zweite Arbeiter bekamen neben freier Wohnung und Heizung lediglich Tagegeld. Spezielle Instruktionen für den Aufsicht führenden Gemeinderat sowie für den ersten Arbeiter umrissen deren Aufgabengebiete. Die Arbeit der Lampisten regelte ein »Reglement für Gaslaternen«. Anfang August wurden das gesamte Personal sowie der Gas-Kassier und die vier Lampisten vereidigt, womit die Arbeit beginnen konnte.



Ludwigsburger Zeitung, 12. Oktober 1895.

Die Vorteile der Gasbeleuchtung und auch des Kochens mit Gas überzeugten bald auch die anfänglichen Skeptiker, von einem kühnen Wagnis konnte keine Rede mehr sein. Das Gas war kein Objekt vermeintlicher Spekulationen mehr, sondern ein Verkaufsschlager. Das Gaswerk erwirtschaftete Jahr für Jahr Überschüsse und fütterte zusammen mit dem 1866 in Betrieb genommenen Wasserwerk die Einnahmen der Stadtkasse kräftig auf. 1888 wurden 25 Prozent des produzierten Gases als Brauchgas zum Kochen und Heizen verwendet. Ein neu geschaffener Brauchgas-Tarif, der günstiger war als der bisher übliche Einheitstarif für Leucht- und Brauchgas, verfehlte seine Wirkung nicht. Die Nachfrage stieg, nicht nur in den ersten stürmischen Jahren, sondern dank einer umsichtigen Geschäftspolitik kontinuierlich, nur kurz unterbrochen durch die Auswirkungen des Kriegsendes 1945.

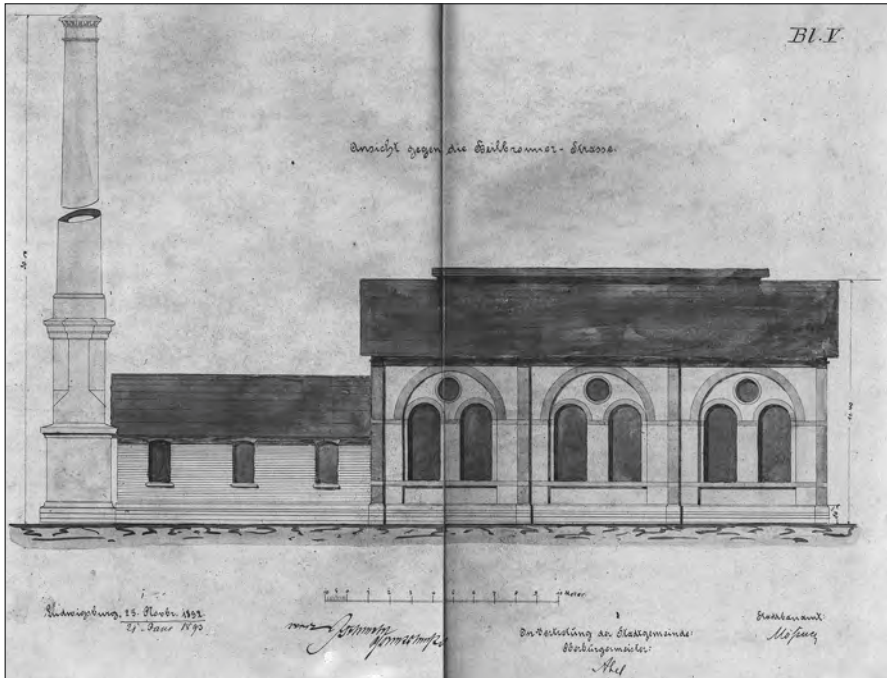
Erhöhte Nachfrage bedeutete erhöhte Produktion, was eine permanente Anpassung der Produktionsstätten an den Bedarf zur Folge hatte. Es verging kaum ein Jahr in der Geschichte des Gaswerks, in dem nicht irgendwo auf dem Gelände etwas um-, neu-, an- oder abgebaut wurde. Zur Übersichtlichkeit und Überschaubarkeit der Anlage, aber auch der Berichterstattung trug dies nicht bei. Daher sollen zunächst, bevor im Folgenden auf einige wichtige oder auch nur interessante Ereignisse aus der 100-jährigen Geschichte des Gaswerks eingegangen wird, die baulichen Veränderungen stichwortartig beschrieben werden.

Baumaßnahmen

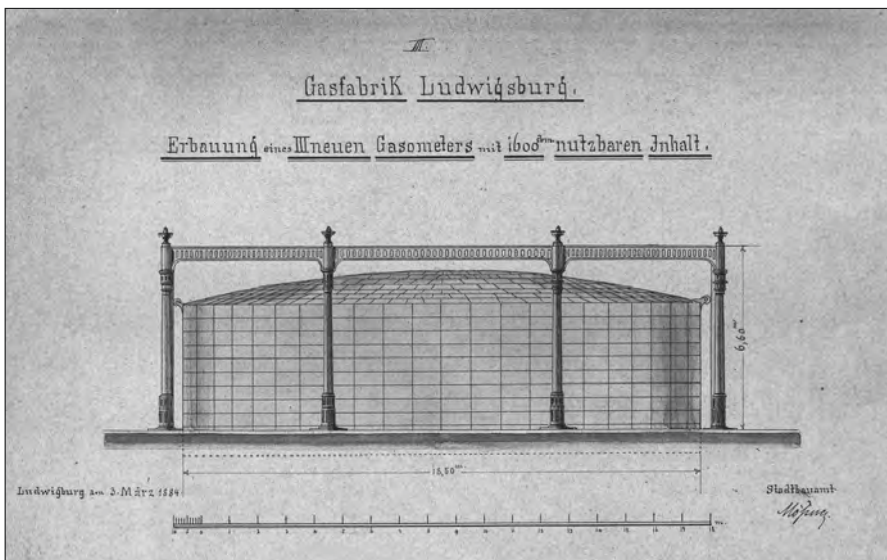
Ein Spiegelbild der steigenden Produktionszahlen ist der steigende Platzbedarf des Gaswerks. Innerhalb von 60 Jahren wurde das Gelände deshalb fünfmal (1870, 1884, 1892, 1898, 1916) vergrößert. Schon 1864 musste ein dritter Gasreiniger angeschafft werden, der bald auch nicht mehr ausreichte, so dass 1870/71 ein eigenes Reinigungsgebäude, ein zweiter Gasbehälter sowie ein Wohnhaus für die Arbeiter (Heilbronner Straße 37) dazukamen. 1882/84 wurden die Errichtung eines dritten Gasbehälters und die Verlängerung des Retortenhauses nach Westen unumgänglich, der 1892 noch eine Erweiterung nach Norden bis an die Heilbronner Straße folgte. 1900 musste der erste Gasbehälter von 1858 einem neuen, moderneren mit 4000 cbm Fassungsvermögen weichen.

Die größten Baumaßnahmen fanden während des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1915/16 statt. Auf dem neu dazu genommenen Gelände im Süden wurde durch eine Berliner Firma ein modernes Ofenhaus mit Vertikalöfen erstellt, die Firma Stotz aus Kornwestheim baute die Anlage der Kohlezufuhr. Im Osten des Geländes wurde ein weiterer Gasbehälter errichtet, der bei Bedarf von 8000 auf 16 000 cbm teleskopiert werden konnte. 1923 installierte man im alten Retortenhaus eine Benzol-Anlage. 1926/27 startete in einem Anbau des Ofenhauses die Produktion von Kohle-Wassergas, das in dem 4000 cbm fassenden Gasbehälter mit dem konventionellen Steinkohle-Gas vermischt werden konnte.

Die Teleskopierung des 8000-cbm-Gasbehälters auf 16 000 cbm wurde 1928 notwendig, nachdem Ludwigsburg in das Ferngas-Geschäft eingestiegen war. 1926 ging Oßweil ans Netz, es folgten bis 1929 in kurzer Folge Asperg, Hoheneck, Marbach, Kornwestheim/Stammheim, Neckarweihingen, Tamm, Pflugfelden und 1931 Bietigheim. Nach einer Erweiterung der Kohle-Wassergas-Anlage im Jahr 1932 und des Ofenhauses im Jahr 1940 war das Gaswerk endgültig an seine Kapazitätsgrenze gestoßen. Weitere Investitionen an der veralteten Technik waren nicht mehr vertretbar.



Retortenhaus, Ansicht gegen die Heilbronner Straße, 1892.



Ansicht des dritten Gasometers, 1884.

Aus der Geschichte

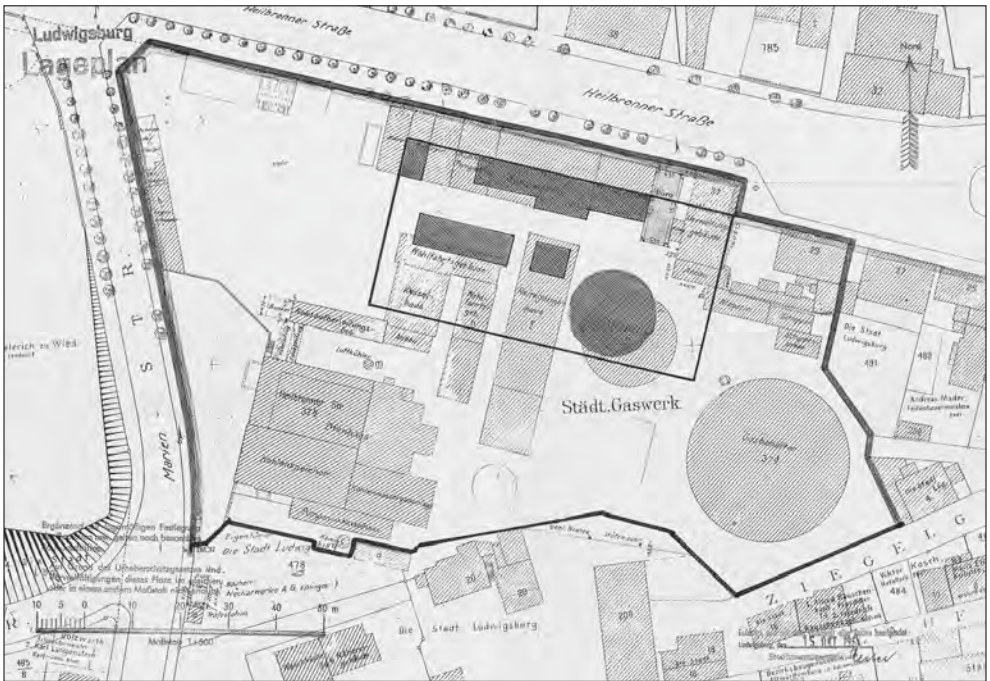
Die städtische Gaswerksleitung führte sich im September 1860 kundenfreundlich mit einer Reduzierung des Gaspreises ein. Statt bisher 7 Gulden für 1000 Kubikfuß mussten die Ludwigsburger jetzt nur noch 6 Gulden zahlen, wobei anzumerken wäre, dass ein Manchester-Brenner, ein damals handelsüblicher Gasbrenner, pro Stunde ca. 4,5 Kubikfuß Gas verbrauchte, und dass man in dieser Zeit auf dem Ludwigsburger Wochenmarkt für 1 Gulden wahlweise vier Pfund Butter, zwei junge Gänse oder 50 Liter Hafer kaufen konnte.

Am 29. August 1863 verstarb Louis Bühler kurz vor seinem 60. Geburtstag an einem »Nervenschlag«. Zu seinem Nachfolger als Aufsicht führender Gemeinderat wurde Viktor Körner bestimmt. Eine im Rahmen der Amtsübernahme angefertigte Inventarliste der Gebäude und technischen Einrichtungen ist erhalten und ermöglicht als »Momentaufnahme« einen Blick auf das ursprüngliche Gaswerk. Noch im selben Jahr wurde die Verwaltung der beiden städtischen Versorgungsunternehmen aus praktischen Gründen zur Gas- und Brunnenwerksverwaltung zusammengelegt. Viktor Körner war jetzt als Vorstand auch für die neu geschaffene Institution verantwortlich.

Eine Notiz aus dem Bereich der Kultur am Rande: 1867 gelang es dem Theaterdirektor Rupert Schmid, der seit 1865 unterhalb der heutigen Musikhalle sein Sommertheater betrieb, den Gemeinderat davon zu überzeugen, dass seine Vorstellungen durch eine Gasbeleuchtung an Qualität und öffentlichem Zuspruch gewinnen würden. Die Kosten der Zuleitung gingen zu Lasten des Gaswerks. Beim Bezugspreis des Gases für die Theaterbeleuchtung mit 30 Lampen wurden Schmid 25 Prozent Rabatt eingeräumt.

Am 10. April 1867 erschien im Ludwigsburger Tagblatt ein ironisch-bissiger Leserbrief zum Thema Straßenbeleuchtung, dessen Inhalt den Gas-Verantwortlichen nicht nur Freude bereitet haben dürfte. Ein Auszug sei hier wiedergegeben: »Gleich beim Eintritt in die Stadt zur Nachtzeit sieht sich der von der Reise Ermüdete zu hastiger Eil angetrieben, will er mit den des Weges Kundigen die stets in jammervollem Zustande befindliche Myliusstraße überschreiten. Das Auftauchen eines fernen Lichtschimmers ermöglicht nach raschem Lauf später das Weiterkommen, aber nur in einer Richtung, denn entlang des Feuersees bis zur Seegasse und vorderen Stuttgarterstraße herrscht rabenschwarze Nacht. Ist die Letztere, d.h. die Hauptstraße der Stadt erreicht, so findet man nur die eine Seite, und diese durch große Intervallen unterbrochen, spärlich beleuchtet. Ebenso die Schorndorfer-, die hintere Schlossstraße usw. Die durch den Schlossgarten und die Schlosshöfe führenden Verbindungswege sowie deren weitere Ausläufer erfreuen sich nur beim Mondschein der selbst für die Gewürmer belebenden Helle. Doch was kümmert sich die Stadt um die entfernt Wohnenden, lagert über ihr selbst nach 11 Uhr eine ägyptische Finsternis.«

1878 ließ sich Prinz Wilhelm von Württemberg in der nach seiner Frau benannten Villa Marienwahl nieder. Der Gemeinderat war sich der außerordentlichen Ehre dieser königlichen Gunstbezeugung bewusst und fasste am 8. Februar 1878 den Beschluss, »der Freude über diese Entschließung dadurch Ausdruck zu geben, dass Seine Königliche Hoheit um die Erlaubnis gebeten werden soll, das fragliche Anwesen, solange es sich in dem Eigentum und Gebrauch Seiner Königlichen Hoheit befinden wird, mit Wasser und Gas versorgen und zu diesem Zweck mit Wasser- und Gasleitungen versehen zu dürfen«. Der Prinz stattete postwendend dem Gemeinderat für das Anerbieten der freien Wasser- und Gasversorgung seinen verbindlichen Dank ab und stimmte dem Angebot zu.



*Lageplan des Gaswerks bei seinem Endausbau.
Der ursprüngliche Bestand von 1858 ist dunkel schattiert hervorgehoben.*

Wie besorgt die Stadtväter auch weiterhin um das Wohl des Prinzen waren, zeigt ein ernster Vorfall. Am 20. Oktober 1889 schreckte ein missglücktes Attentat auf Prinz Wilhelm an der Ausfahrt zur Marienstraße nicht nur Ludwigsburg auf. Als Reaktion ließ die Stadt gegenüber dem Ort des Geschehens auf dem Gelände des Gaswerks ein kleines Wachlokal, die Marienwahlwache, zum Schutz des Prinzen und späteren Königs errichten. Nach dem Ende der Monarchie wurde aus dem Wachhaus ein Waschhaus!

1906 änderte sich Grundsätzliches für das Gaswerk: Die Monopolstellung des Gases in Sachen Beleuchtung ging mit dem Anschluss Ludwigsburgs an das Stromnetz der Neckarwerke endgültig zu Ende. Der Konkurrenz musste Paroli geboten werden. Der Absatz an Leuchtgas und Motorengas ging spürbar zurück, konnte aber durch den steigenden Absatz von Brauchgas für Koch- und Heizwecke weitgehend kompensiert werden. Die Stadt versuchte allerdings auch mit ihrer restriktiven Haltung gegenüber der Umstellung von Gas auf Strom im öffentlichen Bereich kräftig gegen die gaswerkfeindliche Strömung zu halten. Noch 1926 hielt der Technik-Ausschuss die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung für einen »unverantwortlichen Luxus«. Lediglich der werkseigene Verkaufsladen für Gaszubehör musste Ende 1906 wegen sinkender Nachfrage geschlossen werden.

Nach neunmonatiger Unterbrechung zu Ende des Zweiten Weltkriegs nahm das Gaswerk seine Produktion wieder auf. Schon 1949 war die Kapazitätsgrenze von ca. 40 000 cbm Tagesproduktion, d.h. 14 Millionen cbm Jahresproduktion erreicht.



Das Ludwigshafen Gaswerk in vollem Betrieb, 1952.

Um die Belieferung der Kunden auch weiterhin zu gewährleisten, wurde mit den Technischen Werken Stuttgart (TWS) ein Zehnjahresvertrag über zusätzliche Gaslieferungen in das Ludwigsburger Netz abgeschlossen.

Das Ende (1960–1972)

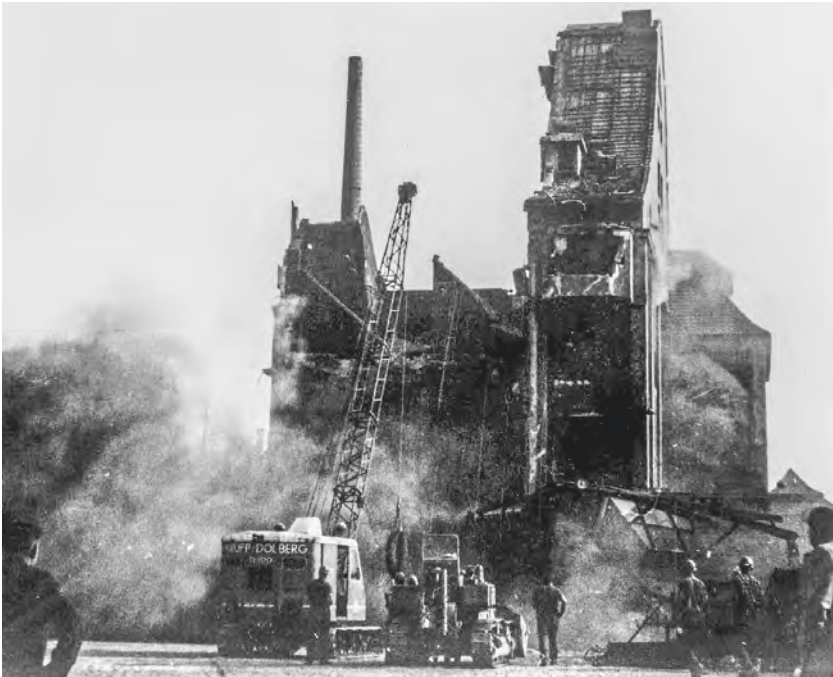
Die 100-Jahr-Feier des Gaswerks 1958 bot allen Beteiligten und Verantwortlichen die Gelegenheit, nicht nur mit Stolz auf die vergangenen Jahre zurückzublicken, sondern auch mit großer Sorge in die Zukunft zu schauen. Das veraltete und störungsanfällige Gaswerk arbeitete nicht mehr rentabel, Reparaturen waren nicht möglich oder lohnten nicht mehr. Sollte ein neues Werk gebaut werden oder ausschließlich Fremdgas bezogen werden? Nach längerem Abwägen des Für und Wider entschloss man sich 1960, die überholte Stadtgasproduktion aufzugeben und sich dem Trend der Zeit anzuschließen, d.h. auf dem Gelände des alten Werks eine moderne Flüssiggas-Spalanlage zu errichten. Als die Baugenehmigung Anfang 1962 eingereicht wurde, stellte sich jedoch heraus, dass die Anlage auf dem alten Gelände aus feuerpolizeilichen Gründen nicht gebaut werden durfte. Die neue Fragestellung lautete jetzt, Bezug von Fremdgas oder Eigenproduktion an einem Standort im neuen Industriegebiet im Westen. Der Gemeinderat entschied sich für das Fremdgas, zumal es absehbar war, dass der Südwesten in nächster Zeit von der Gasversorgung Süddeutschland (GVS) beliefert werden konnte.

Am 30. April 1963 ging das Feuer unter den Öfen im Gaswerk endgültig aus. Die Gasproduktion in Ludwigsburg war Geschichte. Ab 1. Mai strömte Gas von der TWS in die beiden alten Gasbehälter. Im Mai 1964 begannen die Abbrucharbeiten der Produktionsgebäude. Außer den beiden Gasbehältern blieben u.a. noch das alte Retortenhaus und das Kesselhaus stehen. Ab Herbst 1964 lieferte ausschließlich die GVS Gas nach Ludwigsburg. Im Dezember 1966 wurden die beiden Gasbehälter durch einen modernen Hochdruck-Kugelgasbehälter in der Weststadt mit 120000 cbm Fassungsvermögen ersetzt, aber erst 1972 verschwanden auch sie mit Hilfe vieler Schneidbrenner aus dem Bild der unteren Stadt. Mit der Umstellung auf höherwertiges Erdgas Mitte 1973 ist die Geschichte der Gasversorgung Ludwigsburgs im Großen und Ganzen abgeschlossen.

Gut zehn Jahre schlummerte das Gelände im Dornröschenschlaf vor sich hin. Das alte Retortenhaus, das Kesselhaus sowie einige weitere Gebäude wurden noch vom Tiefbauamt und dem Bauhof genutzt. 1985/86 fiel die Entscheidung, auf dem Gelände die neue Feuerwache zu bauen. Ende 1987 wurden die letzten Gebäude des Gaswerks ein Opfer der Spitzhacke, so dass im April 1988 der Grundstein gelegt werden konnte. Am 5. September 1990 rückte die Feuerwehr von der neuen Feuerwache zu ihrem ersten Einsatz aus.

Die Gasversorgung der Stadtteile

Eglosheim: Im Eingemeindungsvertrag vom 31. Mai 1901 ist unter § 7 zu lesen: »Die Versorgung des Ortes mit Gas erfolgt, sobald eine entsprechende Rentabilität gesichert ist.« Ende September 1904 genehmigte der Gemeinderat den Bau der Gashauptleitung nach Eglosheim. Mitte November 1905 waren die öffentlichen und privaten Gebäude angeschlossen. Ab Januar 1906 erhielten acht Gaslaternen die Straßen von Eglosheim. Der Feldschütz übernahm die Arbeit des Lampisten. Eglosheim blieb der einzige Stadtteil mit Gas-Straßenbeleuchtung.



Abbruch des Gaswerks, 1964.

Hoheneck: In Hoheneck bestand nach einer Notiz des Neckarweihinger Gemeinderats im Oktober 1925 Interesse an 66 Gasanschlüssen. Im Eingemeindungsvertrag vom 22. Juli 1926 heißt es dann auch unter § 11: »Anschluss an das städtische Gasnetz binnen Jahresfrist auf Kosten der Stadt Ludwigsburg.« Nach einer Kosten- und Rentabilitätsrechnung sollte der Anschluss 94 000 Mark kosten. Ab dem 9. Januar 1928, fünf Monate später als versprochen, waren die Gasleitungen nach Hoheneck gefüllt und in Betrieb.

Neckarweihingen: Neckarweihingen betrieb als selbständige Gemeinde den Anschluss an die Ferngasversorgung von Ludwigsburg. Im März 1928 wurden die Verhandlungen mit Ludwigsburg aufgenommen, wobei auch die Frage diskutiert wurde, ob Gas überhaupt notwendig wäre oder ob die Gemeinde verstärkt auf Elektrizität setzen sollte. Anfang November 1927 lag der Liefervertrag unterschrieben vor. Ab dem 20. April 1928 bezog Neckarweihingen Ferngas aus Ludwigsburg.

Oßweil: Noch vor der Eingemeindung nach Ludwigsburg plante Oßweil die Versorgung des Ortes mit Gas. 1909 lag ein Angebot von Kornwestheim und Stammheim zur Errichtung einer eigenen Gasversorgung vor. Ein Unternehmer aus Bremen wollte sogar ein Steinkohle-Gaswerk in Oßweil bauen. Ab 1913 wurden Verhandlungen mit Ludwigsburg geführt, das bereit war, Oßweil mit Gas zu versorgen. Der Erste Weltkrieg zerschlug alle weiteren Pläne. Bei den Eingemeindungsverhandlungen 1922 war das Gas kein Thema, da Oßweil schon seit 1911 ans Stromnetz angeschlossen war. Außerdem machte die Inflation jede vernünftige Planung unmöglich. 1924 zeigten 260 Oßweiler Interesse an einem Gasanschluss. Die kalkulierten Gesamtkosten beliefen sich auf 80 000 Mark. Mitte 1925 wurde die Rohrverlegung ausgeschrieben, im März 1926 waren die Arbeiten in der Hauptsache abgeschlossen und der Etat um 20 000 Mark überschritten.

Pflugfelden: Nach der Eingemeindung Pflugfeldens wurde die Gasversorgung des neuen Stadtteils von den Verantwortlichen in Ludwigsburg offenbar »vergessen«. Im Vertrag vom 10. März 1903 heißt es unter § 3 allerdings auch recht vage: »Im Fall eines Bedürfnisses und der entsprechenden Rentabilität soll der Gasanschluss zu gegebener Zeit in Erwägung gezogen werden.« Die »gegebene Zeit« ließ jedoch auf sich warten. 1927 war dann die Geduld der Pflugfelder endgültig erschöpft. Im November 1927 sowie im Februar 1928 forderten sie den Gasanschluss des Stadtteils unter denselben Bedingungen wie Hoheneck und Oßweil. Noch am 1. März 1928 wurde der Wunsch mit der Begründung abgelehnt, dass seitens der Stadt ein Zuschuss von 12 Pfennig je Kubikmeter nötig wäre. Außerdem wolle man warten, ob sich die Situation durch die Neubaugebiete verändern würde. Der Gesinnungsumschwung kam unerwartet schnell. Zur Feier der Eingemeindung von Pflugfelden vor 25 Jahren brachten die Stadträte Ende März 1928 den Anschluss Pflugfeldens an das Gasnetz als »Geschenk« mit. Am 3. Mai 1929 war Pflugfelden endlich am Gasnetz.

Poppenweiler: Poppenweiler bezog bereits seit 1908 Strom aus Stuttgart und hatte es deshalb mit dem Gasanschluss nicht eilig. Erst seit dem 10. Dezember 1997 ist Poppenweiler als Nachzügler unter den Stadtteilen an das Erdgasnetz angeschlossen.

Anhang

Die Produktion von Stadtgas

Stadt- oder auch Leuchtgas wird durch Vergasen von Steinkohle unter Luftabschluss (trockene Destillation) in Retorten oder Kammeröfen bei 600 bis 1200 Grad Celsius

erzeugt. Das dabei entweichende Gas besteht etwa zur Hälfte aus reinem Wasserstoff sowie aus Methan, Stickstoff und Kohlenstoffmonoxid. Als »Abfall« oder Nebenprodukt bleibt u.a. Koks zurück. Das abgekühlte Gas wird abgesaugt und in einem zweiten Produktionsschritt einer mehrstufigen Reinigung im Reinigungshaus unterzogen, bei der Teer, Ammoniak, Benzol, Schwefel und Naphtalin ausgeschieden werden. Um den Brennwert des Stadtgases zu erhöhen, kann ihm Kohle-Wassergas beigemischt werden. Das gereinigte Gas wird zur Speicherung in einen Gasbehälter gedrückt. Die üblicherweise verwendeten Glocken-Gasbehälter bestehen aus einer nach unten offenen kreisrunden eisernen Glocke, die zur Abdichtung in ein Wasserbecken eintaucht und durch das einströmende Gas nach oben gedrückt wird. Teleskop-Gasbehälter bestehen aus einer Glocke und mehreren teleskopartig ineinander geschobenen Ringen.

Das Gasflammlicht

Beim Verbrennen wird der im Gas enthaltene Kohlenstoff zum Glühen gebracht, die Flamme leuchtet. Die Größe der leuchtenden Flamme und deren Helligkeit hängen zum einen vom Gasdruck sowie von der Größe und Gestaltung der Brenneröffnung ab. Zwei Brennerarten haben sich durchgesetzt: der Schmetterlings- oder Schnittbrenner, der eine fächerförmige Flamme produziert, und der Manchesterbrenner, dessen Flamme einem flachen Fischschwanz ähnelt.

Das Gasglühlicht

Das Flammlicht wurde ab 1885 vom helleren und sparsameren Gasglühlicht, einer Erfindung des Chemikers Carl Auer von Welsbach, abgelöst und zu einer ernsthaften Konkurrenz der in dieser Zeit aufkommenden elektrischen Beleuchtung. Die Flamme eines Bunsenbrenners erhitzt ein feinmaschiges Gewebe, das dadurch zum Glühen und Leuchten gebracht wird. Der Glühkörper oder Glühstrumpf besteht dabei aus Oxiden von Metallen aus der Gruppe der seltenen Erden.

Verbrauchsstatistik 1858–1954

Die für die einzelnen Jahre aufgeführten Verbrauchswerte können lediglich als Anhaltspunkte dienen, da nur der Verbrauch, also die abgegebene Gasmenge in cbm ohne Berücksichtigung des jeweiligen Heizwertes angegeben ist. Es ist z.B. bekannt, dass 1928 der Heizwert herabgesetzt wurde und dadurch bedingt die abgegebene Gasmenge anstieg.

Bis 1875 wurde die produzierte Gasmenge nicht in Kubikmeter (cbm), sondern in englischen Kubik-Fuß (cft) gemessen: 1 cft ~ 0,028317 cbm oder 1 cbm ~ 35,3147 cft. Das Gaswerk war 1858 auf eine Jahresproduktion von maximal 4 Millionen cft ausgelegt, was etwa 113 300 cbm entsprach. Die Ludwigsburger Anlage erreichte 1949 mit 14 Millionen cbm Jahresproduktion ihre Kapazitätsgrenze. Weitere Steigerungen waren nur noch durch Zukauf von Fremdgas der TWS möglich.

Verbrauchszahlen (Angaben in cbm): 1858/59: 56 600; 1862/63: 87 800; 1875/76: 393 660; 1880/81: 464 850; 1890/91: 724 380; 1899/1900: 1,02 Mio; 1925: 3,5 Mio; 1928: 5,0 Mio; 1940: 10 Mio; 1944: 14 Mio; 1949: 14 Mio; 1950: 14 Mio (+ 3 Mio cbm Zukauf); 1954: 14 Mio (+ 11,5 Mio cbm Zukauf).

Anmerkungen

Alle für den Aufsatz verwendeten Unterlagen sind im Stadtarchiv Ludwigsburg in einer detaillierten Materialsammlung unter der Signatur S 3/1 Nr. 53 zusammengefasst.

- 1) Eine ausführliche Würdigung des Lebens von Louis Bührer und seiner Verdienste für die Stadt befindet sich in einem weiteren Aufsatz in diesem Heft.
- 2) Johann Wolfgang von Goethe: Sammlung »Sprichwörtlich«, 1815.
- 3) William Murdoch (1754–1839), Ingenieur, Erfinder, Konstrukteur in der Firma von James Watt. Ab Mitte der 1790er Jahre erfolgreiche Experimente zur Erzeugung von Leuchtgas aus Steinkohle. (Quelle: Internet)
- 4) Henry Palfrey Stephenson (1826–1890), aus Schottland stammender »Civil Engineer«. Begründer der englischen »Society of Engineers«. Bis 1852 auf dem Gebiet des Stahl-Brückenbaus tätig. Ab Mitte der 1850er Jahre Planung und Errichtung von Gaswerken, neben Ludwigsburg u.a. in Tilsit, Zeitz und Naumburg. (Quelle: Internet)
- 5) Karl Heinrich Gruner, Ingenieur, 1833 im sächsischen Mutzschen geboren, 1906 in Basel gestorben. Nach Beendigung seiner Tätigkeit in Ludwigsburg ließ er sich 1860 in Basel nieder und gründete dort 1862 sein eigenes Ingenieurbüro, das von seinem Sohn und seinem Enkel weitergeführt wurde. Heute ist die Gruner AG Basel ein weltweit agierendes Unternehmen u.a. auf den Gebieten Hoch- und Tiefbau, Wasserkraftanlagen, Bau von Staumauern, z.B. des Assuan-Staudamms. (Quelle: Internet)
- 6) Tony Schumacher: Mein Kindheitsparadies, Stuttgart 1914, S. 19.
- 7) Albert Sting: »Hopf ronter«. Marktplatz-Episoden, Ludwigsburg 1995, S. 16.

Literatur und Quellen

C. Richard Böhm: Das Gasglühlicht, Leipzig 1905.

Wolfgang Schivelbusch: Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München 1983.

Jürgen Heinen-Tenrich: Die Entwicklung Ludwigsburgs zur multifunktionalen Mittelstadt (1860–1914), Stuttgart 1976.

Stadtarchiv Ludwigsburg

H 4 (GR-Protokolle Hoheneck) Bd. 353

L 2 (Akten 19. Jh.) Bü 188, 539, 577, 577a, 577c, 577e, 577f, 578–580, 582a, 583, 585, 588, 593, 602, 829

L 3/1 (Akten 20. Jh. bis 1945) AZ 1033, 2143, 6310, 6312, 6313, 6315, 6327, 6350, 6360, 6362–6366, 6368, 6369, 6381

L 24 (Ökonomieverwaltung) Bü 97

L 31 (Polizeiverwaltung) Bü 59

L 32/III (Ordnungsamt) Bü 41, 73, 74

L 63 (Bauakten/Baugesuche) Bü 84–86, 89, 94a, 96, 98, 100, 102, 103, 106, 109, 110, 112, 114–116, 1083, 1417, 1670

L 63/1 (Bauakten/Baugesuche) Bü 369, 491

L 67 (Tiefbauamt) SO 1

L 80/5 (Wasser- und Gasakten)

L 100 (Bürgermeister-Rechnungen) Bde. 70–72

L 150 (GR-Protokolle Ludwigsburg) Bde. 68, 70–78, 84, 85, 101, 124–128, 134, 138, 141, 145, 148–152, 176

L 165 (Kaufbücher) Bde. 100, 101

L 185 (Protokolle Gaskommission) Bde. 40, 41a

N 4 (GR-Protokolle Neckarweihingen) Bde. 509, 510

O 3 (GR-Protokolle Oßweil) Bde. 672, 673

S 3/1 Nr. 53 (Materialsammlung Gasversorgung)

S 31 (Zeitgeschichtliche Sammlung): SF 3.2.7. (Stadtwerke), SG 3.2. (Feuerwehr), SK 4.2.2. (Gaswerk), SV1 (Eglosheim)

V 4/2 Bd. 1 (Seyfang-Chronik von Eglosheim)

Ludwigsburger Tagblatt, Ludwigsburger Zeitung, Ludwigsburger Kreiszeitung

Ludwigsburger Adressbücher



Das Gaswerk im Frühjahr 1964, Ansicht von Süden.

Wilhelm Ludwig (Louis) Bühler

Silberarbeiter und Stadtrat in Ludwigsburg

von Günther Bergan

Louis Bühler hat viel in seinem Leben bewirkt, aber nur wenig Greifbares zu seinem Leben hinterlassen. Ein persönlicher Nachlass existiert nicht. Erhalten sind lediglich die amtlichen Nachlassakten von ihm und seiner Frau, Protokolle und amtliche Schriftstücke aus seiner Tätigkeit als Stadtrat sowie unzählige größere und kleinere Artikel und Notizen in der Lokalpresse, die mit ihm in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen. Als Silberarbeiter schaltete er keine regelmäßigen Geschäftsanzeigen in der örtlichen Presse, die wenigen Privatanzeigen beschränkten sich hauptsächlich auf die Vermietung von Wohnungen in seinem Haus. Bleibt Louis Bühler als Mensch weitgehend im Hintergrund, so tritt er umso deutlicher als vielseitig engagierter Bürger von Ludwigsburg vor unsere Augen.

Wilhelm Ludwig Bühler wurde am 22. Dezember 1803 als zehntes von zwölf Kindern des Nagelschmieds und Zunft-Obermeisters Christian Friedrich Bühler sr. in Ludwigsburg geboren. Er besuchte zur selben Zeit wie Eduard Mörke die örtliche Lateinschule, wurde 1817 konfirmiert und erlernte danach in Esslingen den Beruf eines Silberarbeiters. Die Neigung zu künstlerischen Berufen lag in der Familie. Sein älterer, am 1. Dezember 1800 geborener Bruder Christian Friedrich jr. wurde Kupferschmied und gründete 1829 in Ludwigsburg eine Werkstätte für Kupferwaren, die später in der Firma Hünersdorff aufging. Wilhelm Ludwig Bühler arbeitete nach seiner Ausbildung als Silberarbeiter in Tuttlingen, München und Paris, wo er vermutlich auch seinen Rufnamen Ludwig in Louis änderte. Am 22. Juli 1829 heiratete er die am 20. November 1805 in Paris geborene Léonide Antoinette Mortieau und ließ sich danach beruflich in Brüssel nieder. Die Ehe blieb kinderlos.

Nach Ausbruch der Revolution in Brüssel im September 1830 verließ er die Stadt und kehrte mit seiner Frau nach Ludwigsburg zurück. Das Ehepaar wohnte zunächst in der Asperger Straße 4, im Haus des Bruders Christian Friedrich. Mitte 1832 erhielten Louis und Léonide Bühler das Ludwigsburger Bürgerrecht und das württembergische Untertanenrecht, womit der Weg für eine erneute Existenzgründung frei war. Im Ludwigsburger Tagblatt vom 26. März 1833 zeigte dann Louis Bühler »gehorsamst« an, dass er sich »als Gold- und Silberarbeiter und Graveur etabliert« habe und bat um den »geneigten Zuspruch« der Ludwigsburger. Bereits vier Jahre später, Mitte 1837, erwarb das Ehepaar das Eckgebäude Poststraße 22 (heute Wilhelmstraße) für 10 000 Gulden in bester Wohnlage mit Blick auf den Arsenalplatz. In einer alten Werkstatt im Hinterhof richtete Louis Bühler seine Silber-Werkstatt ein und verkaufte ab Mai 1838 seine Waren im eigenen Laden im Hauptgebäude an der Poststraße.

Neben der Tätigkeit als Silberarbeiter, für die er laut Steuerbuch 1832/33 1 Gulden und 1842/43 10 Gulden Steuer zu entrichten hatte, entdeckte Louis Bühler jetzt Schritt für Schritt seine zweite Berufung: die Kommunalpolitik. Am 26. Juni 1835 wurde er in den Bürgerausschuss gewählt, den er zeitweilig auch als Obmann leitete.

Bereits 1841 gründete er zusammen mit anderen engagierten Bürgern einen »Verein für die Verschönerung der Stadt Ludwigsburg«, um durch eigenes Beispiel anderen voranzugehen »und endlich nachlässigen oder gar ruchlosen Menschen bei ihren schädlichen Bestrebungen hindernd in den Weg zu treten«. Nach seiner Wahl in den Gemeinderat am 8. Juli 1846 engagierte sich Louis Bührer verstärkt im sozialen Bereich. Er übernahm bei Bedarf die Aufgaben eines Güterpflegers oder auch des Pflegers elternloser Kinder – eine Tätigkeit, die ihm die oft katastrophalen sozialen Verhältnisse in der Stadt hautnah aufzeigte. Er war Mitbegründer des Ludwigsburger Armenunterstützungs-Vereins und zeitweilig Kassier des sogenannten »Kreuzer-Vereins«, einem Verein, der im Hungerjahr 1852 Kreuzer für Notleidende sammelte.

Schule und Bildung waren Bührer zeit seines Lebens eine wichtige Angelegenheit. Ende 1838 eröffnete er mit einigen gleichgesinnten Handwerkern eine private »Sonntagsschule für Lehrlinge und konfirmierte Söhne«, in der Deutsch, Rechnen und

Ich habe die Ehre, hiemit gehorsamst anzuzeigen, daß ich mich nun hier als Gold- und Silberarbeiter und Graveur etablirt habe. Indem ich in Allem, was in diese Geschäfte einschlägt, unter Zusicherung solider und billiger Bedienung um geneigten Zuspruch bitte, erlaube ich mir übrigens noch die Bemerkung, daß ich namentlich auch als Graveur auf alle Metalle, in Sigillen, Wappen sowohl, als in erhabener Schrift, Stempeln etc. jeder Erwartung entsprechen zu können glaube.

Louis Bührer,

Gold- u. Silberarbeiter u. Graveur,
wohnt bei seinem Bruder, dem Kupferschmied Bührer, der E. F. Raß'schen Buchhandlung gegenüber.

Nachdem ich meinen Vorrath in **Gold- und Silberwaaren** für die bevorstehenden Weihnachten wieder vollständig ergänzt habe, erlaube ich mir, dieselben zu gefälliger Abnahme mit dem besondern Bemerkn. bestens zu empfehlen, daß namentlich von Ersteren eine hübsche Auswahl Armspangen, Pendeloquen, Broschen, Halskettchen u. a. m. in den neuesten Fagonen bei mir anzutreffen ist.

Den 6. December 1839.

Louis Bührer,
Gold- und Silberarbeiter,
beim Königl. Arsenal.

Ludwigsburger Tagblatt.

Ein Organ für den öffentlichen Verkehr und ein Unterhaltungsblatt für alle Stände.

160. Stück.

Freitag den 10. Juli

1846.

A. Amtliche Anordnungen und Bekanntmachungen.

Ludwigsburg. (Stadtrathswahl.) Bei der heute stattgehabten Wahl haben 481 Bürger abgestimmt und wurde erwählt:

- 1) Herr Silberarbeiter Bührer mit 258 Stimmen,
- 2) Herr Apotheker Bischoff " 209 "

Weitere Stimmen erhielten:

Herr Apotheker Schenkel 181
Herr Conditor Dentel 94

Den 8. Juli 1846.

Stadtshultheiß Bunz.

Oben: Inserate von Louis Bührer im »Ludwigsburger Wochenblatt« vom 26. März 1833 (links) und 12. Dezember 1839 (rechts).

Zeichnen unterrichtet wurde. Zweck der Schule war es, »jungen Leuten Gelegenheit zu geben, in sonst wohl müßig zugebrachten Stunden teils sich in dem, was sie in der Schule gelernt, zu üben und auszubilden, teils auch dasselbe auf das praktische Leben anwenden zu lernen«. Es blieb beim guten Vorsatz: Schon nach einem Jahr war die Sonntagsschule finanziell am Ende und musste aufgelöst werden. Bei der 1849 auf ideologischer wie auf pädagogischer Ebene heiß diskutierten »Mittelschulfrage« –



Portraitaufnahme von Louis Bührer, undatiert.

soll die städtische höhere Töchterschule oder Mittelschule mit der städtischen Mädchenschule zusammengelegt werden? – bezog Louis Bührer zum Missfallen vieler Ludwigsburger eindeutig Stellung, indem er sich gegen die höhere Töchterschule und für die Zusammenlegung mit der Mädchenschule aussprach.

Nachdem Louis Bührer seit 1847 als Ausschussmitglied und Vorstand der »Lokal-Bank« des Ludwigsburger Gewerbevereins Erfahrungen im Bankwesen gesammelt hatte, übernahm er ab 1. Januar 1852 das Amt des Oberamtssparkassiers der neu gegründeten Oberamtssparkasse, der heutigen Kreissparkasse, deren Zweck es war,

Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Oberamts-Sparkasse.

Ludwigsburg. Die Amts-Versammlung hat mit Genehmigung K. Kreis-Regierung die Errichtung einer Oberamts-Sparkasse beschlossen, welche am 1. Januar 1852

ins Leben treten soll.

Dieses Institut steht unter der Garantie der Amtskörperschaft.

Der Zweck der Anstalt ist:

unbemittelte oder ärmere, selbstständig oder unselbstständig im Bezirke lebende Personen durch Verzinsung selbst kleinerer Einlagen im Betrage von 2fl. 30kr., 5fl., 7fl. 30kr. und 10fl.; sodann weiterhin in diesem Verhältnisse bis zu 200fl. zur Ansammlung von Ersparnissen, die außerdem leicht nutzlos verwendet oder vergeudet würden, — zu veranlassen.

Ebenso ist den im Bezirk befindlichen Pflögschaften, Kunst-Gemeinde-Stiftungs- und Schulfonds-Kassen gestattet, Gelber, die sie anderwärts nicht leicht gegen die vorgeschriebene Sicherheit unterbringen können, bis zum Betrage von 200fl. einzulegen.

Der Zinsfuß ist bis auf Weiteres auf 4 % festgesetzt.

Die Verzinsung beginnt mit dem 1. Tag des nächsten Monats nach der Einlage, und lauft bis zum 1. des Monats, in welchem die Rückzahlung stattfindet.

Legere geschieht der Regel nach auf vorgängige 4wöchige Kündigung.

Außerdem ist der Zinstermin auf 1. Januar festgesetzt.

Wer seine Einlagen vor Umfluß von 2 Monaten zurückzieht, erhält keine Zinsen-Vergütung; dagegen werden Zinse, welche nicht erhoben werden, je vom vorletzten Jahre zum Kapital geschlagen und sofort gleichfalls verzinst.

Die Ausfertigung und Unterzeichnung der Sparkasse-Scheine hat von dem Kassier und Controlleur, wo nicht früher, oder zur Zeit der Einlage, so doch regelmäßig je am 1. Tag jeden Monats gemeinschaftlich zu geschehen.

Für Einlagen, die in der Zwischenzeit geschehen, stellt der Kassier Interimsscheine aus, welche übrigens nach 45 Tagen ihre Gültigkeit verlieren, daher während dieser Zeit die Ausstellung der förmlichen Einlagescheine geschehen, oder bewirkt werden muß.

Das Nähere enthalten die im Druck erschienenen Statuten, deren wichtigste Bestimmungen auch in die Sparkassen-Scheine oder Büchlein aufgenommen sind.

Die Statuten werden an alle Ortsbehörden versendet werden, und sind außerdem bei dem Kassier zu haben.

Die Ortsbehörden werden dafür sorgen, daß dieses gemeinnützige Institut in den Gemeinden gehörig bekannt werde, und zur Theilnehmung an demselben aufmuntern.

Borgelegte, Eltern, Pfleger, Meister und Dienstherrschäften, denen das materielle und sittliche Wohl ihrer Untergebenen, Angehörigen, Hausgenossen, und Schülern am Herzen liegt, ist hier eine sichere Gelegenheit zur Fürsorge gegeben.

Uebrigens wird der Gemeinderath jeden Orts aufgefordert, nach §. 13 der Statuten einen zuverlässigen Mann als Sparpfleger zu bestellen, welcher die Einlagen, sofern sie der Einleger nicht selbst an die Kasse abliefern will, in Empfang nimmt, und mit einem deutlichen vollständigen Namensverzeichnis unter Angabe der einzelnen Einlagen, an den Oberamtspar-Cassier kostenfrei einsendet; demselben werden sofort auch die Einlage-Urkunden zur Abgabe an die Bethelligten zugesertigt werden.

Zum Oberamtspar-Cassier wurde

Herr Gemeinderath L. Bühner, Silberarbeiter
in Ludwigsburg

gewählt, welcher jeden Dienstag Einlagen annimmt.

Die Verwaltungs-Commission besteht für die nächsten 2 Jahre aus den Herren

Gerichts-Notar Kressl, Vorstand,

Pariskulier Gustav Preys, Controlleur

und

Major v. Seeger im 1. Infanterie-Regiment.

Ludwigsburg, den 20. Decbr 1851.

K. Oberamt. Lang.

»zunächst die ärmeren, selbstständig oder unselbstständig im Oberamtsbezirk lebenden Personen durch Verzinsung selbst kleinerer Einlagen zu Ansammlung von Ersparnissen zu veranlassen«. Er wurde am 13. September 1851 von der Amtsversammlung des Oberamts für zunächst drei Jahre gewählt und am 31. Dezember nach Zahlung einer Kaution von 1000 Gulden in seinem neuen Amt verpflichtet. Die Anfänge waren bescheiden: Einmal pro Woche öffnete Bühler am Dienstag den Schalter in seinem Wohnhaus und nahm Einzahlungen bis maximal 200 Gulden entgegen. Ende Januar 1852 hatte er bereits über 2900 Gulden in der Kasse. Er behielt den Posten bis zu seinem Tod. 1862 beteiligte sich Louis Bühler als Ausschussmitglied des Gewerbevereins aktiv an der Gründung der Spar- und Vorschussbank, der späteren Volksbank.

Louis Bühler war als Bürger und Gemeinderat ein vielseitig beschäftigter Mann. Die Liste seiner zeitweiligen »Nebentätigkeiten« ist beachtlich: 1841 bis 1851 »Distrikt-aufseher«, seit 1846 Ausschussmitglied im Gewerbeverein, ab 1847 Waisenrichter, 1848 Ausschussmitglied der Bürgergesellschaft, 1850 Mitglied einer Einquartierungskommission, 1852 Geschworener des Schwurgerichts Ludwigsburg, Nachlassverwalter und Waisenfleger, ab 1846 Mitglied und ab 1853 Vorstand des städtischen Pfehchamts (Eichamt), Kirchenältester des evangelischen Kirchengemeinderats, Mitglied der städtischen Friedhof-Kommission, der Gewerbesteuer-Einschätzungs-Kommission sowie der Feuerwehr-Organisations-Kommission, 1850 bis 1855 Delegierter bei den Amtsversammlungen des Oberamts, Ausschussmitglied und Kassier des Armenunterstützungsvereins, bis 1850 als Oberschützenmeister Ausschussmitglied der Schützengesellschaft. Bei der ersten Ludwigsburger Gewerbeausstellung, die im Mai 1853 im »Waldhorn« stattfand, war er nicht nur Mitglied des Organisationskomitees, sondern auch noch Aussteller seiner Gold- und Silberwaren. Bisher sind dem Autor nur wenige Vereine bekannt, in denen Louis Bühler nicht aktiv war: u.a. in der Museumsgesellschaft oder in der Kinderheilanstalt des Dr. Werner.

Bei dieser Ämterfülle ist es nicht verwunderlich, dass Louis Bühler am 28. November 1851 im Ludwigsburger Tagblatt die Übergabe seines Geschäftes an den Goldarbeiter Louis Brucker bekannt gab. Als dieser sich dann Ende November 1857 selbständig machte und auszog, übernahm der Uhrmacher Wilhelm Häberle im Februar 1858 den Laden in der Poststraße und bot dort bis zum Verkauf des Hauses im Jahr 1862 seine Uhren und Brillen an. Erhaltene Silberarbeiten von Louis Bühler sind rar. Das Ludwigsburg Museum verwahrt einen reich geschmückten Silberpokal, der am 22. August 1852 Generalleutnant von Röder zu seinem 20-jährigen Vorstandsjubiläum vom Landwirtschaftlichen Verein überreicht wurde.¹ Ferner besitzt die evangelische Stadtkirchengemeinde eine große silberne Abendmahlskanne, eine Stiftung von Kommerzienrat Johann Andreas Neidhardt aus dem Jahr 1853.² Beide Objekte sind mit »BÜHRER« bezeichnet.

Louis Bühler war ein streitbarer, um nicht zu sagen streitlustiger Mann, er mischte sich ein, bezog Stellung zu den unterschiedlichsten Themen, er polarisierte, provozierte und ließ sich provozieren. Hier nur zwei Beispiele: 1850 legte er sich mit dem Stadtwerkmeister a. D. Friedrich Baumgärtner d. Ä. an, dem er vorwarf, durch unvorteilhafte Auftragsvergabe bei der Instandsetzung von Öllaternen die Stadtkasse um mehr als 100 Gulden geschädigt zu haben. Ende 1855 entbrannte vor der Gemeinderatswahl in aller Öffentlichkeit ein heftiger Streit zwischen Bühler und dem Kaufmann Bäßler. Die Bühne des Streits war, wie immer in diesen Fällen, das Ludwigsburger Tagblatt. Bühler warf Bäßler direkte Wahlmanipulation vor, worauf



*Silberarbeiten von Louis Bühler:
Pokal für Generalleutnant von Röder, 1852 (links) und eine von
Kommerzienrat Neidhardt 1853 gestiftete Abendmahlskanne (rechts).*

Bäßler konterte und Bühler seine Rückkehr aus Brüssel und sein angeblich erschlichesenes Bürgerrecht vorwarf. Nach einem Monat Hin und Her stellte das Tagblatt die Berichterstattung ein, weshalb der Ausgang der Privatfehde nicht bekannt ist.

Bühlers landespolitisches Engagement blieb überschaubar. 1848 trat er dem Patriotischen Verein von Ludwigsburg bei und war Mitglied eines Wahlkomitees zur Suche eines passenden Kandidaten für die Nationalversammlung. Am Ostermontag des Revolutionsjahres 1848 meldete er sich im mittleren Schlosshof bei einer turbulenten Volksversammlung vor der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung als Redner zu Wort und unterstützte, allerdings erfolglos, den Hohenecker Fabrikanten Weigle als Kandidaten einer gemäßigt pietistischen Richtung. Bei den Wahlen zur württembergischen Ständeversammlung in den Jahren 1857 und 1862 wurde Bühler zu einem der 43 Ludwigsburger Wahlmänner II. Klasse bestimmt.

Im Februar 1857 fand Louis Bühler dann endgültig seine Lebensaufgabe: die Errichtung des Gaswerks und die Einführung der Gasbeleuchtung in Ludwigsburg, über die in einem weiteren Aufsatz in diesem Heft berichtet wird. Als die »Gasbeleuchtungssache« Mitte 1858 auf den Weg gebracht war, wandte sich Louis Bühler mit derselben Zielstrebigkeit der »Wasserfrage«, d.h. der Verbesserung der Wasserversorgung von Ludwigsburg zu.³ Zusammen mit dem streitbaren Pfarrer Mayer aus Pflugfelden

rief er im Juli 1858 einen Aktien-Verein ins Leben, der die Bohrungen nach Quellen im Bereich der heutigen Gießhausstraße finanzierte. Ab 1862 setzte er sich dann als Vorstand der städtischen Wasserwerks-Kommission mit dem ihm eigenen Nachdruck für die Errichtung eines städtischen Wasserwerks südlich des Feuersees ein. Zur gleichen Zeit initiierte Bühler zusammen mit Gleichgesinnten des Gewerbevereins regelmäßig stattfindende Bürgerversammlungen zum Wohle der Stadt, in deren Verlauf viele interessante Vorschläge eingebracht wurden, u.a. die Umpflanzung des Marktbrunnens mit Bäumen, die alljährliche Abhaltung eines Maienfestes oder die Gründung eines Sommertheaters in einem öffentlichen Garten.

Die Rolle Bühlers in dem seit 1859 währenden Hickhack um den Verlauf der Myliusstraße⁴ vom Bahnhof in Richtung Innenstadt soll nicht unerwähnt bleiben. Nachdem Bühler als französisch sprechender Vertreter der Stadt im Sommer 1859 in Paris mit General Ferdinand von Mylius⁵, dem Finanzier der Straße, erfolgreich einen Vertrag über den Bau der Straße ausgehandelt hatte, wurde ihm drei Jahre später vom General vorgeworfen, die Planung des Straßenverlaufs so beeinflusst zu haben, dass er, Bühler, von seinem Haus in der Poststraße einen unverbaubaren Blick auf den Bahnhof hatte. Ein Verdacht, der heute nicht mehr zu klären ist, zumal Bühler das Haus aus nicht näher bekannten Gründen im April 1862 für 20 000 Gulden an den Kaufmann C.H. Viehäuser verkauft hatte, allerdings als Mieter darin weiter wohnte.

Die Vollendung des Wasserwerks und der Myliusstraße erlebte Louis Bühler nicht mehr. Er starb, noch nicht einmal sechzig Jahre alt, am 29. August 1863 an einem »Nervenschlag«. Er wurde auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg bestattet. Der Ort des Grabes ist bekannt, die Grabstelle selbst aufgelassen. In dem am 1. September im Ludwigsburger Tagblatt erschienenen Nachruf wurde sein kämpferischer, oft aneckender Charakter eher zwischen den Zeilen beschrieben: »Wenn auch seine Wahl stets die härtesten Kämpfe im Gefolge hatte, so wurde eben damit nur die alte Erfahrung bestätigt, dass auch das wohlgemeinteste Beste seine Gegenanschauungen findet und das Neue und Gute im Leben allüberall im Kampfe errungen werden muss. Bühler hat übrigens, von welcher Seite Nützliches und Gutes für seine Vaterstadt geschaffen werden wollte, nach allen Seiten gerne und ehrlich die Hand geboten; er

Codes - Anzeige.

Schmerzerfüllt theile ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten — statt besonderem Leibansagen — auf diesem Wege die traurige Nachricht mit, daß heute früh 7,8 Uhr mein lieber Gatte

Louis Bühler


an einem Nervenschlage verschieden ist.

Die Beerdigung findet am Montag den 31. August, Nachmittags 4 Uhr, statt. Fußleiche.

Um stille Theilnahme bittet

Den 29. August 1863.

die tiefbetrübte Wittwe
Leonide Bühler.



Ludwigsburger Tagblatt, 30. August 1863.

selbst hat am meisten getan; dessen ist unter vielem anderem vor allem das städtische Gaswerk Zeugnis, das unter seiner trefflichen und uneigennützigem Leitung eine schöne Einnahmsquelle geworden und allein hinreichend ist, unsern Kindern und Enkeln seinen Namen zu ehrendem Gedächtnis aufzubewahren.«

General Mylius, der sich bekanntlich mit Louis Bührer nicht besonders gut verstand, charakterisierte ihn in einem offenen Leserbrief im Ludwigsburger Tagblatt vom 9. Januar 1861. Er schreibt, sicher nicht ganz unzutreffend, u.a.: »Hr. Bührer hat einen sehr großen Einfluss, er ist Direktor der Sparkasse, er hat viele Gewandtheit, er macht die Vorschläge, verfasst die Verträge, er ist das Faktotum des Gemeinderats [...]. Hr. Bührer macht mich sagen, was er will, aber nicht, was ist, ja selbst das Gegenteil.«

Beim Rückblick auf die 30-jährige Erfolgsgeschichte des Gaswerks erinnerte der Berichterstatter der Ludwigsburger Zeitung am 1. Dezember 1888 den Leser auch an Louis Bührer: »Das Hauptverdienst um die Errichtung der Gasfabrik durch städtische Mittel und die baldige Auflösung des Pachtvertrags mit Stephenson fiel dem allzeit rührigen Gemeinderat Bührer zu, der nicht ruhte, bis die anfangs große Gegnerschaft in den städtischen Kollegien hiezu umgestimmt war zum Heil und Segen für die Stadt.« Zwanzig Jahre später, beim 50-jährigen Jubiläum des Gaswerks, tauchte der Name Louis Bührer schon nicht mehr auf, bis heute hat sich nichts daran geändert. Die Bührerstraße in der Ludwigsburger Oststadt wurde übrigens nicht nach Louis Bührer, sondern nach seinem Neffen Carl August Bührer, dem erfolgreichen Metallwaren-Fabrikanten, benannt. Eine späte Ehrung erfuhr Louis Bührer durch die Namenspatenschaft für den 2007 eingeweihten Festsaal in einem Neubau der Kreissparkasse Ludwigsburg in der Uhlandstraße.⁶

Léonide Bührer überlebte ihren Mann um 24 Jahre. Sie starb am 14. September 1887 in Ludwigsburg. Nach dem gemeinsamen Testament von 1858, das nach Louis Bührers Tod zwar eröffnet, aber erst jetzt vollstreckt wurde, erhielten die Kinderheilanstalt, das Mathildienstift, das Privatkrankenhaus, die katholische Kinderrettungsanstalt in Muldingen und die evangelische Stiftungspflege in Ludwigsburg je 171 Mark, den Gegenwert von 100 Gulden, zur Vermehrung des »Grundstocks«. Das restliche Vermögen wurde nach Versteigerung des Hausrats auf die Verwandtschaft von Louis und Léonide Bührer verteilt.

Anmerkungen

Alle für den Aufsatz verwendeten Unterlagen sind im Stadtarchiv Ludwigsburg in einer detaillierten Materialsammlung unter der Signatur S 3/1 Nr. 54 zusammengefasst.

- 1) Ludwigsburg Museum, Inv. Nr. 4630 V 99.
- 2) Oscar Paret: Die Stadtkirche in Ludwigsburg, Ludwigsburg 1962, S. 38. Die dort unter Nr. 21 beschriebene Abendmahlkanne stammt nicht, wie Paret vermutete, vom Kupferschmied Friedrich Bührer, sondern aus der Silberwerkstatt von Louis Bührer.
- 3) Günther Bergan: »Laufendes Wasser ist eine Lebensfrage für Ludwigsburg«. Die Anfänge der städtischen Wasserversorgung 1858–1867, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 66 (2012) S. 149–166.
- 4) Wolfgang Läßle: General Ferdinand Friedrich Heinrich von Mylius und seine Straße in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 44 (1990) S. 7–50.

- 5) Ferdinand Friedrich Heinrich von Mylius, französischer General, 1784 in Ludwigsburg geboren, 1866 in Paris gestorben. Er finanzierte 1858 die Orgel der Stadtkirche und anschließend den Bau der Straße zum Bahnhof, der Myliusstraße.
- 6) Die künstlerische Gestaltung des Eingangsbereichs mit einer Büste von Louis Bührer stammt von Norbert Kempf, Backnang.

Quellen

Staatsarchiv Ludwigsburg

E 191 Bü 7320 (Oberamtssparkasse Ludwigsburg, Gründung)

F 181 I Bü 14, 15 (Protokolle Amtsversammlung)

Stadtarchiv Ludwigsburg

L 5 B 1068 (Cognitions-Urkunde; Louis Bührer), B 1755 (Realteilung; Léonide Bührer)

L 34 Bd. 9 (Bürgerliste) Nr. 2646

L 63 (Bauakten/Baugesuche) Bü 157

L 105 (Steuerbücher) Bde. 54–69

L 150 (GR-Protokolle Ludwigsburg) Bde. 44, 49, 52–54, 57, 60–69, 74, 75

L 165 (Kaufbücher) Bde. 95, 103

L 180 (Gräberbücher) Bd. 13s, eingelegter Plan, Alter Friedhof Viertel D, 1909

S 3/1 Nr. 54 (Materialsammlung Louis Bührer)

V 1/4 (Kirchenbücher und Familienregister) S. 400 f.

Ludwigsburger Wochenblatt, Ludwigsburger Tagblatt, Ludwigsburger Zeitung

Schwäbische Chronik

Ludwigsburg im Ersten Weltkrieg

Alltag in der Garnisonstadt*

von Wolfgang Läßle

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin im bosnischen Sarajewo am 28. Juni 1914 durch einen serbischen Nationalisten war zwar der Anlass, nicht aber die Ursache für den Ersten Weltkrieg. Schon seit Jahren schien eine militärische Lösung der wachsenden politischen Spannungen in Europa unvermeidlich. Für Österreich-Ungarn spielten dabei der Interessenkonflikt mit Russland auf dem Balkan sowie die aggressive nationalistische Politik Serbiens eine zentrale Rolle; Österreich-Ungarn befürchtete den Zusammenbruch der Monarchie, weshalb es der serbisch-russischen Expansionspolitik Einhalt gebieten wollte. Das Deutsche Reich indes hatte sich durch eine ungeschickte Außenpolitik ins Abseits manövriert und die Bildung der »Entente cordiale« zwischen Frankreich, Großbritannien und Russland nicht verhindern können. Der Dreibund von Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien war kein stabiles Bündnis, nicht zuletzt wegen der italienischen Gebietsansprüche gegen Österreich.

Die Donaumonarchie nahm das Attentat zum Anlass, mit Serbien abzurechnen, wobei sie sich der Unterstützung des Deutschen Reiches sicher sein konnte. Das von Österreich-Ungarn gestellte Ultimatum vom 23. Juli, das die Einbeziehung von österreichischen Behörden bei den Ermittlungen gegen die Hintermänner des Attentats und deren strafrechtliche Verfolgung vorsah, war für Serbien von vornherein unannehmbar. Allerdings konnte nie ein Zusammenhang zwischen dem Attentat und der serbischen Regierung bewiesen werden. Da Serbien auf das Ultimatum nicht einging, brach Österreich-Ungarn seine diplomatischen Beziehungen zu dem Balkanstaat ab. Nun mobilisierten beide Staaten ihre Streitkräfte, wobei Serbien mit der Rückendeckung Russlands rechnen konnte. Schließlich erfolgte am 28. Juli die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien, wenn man so will aus veralteten Ehrbegriffen, einer versagenden Diplomatie und in Anerkennung der Realitäten. Russland antwortete mit Mobilmachung, die sich nicht nur gegen die Donaumonarchie, sondern auch gegen ihren Verbündeten Deutschland richtete.

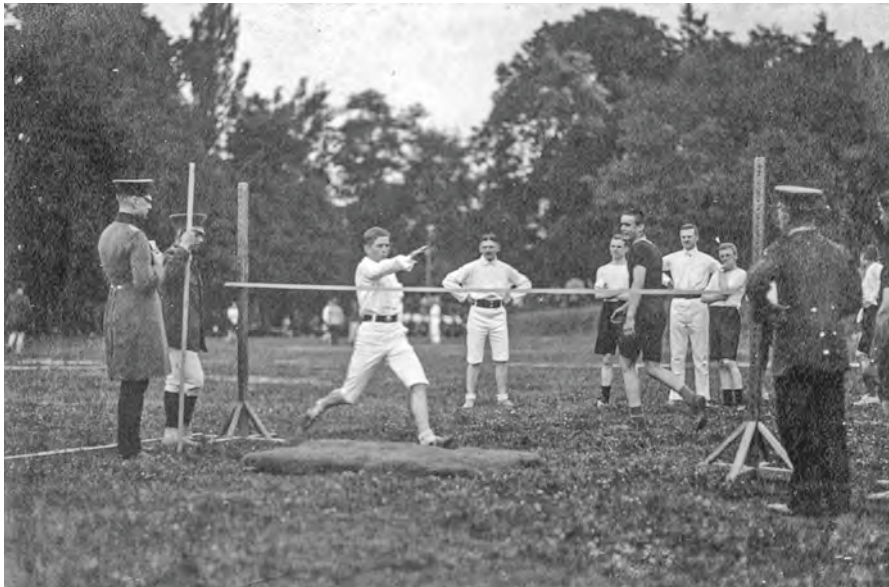
Das Deutsche Reich war davon überzeugt, dass nun ein Krieg gewagt werden müsse, da es sich einige Jahre später in einer militärisch aussichtslosen Lage befinden würde. Es erklärte schließlich am 1. August Russland und zwei Tage später Frankreich den Krieg. Eine Kriegserklärung folgte der anderen. Den Lauf der Dinge bestimmten nunmehr der Mechanismus der Bündnisse sowie militärische Planungen. Die meisten europäischen Staaten befanden sich plötzlich im Krieg. Alle gingen aber zunächst

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 13. November 2014 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

davon aus, dass es sich um einen zeitlich kurzen Konflikt handeln würde. Aus einem anfangs begrenzten militärischen Schlagabtausch wurde jedoch ein über vier Jahre dauernder Bündniskrieg, der die Machtverhältnisse in Europa grundlegend verändern sollte.

In Ludwigsburg verliefen die ersten Wochen nach dem Attentat in Sarajewo zunächst noch verhältnismäßig ruhig. Es herrschte Urlaubsstimmung. Damals konnte man auf dem Gelände hinter dem Rathaus eine am 15. Juni 1914 durch den württembergischen König eröffnete Gewerbe- und Industrieausstellung besuchen, die auf großes Interesse stieß und Menschen aus nah und fern anzog. Die mit großer Sorgfalt vorbereitete Leistungsschau bot zahlreiche Sehenswürdigkeiten und ermöglichte einen umfassenden Überblick über das hohe Niveau der Ludwigsburger Industrie und die Vielseitigkeit des hiesigen Gewerbes. Allerdings wurde die Ausstellung wegen des Kriegsausbruchs vorzeitig beendet.

Ende Juli veranstaltete das Infanterieregiment Nr. 121 beim Schloss Monrepos ein Sportfest. Diese Veranstaltung, die erste ihrer Art, zeigte, in welcher vielseitigen Weise der Sport inzwischen beim Militär Einzug gefunden hatte. Beendet wurden die Wettkämpfe mit einem geselligen Beisammensein, bei dem auch die Damen der Offiziere zugegen waren. Damals sprach man schon von einem Urlaubsverbot für Offiziere. Obwohl die Stimmung ernst war, ging das Fest weiter. Ein Zeitzeuge erinnert sich: »Trotz der schönen Spiele und der vielseitigen Unterhaltungen waren die Gemüter sehr gespannt, da verschiedene Offiziere telefonisch zurückgerufen wurden, was mit einer bevorstehenden Mobilmachung zusammenhängen sollte. Nach Beendigung der Spiele war noch Großer Zapfenstreich. Die Regimentsmusik spielte das Gebet: ›Wir treten zum Gebet vor Gott den Gerechten‹, welches eine so rührende Vorahnung hatte.«



Sportfest des Infanterieregiments Nr. 121 beim Schloss Monrepos, 29. Juli 1914.

Ludwigsburger Zeitung.

Ludwigsburger Tagblatt.

Verleger: Robert Gieseler, Druck:
anstalt für Buchdruckerei: Hofb. J. A. M. S.,
Verlagsort: L. d. M. S., am 1. d. A.

Amtsblatt für Stadt und Bezirk.

Verantwortlicher: Dr. W. Bräutigam
oder Herrmann M. A. M. S. M. S.
Verlagsort: L. d. M. S., am 1. d. A.

Nr. 178.

Samstag den 1. August abends 7 Uhr

1914.

Mobilmachung befohlen.

Bekanntmachung.

Nach heute eingetroffenem Mobilmachungsbefehl ist als **erster Mobilmachungstag** bezeichnet der **Sonntag, der 2. August d. J.** Die Ortsbehörden haben den Inhalt des Mobilmachungsbefehls alsbald nach dem aufgestellten Plan bekannt zu machen. Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

Bekanntmachung.

Nachdem der Mobilmachungsbefehl erlassen worden ist, ist bis nach Beendigung der Pferdeabhebung jede Ausfuhr von Pferden in andere Oberamtsbezirke und Kreiskassen verboten. Zuwiderhandlungen werden für jeden einzelnen Fall mit der in § 27 des Kriegsteilungsgegesetzes vorgesehene Strafe geahndet. Eine Ausnahme von dem Verbot findet nur statt, wenn nachweisbar der Verkauf an Militärbehörden des Abhebungsbezirks oder an solche Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere oder Militärbeamte, welche sich die Pferde für ihre Mobilmachung selbst beschaffen, geschehen ist.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

Die Ortsvorsteher

denjenigen Gemeinden, welche an den einzelnen Mobilmachungslagen Gespanne zu stellen haben, haben dafür Sorge zu tragen, daß die hiebsbezüglich erteilten Aufträge auf das Pünktlichste zum Vollzug gelangen.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

An die Besitzer von Gast- und Schankwirtschaften im Bezirk.

Nachdem die Mobilmachung für das 13. Reservecorps befohlen ist, ergeht die ebenso bestimmte als dringende Aufforderung, die Abgabe gefäßiger Getränke an die Einberufenen nach Möglichkeit zu beschränken. Die Ortspolizei wolle in ihrem Teil auf Einhaltung dieser Anordnung hinarbeiten. An die an der Bahn gelegenen Gemeinden ist besonderer Erlass ergangen, welcher hiermit eingeschickt wird.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

Einquartierung betreffend.

Die Gemeinden des Bezirks

werden angewiesen, die aus Anlaß der Mobilmachung erforderlich werdenden Einquartierungen, woüber Ausschreiben am 26. März 1914 ergangen ist, auf Anforderung ohne Verzug zu leisten.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

Diejenigen Gemeinden,

welche Bahnschutzwachen zu stellen haben, haben den Anzug der letzteren unverzüglich hierher anzuzeigen.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt Ver f i s h.

Bekanntmachung.

betreffend die Errichtung von Benzin- und Oelentnahmestellen für militärische Kraftfahrzeuge infolge der Mobilmachung.

Nach Mitteilung des R. Bezirkskommandos Ludwigsburg werden für militärische Kraftfahrzeuge Benzin- und Oelentnahmestellen errichtet in: Untertürkheim — im Reichshof an die Taunus Werke — Heilbrunn Mm., Grailsheim, Friedbrunnshausen, Dahn, Rentlingen, Freudenstadt, Kales, Wergentheim, Wilschhausen, Bamberg, Würzburg, Kaiserrotentzen, Speyer und Zweibrücken.

Die Ortsvorsteher werden angewiesen, den Führern von militärischen Kraftfahrzeugen auf Ansuchen bei Bedarf an Benzin, Oel usw. sowie bei Unfällen jeder Art (Blutverlusten etc.) die nötige Anweisung zu geben bezw. Hilfe zu leisten.

Ludwigsburg, den 1. August 1914.

R. Oberamt: Ver f i s h.

Am 1. August hörte man in der Stadt an verschiedenen Stellen einen kurzen Trommelwirbel, dem die Verkündung des Kriegszustandes durch einen Offizier folgte. Noch am selben Tag konnte man in der Zeitung und auf den Anschlagssäulen in lapidarer Kürze lesen: »Mobilmachung befohlen«. Erster Mobilmachungstag war Sonntag, der 2. August 1914.

Auch in Württemberg war man größtenteils davon überzeugt, dass nun die deutsche Nation »in den ihr aufgedrungenen Kampf um die höchsten Güter einzutreten« habe, wie im Kriegsaufruf König Wilhelms II. zu lesen ist. »Begeistert folgen auch wir Württemberger dem Ruf des Kaisers«, heißt es darin weiter.

Mit der Erklärung des Kriegszustandes ging die sogenannte vollziehende Gewalt auf das Militär über. Der Garnisonälteste in Ludwigsburg bekam gewissermaßen die Oberhoheit über die Stadt.

Die aktiven württembergischen Truppenteile wurden nun rasch und reibungslos auf Kriegsstärke gebracht und mit Reservisten aufgefüllt. Da die Ludwigsburger Kasernen zur Unterbringung der neu eintreffenden Soldaten nicht genügend Platz boten, mussten auch Bürgerquartiere bereitgestellt werden. Ein Zeitzeuge: »An die Opferwilligkeit der Bevölkerung, die aber keinen Augenblick versagte, wurden starke Anforderungen gestellt, insbesondere durch die große Quartierlast. Das Städtische Quartieramt hatte eine Riesearbeit zu bewältigen, die sich aber, von geringen Ausnahmen abgesehen, reibungslos entwickelte. Trotzdem Teile des Standortes sofort nach der Mobilmachung in die umliegenden Ortschaften verlegt wurden und man dadurch Raum für die einrückenden Reservisten gewann, waren alle Teile der Stadt mit Quartierleuten belegt, es war bald kein Plätzchen mehr für sie frei.«

Mit »patriotischer Begeisterung« wurden dann die in feldgrauer Uniform ausmarschierenden Soldaten verabschiedet. Man rechnete mit einem schnellen Sieg für Deutschland. Ein in der »Ludwigsburger Zeitung« erschieener Bericht gibt die damalige Stimmung wieder, die zu Kriegsbeginn nicht nur in Ludwigsburg herrschte: »Wer im Laufe der letzten Woche die Abtransporte unserer ins Feld rückenden Truppen und die dabei an den Tag gelegte Begeisterung der Bevölkerung beobachtet, hat eine weitere Steigerung dieser von wärmstem vaterländischem Empfinden getragenen Kundgebungen kaum für möglich gehalten. Und doch trat diese Steigerung am Samstag und gestern ein. Der Bahnhof war, insbesondere in den Abendstunden, unaufhörlich von einer dichten Menschenmenge umlagert und tosender Beifall empfing jeden anmarschierenden Truppenteil, begrüßte jeden durchfahrenden Zug, dessen Insassen ebenso herzlich und begeistert erwiderten. [...] Einen erhebenden Eindruck hinterließen auch die immer wieder von den Truppen und dem Zivil angestimmten patriotischen Gesänge.«

Das Tieftraurige des Abschieds ging indes im allgemeinen Jubel nahezu vollständig unter. Für unzählige Soldaten sollte es ein Abschied für immer sein. Heute wissen wir, dass es aber nicht nur Begeisterung gab. Beispielsweise hatten insbesondere Bauern und Arbeiter einen großen Vorbehalt gegen den Krieg.

Die meisten Ludwigsburger Truppenteile wurden in Kornwestheim auf die Eisenbahn verladen, da der Ludwigsburger Personenbahnhof zu eng und zu kurz war. Zudem reichten die Aufnahmekapazitäten der Militärverladerampen in Ludwigsburg nicht aus. Dagegen bot der Kornwestheimer Bahnhof die notwendigen Voraussetzungen zur reibungslosen Verladung der Soldaten und des Kriegsmaterials.

Nach dem Abtransport der aktiven Truppenteile war in Ludwigsburg die Militärpräsenz nach wie vor groß. Zurückgeblieben war pro Regiment nur das Ersatzbataillon,



Soldaten auf dem Weg zum Bahnhof.



Verabschiedung am Bahnhof.

das für den Personalersatz zuständig war. Außerdem formierten sich nunmehr auch die Reserve- und Landwehrtruppenteile, die sich aus älteren Reservisten zusammensetzten.

Der Strom der neu Einberufenen, zu denen auch eine große Zahl Kriegsfreiwilliger gehörte, Aushebungen, Einkleiden, Ausrüsten und Verladen von Soldaten und militärischem Gerät rissen nicht ab. In den Kasernen, auf den Exerzierplätzen, Reitbahnen und sonstigen militärischen Anlagen wurden die Soldaten Tag und Nacht für ihren Kriegseinsatz ausgebildet.

Carlo Schmid, der spätere SPD-Politiker und Staatsrechtler, beschreibt in seinen »Erinnerungen« seine ersten militärischen Schritte als Kriegsfreiwilliger bei den Ludwigsburger Ulanen: »Meine Ausbildungszeit glich der von Hunderttausenden. Ich lernte auf dem Kasernenhof den Fußdienst und auf der Reitbahn das militärische Reiten, dagegen so gut wie nichts über den Umgang mit Waffen. Umso gründlicher wurde ich in die Geheimnisse des Stalldienstes und der Futterkammer eingeweiht und erfuhr dabei, dass die schlimmsten Vorgesetzten nicht unbedingt die Polterer sind und dass für die Schinderei, die es immer wieder gab, nicht so sehr die Vorgesetzten verantwortlich waren als vielmehr die »alte Mannschaft«, die den dummen Rekruten zeigen wollte, was den rechten Soldaten ausmacht. Für die Kriegsfreiwilligen hatten diese Männer nicht viel Sympathie. Sie nannten uns »Mutwillige« mit einem Tonfall in der Stimme, der manchmal nicht mehr spöttisch, sondern schon feindselig klang. Ich war recht froh, als wir als erster Nachersatz ins Kriegsgebiet kamen.«

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass sich auch der Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Gustav Hartenstein freiwillig für den Kriegseinsatz zur Verfügung stellte. Er diente als Hauptmann der Landwehr nicht an der Front, sondern in der Garnison Ludwigsburg. Die Dienstgeschäfte als Oberbürgermeister nahm er dabei weiterhin wahr.

Anfang August 1914 rückte das XIII. (Königl. Württ.) Armeekorps im Verband der 5. Armee in Frankreich ein. Schwere Kämpfe hatten die Württemberger zunächst bei Mülhausen-Sennheim im Südsass, bei Longwy, in den Argonnen, dann im April 1915 vor Ypern, im Juli 1915 am Narew in Russisch-Polen, in Serbien und ab Februar 1916 vor Verdun sowie ab Juni 1916 an der Somme zu bestehen.

Alle nun von der Front eintreffenden Nachrichten wurden in der Heimat mit besonderem Interesse verfolgt. Dazu gehörte auch, dass zu Beginn des Krieges noch bei jedem größeren Sieg, insbesondere wenn Ludwigsburger Truppenteile daran beteiligt waren, die Stadt Flaggenschmuck anlegte und mit Freudenschüssen und Glockengeläut »mitfeierte«.

Der anfängliche Bewegungskrieg erstarrte aber schon bald zum Stellungskrieg, der sich mit neuester Kriegstechnik zu einer furchtbaren Materialschlacht, einem mörderischen Maschinenkrieg mit Trommelfeuer, Maschinengewehren, Gasgranaten, Fliegerbomben und Flammenwerfern weiterentwickelte. Inmitten dieser gnadenlosen Tötungsmaschinerie kämpften die Frontsoldaten ums Überleben. Die furchtbare Realität des Grabenkrieges, Hunger, Dreck, Verwundung und elendes Sterben relativierten sehr schnell die anfängliche naive Vorstellung von Krieg und Sieg.

Sofern möglich fanden für die ausrückenden Truppen regelmäßige Gottesdienste mit Abendmahl und Beichte statt. Bald schon mehrten sich auch die in den Kirchen und in der Synagoge abgehaltenen Gedächtnisgottesdienste für gefallene oder an Wunden und Krankheiten verstorbene Soldaten. Die in den Zeitungen veröffentlichten Todesnachrichten aus dem Feld und die Traueranzeigen für gefallene Soldaten



Eine Ersatzformation der Feldartillerie im Innenhof des Alten Wagenhauses.



Artilleristen beim Geschützexercieren im Hof der Fußartilleriekaserne an der Stuttgarter Straße.

nahmen von Tag zu Tag zu. Schon die ersten Kriegsmonate brachten unvorstellbare Verluste. Die Nachrichten von der Front und der raue Kriegsalltag mit seinen ungeheuren Entbehrungen und Lasten führten schon bald zur Ernüchterung, auch bei den Menschen in der Heimat. Die anfängliche Kriegsbegeisterung war rasch verflogen.

Das Kommen und Gehen von Soldaten ging indes auch in den folgenden Kriegsjahren in Ludwigsburg unvermindert weiter. Hierzu trugen insbesondere Truppenverlegungen und Aushebungen weiterer Wehrpflichtigen-Jahrgänge bei. Tausende und abertausende Reservisten, Landwehr- und Landsturmmänner sowie Freiwillige bevölkerten im Laufe des Krieges die Stadt. Auch die Einrichtung von Lazaretten und Kriegsgefangenenlagern trug mit dazu bei, dass stets eine große Zahl Soldaten in Ludwigsburg vorhanden war.

Im Mai 1915 wurde auf dem Exerzierplatz Eglosheim ein Barackenlager für 3 800 Kriegsgefangene eingerichtet. In württembergischen Kriegsgefangenenlagern waren von August 1914 bis Juli 1918 über 60 000 Gefangene untergebracht; in den ersten beiden Kriegsjahren waren es vor allem Franzosen und Russen, 1916 kamen dann Serben, 1917 Italiener, außerdem Belgier und Rumänen hinzu.

Neue, bislang unbekannte Militärformationen wurden aufgestellt. Beispielsweise hatte sich bereits zu Beginn des Krieges bei den Kämpfen in den Vogesen gezeigt, dass für den Gebirgskrieg eine besondere Artillerietruppe gebraucht wurde. Dies führte dazu, dass in Ludwigsburg ab März 1915 eine Gebirgskanonen-Batterie formiert wurde. Kurz vor ihrem Abmarsch ins Feld wurde die mit Pferden und Maultieren ausgestattete Einheit in feldmarchmäßiger Ausrüstung noch vom württembergischen König auf dem Kleinen Exerzierplatz besichtigt.

Außerordentlich groß war der Bedarf an Verpflegung und Bekleidung für das Militär, aber auch an militärischem Gerät, Ausrüstung, Waffen und Munition. Im Ludwigsburger Kriegsbekleidungsamt an der heutigen Hindenburgstraße wurde die Produktion wesentlich gesteigert und den Erfordernissen des Einsatzes an der Front angepasst. Für die Instandsetzung bzw. Reparatur der in Unmengen beschädigt aus dem Feld zurückgekommenen Uniformteile und Ausrüstungsgegenstände war das Kriegsbekleidungsamt ebenfalls zuständig. Ähnliche Betriebsamkeit herrschte auch bei anderen Militäreinrichtungen, die für die Versorgung und Ausstattung des Feldheeres mit Verpflegung, Waffen und Munition zuständig waren.

Hatte das württembergische Armeekorps in Friedenszeiten etwa 5 500 Pferde, so wurden bei Kriegsausbruch rund 27 000 benötigt, die durch zusätzliche Aushebungen beschafft werden mussten – insbesondere als Zugpferde für Geschütze, Pack-, Munitions- und Lebensmittelwagen sowie für Feldküchen.

Viele Arbeiten und Materiallieferungen für das Militär wurden während des Krieges an Ludwigsburger Gewerbebetriebe vergeben. In Firmen, die Heeresbedarf herstellten, aber auch in anderen Bereichen, wie z.B. bei der Post oder in der öffentlichen Verwaltung, wurden anstelle der im Feld stehenden Männer vermehrt Frauen und Mädchen beschäftigt. Selbst in deutsche Gefangenschaft geratene gegnerische Soldaten wurden zu Arbeiten herangezogen, vor allem in der Landwirtschaft.

Stets herrschte Angst vor Spionen. Ein Zeitzeuge erinnerte sich: »Lebhafte Beachtung fanden die Warnungen der Behörden an die Bevölkerung, die Augen gegenüber Spionageversuchen wach zu halten und nötigenfalls rücksichtslos einzugreifen. Es schwirrten alsbald die ungeheuerlichsten Gerüchte über aufgetauchte Spione durch die Luft und fanden willige Gläubige. Mehr und mehr entwickelte sich eine wahre Spionagepsychose, und an allen Ecken und Enden wollte man verdächtige Elemente



Blick von der Eglosheimer Katharinenkirche nach Westen auf das Kriegsgefangenenlager.



Französische Kriegsgefangene im Kriegsgefangenenlager Eglosheim.



»Pferdepflege«, um 1915.

bemerkt haben. Alle in die Stadt führenden Straßen wurden einer scharfen Bewachung unterstellt, die namentlich durchfahrenden Kraftwagen galt. Auf der Eisenbahn galt fast jedermann, der sich irgendwie auffällig machte, als Spion. Übel mitgespielt wurde u.a. einem polnischen Ehepaar, das, aus der Schweiz kommend, in einem Schnellzug die hiesige Station erreichte. Da seine Sprache nicht verstanden wurde, erschienen die beiden Leute ihrer Umgebung im Wagen als verdächtig, und beim Einlaufen des Zuges auf den [Ludwigsburger] Bahnhof brach der Tumult los. Der Mann, ein Notar, wurde ohne viel Umstände durch das Abteilstfenster auf den Bahnsteig geworfen, die Frau konnte den Wagen zwar noch verlassen, aber draußen fiel die Menge über beide her und schlug mit allen möglichen Gegenständen auf sie ein. Der auf dem Bahnhof wachhabende Offizier wusste der erregten Szene, die für das Leben der Überfallenen befürchten ließ, auf keine andere Weise ein Ende zu bereiten, als dass er das Standrecht verkündete und mit Scharfschießen drohen ließ. Das hatte endlich den gewünschten Erfolg. Die aus zahlreichen Wunden blutenden beiden Leute wurden in das Bezirkskrankenhaus verbracht und dort in ärztliche Behandlung gegeben.«

Zu den Kriegsmaßnahmen gehörte auch die Einführung der militärischen Zensur für den Nachrichtendienst der Presse. Unbedingte Verschwiegenheit über alle Maßnahmen, die mit dem Krieg in Zusammenhang standen, war oberstes Gebot. Das galt aber nicht nur für militärische Belange, sondern auch für Anordnungen der Zivilbehörden, für Vorgänge in Privatbetrieben – im Grunde genommen für alle Lebensbereiche. Nachrichten, die Soldaten vom Kriegsschauplatz an ihre Angehörigen sandten, durften nicht weitergegeben werden. Dem Feind sollte es nicht gelingen, Informationen über militärische Aktivitäten auszuspähen.

Die Wachtkommandos wurden verstärkt und die Einwohner darauf aufmerksam gemacht, dass Wachtposten nach zweimaligem Zuruf von der Schusswaffe Gebrauch machen würden. Sehr ernst genommen wurde von allen militärischen und zivilen

Dienststellen der Schutz militärischer Anlagen, Kasernen, Magazine usw. sowie der Bahnstrecken, der Brücken und Übergänge. Gleich bei Kriegsbeginn wurde ein Zivilist von einem Posten in der Nähe der Munitionsdepots an der Solitudeallee erschossen. Ein weiterer tragischer Vorfall ereignete sich auf dem Exerzierplatz Egosheim, wo eine Frau getötet wurde, weil sie den Halt-Ruf eines Wachtsoldaten nicht befolgt hatte.

Während des Krieges gab es in Ludwigsburg zwei Militärlazarette, denen mehrere Reserve- und Vereinslazarette des Roten Kreuzes unterstellt waren. Das Stadtspital diente als Lazarett für kriegsgefangene Franzosen und Russen. Die ersten in Ludwigsburg eintreffenden Verwundeten und Kranke waren deutsche Soldaten, die im Elsass gekämpft hatten. Bis zum Ende des Krieges trafen insgesamt 90 Lazarettzüge in Ludwigsburg ein, wobei über 11 000 Verwundete und Kranke ausgeladen und zur medizinischen Behandlung in die hiesigen Lazarette verbracht wurden.

Schlimm war eine Typhusepidemie, die Anfang 1916 in einem Ludwigsburger Lazarett ausbrach und zahlreiche Soldaten dahinraffte. Im Juli 1917 folgte dann eine Ruhrepidemie, die ebenfalls viele Opfer forderte. Kurz vor Kriegsende, im Sommer und Herbst 1918, starben in Ludwigsburg noch viele Menschen, darunter auch viele Soldaten, an einer grassierenden Grippe.

Im Verlauf des Krieges erweiterte sich notgedrungen das Aufgabenspektrum des Roten Kreuzes. So gab es beispielsweise eine »Abteilung für Liebesgaben und Sanitätsmittel«, die Geschenkpäckchen (»Weihnachts- und Königin-Geburtstagschachteln«) und »Verbandpäckchen« für die Soldaten im Feld zusammenstellte. Darüber hinaus wurde zusätzliches weibliches Krankenpflegepersonal ausgebildet und eingesetzt. Des Weiteren wurden Privatpflegestätten zu »Erholungsheimen« bzw. Genesungsheimen für Soldaten umgewidmet. Schließlich wurden noch verschiedene »Einrichtungen zur Erfrischung und Unterhaltung der Verwundeten« in und außerhalb der Lazarette geschaffen.

Zur finanziellen Unterstützung des Roten Kreuzes und seiner Arbeit wurden in ganz Deutschland sogenannte Nagelungsgedenkzeichen aufgestellt, mehrere auch in Ludwigsburg. Meist handelte es sich dabei um großformatige »Eiserne Kreuze« und Figuren, die durch Nagelspenden ausgefüllt, d.h. »genagelt« wurden.

Für Verwundete und Kranke wurden besondere Veranstaltungen organisiert. Beispielsweise gab es sogenannte Unterhaltungsnachmittage, aber auch Ausflüge, Vortragsabende und Konzerte. Bei den Weihnachtsfeiern, die für die hiesigen Lazarette in der Garnisonskirche stattfanden, war jedes Mal das württembergische Königspaar zugegen. Ohne das freiwillige Engagement der Zivilbevölkerung, einschließlich des württembergischen Königshauses, wären die zahlreichen Aktivitäten zum Wohle der Verwundeten und Kranken sicherlich nicht zustande gekommen.

Die im Laufe des Krieges durchgeführten Materialsammlungen waren eine Folge der zunehmenden Rohstoffknappheit im Reich. Gesammelt wurden Altmetall, Altpapier, Altgummi bis hin zu Frauenhaaren und Obstkernen, essbaren Kräutern und Pflanzen in Wald und Flur. Verwertet wurde fast alles. Stellvertretend für die vielen während des Krieges entwickelten Surrogate seien hier das aus Kartoffelmehl und minderwertigen Mehlsorten (auch Holzmehl!) gebackene und patriotisch als »Kriegsbrot« bezeichnete Brot genannt, außerdem Kaffeeersatz aus Bucheckern sowie Papiertextilien.

Einer Beschlagnahmung besonderer Art fielen Kirchenglocken zum Opfer, die im Juni 1917 abzuliefern waren, um für Kriegszwecke eingeschmolzen zu werden – ungeachtet dessen, dass sie seit Kriegsbeginn durch ihr Läuten deutsche Siege verkündigt hatten.



Entladen eines Lazarettzuges im Bahnhof, um 1915.



Genesende Soldaten vor dem Favoritenschloss, Juni 1915.



*Verwundete Soldaten im Reservelazarett II,
das u.a. im Gymnasium an der Solitudestraße untergebracht war, um 1916.*



*Verwundetenbetreuung in der
»Erfrischungsstätte für Verwundete«, Hohenzollernstraße 21, um 1916.*



Abzuliefernde Glocken der Stadtkirche, Juni 1917.

Gleich zu Beginn des Krieges nahm der »Städtische Hilfsausschuss in Kriegszeiten« seine Arbeit auf. Bedürftige Familien der eingezogenen Soldaten und der Gefallenen sowie die Invaliden wurden durch die gesetzliche Fürsorge unterstützt. Außerdem gab es Weihnachtsgaben an Familien von Kriegsteilnehmern. An Minderbemittelte wurden Koks und Kartoffeln zu ermäßigten Preisen abgegeben. Die Kriegskrankenfürsorge stand den Familien der Kriegsteilnehmer und den Erwerbslosen samt Angehörigen durch Übernahme der Arzt-, Apotheken- und Krankenhauskosten zur Seite. Für schulpflichtige Kinder gab es einen Kinderhort. Alle diese Maßnahmen wurden größtenteils durch Spenden der Einwohnerschaft sowie durch Reichs- und Staatsbeihilfen finanziert.

Je länger der Krieg dauerte, umso größer wurde die Not, die auf den Menschen lastete. Enorme Schwierigkeiten bereitete die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Einer der Gründe dafür war, dass die Alliierten mittels Blockade die Zufuhr von Wirtschaftsgütern nach Deutschland behinderten.

Verheerend auf die allgemeine Versorgungslage wirkte sich im Winter 1916/17 eine Kartoffelmissernte aus. In diesem sogenannten Steckrübenwinter litten viele Menschen großen Hunger. Nicht zuletzt führten auch die für militärische Zwecke beschlagnahmten Pferde zu reduzierten Ernteerträgen, da sie für die Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung standen.

In Württemberg wurde bereits frühzeitig die Rationierung von Lebensmitteln in die Wege geleitet. Durch das Bewirtschaftungssystem sollten Entbehrungen und Not in Grenzen gehalten und eine einigermaßen gerechte Verteilung der verfügbaren

Nahrungsmittel sichergestellt werden. Für den Bezug von Nahrungsmitteln musste man Lebensmittelkarten vorweisen. Für die Lebensmittelbewirtschaftung waren die Gemeinden zuständig. In Ludwigsburg errichtete man dafür im Februar 1915 ein städtisches Brotamt, um die Bevölkerung mit Brot, Getreide und Mehl zu versorgen. Später wurde ihm noch die Fleisch- und Zuckerversorgung sowie die Ausgabe der Lebensmittelmarken und Lebensmittelkarten übertragen. Das städtische Lebensmittelamt war für die Versorgung der Bevölkerung mit allen Nahrungs- und Futtermitteln zuständig, ausgenommen Mehl, Brot, Fleisch und Zucker. Die in der Turnhalle hinter dem Rathaus eingerichtete städtische Kriegsküche sollte dazu beitragen, die Not zu lindern. Täglich wurden hier durchschnittlich 400 Essen zu je 45 Pfennigen ausgegeben. Eine Kohlenstelle regelte die Abgabe von Brennstoffen an die Verbraucher. Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren durften nur mit einem Bezugsschein des 1916 eingerichteten städtischen Bekleidungsamtes gekauft werden. Außerdem gab es eine städtische Preisprüfungsstelle (Festlegung der Höchstpreise). Da kaum noch Kleinmünzen im Umlauf waren, ließ die Stadt 1917 Notmünzen prägen. Mit diesem Geldersatz sollte der tägliche Zahlungsverkehr vor Ort erleichtert werden.

Zur Finanzierung des Krieges dienten in erster Linie die sogenannten Kriegsanleihen, von denen in Deutschland zwischen 1914 und 1918 insgesamt neun ausgegeben wurden. Durch sie kam die unglaubliche Summe von 98 Milliarden Reichsmark zusammen, die rund 60 Prozent der Kriegskosten deckten. Dass die Anleihen, die auch zahlreiche Ludwigsburger getätigt hatten, nach dem verlorenen Krieg nicht zurückbezahlt wurden, liegt auf der Hand.

Seit dem Kriegseintritt der USA an der Seite Frankreichs und Großbritanniens im Frühjahr 1917 schwand mehr und mehr die Hoffnung auf einen Sieg der deutschen Waffen. Kriegsmüdigkeit griff um sich. Auch die deutsche Frühjahrsoffensive im Jahre



Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe, 1917.

1918 vermochte keine Wende mehr zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Die Kräfte waren aufgezehrt, der Krieg war für Deutschland nicht mehr zu gewinnen. Es folgte der Rückzug der deutschen Truppen in die Heimat. Schließlich musste Deutschland als Kriegsverlierer am 11. November 1918 im nordfranzösischen Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnen, der den Ersten Weltkrieg beendete.

Anfang November 1918 entwickelte sich aus einer Matrosenmeuterei in Kiel eine Umstürzbewegung, die letztlich zur Abdankung des Kaisers und der deutschen Fürsten führte. Kaiser Wilhelm II. ging nach Holland ins Exil. Reichskanzler Prinz Max von Baden übertrug die Regierungsgeschäfte auf Friedrich Ebert, Führer der sozialdemokratischen Partei. Am 9. November 1918 wurde in Berlin durch den



Rückkehr des Feldartillerieregiments Nr. 29 im Dezember 1918. Links: in der Schlossstraße; rechts: mit Girlanden geschmückter Geschützswagen vor der Stadtkirche.

sozialdemokratischen Abgeordneten Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen. Einen Tag später bildete in Württemberg der Sozialdemokrat Wilhelm Blos eine provisorische Regierung. Auch in der Landeshauptstadt wurde die Republik verkündet. Der bei seinen Landsleuten allseits beliebte württembergische König Wilhelm verzichtete am 30. November 1918 auf seinen Thron.

Wie in anderen deutschen Garnisonstädten bildete sich auch in Ludwigsburg ein Arbeiter- und Soldatenrat. Demonstrationen und Versammlungen fanden statt. Politische Reden wurden gehalten. Soldatische Disziplin und Ordnung schienen verschwunden zu sein. Eine überwiegend aus ehemaligen Frontsoldaten gebildete Einwohnerwehr sorgte damals, so gut es ging, für Ruhe und Ordnung. Ein Augenzeuge erinnerte sich: »Am Abend des 8. November fand man auch am Ludwigsburger Bahnhof ein außergewöhnliches Leben; die Zugänge waren militärisch bewacht, eine Offiziersgruppe stand da und nach einigem Umfragen erfuhr man, dass am Nachmittag mit einem Schnellzug aus Norddeutschland 20 Matrosen angekommen waren, die verhaftet und in das Dienstzimmer der Arsenalkaserne gebracht worden waren. Dort

hatte man sie aber sofort, zum Teil auch in der Nacht, wieder freigelassen, weil sie ordnungsmäßige Urlaubspässe hatten. Die wieder Freigelassenen hatten inzwischen ihren Auftrag, mit den ›Kameraden‹ in Ludwigsburg Fühlung zu nehmen, ausgeführt, und am Samstag, dem 9. November, sah man die Früchte der Arbeit. Überall in der Bahnhofsgegend standen Gruppen von Soldaten herum, meist um einen Fremden geschart, der in leiser, eindringlicher Rede den Zuhörern das Programm des Aktionsausschusses auseinandersetzte. Viele Soldaten waren bereits instruiert, sie hatten die Reichskokarde von den Mützen entfernt. Nur wenige ließen sich nicht beirren und gingen mit der Reichskokarde zum Bahnhof. Dort fielen junge Burschen, auch Mädchen über sie her, und manchem wurde dabei seine Mütze heruntergerissen und die Kokarde entfernt. Andere verteidigten sich erfolgreich, verließen aber dann die gefährliche Gegend. Mit Einbruch der Dunkelheit hörte man auch das Johlen der Menge, die zum Schloss und zu den verschiedenen Kasernen zog. Auf dem Arsenalplatz hielt einer eine Ansprache, die in ein Hoch auf die neuen Zustände ausklang, dann wälzte sich die Menge weiter. Gegen 10 Uhr aber war es wieder vollkommen ruhig in der Stadt.«

Am 10. November 1918 fand auf dem Arsenalplatz eine große Versammlung statt, an der etwa 10000 Soldaten und Zivilisten teilnahmen. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats mahnte die Menge zur Ruhe und Ordnung und forderte die Soldaten dazu auf, ihre Pflichten zu erfüllen. Doch im Heer rumorte es. Die Soldaten wollten endlich entlassen werden. Viele begingen damals Fahnenflucht.

Ludwigsburg glich nach wie vor einem großen Heerlager. Ein damaliger Offizier: »Die Straßen und Wirtschaften waren mit Soldaten überfüllt, und was für ein Bild boten sie: Ohne Abzeichen und Achselstücke und ohne Seitengewehr kamen sie daher; manche trugen den Mantel offen und die Hände in den Manteltaschen und nahmen absichtlich einen recht schlotterigen, walzenden Gang an, um zu zeigen, dass sie auf alles Militärische piffen, dass sie keiner Ausgangserlaubnis bedurften, keinen Offizier zu grüßen brauchten. Zum Essenfassen aber da kamen sie alle, alle.«



*Begrüßung des Feldartillerieregiments Nr. 29
auf dem Marktplatz durch die Vertreter der Stadtverwaltung, Dezember 1918.*

Die Ludwigsburger, die das Kaiserreich vor allem von seiner militärischen Seite her kannten, verstanden kaum, dass eine so fest gefügte Organisation wie das Militär innerhalb kürzester Zeit so grundlegend erschüttert werden konnte. Trotz angespannter Situation kam es aber in Ludwigsburg zu keinen ernsthaften Übergriffen bzw. Ausschreitungen.

In diesen Tagen, Ende November 1918, kehrten dann die ersten Ludwigsburger Truppenteile aus dem Feld zurück, herzlich empfangen von den Einwohnern. Monatelang standen in den Straßen, auf Plätzen und in den Alleen Geschütze, Feldküchen, Fahrzeuge aller Art und sonstiges Kriegsgerät. Der geordnete Rückzug des



*Aus Kriegsgefangenschaft entlassene
württembergische Soldaten am Bahnhof Asperg, vermutlich September 1919.*

deutschen Heeres von der Westfront in die Heimat war übrigens das Verdienst des in Ludwigsburg geborenen Generalleutnants Wilhelm Groener, seit 1915 Ehrenbürger der Stadt und später in der Weimarer Republik unter anderem Reichswehrminister.

Im April 1919 war die Demobilmachung des Alten Heeres weitgehend abgeschlossen. In Ludwigsburg und Umgebung waren rund 70 000 Soldaten entlassen worden. Dadurch beruhigte sich die Lage allmählich wieder. Nach wie vor befanden sich aber noch tausende ehemalige deutsche Soldaten in Gewahrsam der Siegermächte.

Im Laufe des Jahres 1919 trafen in Ludwigsburg immer wieder Eisenbahntransporte mit deutschen Soldaten ein, die vor allem aus amerikanischer und englischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren. Das frühere Kriegsgefangenenlager in Eglosheim diente ihnen als Durchgangslager. Allerdings mussten deutsche Soldaten, die

in französische Kriegsgefangenschaft geraten waren, noch bis zur Ratifizierung des Versailler Vertrags zu Beginn des Jahres 1920 warten, bis auch sie nach und nach in die Heimat zurückkehren durften.

Die durchlebten Strapazen, Todesängste und Verwundungen hatten die Frontsoldaten schwer gezeichnet, aber auch die Menschen in der Heimat waren durch die ungeheuren Anstrengungen des Krieges ausgebrannt und ohne große Hoffnung. Hinzu kamen die für Deutschland äußerst harten Bedingungen des Versailler Vertrags – in erster Linie Kriegsschuldfrage, Reparationsforderungen, Gebietsverluste, Truppenabbau und Rheinlandbesetzung. Von allen Bevölkerungsschichten wurden sie als illegitim und demütigend empfunden.

Kein Land in Deutschland hatte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl so viele Kriegsoffer zu beklagen wie Württemberg. Zuletzt stand mehr als ein Fünftel der Bevölkerung des Landes unter Waffen, nämlich rund 520 000 Mann von 2,5 Millionen Einwohnern. Rund 80 000 württembergische Soldaten kehrten aus dem Krieg nicht mehr zurück. Auch die Ludwigsburger Truppenteile hatten große Verluste. Allein das Infanterieregiment Nr. 121 verlor 131 Offiziere und 4 183 Unteroffiziere und Mannschaften.

Über 900 Bürger aus Ludwigsburg, die als Soldaten an der Front kämpften, überlebten ihren Kriegseinsatz nicht. Wie groß die Zahl der Kriegsversehrten, der für den Rest ihres Lebens an Leib und Seele verletzten Kriegsteilnehmer, war, wissen wir nicht. Viele Familien hatten den Verlust von Vater, Sohn oder Bruder zu beklagen, oftmals fehlte der Haupternährer. Not und Armut waren über Jahre auch in Ludwigsburg spürbar.



Soldatengräber des Ersten Weltkriegs auf dem Alten Friedhof.

Als 2014 an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert wurde, durfte dabei nicht vergessen werden, dass diese, wie der amerikanische Historiker George F. Kennan diesen Krieg nannte, »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«, die über zehn Millionen Menschen das Leben kostete und Milliardenwerte vernichtete, indirekt auch die politischen und wirtschaftlichen Krisen, Kriege, Massenmorde und Vertreibungen der nachfolgenden Jahrzehnte auslöste.

Am 11. November 2014, am Jahrestag des Waffenstillstands von 1918, weihte Staatspräsident François Hollande in Nordfrankreich eine neue Gedenkstätte zum Ersten Weltkrieg ein. Als Ausdruck der »Versöhnung über den Gräbern« sind in alphabetischer Reihenfolge die Namen von 580 000 in dieser Gegend gefallenen Soldaten genannt – gleich welcher Nationalität. Symbolisch vereint die ehemaligen Kriegsgegner als eine stetige Mahnung: »Nie wieder Krieg!« Angesichts der zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen und Krisenherde der Gegenwart ist dieser Appell wichtiger denn je.

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Ludwigsburg:

S 30 (Amtsblätter und Zeitungen)

S 31 (Zeitungsausschnitte und einzelne Zeitungsnummern)

S 32 (Festschriften, Flugschriften, Programme)

1914/1918. Sachzeugen zur militärischen Geschichte des Ersten Weltkriegs. Führer durch die Ausstellung des Heeresgeschichtlichen Museums, Wien 1988.

Viktor Bruns (Hrsg.): Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II., Stuttgart 1916.

Das Königreich Württemberg 1806–1918. Monarchie und Moderne. Katalog zur Großen Landesausstellung Baden-Württemberg, Stuttgart 2006.

Wolfgang Läßle: Schwäbisches Potsdam. Die Garnison Ludwigsburg von den Anfängen bis zur Auflösung, Ludwigsburg 2009.

Ludwigsburger Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997. Hrsg. zum 100-jährigen Jubiläum des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V., Ludwigsburg 1997.

Max Miller und Paul Sauer: Die württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute, Stuttgart 1971.

Thomas Schnabel: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952, Stuttgart 2000.

Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg. Bd. 2: Von 1816 bis zum Kriegsende 1945, Ludwigsburg 2004.

Die letzte Äbtissin des adeligen Damenstifts Oberstenfeld

Aus dem Leben der Amalie (Lilly) von Pückler-Limpurg (1863–1942)

von Ernst Schedler

Die Schenken von Limpurg

Die sich später nach der Limpurg bei Schwäbisch Hall nennende Familie übte an den Höfen der Stauferkönige das Schenkenamt aus. In manchem ihrer Wappen ist daher ein Trinkgefäß zu sehen. Nach dem Ende der Stauferzeit gelang es den Schenken, die dem Grafenstand angehörten, eine kleine Herrschaft aufzubauen. Es entwickelten sich zahlreiche Haupt- und Nebenlinien mit mehr oder weniger stattlichen Burgen im Limpurger Land. Noch heute ist das Limpurger Land bekannt als Teil des Schwäbisch-Fränkischen Waldes zwischen Kocher und Bühler; im Osten grenzt es an das Ellwanger Gebiet, im Norden an Schwäbisch Hall und im Süden an die Lein. Als die Familie 1690 mit Schenk Wilhelm Heinrich von der Gaidorfer Linie und 1713 mit Schenk Vollrat von der Obersontheimer Linie ausstarb, gab es insgesamt zehn Erb-töchter. In einem komplizierten Erbgang ging das Limpurgische Erbe verschiedene Wege. Hier ist lediglich von Interesse, dass Graf Christian Wilhelm Karl von Pückler 1737 eine Enkelin des letzten Schenken Vollrat heiratete, nämlich Gräfin Karoline Christiane von Löwenstein-Wertheim, Tochter des Grafen Heinrich Friedrich von Löwenstein-Wertheim (1682–1721) und der Amöna Sophie Friederike Gräfin von Limpurg (1684–1746).

Die Freiherren und Grafen von Pückler

Die Familie gibt es nach belegbarer Abstammung schon seit dem 13. Jahrhundert. Sie wird heimisch im schlesischen Raum. Wenzel von Pückler beginnt 1565 mit dem Bau des Stammschlusses der schlesischen Pückler in Schedlau. Sein Sohn wird 1655 durch Kaiser Ferdinand III. in den böhmischen Freiherrenstand erhoben; dessen Sohn Karl Franz Freiherr Pückler von Groditz (1648–1708) heiratet 1676 die Erbin von Burgfarmbach bei Fürth und begründet die fränkische Linie der Pückler. Der bekannte Landschaftsarchitekt und Gartenkünstler Hermann von Pückler-Muskau (1785–1871), der 1822 in den Fürstenstand erhoben wurde und nach dem die Speiseeis-Kreation benannt ist, gehört zu der in Schlesien verbliebenen Linie des Hauses.

Die fränkische Linie wurde 1690 durch Kaiser Leopold I. in den reichsgräflichen Stand erhoben. Der einzige Sohn des Ehepaars Christian Wilhelm Karl von Pückler (1705–1786) und Karoline Christiane von Löwenstein-Wertheim, Friedrich Philipp Karl (1740–1811) von Pückler-Limpurg, errichtete das Neue Schloss in

Gaildorf. Er erlebt die rigorose »Napoleonische Flurbereinigung«. Seine Ländereien gehen, wie auch andere Grafschaften, im Verlauf der Mediatisierung von 1803 und 1806 an König Maximilian I. von Bayern und König Friedrich von Württemberg. Dafür dass sie ihre landesherrlichen Rechte verloren haben, werden die Grafen und Fürsten nun »Standesherrn« mit einem gewissen Anteil an Schlüsselstellungen des öffentlichen Lebens.

Großeltern und Eltern von Gräfin Lilly und ihren Geschwistern

Das fünfte Kind von Graf Friedrich Philipp Karl war Ludwig Friedrich Karl Maximilian Reichsgraf von Pückler-Limpurg, geboren 1790 in Stuttgart. Im Jahre 1835 erhielt er das Prädikat »Erlaucht«, die besondere Anredeform des Grafen. Diese war erblich. Ebenso war der Graf erbliches Mitglied in der Kammer der Standesherrn im Königreich Württemberg. Seine Frau war Louise Clamoline, Tochter des Grafen Karl von Bothmer. Das Ehepaar lebte mit seinen sechs Kindern im neuen Schloss bei Fürth. Als 1876 die Gräfin starb, war ihre Enkelin Lilly knapp 13 Jahre alt. Sicher hatte sie Erinnerungen an ihre Großmutter Louise.

Der Vater von Lilly und einer ganzen Reihe weiterer Kinder war Ludwig August Karl Friedrich Ernst Georg Reichsgraf von Pückler-Limpurg, geboren am 29. April 1825 in Burgfarnbach. Er war Herr von Burgfarnbach, Brunn, Tanzenhaidt, Dettendorf und Waldsachsen im mittelfränkischen Bayern. Ab 30. Juni 1893 war er auch Haupt der Gesamtfamilie und erbliches Mitglied der Kammer der Standesherrn im Königreich Württemberg, ferner noch Majoratsherr der Limpurgischen Fideikommissgüter in Württemberg. Die Mutter war Auguste Freiin von Wöllwarth-Lauterburg und entstammte einem schwäbischen Geschlecht, das noch heute seinen Sitz in Essingen (heute Ostalbkreis) unweit vom Ursprung der Rems hat.

Kindheit mit Eltern und Geschwistern in Burgfarnbach

Lilly wurde am 1. Juli 1863 als zweites Kind des Paares geboren; sie hatte mehrere Geschwister, die alle in Burgfarnbach zur Welt kamen. Sie wurde getauft auf die Namen Amalie Gabriele Clothilde Wilhelmine. Dazu gehörten noch die Titel »Erlaucht« und »Reichsgräfin«. Einer der Taufpaten des Kindes war der Großvater Wilhelm Freiherr von Wöllwarth-Lauterburg. Schon früh nannte man das Kind einfach »Lilly«; das blieb so bis zu ihrem Lebensende. Es wird erzählt, dass man in Burgfarnbach ihren eigentlichen Namen gar nicht kannte.

Die Kindheit überlebten die ältere Schwester Sophie (1862–1941, gestorben in Burgfarnbach), die jüngere Anna Julie (1869–1955, gestorben in Burgfarnbach) sowie die Brüder Gottfried (1871–1957, gestorben in Gaildorf) und Richard (1872–1942, gestorben in Lagow). Sie sind alle im Schloss von Burgfarnbach aufgewachsen, damals einem kleinen Städtchen bei Fürth im fränkischen Bayern. Das stattliche Schloss hatten Graf Ludwig, der Großvater von Lilly und ihren Geschwistern, und zwei seiner Brüder in den Jahren 1830 bis 1834 erbaut und dann auch zeitweise mit ihren Familien bewohnt. Es wurde in klassizistischem Stil mit zwei Eck- und einem Mittelrisalit errichtet anstelle des alten, fast baufälligen und erheblich kleineren Schlosses dicht am hochwassergefährdeten Farnbach.



*Schloss Burgfarrnbach (Stadt Fürth),
in den Jahren 1830 bis 1834 spätklassizistisch erbaut
mit einer Frontlänge von 70 m.*



*Die junge Amalie, Lilly genannt,
Reichsgräfin von Pückler-Limpurg.*

Beim Schloss wurden weitere Gebäude wie ehemalige Stallungen, Wagenremisen u. a. erstellt. Die ganze Schlossanlage ist umgeben von einem großen Park. Man kann sich gut vorstellen, dass die Kinderschar die reichlich vorhandenen Möglichkeiten zum Spielen und Austoben kräftig genutzt hat, besonders attraktiv dazu war der Bach. Doch es ist von den Kindern äußerst wenig bekannt aus jener Zeit, in der das Schloss die Heimat der Familie und der große Spielplatz für die Kinder war. Erst um 1889 finden sich Spuren, doch da hatte die 26-jährige Lilly schon Eltern und Geschwister verlassen.

Aus ihren Kinderjahren gibt es eine kleine Geschichte: Als man sie eines Tages verzweifelt überall suchte, war sie auf dem Kirchturm, um die Glocken zu besehen, die immer so schön klangen. Ob diese Geschichte wahr ist, kann man nicht mehr feststellen.

Doch dass Lilly munter und beweglich war, Mut hatte und eine Sache unbeirrt verfolgte, für die sie sich interessierte, das wird besonders deutlich im neuen Lebensabschnitt.

Gräfin Lilly will nach Afrika

Im Jahre 1871 wurde das Deutsche Kaiserreich und damit erstmals ein deutscher Nationalstaat gegründet. Zu dieser Zeit besaßen andere europäische Länder bereits Kolonien. Jedoch hatten schon vor 1871 deutsche Forscher, Kaufleute, Missionsgesellschaften samt Krankenstationen und auch Abenteurer in Afrika Fuß gefasst. Im Verlauf von Verhandlungen, Kauf und kriegerischen Aktionen entstanden allmählich Handelsniederlassungen, aus denen sich ganze Siedlungen von Deutschen mit Ländereien entwickelten. Das bedeutete vor allem im Blick auf den Anstieg der Bevölkerung in Deutschland künftige Siedlungsgebiete und insbesondere dringend notwendige Absatzgebiete, auch Nutzung von Bodenschätzen. Bismarck, der als Reichskanzler für die Außenpolitik und damit auch für die Kolonialpolitik verantwortlich war, zeigte sich anfangs noch zurückhaltend. Doch stellte er sich schließlich positiv zu dieser Entwicklung. Im Heimatland machte sich der Erwerb von Kolonien deutlich bemerkbar: Überall, selbst in abgelegenen Dörfern, entstanden Läden mit Kolonialwaren, und im Großen profitierte die immer stärkere Industrialisierung.

Im Hause Pückler-Limpurg wurde die Entwicklung genau verfolgt. Graf Ludwig August, der Vater von Lilly, betätigte sich politisch, er war – wie schon sein Vater und wiederum dessen Vater – Mitglied der Kammer der Standesherrn im Königreich Württemberg. Auch Lilly selbst verfolgte, dies darf man annehmen, das Geschehen in der Kolonialpolitik und interessierte sich für Frauen, die in den Kolonien tätig waren. Sie hatte sich wohl auch intensiver Gedanken über ihre Zukunft gemacht: Die Auswahl an standesgemäßen Berufen für adelige Töchter war beschränkt, am ehesten galt der Schwesternberuf als annehmbar und interessant für eine Gräfin.

Der 1887 gegründete »Deutschnationale Frauenbund« war die erste kolonialorientierte Vereinigung des Kaiserreiches, in der »gebildete Damen – vorwiegend des gehobenen Bürgertums und des Adels – den ›kolonialen Gedanken‹ propagierten«. 1888 nannte sich der Frauenbund »Deutscher Frauenverein für die Krankenpflege in den Kolonien« und gab auch das Vereinsblatt »Unter dem rothen Kreuz« heraus. Ziel des Vereins war die materielle Ausstattung von Krankenstationen in den deutschen Kolonien, die Aussendung von Krankenpflegepersonal, auch die Einwanderung europäischer Frauen nach Afrika zu fördern. Die ersten Pflegerinnen, die nach Afrika geschickt wurden, stammten aus dem Clementinenhaus in Hannover. Es mag um das Jahr 1888 gewesen sein, als Gräfin Lilly sich mit dem Frauenverein in Berlin in Verbindung setzte. Von dort wurde sie an das Clementinenhaus Hannover zur Ausbildung als Krankenpflegerin verwiesen. Vor Beginn der Ausbildung musste sie zuerst die obligatorische Untersuchung auf Tropentauglichkeit über sich ergehen lassen. Die Ausbildung dauerte damals nur drei Monate, erst um die Jahrhundertwende wurde sie auf ein ganzes Jahr erweitert. In Hannover kam Lilly mit weiteren Krankenpflegerinnen zusammen, deren Ziel es war, in einer der deutschen Kolonien Dienst zu tun.

Nach ihrer Ausbildung im Clementinenhaus fand sie zunächst einen Arbeitsplatz im Krankenhaus der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven. Schwester Lilly, so wird sie im Folgenden meist genannt, war tüchtig und stieg früh zur Oberin auf. Von der Werft aus hatte sie sich zum Dienst in einer Kolonie gemeldet und wartete nun auf ihre Einberufung mit Ziel Sansibar. Als die Einberufung im Juni 1889 eintraf und ihre Eltern davon erfuhren, schrieb der Vater am 27. Juni 1889 einen besorgten Brief an Kanzler Bismarck: »Dieses Wagnis auf Leben und Tod ist aber gar zu abenteuerlich, als dass ich und meine Frau unsere Einwilligung dazu geben könnten. [...] Allein



Unter dem rothen Kreuz

Zeitschrift des Deutschen Frauen-Vereins für Krankenpflege in den Kolonien.

Diese Zeitschrift erscheint monatlich und wird den Mitgliedern des Deutschen Frauen-Vereins unentgeltlich zugelandt. Für Nichtmitglied-Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark frei ins Haus. — Abdrückungen der Zeitzeile 30 Pf. — Annahme in der Buchhandlung (W. v. Schöler), Berlin G., Neue Brunnstr. 12. — Zuschriften, Mittheilungen, Anfragen, Beiträge für die Zeitschrift, sowie Abonnements-Abmahlungen bitte an die Schriftföherin des Vereins, Sel. Clara Mäfeier, Berlin W., Schilfftr. 16, zu richten.

⊞ Nachdruck der Originaltextelhet nur mit Quellenangabe gestattet. ⊞

Rückblicke.

Die jüngsten Ereignisse in Ostafrika, der Zug des Major Wilmann nach dem Süden und die Einnahmen von Kilwa und Lindi, sowie die unlängst stattgefundenen Reichstagsdebatten haben das allgemeine Interesse an der kolonialen Frage neuerdings lebhaft angeregt. Und nicht ohne Grund! Ein großer Schritt vorwärts ist wieder gethan. Mit den beiden genannten Plätzen sind starke Bollwerke des Mohammedanismus, mit Lindi gleichzeitig eine der gefährlichsten Brutstätten der Sklaverei gefallen; die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel seitens der Reichsvertretung aber dürfte die willkommen gegebene Garantie für eine gesicherte Fort- und Durchführung des so erfolgreich begonnenen Kulturwerkes bedeuten. Sehr erklärlieh mithin, wenn die Theilnahme an den Vorgängen, die Ostafrika betreffen, gerade jetzt eine besonders lebhafte ist!

Auch der „Deutsche Frauenverein“ hat gegründete Ursache, den letzten Errungenschaften auf kolonialen Gebiet mit reger Spannung zu folgen. Kann er doch in jedem Zugrabeit neu hinzukommender deutscher Erde eine weitere Samenstätte für häufig darauf emporkommende Friedensarbeit begründen; darf er doch aus jedem Schweiß- und Blutstropfen, der die neu errungenen Landstriche dräben düngt, eine dereinstige gesegnete Liebesernte erhoffen.

Beizig übergegangen, die Abldung (zwei Diakonissinnen der Mission) sich aber bereits in Marseille eingeschifft hat, kann Schwester Amalie mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als auf dem Seelande, jedoch nicht am nämlichen Ort mit Schwester Katharina wirkend gedacht werden. Der Vorstand, der es nicht für angemessen erachtet, eine leiner hinausgelandeten Pfliegerinnen für längere Zeit ohne andere weibliche Hülle zu belassen, hat deßhalb in einer allg nach Schluß der neulichen Generalversammlung zusammentretenden Vorstandsbekathung die Hinausendung einer dritten Schwester beschloffen. Das uns bisher stets mit anerkennenswerthester Hülfsbereitschaft zur Seite Stehende Clementinenhaus zu Hannover, dem wie sämmtliche im letzten Jahre entsandten trefflichen Pfliegerkräfte verdanken, hat auch diesmal unser, auf Lieberlassung einer dritten Schwester zielendes und von der Frau Oberin v. Käferode freundlich befürwortetes Gesuch zustimmend beantwortet und uns in Schwester Elsi eine besterprobte Kraft zugelegt. Anfang nächsten Monats soll, so hofft man, die muthige Samaritern, die mit Kreuzigkeit ihre Hülle und ihre Chathreit für einige Jahre in den schweren, mühe- und entlagungsreichen Dienst unserer Bestrebungen stellen will und deren Entsendung die Allerhöchste persönliche Theilnahme Ihrer Majestät der Kaiserin folgt, für Ostafrika abgeordnet werden. Zeit und Ort der lurchlichen Seier bringen die Vereinsnachrichten.

»Unter dem rothen Kreuz. Zeitschrift des Deutschen Frauen-Vereins für Krankenpflege in den Kolonien«. In der Ausgabe vom Mai 1890 wird Gräfin Lilly als »besterprobte Kraft« charakterisiert und ihre Entsendung nach Ostafrika angekündigt.

unsere Tochter ist so begeistert von dem an sie gelangten Vorschlag und betrachtet diesen so sehr als Ehrensache, dass sie sich trotz aller Vorstellungen nicht dazu verstehen will, ihn zurückzuweisen. [...] Ich bitte daher, schon um meiner Frau willen, welche ganz in Verzweiflung ist und den Schmerz nicht zu überleben können glaubt, inständigst, Euer Durchlaucht möchten Ihre ganze Macht anwenden, um meiner Tochter die Reise nach Sansibar unmöglich zu machen.«

Die Leiterin des Clementinenhauses war nicht begeistert von der Idee, Lilly, die 26 Jahre alt war, gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Eltern nach Afrika zu schicken und ersetzte sie 1889 durch eine Schwester, die keine protestierende Eltern hatte. Aber der Versuch der Pückler-Limpurg-Eltern, die Abfahrt ihrer Tochter zu verhindern, ist letztlich doch erfolglos geblieben.

Schwester Lilly in Afrika

Am 9. Juni 1890 ist Schwester Lilly für ihren schweren Beruf abgeordnet worden. Der Abschied von der Heimat wurde mit festlichem Gottesdienst in Berlin gefeiert. »Die unter den einleitenden Orgelklängen von der Vorsitzenden unseres Vereins und der Oberin des Clementinenhauses hereingeführte Schwester nahm unmittelbar vor dem Altar Platz, rechts und links von ihr, in zwei Halbkreisen, die Mitglieder des Vorstandes und die Ehrengäste. Es war ergreifend. Sofort nach der Kirche fuhr die Schwester zur Bahn und über Frankfurt/Main, Basel, Genf direkt nach Marseille«, berichtet das Vereinsblatt. Wegen der raschen Abfahrt kam das Glück-und-Segens-Telegramm Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin etwas später.

»Ihre Reise von Marseille an ist – mit Ausnahme der Strecke durch das rothe Meer und zwei Tage, wo sie trübes Wetter und hohe See hatten –, fast immer schön und verhältnismäßig kühl verlaufen«, meldete das Blatt weiter, das in seinen Berichten recht gerne und »fast immer schön« malte. Am 30. Juni kam Schwester Lilly wohlbehalten auf Sansibar an, der Insel vor der Küste von Ostafrika (heute Tansania). Vorgelesen war als erster Arbeitsplatz Bagamoyo auf dem Festland, danach in Daressalam. Schwester Lilly war also in Afrika angekommen, in einer neuen Welt für sie. In der Vereinszeitschrift »Unter dem rothen Kreuz« sind Teile eines Briefes von ihr abgedruckt. Sie schreibt vergnügt von dem schönen Blick aufs blaue Meer: »Mir ruft es oft mein geliebtes Wilhelmshaven ins Gedächtnis zurück«. Auch im Alltag immer ein Stück Freude!

In Bagamoyo

Um 1890 hatte die Stadt knapp 20 000 Einwohner – heute sind es etwa 40 000 – und war für ein paar Jahre der erste Hauptort von Deutsch-Ostafrika, bevor Daressalam nachrückte. Nun stand Schwester Lilly vor der Wirklichkeit. Sie besah die Welt mit offenen Augen, war interessiert, keineswegs ängstlich und konnte mit Menschen umgehen. Man darf sicher annehmen, dass sie sich der Stadt mit Aufmerksamkeit näherte. Es war eine Hafenstadt, doch die Küste so flach und seicht, dass die Schiffe mehrere Kilometer davor ankern mussten. Passagiere und Waren mussten ausgeschifft werden. Das erlebte Lilly mehrfach, wenn sie zur Insel Sansibar fuhr oder von ihr zurückkam. Die Stadt hatte enge Straßen aus meist dunklen Häusern, dazwischen stattliche Bauten der indischen Kaufleute und mehrere Plätze, auf denen die Karawanen aus dem Landesinnern ihre Waren feilboten. Bagamoyo war Ausgangsplatz der Karawanenstraße und hier sammelten sich oft Tausende von Trägern.

In der Stadt gab es eine katholische Missionsstation mit Kirche, Schule und landwirtschaftlichen Einrichtungen, eine Moschee, einen Hindutempel und das Hospital. Doch das Hospital »war infolge mangelhaften zum Bau verwendeten Materials und infolge der Zerstörung der Holzteile durch weiße Ameisen so baufällig, dass ein Neubau, jedoch in Daressalam, ins Auge gefasst wurde«.

»Schwester Lilly fühlt sich wohl und wirkt mit Lust und Eifer an dem Bagamoyoer Krankenhaus«, vermeldet die Vereinspresse. Und Chefarzt Becker spricht »eine warme Anerkennung der trefflichen Leistungen unserer lieben Schwester Lilly aus. Mit unermüdlichem Eifer steht dieselbe ihrem Arbeitsfelde vor und leistet Hervorragendes.«



Bagamoyo, der erste Arbeitsplatz von Schwester/Oberin Lilly. Die Stadt liegt unmittelbar gegenüber der Insel Sansibar an der Ostküste Afrikas.

Sorgen

Lillys Eltern machten sich nicht zu Unrecht Sorgen um ihre Tochter. Nicht nur das ungewohnte tropische Klima gefährdete die Gesundheit, sondern vor allem die verschiedenen Tropenkrankheiten, voran die Malaria. Die wissenschaftliche Malariaforschung in Deutsch-Ostafrika begann erst 1895. Krankenpflege in den Kolonien war zweifellos gefährlich. Von den 178 Schwestern, die der Deutsche Frauenverein zwischen 1888 und 1907 ausgesandt hat, starben zwölf (7 %) an ihren Arbeitsplätzen. Praktisch alle Schwestern, gleichgültig in welcher Kolonie sie arbeiteten, litten an Malaria oder Tropenfieber, auch Ruhr war verbreitet. Schlechte Gesundheit zwang viele, nach Deutschland zurückzukehren, bevor ihre Schwesternverträge beendet waren. In Ostafrika betrug deren Dauer zwei Jahre. Der Frauenverein war zwar bestrebt, dass Krankenschwestern nie allein auf Station sein sollten. In der Praxis führten jedoch Krankheit und Verspätungen von neuen Schwestern dazu, dass sie oft alleine arbeiteten. Auch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Kolonialmacht und den einheimischen Stammeskriegern brachten Gefahr.

Sicher sind Lillys Gedanken aus Afrika oftmals in die weit entfernte Heimat gegangen. Von Briefen aber, die sie wohl nach Hause geschrieben hat, sind keine mehr vorhanden. Sie hatte jedoch guten Kontakt zum Frauenverein für Krankenpflege, dessen Zeitschrift immer wieder von Schwester Lilly berichtete und heute eine wichtige Quelle von Informationen ist. Im Februar 1892 wird darin gar bei der Gabenliste erwähnt, dass Frau Reichsgräfin Pückler-Limpurg ein gesticktes Atlaskissen gestiftet hat! Wohl für den Bazar des Vereins; schön von der Mama!

Im Juli 1892 – Schwester Lilly hatte ihren Dienst in Afrika auf eigenes Verlangen um einige Wochen verlängert – kehrte sie nach Deutschland zurück zur Familie ins elterliche Haus Schloss Burgfarnbach. Sie konnte sich ein gutes Vierteljahr daheim erholen, dann galt es wieder Abschied zu nehmen: Am 22. November 1892 ging Lilly in Neapel an Bord des Dampfers »Admiral«, der am 4. November von Hamburg gestartet war. Mit großer Freude wurde sie nach langer Reisedauer in Afrika wieder empfangen.

In Lindi

Schwester Lilly kam zwar gut in Bagamoyo an. Dort jedoch war allmählich das Lazarett durch Termitenfraß baufällig geworden. Daher wurde nach einiger Zeit unter Aufsicht des Chefarztes Becker und der bisherigen Leiterin der Krankenpflege in Bagamoyo, Schwester Lilly, die Krankenhaus-Ausstattung von Bagamoyo nach Lindi verlegt. Lindi war ein Hafencstädtchen mit damals 3 000 Einwohnern, in der Mündung eines Flusses zwar sumpfig, doch mit langem Strand und weiter Bucht, damals schon Hauptstadt der südlichen Küstenregion Deutsch-Ostafrikas mit kleinen einstöckigen Häusern und Hütten der Eingeborenen. Die Verkehrswege ins Hinterland und entlang der Küste per Wasser waren wichtig, nicht nur für den Handel. Mit dem soliden Krankenhaus, 1895 fertiggestellt, war Lindi einer von zwei Hauptstandorten medizinischer Versorgung des Gouvernements der Kolonie geworden. Doch es lag weit im Süden, weshalb es etwas abgehängt wurde – vor allem da der Neubau des deutschen Regierungskrankenhauses in Daressalam gut lief, die Stadt bevorzugt und nun die Hauptstadt von Deutsch-Ostafrika wurde.

Daressalam

Die Stadt hatte einen sehr günstigen Hafen mit 100 m breiter Einfahrt, die selbst großen Schiffen eine gute Zufahrt ermöglichte. Es gab eine evangelische und katholische Missionsstation mit Lazarett, Kirchen, Schulen, Werkstätten, landwirtschaftlichen Einrichtungen. Von dort aus starteten Forscher auf der Suche nach den Quellen des Nils. Eine interessante Stadt, sicher auch für Schwester Lilly. Man hatte 1895 mit dem Neubau des deutschen Gouvernementskrankenhauses begonnen und fasste nun auch seine personelle Ausstattung ins Auge. Im Bericht der Behörde heißt es: Man »benötige vier Schwestern, zwei Lazarettgehilfen und einen Verwaltungsbeamten. Er, der Gouverneur, halte es für absolut geboten, einer der Schwestern den Rang und den Titel einer Oberin beizulegen, wozu er Lilly Gräfin Pückler vorschlage, die sich zurzeit in Lindi befinde. Sie sei in jeder Beziehung energisch und charakterfest, von der man mit Bestimmtheit erwarten darf, dass sie die Zügel fest in ihrer Hand führen und doch dabei ein Herz für die ihr unterstellten Schwestern haben wird.«

So wurde das Gouvernementskrankhaus in Daressalam ihr Arbeitsplatz und Lilly leitete es als Oberin, bis sie 1897 ausschied und in die Heimat zurückkehrte. Das genaue Datum ihrer endgültigen Abreise nach Deutschland ist nicht bekannt. Der Bakteriologe Dr. Robert Koch (1843–1910), späterer Nobelpreisträger, kam am 12. Juli 1897 zum ersten Mal nach Daressalam, um dort insbesondere Malaria, doch auch andere tropische Krankheiten des deutschen Schutzgebiets zu erforschen. Kurz zuvor hatte man das chemisch-bakteriologische Laboratorium eröffnet. Ob Lilly zu

diesem Zeitpunkt noch in Daressalam weilte und Dr. Robert Koch begegnete, vielleicht auch mit ihm zusammenarbeitete, ist nicht bekannt. Das Robert-Koch-Institut Berlin teilte im August 2015 auf Anfrage mit: »Leider können wir nicht sagen, warum und wann Lilly Gräfin Pückler-Limpurg Afrika verlassen hat. Da unsere Recherchen im Nachlass von Robert Koch und in der Fachliteratur erfolglos blieben, vermuten wir, dass ihre Abreise vor der Ankunft von Robert Koch erfolgte. Als Oberin des Krankenhauses wäre sie mit dieser nicht unbeachtlichen Position sicher in dem einen oder anderen Brief erwähnt worden.«

In dem Buch »German Women for Empire 1884–1945« der amerikanischen Historikerin Lora Wildenthal ist ein Kurzbericht über Schwester Lilly zu lesen: »Eine der ersten Schwestern, die der Verein [für Krankenpflege in den Kolonien] nach Deutsch-Ostafrika schickte, war Gräfin Lilly von Pückler-Limpurg. [...] Wie sich herausgestellt hat, war Lilly eine der widerstandsfähigsten und erfolgreichsten Schwestern, die vom Verein geschickt wurden. Sie blieb viel länger dort als andere Schwestern und hat ihre Stelle in Deutsch-Ostafrika nur ein Mal in sechs Jahren verlassen.«

Schwester Lilly in Deutschland

Nach ihrer Heimkehr aus Afrika war – bei aller Freude und inneren Zufriedenheit über die geleistete Arbeit – eine Zeit der Erholung dringend notwendig. Falls sie je mit einem Hauch an Abenteuerlust nach Afrika gestartet war, hat sie auch die oft raue Wirklichkeit erlebt.

Ihr erstes »Auftreten« in der Öffentlichkeit wird durch eine Fotografie dokumentiert: Am 19. April 1898 fand in Wiesbaden die Hochzeit ihres Bruders Gottfried mit Prinzessin Adele von Hohenlohe-Ingelfingen (1877–1957) statt. Das Hochzeitsfoto zeigt unter den Gästen auch Gräfin Lilly, die in Rote-Kreuz-Kleidung und mit Rote-Kreuz-Abzeichen am Kragen zu erkennen ist. Diese Kleidung war von ihrem Verein vorgeschrieben. Bei genauem Hinsehen erkennt man, dass Lilly als Schmuck die Rote-Kreuz-Brosche angesteckt hat.

Ihr Bruder Gottfried hatte Forstwirtschaft studiert. Das junge Paar wurde im Mai im elterlichen Schloss in Burgfarnbach und wenige Tage später festlich in Gaildorf empfangen, wo es im Schloss Wohnung nahm. Es wird berichtet, dass Gräfin Lilly guten Kontakt mit ihrem Bruder gehalten und ihn bis zum Tode des Vaters 1906 oft in Gaildorf besucht hat, ebenso ihre beiden Schwestern Anna und Sophie in Burgfarnbach.

Dem bekanntesten »Gothaischen Hofkalender« sind einige Daten über Gräfin Lilly zu entnehmen: 1899 Vorsteherin des Louisenheims in St. Blasien in Baden; 1902 Oberin im badischen Frauenverein, Universitäts-Ohrenklinik in Heidelberg; 1908 Oberin im badischen Frauenverein Baden-Baden; 1910 Oberin im badischen Frauenverein, Universitätsklinik in Heidelberg; 1911 Burgfarnbach. Aus Oberin Lillys Zeit in Heidelberg liegen noch Kassenberichte von 1901 bis 1904 vor.

Am 12. Juli 1906 starb der Vater in Burgfarnbach. Es ist anzunehmen, dass Lilly an der Beisetzung teilgenommen hat. Vater und Mutter ruhen in der Familiengruft der Grafen von Pückler und Limpurg auf dem Burgfarnbacher Friedhof. Die darüber stehende neugotische Kapelle wurde 1862 fertiggestellt. Es war dem Grafen im Alter immer schwerer geworden, von Burgfarnbach aus auch noch seine Besitzungen in Gaildorf zu verwalten. Er verzichtete deshalb 1902, im Alter von 78 Jahren, zu Gunsten seines Sohnes Graf Gottfried, der dort bereits wohnte, auf den Gaildorfer Besitz.

Im Jahre 1908 taucht der Name Lilly Gräfin Pückler-Limpurg im »Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin« auf. Das hatte seinen Grund: Die Ausbildung zur Krankenpflegerin in den verschiedenen Einrichtungen Deutschlands schloss schon immer oder zumeist mit einer Art Prüfung ab. Doch nun sollte eine gesetzliche Regelung festgelegt werden, die am 1. Juni 1907 in Preußen in Kraft trat,



Hochzeit des Bruders Graf Gottfried Pückler-Limpurg mit Prinzessin Adele zu Hohenlobe-Ingelfingen im Jahre 1898. Gräfin Lilly trägt die dunkle Schwestertracht des Frauenvereins mit heller Haube (vgl. Vergrößerung). Vor ihr sitzt die Mutter Auguste, ganz rechts der Vater Ludwig August Graf von Pückler-Limpurg.

und schon bald zogen die anderen deutschen Ländern nach: Examen mussten von einer Kommission aus drei Ärzten abgenommen werden. Da entschloss sich Schwester Lilly, ihre Tätigkeit in Zukunft nur noch »staatlich geprüft« zu verrichten. Im Alter von fast 44 Jahren entschloss sie sich, noch einmal die Schulbank zu drücken und zu lernen. Mit Erfolg! Im genannten Berliner Amtsblatt erschien eine Bekanntmachung über »die staatliche Anerkennung als Krankenpflegerin gemäß § 20 der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen vom 10. Mai 1907« – es folgt eine lange Liste mit Namen, in der unter Nummer 215 Lilly Gräfin Pückler-Limpurg zu finden ist.

Wohnung in Stuttgart

Doch dann suchte sich Gräfin Lilly eine wohnliche Bleibe, ein Daheim. In einem späteren Pass von Gräfin Lilly ist eingetragen: »Wohnung in Stuttgart Neckarstraße 69 a/II, seit 1910 (November)«. Sie hatte in der württembergischen Residenzstadt schon ein

kleines Stück Heimat: Ihr Großvater und ihr Vater weilten einst als Mitglied der Ersten Kammer immer wieder in Stuttgart, hatten deshalb dort ein Haus. Auch Bruder Gottfried kam aus der Residenz Gaildorf zu Sitzungen hierher und einige seiner Kollegen der Kammer wohnten in der Neckarstraße. Da dürfte ihr die große Stadt – sie hatte damals mit Eingemeindungen rund 290 000 Einwohner – nicht ganz fremd gewesen sein.

Das im Pass erwähnte Gebäude stand in dem Abschnitt der Neckarstraße, der heute zur Willy-Brandt-Straße gehört, etwa 50 m südlich vom Neckartor. Es war ein »besseres« Stadtviertel, nicht weit weg von den heutigen Mittleren Anlagen und der Ruine des Lusthauses. Die Häuserzeile existiert nicht mehr, stattdessen wurde der Park erweitert. Im Erdgeschoss des Hauses wohnte der Besitzer, ein Kaufmann, darüber ein Rechnungsrat und eine Hauptlehrerein und im 2. Stock Gräfin Lilly in einer stattlichen Wohnung. Also ein Heim, in dem man sich wohlfühlen konnte. Lilly wohnte in dieser schönen Umgebung bis zu ihrem Tode 1942.

Das adelige Damenstift Oberstenfeld

Die Stiftungsurkunde nennt 1016 als Gründungsjahr. Auch wenn die Urkunde selbst gefälscht ist, belegen Forschungen eindeutig, dass die angegebenen Daten großenteils zutreffend sind, so auch das Datum der Gründung. Der Adel wollte für seine Töchter, die nicht zur Ehe gekommen waren, eine standesgemäße Bleibe schaffen. Stiftungen sicherten die Existenz des Stifts, das später die Augustinerregel annahm. Von Anfang an gab es zwei Priester, einer davon war auch für den Ort zuständig. Für Regelungen weltlicher Belange, vor allem rechtlicher Art, wurde aus dem Kreis der Adligen ein Schutzvogt ausgewählt. Dieses Amt gelangte 1357 durch Kauf an Württemberg.

1537 nahm das Stift die evangelische Lehre an und vermied so die Auflösung des Stifts durch Herzog Ulrich. Um seinen reichsunmittelbaren Stand abzusichern, schloss sich das Stift dem Kanton Kocher der Reichsritterschaft an. Im Dreißigjährigen Krieg hatte es sehr zu leiden, ebenso während des Pfälzer Erbfolgekrieges beim Franzoseneinfall 1693, als ein großer Teil von Oberstenfeld in Schutt und Asche gelegt wurde. Die stark geschädigte Stiftskirche konnte erst 1717 wieder eingeweiht werden.

Im Oktober 1802 war das Damenstift in den Besitz Württembergs gekommen mit allem, was am Ort und auswärts an Grund und Boden, in Kellern und Scheunen, im Archiv usw. dem Stift gehörte, einschließlich der Stiftskirche. Die durch Napoleon in Gang gebrachte Säkularisation und Mediatisierung machte dies möglich. Der damalige Herzog Friedrich (1803 Kurfürst, 1806 König) verfügte jedoch, dass das Damenstift als Einrichtung für Töchter aus weniger vermögenden Adelsfamilien erhalten bleiben sollte und ließ entsprechende Bestimmungen aufstellen. Die 1805 erlassenen und mehrfach – zuletzt 1906 – erneuerten Statuten regelten die Ordnung und das Leben im Stift.

Nun entschied der Herrscher, welche Dame in das Stift aufgenommen werden sollte. Voraussetzung war, dass sie sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits acht adelige Ahnen aufweisen konnte, zusammen also 16. Das war neu, denn bisher genügten zur »Zulassung« schon acht adelige Vorfahren. In den Statuten war auch festgelegt, dass beim Freiwerden der Stelle einer Äbtissin das erste Anrecht darauf einer Prinzessin aus dem Hause Württemberg zustand. Diese musste unverheiratet und

mindestens 18 Jahre alt sein. Äbtissin und Stiftsdamen konnten auch Prinzessinnen über 18 Jahre aus anderen deutschen fürstlichen Häusern sein. Die Stiftsdamen erhielten nun auch »als besonderes Merkmal der Königlichen Gnade« ein neues Ordenszeichen.

Eine Pflicht, im Stift zu wohnen oder sich an eine klösterliche Klausur zu halten, gab es nun nicht mehr, weder für die Äbtissin noch für die Stiftsdamen. Doch sie



Das Ordenszeichen des Stifts in Form des Malteser-Kreuzes, in der Mitte der Vorderseite mit Johannes dem Täufer.

erhielten ihre Präbende, eine Art Pension: die Äbtissin damals 1500 Gulden, die Stiftsdamen 600 Gulden, dazu eine festgelegte Menge an Holz. Im Jahre 1818 gab es eine Zustiftung aus dem Vermögen der vormaligen ritterschaftlichen Kasse. Daraus entwickelten sich die »kleinen Präbenden«, die ebenfalls, doch finanziell etwas bescheidener als die großen, für unbemittelte Fräulein aus dem Adel verwendet wurden.

Äbtissinnen im Stift Oberstenfeld

Von 1272 bis 1805 sind 29 Äbtissinnen des Stifts durch Dokumente – einschließlich Epitaphien – nachgewiesen. An 27. Stelle steht Magdalena Elisabeth von Wöllwarth, die von 1724 bis zu ihrem Tode im Jahr 1760 »regierte« – so die einst übliche Bezeichnung. Die letzte Äbtissin aus der Zeit des reichsfreien Stifts ist Caroline Friederike von Weiler; sie erlebte in hohem Alter die Inbesitznahme des Stifts durch Württemberg und durfte bis zu ihrem Tode 1805 ihr Amt ausüben.

Danach sorgte König Friedrich dafür, dass das königliche Haus zum Zuge kam: 1805 setzte er seine Tochter Katharina als Äbtissin persönlich in der Oberstenfelder Stiftskirche ein. Wenige Jahre später heiratete sie Jérôme, den jüngsten Bruder Napoleons und wurde

Königin von Westfalen. Nach ihr folgte noch eine ganze Reihe von Äbtissinnen aus der königlichen Familie, als letzte Königliche Hoheit die Herzogin Mathilde von Württemberg aus der schlesischen Linie. Sie starb im Jahre 1913. Ihr folgte schließlich als letzte Äbtissin des adeligen Damenstifts Oberstenfeld Amalie (Lilly) Gräfin von Pückler-Limpurg.

Amalie (Lilly) von Pückler-Limpurg wird Äbtissin

Das »Amtsblatt des Königlich Württembergischen Ministeriums des Innern« informiert unter der Rubrik »Personal-Nachrichten« sachlich kurz: Durch »Allerhöchste EntschlieÙung Seiner Königlichen Majestät vom 14. November 1913 wird Gräfin Lilly von Pückler-Limpurg in Stuttgart zur Äbtissin des evangelischen adeligen Fräuleinstifts in Oberstenfeld ernannt«.

Für die Neubesetzung der Äbtissinnenstelle ist zu dieser Zeit das Innenministerium zuständig. In einer kleinen Kommission wird besprochen, welche Dame mit entsprechenden Voraussetzungen man dem König als Äbtissin vorschlagen sollte. Es scheint, dass die Gräfin keinen besonderen Antrag gestellt hatte, sondern dass bei ihr angefragt wurde. Dies ist zwei Briefen zu entnehmen, die sie Mitte November geschrieben hat. Der erste Brief datiert vom 12. November: »Ew. Exzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, dass ich gerne bereit bin, die Stelle als Äbtissin von Oberstenfeld anzunehmen, falls Seine Majestät der König die Gnade haben sollte, mir dieselbe zu übertragen.« Nach positiver Antwort schrieb sie vier Tage später: »Sehr geehrter Herr von Soden! Haben Sie besten Dank für Ihre freundliche Mitteilung, die mich sehr erfreute. Mir lag der Gedanke so absolut ferne, dass ich für die Neubesetzung der Äbtissinnenstelle in Frage kommen könne, dass Ihr Brief mir wirklich ganz überraschend kam. Ich darf wohl annehmen, dass ich es vor Allem Ihrer gütigen Fürsprache verdanke, wenn S. M. der König bei Neubesetzung der Stelle allergnädigst geruhte, sich meiner zu erinnern und möchte Ihnen dafür meinen aufrichtigen Dank aussprechen.«

Sie wurde also Äbtissin, obwohl sie bayerische Staatsbürgerin war, doch entsprach dies den Statuten schon aus dem Jahre 1805. Außerdem: Das Limpurger Land war württembergisch, ihr Bruder Graf Gottfried residierte in Gaildorf. Er war wie die drei Generationen vor ihm württembergischer Standesherr und Mitglied in der Ersten Kammer. Die Mutter entstammte dem altschwäbischen Geschlecht derer von Wöllwarth, das von alters her enge Beziehungen zum Stift Oberstenfeld pflegte und schon einmal – wie bereits erwähnt – eine Äbtissin gestellt hatte.

Nicht ganz so sachlich wie das Amtsblatt berichtete die lokale Presse. In der Marbacher Zeitung, die damals »Postillon« hieß, war am 18. November 1913 zu lesen: »Zur Äbtissin des evangelischen adeligen Fräuleinstifts zu Oberstenfeld wurde vom König die Gräfin Lilly von Pückler-Limpurg in Stuttgart ernannt, eine Schwester des Grafen Gottfried von Pückler-Limpurg, des erblichen Mitglieds der Ersten Kammer. Die neue Äbtissin ist am 1. Juli 1863 in Burgfarnbach geboren und hat sich durch ihre gemeinnützige Betätigung manches Verdienst erworben. Sie nimmt u. a. auch die Stellung einer Oberin im badischen Frauenverein ein und war als Schwester in der Universitäts-Ohrenklinik in Heidelberg tätig. Seit einigen Jahren wohnt die Gräfin in Stuttgart.«

Ein Jahr später berichtet Stiftsdame Natalie von Stetten-Buchenbach und vermittelt einen Hauch alter Zeit: »Frau Äbtissin war im Frühjahr 1914 einige Male im Stift, um sich ihre Wohnräume dort anzusehen, notwendige Veränderungen anzuordnen,



*Blick auf das Damenstift und die Stiftskirche.
Postkarte aus der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg.*

namentlich aber auch um die Einrichtung von Möbeln, Servicen und das zur Küche und sonstigem Haushalt Gehörige anzusehen, das die verstorbene Herzogin von Württemberg den ihr nachfolgenden Äbtissinnen testamentarisch vermacht hatte. Selbst die verblassten (nicht so schönen!), nun von Motten zerfressenen Möbel sollten neu gepolstert übergeben werden nach dem Willen der Verstorbenen.«

Die Bemühungen um die Verschönerung scheinen erfolgreich gewesen zu sein, wie dem »Postillon« zu entnehmen ist: »18. Juni 1914. Die neuernannte Äbtissin des adeligen Fräuleinstifts zu Oberstenfeld, Gräfin Lilly von Pückler-Limpurg ist heute hier eingetroffen. Zum Empfang fanden sich am Bahnhof ein: Stiftsprediger Strebel, Schultheiß Bischoff, Notar Heyd und eine Abordnung des Gemeinderats und geleiteten die Äbtissin zum Stift. Am Hauptportal begrüßten die eben anwesenden Damen Freiin v. Ziegesar, v. Könnertitz, v. Brandenstein und v. Türkheim ihre Oberin und führten sie in ihre geschmackvoll decorierte Wohnung. Am Stiftsgarten war eine Ehrenpforte errichtet und am Eingang zwei prächtige Fichten aufgestellt. Möge es der hohen Frau in ihrem prächtigen Sitz wohl gefallen und sie wie ihre Vorgängerin, die unvergessliche Herzogin Mathilde von Württemberg, viele Jahre im Segen ihres Amtes walten!«

Die Berichterstatlerin Natalie von Stetten-Buchenbach wusste Genaueres und zitierte aus einem Brief, den die Stiftsdame von Ziegesar ganz privat an sie geschrieben hatte: »Frau Äbtissin und ich hatten uns, von Stuttgart kommend, auf den gleichen Zug eingerichtet und reisten zusammen. Und siehe da, am Bahnhof standen zu festlichem Empfang in schwarzem Rock und Cylinder der Herr Stiftsprediger Strebel, Schultheiß, Notar und Gemeinderat; so zogen wir mit je 3 Cavalieren zum Stiftsgartenthor, wo unter Ehrenpforte und Fahne die Stiftsdamen von Könnertitz,

von Brandenstein und von Türkheim im Ordenskleid die Honneurs machten. Die Herren empfahlen sich, und wir wurden bei Frl. von Könnerritz zum Festkaffee vereinigt! Auch auf dem Stifte wehte die Fahne und vor der Haustüre stehen 2 Tannen aufgepflanzt, von der Gemeinde gewidmet. Gräfin Pückler war natürlich sehr erfreut von dem Empfang.«



Blick von der Loge der Stiftsdamen in die Stiftskirche. Postkarte um 1930.

Man kann sich gut vorstellen, dass Stiftsdame Natalie von Stetten-Buchenbach, die viel über das Stift und seine Damen geschrieben hat, ihre neue Äbtissin auch in die Stiftskirche führte. Dort steht unter vielen stattlichen Epitaphen eines aus der Zeit des Rokoko. Oben, gleichsam als »Überschrift«, ist das Wappen mit dem Halbmond der Familie von Wöllwarth aus Essingen-Lauterburg eingemeißelt. Links darunter, vom Beschauer aus betrachtet, acht Wappen väterlicherseits, rechts die acht Wappen mütterlicherseits, jeweils untereinander und mit den Namensträgern versehen. Das Epitaph stellte für die jetzige Äbtissin Amalie von Pückler-Limpurg ein Stück Genealogie aus der Familie ihrer Mutter dar.

Kein historischer Wert steckt in dem Brief vom 24. Juni 1914, den eine Stiftsdame auf den Weg brachte, doch lässt er ein wenig Ambiente aus dem Damenstift spüren, hier am Tag nach dem festlichen Empfang von Gräfin Pückler-Limpurg: »Seit Donnerstag haben wir nun die neue Äbtissin hier, ich habe mich etwas erholt. Da aber die Damen nicht hergingen wie am Tage zuvor oder mit ihr kamen, blieb mir viel anzuordnen, was allerdings unser unermüdlicher Schultheiß vortrefflich ausführte. Natürlich gab ich allen einen Imbiss, kroch aber 6 Uhr todmüde zu Bett. – Welche Fülle unsere unvergessliche Herzogin Äbtissin ihrer Nachfolgerin nach allen Richtungen als Nutznießerin von 6 Hühnern und Garten bis ins Kleinste überließ, an Möbeln, Silber, Glas, Porzellan, Wäsche, Wein ist ganz rührend. Ich hoffe nur, dass Freiin Ziegeler, die hier als sehr genau gilt, wohlhabend, aber äußerst profitlich, Gräfin Lilly nicht zu sehr beeinflusst, wenn ja natürlich die Leute wissen, dass der Maßstab der gnädigen Herzogin aufgehört hat.«

Weitere Nachrichten über die Zeit, die Äbtissin Lilly im Stift verbracht hat, gibt es nur sehr wenige. Das Hauptsteueramt Stuttgart fragte im November 1914 bei Gräfin Lilly wegen ihres zweiten Wohnsitzes in Oberstenfeld an; die Befragte antwortete unter anderem: »Es steht mir frei, wie lange ich in Oberstenfeld wohnen will; es ist nicht ausgeschlossen, dass ich auch längere Zeit dort meinen Wohnsitz nehme.« Es ist ganz anders gekommen!

Im Ersten Weltkrieg

Als 1914 der Weltkrieg begann, war Gräfin Lilly 51 Jahre alt. Sie stellte sich sofort als Pflegeschwester – Diakonissin – zur Verfügung und tat von Mitte August bis Mitte September 1914 in einem Heimatlazarett in Stuttgart Dienst. Danach war sie von Mitte September 1914 bis zum Kriegsende im November 1918 im Westen und wohl auch im Osten in Feldlazaretten tätig. Aus dem Sommer 1915 sind zwei Briefe der Gräfin erhalten, in denen es um Angelegenheiten des Stifts geht. Sie wurden im »Kriegslazarett E II preuß. Armee-Korps Etappen-Inspection der 6. Armee« geschrieben. Genaue Standortangaben lassen sich daraus nicht ableiten.

Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Schwester und Oberin hat sich Gräfin Lilly voll eingesetzt. Im »Schwäbischen Merkur« war zu lesen: »S.M. der König hat unter dem 10. Oktober 1915 verliehen die Karl-Olga-Medaille in Silber an Gräfin Lilly Amalie von Pückler-Limpurg, Oberstenfeld, Krankenpflegerin in Douai«. Diese Stadt liegt in Nordfrankreich unweit von der belgischen Grenze. Die Medaille war 1889 von Königin Olga im Einvernehmen mit ihrem Gatten König Karl gestiftet worden aus Anlass des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Königs. Sie wurde an Männer und Frauen verliehen, die sich in der Pflege verwundeter und erkrankter

Soldaten besonders ausgezeichnet hatten. Der »Schwäbische Merkur« gab am 4. Mai 1916 bekannt: »Der Kaiser hat die rote Kreuzmedaille 2. Klasse verliehen an Gräfin Lilly von Pückler und Limpurg, Äbtissin des Evangelischen Adligen Stifts Oberstenfeld«.

Wieder in Stuttgart

Nach dem Ende des Weltkriegs 1918 kehrte Gräfin Lilly nach Stuttgart in ihre Wohnung zurück. Mit Interesse verfolgte sie die Entwicklung in Württemberg. Der König hatte abgedankt, eine neue Regierung mühte sich um Neuordnung. Im Staatshaushaltsplan für 1920 wurden keine Mittel für die Präbenden des Stifts mehr zur Verfügung gestellt und das Stift Oberstenfeld als Vorrecht des Adels aufgehoben. Äbtissin Lilly erhob zwar Einspruch, doch ohne Erfolg. Ob die Äbtissin je noch einmal das Stift in Oberstenfeld aufgesucht hat? Stiftsdame von Ziegeler lebte dort in ihrer Wohnung, bis sie 1935 starb und auf dem Oberstenfelder Friedhof beigesetzt wurde.

Es lassen sich nur noch wenige Lebenszeichen von Gräfin Lilly finden. Es scheint, dass sie in Stuttgart die Ruhe geschätzt hat, es könnten aber auch gesundheitliche Gründe gewesen sein. Ein erhaltenes Familienfoto zeigt, dass sie 1923 in Gaildorf am Fest zur Silbernen Hochzeit ihres Bruders Graf Gottfried teilnahm. Als sie im Mai 1930 einen neuen Pass beantragte, gab sie als Beruf an: »Äbtissin des evangelischen adeligen Fräuleinstifts Oberstenfeld«.



Familienfoto bei der Silbernen Hochzeit des Grafen Gottfried von Pückler-Limpurg und seiner Frau Adele am 19. April 1923 in Gaildorf; rechts außen sitzt Gräfin Lilly.

Erhalten ist auch noch ein entwertetes Sparbuch der Gräfin, ausgestellt von der Städtischen Sparkasse Stuttgart. Die Einträge beginnen am 24. Juni 1927 und enden am 18. Februar 1934. Sie zeigen, dass von Anfang an regelmäßig jeden Monat jeweils 100 Reichsmark persönlich auf der Bank in Stuttgart eingezahlt wurden. Später wurde der Betrag Monat für Monat überwiesen; einen Dauerauftrag gab es damals noch nicht. Diese monatliche Hilfe für die Gräfin ließ ihr fürsorglich der Bruder Gottfried von Pückler-Limpurg zukommen. Es darf wohl angenommen werden, dass Lilly Briefe an ihren Bruder nach Gaildorf geschrieben hatte, aber sie sind alle verbrannt, als 1945 das Schloss beschossen und vollständig zerstört wurde.

Das elterliche Schloss Burgfarnbach bei Fürth, in dem sie fast 25 Jahre gelebt hatte und wo es außer ihr noch Geschwister, Nichten und Neffen gab, blieb im Krieg unbeschädigt. Nachdem die gräfliche Familie 1957 im Mannesstamm erloschen war, kaufte die Stadt Fürth 1968 das Schloss. Darin sind jetzt das Archiv der Stadt, das Archiv Pückler-Limpurg, eine bedeutende Bibliothek und ein Museum untergebracht. Schriftliche Unterlagen von und über Lilly scheinen nicht vorzuliegen.

Vor und im Zweiten Weltkrieg

Im Jahre 1933 kommt Hitler an die Regierung, alles ändert sich. Der Adel ist nur gefragt, wenn er das nationale Regime unterstützt und NSDAP-Parteigenosse wird. Dies kam für Lillys Bruder Graf Gottfried absolut nicht in Frage! Seit 1933 setzte er sich als Kirchengemeinderat für die Gemeinde und Stadt Gaildorf ein, insbesondere als Partei und Regierung sich immer drängender gegen die christliche Lebenshaltung stellten. In der NS-Presse wurde der Graf zynisch vorgestellt als »großer Gönner von Missionskränzen und Bibelgesellschaften, von Jungmänner- und Jungfrauenbünden«. Das hinderte den Grafen nicht in seiner Haltung. Während des Krieges, als viele Pfarrer zum Wehrdienst eingezogen waren, diente er als Prädikant und hielt in den verwaisten Gemeinden des Kirchenbezirks am Sonntag Gottesdienst. Seiner Frau Gräfin Adele wurde verboten, christliche Literatur auszuleihen. Man lebte gefährlich! Es darf angenommen werden, dass Gräfin Lilly dieselbe Einstellung hatte.

1939 bricht der Krieg aus, Lazarette werden wieder nötig. Die betagte »Schwester Lilly« weiß: Das bedeutet Schmerzen, zerrissene Leiber und Tod für vorher lebensfrohe Menschen, dazu schweres Leid für unendlich viele Familien. Der Krieg kommt auch nach Stuttgart: Am 25. August 1940 fallen die ersten Bomben auf die Stadt, es sollten noch 52 Luftangriffe folgen.

Schon seit längerer Zeit war die Gräfin kränklich. Sie wurde zusehends schwächer und spürte, dass ihre Kräfte unaufhaltbar nachlassen, der Tod nicht mehr weit ist. Am 1. Dezember 1941 starb ihre älteste Schwester Sophie Julie, die zeitlebens im Schloss Burgfarnbach geblieben war. Im Dezember 1941 machte Lilly beim Notar ihr Testament, in dem sie ihre Nichten und Neffen aus der Familie ihres jüngsten Bruders Richard als Erben einsetzte. Das neue Jahr war nicht gut. Ihr Gesundheitszustand erforderte einen Aufenthalt im Krankenhaus, und sie kam in das »Paulinenhospital« Stuttgart, Vorläufer des Diakonissenkrankenhauses (heute Diakonie-Klinikum). Dort fand am 28. September 1942 nach 79 Jahren ihr bewegtes Leben sein Ende, »nach Gottes Ratschluss« heißt es in der Traueranzeige.

Die Angehörigen der Familie Pückler-Limpurg und die Gemeinde nahmen beim Trauergottesdienst in der Friedenskirche Abschied von ihr. Auf Veranlassung des Bruders Gottfried wurde für sie ein Grab auf dem Stuttgarter Waldfriedhof angelegt. Am 1. Oktober nachmittags um 3 Uhr fand die Beisetzung statt. Das Grabkreuz aus Stein nannte ihren Namen und die Lebensdaten sowie das Bibelwort aus Johannes 11. 25: »Ich bin die Auferstehung und das Leben«. Graf Gottfried war darauf bedacht, dass das Grab gepflegt und in Ordnung gehalten wurde. Nach seinem Tode 1957 übernahm die Stiftungsverwaltung diese Aufgabe bis zum Ende der Liegezeit 1983.

Gräfin Lilly musste nicht mehr erleben, wie das Haus 69 in der Neckarstraße, in dem sie 32 Jahre lang ein Stück Heimat hatte, im Jahre 1944 von Bomben geschädigt wurde. Die nahe gelegene Friedenskirche, erst 1892 eingeweiht, wurde völlig zerstört durch Bomben und Feuer. Vollständig verbrannte auch das Archiv der Kirchengemeinde mit Urkunden, Kirchengemeinderats-Protokollen und dem Kommunikanten-Register mit den Einträgen der Abendmahlsgäste. Und darin wohl die letzten Spuren der letzten Äbtissin vom adeligen Damenstift Oberstenfeld.



Passbild von 1918 mit Unterschrift.

Das Haus Pückler-Limpurg nach dem Krieg

Die beiden Neffen von Gräfin Lilly, Söhne ihres jüngsten Bruders Graf Richard, kehrten nicht vom Krieg zurück: Im Mai 1943 ist Wilhelm Heinrich mit seinem U-Boot vor Grönland versunken, Hans Ludwig fiel 1945 in Rumänien. Die beiden Söhne waren die große Hoffnung für das Weiterbestehen des Hauses Pückler-Limpurg, denn die Ehe Graf Gottfrieds mit Gräfin Adele in Gaildorf blieb kinderlos.

Im Wissen darum, dass mit den beiden letzten männlichen Angehörigen aus der Familie des Grafen Richard auch die Zukunft der gesamten Linie Pückler-Limpurg dahin gegangen ist, fassten Graf Gottfried und seine Gemahlin Adele den Entschluss, ihr Vermögen in eine Stiftung zu geben. Im Jahre 1950 unterzeichneten sie die Gründungsurkunde der »Graf von Pückler und Limpurg'schen Wohltätigkeitsstiftung«. Am 26. November 1957 starb Graf Gottfried mit 86 Jahren, seine Witwe vier Jahre später am 9. November 1961. Beide wurden in Gaildorf beigesetzt. Damit erlosch das Gaildorfer Grafenhaus der Pückler-Limpurg.

Ein bewegender Schluss

Am 9. Oktober 2012 traf die Mail einer katholischen Schwesternschaft aus Daressalam bei der Stadtverwaltung Gaildorf ein, die an die Pücklersche Stiftungsverwaltung weitergeleitet wurde: »Wir suchen ein Foto der Gräfin Amalie von Pückler-Limpurg. Der Hintergrund ist folgender: Die Kongregation der Schwestern von der heiligen Elisabeth hat seit fast zwei Jahren eine Station in Tansania und baut dort ein Krankenhaus auf. Bei Kontakten mit den Gesundheitsbehörden des Landes werden die Schwestern immer wieder nach der Gräfin ›Lilly‹ gefragt, die dort Ende des 19. Jahrhunderts tätig war und als eine der Begründerinnen des dortigen Gesundheitswesens gilt. Sie würden sich freuen, wenn sie nähere Informationen und nach Möglichkeit ein Foto der Gräfin bekommen könnten.« Was für eine segensreiche Arbeit muss die Gräfin dort erbracht haben, wenn sich offizielle Stellen noch im Jahr 2012 an sie erinnern!

Quellen und Literatur (Auswahl)

- Bundesarchiv Berlin R 1001 (Reichskolonialamt) Nr. 215 und 5654
Graf von Pückler und Limpurg'sche Stiftungsverwaltung Gaildorf
Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 14 Bü 1304; J 1 Bd. 276
Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrarchiv Fürth-St. Johannis (Burgfarnbach) 176-10, T. 1863/52
Staatsarchiv Ludwigsburg F 215 Bü 144 und 387
Stadtarchiv Stuttgart
Steueramt Stuttgart
- Walter Bruchhausen: *Medizin zwischen den Welten. Geschichte und Gegenwart des medizinischen Pluralismus im südöstlichen Tansania*, Bonn 2006.
Hermann Ehmer: *Das Stift Oberstenfeld von der Gründung bis zur Gegenwart*, in: Kurt Andermann (Hg.): *Geistliches Leben und standesgemäßes Auskommen. Adlige Damenstifte in Vergangenheit und Gegenwart*, Tübingen 1998, S. 59–89.
Wolfgang U. Eckart: *Medizin und Kolonialimperialismus. Deutschland 1884–1945*, Paderborn 1997.
Steffen Hinderer: *Das Pücklersche Schloss zu Gaildorf. Innenleben einer Residenz 1778–1945*, Gaildorf 2007.
Hans König: *Graf Gottfried von Pückler-Limpurg 1871–1957. Ein Leben aus dem Glauben, Wohltäter für Stadt und Kirche*, Gaildorf 1996.
Ludwiga Lehr: *Der deutsche Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien*, Berlin 1902.
Gebhard Mehring: *Stift Oberstenfeld*, in: *Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte* 6 (1897) S. 241–308.
Heinz Schneppen: *Die Anfänge des Ocean Road Hospital in Daressalam. Vom Missionsspital zum Gouvernements-Krankenhaus*, in: *Sudhoffs Archiv* 84 (2000) S. 63–88.
Nicole Schweig: *Weltliche Krankenpflege in den deutschen Kolonien Afrikas 1884–1918*, Frankfurt 2012.
Unter dem rothen Kreuz. *Zeitschrift des Deutschen Frauen-Vereins für Krankenpflege in den Kolonien*, Jahrgänge 1890–1898.
Lora Wildenthal: *German Women for Empire 1884–1945*, Durham 2001.
Gerd Wunder: *Die Schenken von Limpurg und ihr Land*, Sigmaringen 1982.

Im Angesicht des Terrors

Die Vaihinger Bevölkerung als Beteiligte und als Augenzeugen 1933 bis 1945*

von Manfred Scheck

Wenn es gilt, dass die Stadt Vaihingen vom ersten bis zum letzten Tag in das nationalsozialistische Unrechtssystem eingebunden war¹, dann heißt das auch, dass sich die Vaihinger Bevölkerung vielfach ganz konkret mit den Untaten des Dritten Reichs auseinandersetzen musste und viele vor die Entscheidung gestellt wurden, wie sie sich angesichts einer bislang unbekanntenen Abweichung vom kleinbürgerlichen Alltag verhalten sollten. Und so vielgestaltig wie die Herausforderungen waren die Erfordernisse bzw. die Möglichkeiten, darauf zu reagieren.

1. Häftlinge auf Schloss Kaltenstein

In Vaihingen bestand seit 1842 ein Arbeitshaus für Männer; dies war nicht der Justizverwaltung, sondern dem Innenministerium unterstellt. In ihm waren Männer untergebracht, die nicht in das Bild der bürgerlichen Wohlanständigkeit passten, vorwiegend »Arbeitsscheue«, die einem geordneten Leben zugeführt werden sollten. Die »Schlössler«, wie man die Arbeitshausinsassen in Vaihingen nannte², waren in der Stadt eine feste Größe. Da sie nicht nur innerhalb der Schlossmauern beschäftigt wurden, sondern auch von Landwirten und Handwerkern als billige Arbeitskräfte ausgeliehen werden konnten, waren sie in der Stadt mit ihrer hellen Sträflingskleidung und der Aufschrift »AHV« auf dem Rücken immer wieder präsent, meist von einem Aufseher begleitet. Im Dritten Reich geriet das Schloss sofort nach der Machtübernahme ins Blickfeld der neuen Herren.

Als Voraussetzung für die Durchsetzung ihrer Diktatur betrieben die Nazis vom ersten Tage an die Ausschaltung aller politischen Gegner, was ihnen mit der massenhaften Verhängung von Schutzhaft auch weitgehend gelang. Da Terror am wirkungsvollsten einschüchtern, wenn er öffentlich ausgeübt wird, meldete die Vaihinger Lokalzeitung »Der Enz-Bote« am 11. März 1933, auf dem Vaihinger Schloss sei »eine größere Anzahl kommunistischer Funktionäre und Abgeordneter« eingeliefert worden, die von hier aus »in ein Lager überführt werden sollen«.³ Dies geschah am Morgen des 21. März, als 69 Schutzhäftlinge mit drei Omnibussen ins Konzentrationslager Heuberg verbracht wurden.

In drei umfangreichen Zeitungsberichten wurde die Vaihinger Öffentlichkeit am 23. und 24. März sowie am 13. April darüber informiert, was es mit dem Lager Heuberg auf sich hatte.⁴ Wurde am 24. März gesagt, das Lager diene dazu, »aus dem

* Überarbeitete und um die Anmerkungen ergänzte Fassung des am 12. Februar 2015 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.



*Schloss Kaltenstein in einer Luftaufnahme aus dem Jahr 1935.
Im Vordergrund ist der 1928 bis 1930 errichtete Zellentrakt des Arbeitshauses zu erkennen.*

ganzen Lande alle ruhe- und ordnungsgefährdenden Elemente laufend bis auf weiteres zu entfernen, sicherzustellen und damit die Polizeibehörden zu entlasten«, so erfuhren die Vaihinger Leser am 13. April, dass das Vaihinger Arbeitshaus als Außenstelle dieses Lagers und auch als Lazarett für etwa 80 vom Heuberg hierhergebrachte KZ-Häftlinge diene.

Hatte es am 13. April geheißt, »Geschlechtskranke kommen sofort ins Arbeitshaus nach Vaihingen a. E.«, so wurde diese die Bevölkerung wohl eher verstörende Nachricht am 29. April ergänzt und korrigiert: Unter der Überschrift »Das Schloss als Lazarett« hieß es: »Wie von maßgebender Stuttgarter Stelle mitgeteilt wird, befinden sich im Arbeitshaus Vaihingen kranke Schutzhäftlinge jeder Art.«⁵

Unter den Kranken befand sich auch der Vaihinger Kommunist Gottlob Kanz.⁶ Er hatte zunächst in Stuttgart untertauchen können, war dann aber denunziert und nach seiner Verhaftung Anfang April auf den Heuberg eingeliefert worden. Nach einem Nervenzusammenbruch hat man ihn nach Vaihingen gebracht, wo er in eine Einzelzelle gesteckt wurde, die zum Schlosshof zu lag, damit er keinen Kontakt nach draußen aufnehmen konnte. Seine Frau, die dies von einem der auf dem Schloss beschäftigten zivilen Aufseher erfahren hatte, konnte ihn zwar mit Wäsche, Honig und Lektüre versorgen, durfte ihn aber nicht sehen. Kanz kam im August 1933 wieder frei, wurde aber in der Folge noch mehrfach verhaftet. 1939 wurde er erneut für einige Monate ins KZ eingeliefert, diesmal u. a. nach Buchenwald. Wie alle Häftlinge musste er bei jeder Entlassung eine Schweigeverpflichtung unterschreiben; Kanz hielt diese ein und schwieg bis zum Kriegsende eisern über seine Erlebnisse, selbst gegenüber seiner Frau.⁷ In Vaihingen wurde er weder ausgegrenzt noch benachteiligt.

Die Zahl der nach Vaihingen verbrachten Kranken stieg so schnell an, dass das württembergische Innenministerium bereits am 6. Mai 1933 in einem Rundschreiben darauf hinweisen musste, dass das Arbeitshaus »mit kranken Schutzhäftlingen überbesetzt« war. »Bis auf weiteres« sollten daher »dorthin keine Schutzhaftgefangenen mehr abgegeben werden«. Anscheinend wurde die Krankenstation noch im Juli wieder aufgelöst.⁸

Im September 1937 wurde der Polizeibeamte Christian Walther – ein fanatischer Nationalsozialist, der ab 1938 auch Ortsgruppenleiter der NSDAP von Vaihingen war – neuer Leiter des Arbeitshauses. Er übte überall, wo er, stets von seinem Schäferhund begleitet, auftrat, ein Terrorregiment aus und war in der Bevölkerung weithin unbeliebt.⁹ Viele der Eingewiesenen waren für ihn »der Ausbund der Verbrecherwelt, der Abschaum der Deutschen und die größten Gegner des 3. Reiches«.¹⁰ Gleichwohl war er stets bestrebt, möglichst viele Gefangene im Arbeitshaus zu haben, das er von Anfang an als Produktionsstätte betrachtete. So berichtete er am 3. November 1937 an das Innenministerium, er werde »an einem vielversprechenden und finanziell sich günstig entwickelnden Versuch, den Gewerbebetrieb ohne Beeinträchtigung der übrigen Betriebe noch besser auszugestalten, weiterarbeiten«. Gedacht war an die Produktion von »Fußmatten für Kraftwagen«. Dazu nahm Walther u. a. mit der Firma Daimler-Benz Verhandlungen auf. Da die Zahl der Eingewiesenen in den beiden folgenden Jahren von 442 (31. Oktober 1937) auf 363 (10. Oktober 1939) zurückging, meldete Walther am 12. März 1940 nach Stuttgart: »Mindestens weitere 80, auch 100 [Eingewiesene] könnten gut untergebracht und bei den vielseitigen Arbeitsgebieten in der hiesigen Gegend und der Anstalt produktiv eingesetzt werden.«¹¹

Als Walther im Februar 1941 das Schloss zur Besichtigung freigab, um Spenden für das Winterhilfswerk zu erhalten – zu dieser Zeit waren neben rund 300 Arbeitshausinsassen auch rund 150 französische Kriegsgefangene im Schloss untergebracht –, wurde den Besuchern aus der Stadt eine Idylle vorgegaukelt. So bekamen sie neben Amateurfilmen, und zwar seinerzeit noch ganz seltene Farbfilme, eine Geflügelausstellung und eine Ausstellung der im Schloss gefertigten Gegenstände zu sehen. Außerdem konnten sie den Gefangenen beim Arbeiten zusehen und deren Erzeugnisse erwerben, darunter aus Peddigrohr gefertigte Automatten und »Kriegs-Schuhe«.¹²

Zu dieser Zeit waren im Arbeitshaus 59 Personen als Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Durch die Aufseher, unter denen es während des Krieges eine Reihe dienstverpflichteter Bürger aus Vaihingen gab, war man in Vaihingen über die Vorgänge im Schloss gut unterrichtet. Der kommunistische Häftling Willi Bohn erinnert sich an die zivilen Hilfswachtmeister als »sehr loyale Leute«, von denen insbesondere der Schneidermeister Johannes Pfeffer, der als Dienstverpflichteter eine der Werkstätten leitete, durchweg als menschlich und anständig erscheint, an einer Stelle sogar als »der beste Wachtmeister« bezeichnet wird.¹³ Von anderen Wachtmeistern wurden die Häftlinge jedoch geschlagen und gedemütigt.

Zwischen dem 4. September 1942 und dem 2. März 1945 kamen in 31 Transporten insgesamt 568 Gefangene auf den Kaltenstein, die durch das Reichsjustizministerium hierher verlegt worden waren. Zunächst wird nicht erkennbar, welcher Zweck damit verfolgt werden sollte. Dies änderte sich, als am 15. Dezember 1943 der Reichsminister der Justiz den Generalstaatsanwälten mitteilte, dass das Vaihinger Arbeitshaus in der Lage sei, »beschränkt oder nicht arbeitsfähige männliche Zuchthausgefangene aufzunehmen«. Diese dürften »jedoch nicht pflegebedürftig oder blind sein und sollten

mindestens noch leichte Arbeiten im Sitzen verrichten können.«¹⁴ Nachdem die Zuchthäuser diejenigen Gefangenen gemeldet hatten, die sie loswerden wollten, erfolgte die Einweisung durch das Reichsjustizministerium, worauf es zu einer sprunghaften Zunahme der Einlieferungszahl im Jahr 1944 kam. Mit anderen Worten: Das Arbeitshaus wurde – wie wenig später das nahegelegene KZ Vaihingen – zu einer Aufnahmestation für kranke Häftlinge, deren sich die abgebenden Anstalten entledigen wollten.

Entsprechend stiegen die Todeszahlen: 1943 und bis zum 2. April 1944 wurden zwölf »Schlossmänner« auf dem städtischen Friedhof begraben. Da der Friedhof anschließend nicht mehr zur Verfügung stand – offensichtlich wollte man die Bevölkerung nicht beunruhigen –, ließ Walther außerhalb der südlichen Umfassungsmauer, in der Nähe eines alten, längst eingeebneten Begräbnisfeldes, 21 Gräber ausheben, in die 127 verstorbene Häftlinge gelegt wurden.¹⁵

Der Vaihinger Dekan Gerhard Pfänder, der als Anstalts-Geistlicher zunächst Zutritt hatte, berichtet über die Zustände, die im Schloss herrschten: »Die Sträflinge und Insassen bekamen eine völlig ungenügende Kost, in kranken Tagen keine sorgsame Pflege, wurden bei kleineren Verfehlungen gegen Anstaltsvorschriften aufs Schwerste geschlagen und teilweise geradezu gefoltert. Kein Wunder, dass ein Sterben in großem Umfang einsetzte. Der Dekan hatte, solange er in der Anstalt noch Zutritt hatte, in einer Woche einmal sieben Tote zu beerdigen, in der nächsten Woche sechs usw. Später wurde der Geistliche überhaupt nicht mehr gerufen. Die Toten, die bis zu Dreien in einen Sarg gepresst worden waren, warf man dann einfach in das ausgehauene Loch hinter der Schlossmauer, da der Friedhof für diese Toten seit Jahresfrist gesperrt war.« An Unterernährung, vor allem aber an Misshandlungen »starben in der allerletzten Zeit nicht weniger als 146 Insassen und wurden ehrlos wie Hunde verscharrt.«¹⁶ Er erwähnt jedoch an keiner Stelle, dass er beim Leiter des Arbeitshauses vorstellig geworden wäre und gegen die herrschenden Zustände protestiert hätte.

Als die militärische Niederlage auch für fanatische Nationalsozialisten absehbar war, erging eine Weisung des Generalstaatsanwalts in Stuttgart, wonach die »gefährlichen« Gefangenen ermordet werden sollten, bevor sie die heranrückenden Franzosen befreien könnten.¹⁷ Der Vaihinger Polizeikommandant Georg Grau spricht von etwa 120 Zuchthausgefangenen und rund 50 politischen Häftlingen, die umgebracht werden sollten. Walther zeigte auch hier seinen Fanatismus: Er traf kaltblütig die nötigen Vorbereitungen und ließ die zur Exekution Bestimmten in den Schlosshof führen. Der von ihm mehrmals erteilte Erschießungsbefehl wurde aber dann doch nicht ausgeführt, da Grau sich weigerte, ein Exekutionskommando zu stellen, was ihn hätte leicht das Leben kosten können. Als sich Walther daraufhin an das Innenministerium wandte, erhielt er die Weisung, »die Aktion solle unter diesen Umständen unterbleiben«. So wurden die gefähigen Häftlinge am 4. April 1945 nach Ulm in Marsch gesetzt, wo die meisten der Überlebenden befreit wurden.¹⁸ Begleitet wurden sie von einem Lkw, der die Verpflegung mitführte, und von Aufsichtsbeamten des Arbeitshauses, die aus Stuttgart Verstärkung erhalten hatten.

2. Kriegsgefangene als unentbehrliche Helfer

Mit den Kriegsgefangenen – zunächst erschienen Polen, dann Franzosen und schließlich auch einige wenige Russen – kam eine Gruppe von Menschen in die Stadt, die zwar ehemalige Kriegsgegner waren, von der Bevölkerung aber zumindest

als unentbehrliche Arbeitskräfte gesehen wurden. Bis Kriegsende waren in Vaihingen 162 als Arbeitskräfte offiziell gemeldet.

Der Einsatz von Kriegsgefangenen in der Wirtschaft war durch die Genfer Konvention von 1929 geregelt. Danach durften Mannschaftsdienstgrade – nicht jedoch Offiziere – zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht mit den Kriegshandlungen in Verbindung standen. Für ihre Arbeit stand ihnen ein Lohn zu. Den polnischen und russischen Kriegsgefangenen wurde jedoch ab 1940 ihr Status als Kriegsgefangene aberkannt; sie wurden jetzt als »Zivilarbeiter« geführt.¹⁹

Die Nazis verfahren allerdings auch gegenüber den Gefangenen anderer Länder sehr willkürlich; korrekt angewendet wurden die Bestimmungen der Genfer Konvention lediglich gegenüber den anglo-amerikanischen Gefangenen. In Vaihingen geschah dies jedoch nach allem, was wir wissen, auch gegenüber den Franzosen. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei der Bestattung eines in Vaihingen verstorbenen Kriegsgefangenen. Als der bei der Töpferei Trautmann beschäftigte Maler Robert Pierre einem Schlaganfall erlag, wurde er am 8. Dezember 1941 mit militärischen Ehren von einem ebenfalls kriegsgefangenen französischen Priester auf dem städtischen Friedhof bestattet; ein Foto von der Beisetzung zeigt auch einen – wohl vom Stalag²⁰ stammenden – Kranz mit Hakenkreuzschleife.

Als die Franzosen im Oktober 1940 gegen Polen ausgetauscht werden sollten, führte dies zu einigem Unmut, der sich legte, als die Polen wegen »schlechter Führung und Arbeitsverweigerung [...] nach dem Elsass verlegt« wurden. Die auch vom Vaihinger Bürgermeister gegenüber der Verwaltung des für Vaihingen zuständigen Stalag in Ludwigsburg vorgebrachten Einwendungen hatten Erfolg, und so blieben rund 45 Franzosen bis zum Kriegsende in Vaihingen. Während die Franzosen in den Kreisgemeinden vorwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, hatten sich in Vaihingen neben einigen Landwirten auch zahlreiche Handwerksbetriebe mit dringend benötigten Arbeitern versorgt; und diese eingearbeiteten Fachkräfte – sie waren neben dem Chef oft die einzigen Mitarbeiter und hielten den Betrieb am Laufen – verlor man nicht gern.

Die Gefangenen, die zunächst, wie von Arbeitshausverwalter Walther gewünscht, im Arbeitshaus auf Schloss Kaltenstein untergebracht waren, und zwar »in einem Stockwerk mit besonderem Zugang«, wurden im März 1944 – im Schloss herrschte jetzt Platzmangel – in das Gebäude Spitalstraße 13, das ehemalige Armenhaus, verlegt.²¹ Sie mussten vom Arbeitgeber, sofern sie nicht bei ihm untergebracht waren, morgens abgeholt und nach Feierabend auch wieder zurückgebracht werden. Dass dabei oft sehr sorglos verfahren wurde, veranlasste Ortsgruppenleiter Walther mehrfach zu öffentlichem Tadel. Wenn eine Gruppe zu begleiten war, so geschah dies durch Vaihinger Wachmänner. Bei diesen handelte es sich um dienstverpflichtete Veteranen des Ersten Weltkriegs, die man in Militärmäntel gesteckt hatte, die aber tagsüber ihren Geschäften nachgingen.

Wer Kriegsgefangene beschäftigen wollte, musste zuvor eine Erklärung unterschreiben, in der der Betriebsführer bestätigte, »dass der Betrieb zu den kriegsentscheidenden Betrieben gehört [oder] kriegswichtige Aufträge auszuführen hat [oder] ein landwirtschaftlicher Betrieb ist, und dass die [...] eingesetzten Kriegsgefangenen nur mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, die zu den kriegsentscheidenden / kriegswichtigen / landwirtschaftlichen gehören«.²²

Um die Kontakte zwischen den Deutschen und den ausländischen Arbeitskräften auf ein unumgängliches Maß zu beschränken, war in der Zeitung mehrfach darauf

hingewiesen worden, dass man sich als Deutscher von den Gefangenen fernzuhalten habe und sie keinesfalls in die Hausgemeinschaft aufnehmen dürfe.²³ Außerdem hatte der Sicherheitsdienst der SS in Stuttgart am 13. November 1941 ein »Merkblatt für den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen, polnischen Zivil-Arbeitern und Arbeiterinnen«²⁴ herausgegeben, in dem es kurz und bündig hieß: »Die Kriegsgefangenen gehören nicht zur Haus- und Hofgemeinschaft.« Gleiches galt für die Zivilarbeiter. Gesprochen werden sollte »nicht mehr, als durch die Arbeit unbedingt erforderlich ist«. Gegen diese Anweisung wurde jedoch häufig verstoßen, bei vielen Vaihinger Landwirten und in vielen Firmen gehörten die französischen Kriegsgefangenen zur Familie, während Polen und Russen, die in der von den Nazis verkündeten Hierarchie der Völker am Ende standen, eher auf Distanz gehalten wurden.

Für alle Kriegsgefangenen musste ein Lohn in Höhe von 4 RM pro Tag bezahlt werden, der an die Verwaltung des Arbeitshauses ging.²⁵ Außer dem Lohn hatte der Arbeitgeber noch Steuern und einen Anteil an den Unterbringungskosten in Höhe von 26 RM pro Mann und Monat zu bezahlen. Andererseits konnte er einen Verpflegungssatz von 1,20 RM pro Tag einbehalten.

Die Arbeitsstätten der Kriegsgefangenen wurden durch einen Kontroll-Offizier inspiziert. In der Zeit vom September 1943 bis März 1945 übte Hauptmann Erwin Wieland von der 5. Kompanie des Landeschützen-Bataillons 422 in Leonberg diese Funktion aus; er »betreute die französischen, italienischen und russischen Kriegsgefangenen«. ²⁶ Über die Zustände in der Gerberei Enßle, in der zwölf französische Kriegsgefangene vom »Stadtkommando Vaihingen« beschäftigt waren, gab er 1947 einen Bericht, in dem er betonte, Enßle habe ab Herbst 1943 im Fabrikgebäude »eine getrennte Unterkunft als Unterkommando eingerichtet«. Das Lager sei »mustergültig



Die Belegschaft der Töpferei Trautmann, darunter drei französische Kriegsgefangene, und ein Sohn des Hauses (wohl 1942).

ausgestattet« gewesen, »um den Gefangenen ihr Los zu erleichtern«. Überhaupt sei dessen Einstellung »in jeder Hinsicht vorbildlich« gewesen. Diese positive Aussage wird ergänzt durch das Zeugnis von acht dieser Kriegsgefangenen, die – unmittelbar nach ihrer Befreiung – am 9. April 1945 erklärten, sie seien immer gut behandelt worden.

Auch von einigen weiteren Arbeitsstätten liegen nähere Informationen vor. In der Töpferei Trautmann waren zunächst sowohl Polen als auch Franzosen beschäftigt, die jedoch nicht gut miteinander auskamen, was wohl an der ausgebliebenen Hilfe Frankreichs für den Bündnispartner Polen im Jahr 1939 lag. Ein harmonisches Verhältnis ergab sich, als die Polen abgezogen wurden. Von nun an waren ständig fünf bis sechs Franzosen beschäftigt, darunter Pierre Gomont, der auch offizieller Lagersprecher auf Schloss Kaltenstein war. Der 1928 geborene Ulrich Trautmann, später selbst Töpfermeister, erinnerte sich noch 1996: »Für uns bedeutete der Umgang mit den Gefangenen eine wichtige Ausweitung unseres Horizonts, war man doch damals bei weitem nicht so gut informiert wie heute. Vor allem merkte man, dass sie weitaus besser über politische Zusammenhänge Bescheid wussten als wir, auch als mein Vater.«²⁷

Nach der Schließung der Töpferei Trautmann war Pierre Gomont in der Schwanenbrauerei beschäftigt. Dort durfte er ab 1943 ohne Aufsicht mit dem Lkw die Kundenfahrten auch in die umliegenden Ortschaften durchführen; er kam jeden Tag zurück.

Die Leimfabrik Conradt konnte im März 1941 bei insgesamt 45 Beschäftigten ihre Produktion nur durch die Beschäftigung von zwei tschechischen Arbeitern und sechs französischen Kriegsgefangenen aufrechterhalten.²⁸ Zwei deutsche Arbeiter, die 1944 zur Wehrmacht mussten, wurden durch drei Ostarbeiter ersetzt.

Der kleine Werner Bausch erlebte die drei Kriegsgefangenen, die in der Firma seines Onkels Robert Hummel arbeiteten, als freundliche, den Kindern zugetane Mitbewohner, wobei er sehr wohl bemerkte, dass die beiden Franzosen im Gartenhaus wohnen durften und »fast Teil der Familie« waren, während der besonders kinderliebe Russe in der Scheune untergebracht war.²⁹

Ein enges Verhältnis zu den Gefangenen war jedoch nicht ganz ungefährlich. Der Verleger Wilhelm Wimmershof, der einem französischen Gefangenen die Schlüssel zur Küche überlassen hatte, wurde deshalb von einer Angestellten denunziert. Er konnte von Glück sagen, dass die Angelegenheit glimpflich ausging.³⁰

Ausdrücklich verboten waren »Beziehungen geschlechtlicher Art«; Ausländer konnten dafür mit dem Tode bestraft werden, aber auch die »deutschen Volksgenossen« sollten »zur Verantwortung gezogen werden«. Bereits im August 1941 hatten die Vaihinger erleben können, was darunter zu verstehen war, als einer Frau aus Oberriexingen, die sich mit einem französischen Kriegsgefangenen eingelassen hatte, öffentlich die Haare geschoren wurden.³¹ Diese Manifestation menschlicher Gemeinheit, von der sowohl Polizeikommandant Grau als auch Bürgermeister Schmid, ein überzeugter Nazi, und Landrat Bareth abgeraten hatten³², war vom stellvertretenden Kreisleiter Theodor Härlin³³ durchgesetzt und mit einer Hetzrede begleitet worden. Ortsgruppenleiter Walther sorgte für eine weitere Demütigung, indem er bestimmte, dass Insassen des Arbeitshauses in ihren Drilllichmonturen zum Haare-Abschneiden kommandiert wurden – die Vaihinger Friseure hatten sich verweigert. Das Ganze erweckte angeblich Abscheu; doch wegbleiben wollten die vielen Vaihinger eben auch nicht, obwohl dies ein – ungefährlicher – Akt der Distanzierung gewesen wäre. Die erhaltenen Fotos erwecken einen zwiespältigen Eindruck: Einerseits



*Ein Akt öffentlicher Demütigung auf dem Vaihinger Marktplatz.
Man beachte aber auch die geschlossenen Fensterläden im Hintergrund.*

zeigen sie den überfüllten Marktplatz voll von gaffenden Menschen, andererseits sind die Fensterläden in den im Hintergrund stehenden Häusern – wohl demonstrativ – geschlossen; die »Logenplätze«, die bei anderen Veranstaltungen, etwa beim Maientag, sehr begehrt waren, wurden nicht eingenommen.

Anfang April 1945 kündigte der deutlich hörbare Kanonendonner im Westen die herannahenden französischen Truppen und damit die Freiheit an, insbesondere für die französischen Kriegsgefangenen, die – sofern man sie gut behandelt hatte – jetzt häufig als Fürsprecher auftraten und so Schaden von den Menschen und den Gehöften abwandten.³⁴ Dies galt vor allem im Fall der Familie Kugel, neben deren außerhalb der Stadt gelegenem Hof sich ein deutsches Flakgeschütz postiert hatte, das von den heranrückenden französischen Truppen entdeckt wurde. Am 7. April hielten sich mehrere der auf dem Hof beschäftigten Kriegsgefangenen trotz Warnung im Freien auf, als ein Feuerüberfall auf das deutsche Geschütz erfolgte, der sechs Franzosen und einem polnischen Jungen das Leben kostete. Der einzig überlebende Gefangene konnte tags darauf seinen einmarschierenden Landsleuten bezeugen, dass die sechs Männer nicht von Deutschen hingerichtet, sondern durch eigenes Verschulden ums Leben gekommen waren. Die Toten wurden auf dem Vaihinger Friedhof beerdigt, vier von ihnen wurden später exhumiert und nach Frankreich überführt.

Die französischen Gefangenen konnten unmittelbar nach der Besetzung in ihre Heimat zurückkehren, der erwähnte Pierre Gomont bereits am 8. April. Sie blieben manchmal noch jahrelang in guter Verbindung mit ihren ehemaligen Dienstherrn. Sympathisch berührt etwa die Aussage des Schreinermeisters Ludwig Braun, dass die ganze Familie noch um 1970 nach Frankreich eingeladen wurde, als die Tochter

eines ehemaligen Kriegsgefangenen, der in der Schreinerei beschäftigt gewesen war, heiratete.³⁵ Die Familie Trautmann bewahrt nicht nur mehrere plastische Arbeiten von Robert Pierre sowie eine Bleistiftzeichnung, die dieser von der Hausfrau und seinerzeitigen Firmenleiterin anfertigte; die Söhne der Familie waren auch als Gäste zum Schüleraustausch bei der Familie Gomont in Charlesville bei Metz. Bei der Familie Hummel erinnert »eine in Öl gemalte Flusslandschaft« an den Gefangenen Marcel. Auch hier kamen die ehemaligen Gefangenen zu Besuch, wollten sie doch ihren Familien den Ort ihrer Gefangenschaft präsentieren: »Es war ein herzliches Wiedersehen.«³⁶

3. OT, SS und KZ-Häftlinge als neue Nachbarn

Mit der Anfang März 1944 getroffenen Entscheidung, in der Nähe von Vaihingen eines von sechs projektierten Bunkerwerke für die Produktion von Jagdflugzeugen zu errichten, geriet die Stadt in den Griff der Rüstungsplaner in Berlin, die mit umfassenden Vollmachten ausgestattet waren. Die verwaltungsmäßigen Vorbereitungen für das Projekt »Stoffel« gingen denn auch reibungslos über die Bühne: Die Enteignung des für die Erschließungs- und Verladeanlagen sowie für die Baustelleneinrichtung benötigten Geländes zugunsten des Deutschen Reiches konnte aufgrund der bestehenden Gesetze umgehend erfolgen; bereits im August wurden die Besitzer der beschlagnahmten Grundstücke zu einer Besprechung auf das Rathaus eingeladen, bei der es offensichtlich um die Entschädigung ging.³⁷

Über die Enteignung des unteren Glattbachtals, des »Täles«, das sich im Besitz der Familie von Neurath befand und in dem u. a. die Barackenlager für die ausländischen Arbeitskräfte und die KZ-Häftlinge errichtet werden sollten, sind wir durch Wendelgard von Staden informiert: »Eines Tages fuhr ein Auto vor, SS-Offiziere stiegen aus und wollten meinen Vater³⁸ sprechen. Sie wurden ins Wohnzimmer geführt, wo sie mit ihm verhandelten. Als sie wieder fort waren, erklärte mein Vater aufgeregt, das Täle sei enteignet worden; es würde für militärische Zwecke gebraucht. Von jetzt an sei für die gesamte Bevölkerung der Zugang zum Täle gesperrt. Doch auf seine Bitte hin habe man ihm als große Ausnahme erlaubt, dass er und seine Familie noch in den Wald vom Steinbruch gehen dürfe.«³⁹ Da die Familie, vor allem Frau von Neurath⁴⁰ und ihre Tochter von diesem Vorrecht Gebrauch machten, erhielten sie einigen Einblick in das Geschehen.

Mit der Einrichtung der Großbaustelle wurde das Gebiet im Gewann Fuchsloch am 6. Mai 1944 für Zivilisten weiträumig gesperrt⁴¹, wodurch auch der Verbindungsweg von Vaihingen nach Ensingen unterbrochen war. Die Landwirte, die in dem betroffenen Gebiet Felder zu bestellen hatten und daher die Vorgänge gut beobachten konnten, aber auch die Lieferanten von Material und Lebensmittel erhielten Passierscheine, die ein Lichtbild der zugangsberechtigten Personen enthielten. An den Zugängen wurde scharf kontrolliert⁴², auf Personen, die sich unberechtigt im Sperrgebiet aufhielten, wurde ohne Anruf geschossen. Dass man bei der Einrichtung der Baustelle auch die bereits mit Getreide und Klee bestellten Felder niederwalzte, wurde angesichts der herrschenden Lebensmittelknappheit mit Unverständnis betrachtet.⁴³ Das Gebiet im Nordwesten der Stadt verwandelte sich jetzt in eine riesige Baustelle. Außerhalb des Sperrgebiets (oberhalb des Friedhofs) wurden weitere Baracken errichtet, die als Baubüros, aber auch als Unterkünfte dienten.⁴⁴



Blick auf die Baustelle, 11. August 1944.

Dies alles wurde selbstverständlich in Vaihingen und Umgebung aufmerksam registriert. Am 7. April notierte der Verleger Wilhelm Wimmershof in seinem Tagebuch: »Es ist also so, dass irgend ein großer Rüstungsbetrieb nach Vaihingen kommen soll. Wie man unter der Hand hört, die Messerschmitt-Werke. [...] Die Nebenbahn hat die Personenbeförderung eingestellt, und es wird fieberhaft gearbeitet. Früher hat man alles vergeblich versucht, um Industrie nach Vaihingen zu bekommen, und nun, wo man keinen Wert mehr darauf legt, wird sie uns aufgezwungen.« Nähere Auskunft erhielten die Neuraths, als sie das Gebiet der Baustelle besuchten: »Die Landschaft war kaum wiederzuerkennen. Auf den Feldern, die an die Baustelle grenzten, standen überall Baracken. [...] Berge von Zementsäcken sah man liegen, Eisenstangen und Drahtrollen auf Haufen geschichtet. Weiter hinten auf den Äckern um den Steinbruch standen große Betonmaschinen. Wir wurden von einem Offizier angehalten, der uns – nachdem meine Eltern sich ausgewiesen hatten – herumführte. Am Rand des Steinbruchs stehend sahen wir in das weite, fast runde Loch. Leitern waren an den Steinwänden festgemacht. Auf ihnen stiegen Männer mit Säcken auf den Schultern hinunter zum Boden. [...] ›Hier wird eine Fabrik entstehen‹, erklärte der Offizier. ›Wir bauen mehrere Stockwerke übereinander. [...] Das Ganze soll mit lamellenartigen Halbbögen aus Beton überdacht werden und wird völlig bombensicher sein. Diese Lamellen werden auf den Äckern beim Steinbruch gegossen und dann auf Schienen über die Anlage geschoben.‹ [...] In dieser Fabrik würden neuartige Flugzeuge hergestellt. [...] Dieses Werk [...] sei für die Reichsregierung von allerhöchster Bedeutung.«⁴⁵

3.1 Die Bereitstellung der Arbeitskräfte

Die Umsetzung dieser Planungen griff massiv in das Leben der Stadt ein, als Anfang April 1944 plötzlich 545 Bauarbeiter in Vaihingen auftauchten, die in der Volksschule, in Gasthäusern und in Privatquartieren bei Vaihinger Familien untergebracht wurden.

Neben zivilen Ingenieuren und den Facharbeitern von der »Organisation Todt« (OT) kamen in dieser Zeit noch »Reichsdeutsche« aus Rumänien und Jugoslawien zum Einsatz. Für die OT-Angehörigen entstand im Egelsee ein Lager, das aus acht Wohnbaracken sowie einer Küchen-, einer Bade- und einer Sanitätsbaracke bestand und 612 Bettstellen aufwies. Der tägliche Marsch zur Baustelle führte diese Männer »in ihren typischen braunen Uniformen« auch durch Vaihingen.⁴⁶

Am 30. April notierte Wilhelm Wimmershof in sein Tagebuch: »Bei dem Ausbau des neuen Werkes, von dem bis jetzt niemand etwas Genaueres weiß, werden Hunderte von ausländischen Arbeitern beschäftigt. Ich selbst habe gleich acht Einquartierungen ins Haus bekommen. Die Dienstzimmer der Hitler-Jugend sind, ohne mich vorher in Kenntnis zu setzen, beschlagnahmt worden, um eine Transportkolonne des NSKK⁴⁷ darin unterzubringen.«

Getreu dem Motto: »Genieße den Krieg, denn der Friede wird schrecklich sein«, wollten die Männer ihren Feierabend so gut es ging verbringen – und so kam es auch zu Nachtruhestörungen. Bürgermeister Schmid sah sich daraufhin genötigt zu verkünden, dass er »die Polizeibeamten angewiesen habe, bei Nachtruhestörungen und Polizeistundübertretungen strengstens durchzufahren«; er werde »im Interesse der anständigen Bevölkerung mit den höchsten Strafen [...] und ohne Rücksicht auf die einzelne Person vorgehen«.⁴⁸ Der Vaihinger Dekan Gerhard Pfänder wird hier deutlicher. In seiner »Kriegs-Chronik« spricht er nicht nur davon, es seien »nicht die besten Elemente« gewesen, die »in der Gemeinde Eingang fanden«, er benennt auch die Folgen: »Das Eigentum war vor dem Zugriff Fremder nicht mehr sicher. Vor allem zeigten sich auf dem Gebiet des ehelichen Lebens erschreckende Folgen. Die Zahl unehelicher Kinder stieg bedenklich. Frauen, deren Männer im Feld standen, gefangen oder vermisst waren, legten ein unwürdiges, ehrloses Verhalten an den Tag, und es wurde weit mehr Ehebruch getrieben, als durch kontrollierbare Folgen bekannt wurde.« Spannungen gab es aber auch zwischen den Vaihinger Bürgern und den Evakuierten und Bombengeschädigten, die zunächst aus dem Rheinland, dann aus Stuttgart, Heilbronn und Pforzheim in die Stadt eingewiesen worden waren: »Ihr Verhalten gab teilweise Anlass zu Ärgernis und Klage, so gewiss auch die Einheimischen nicht immer die rechte Brücke zu ihnen fanden.«⁴⁹

Große Materiallager wurden durch die OT in den nicht benötigten Fabrikationsräumen der Gerberei Enßle und auf dem Gelände der Hautleimfabrik Conrads, wo ein direkter Gleisanschluss bestand, errichtet. Der Vaihinger Heinz Leberherz, der als Kaufmannslehrling bei der Firma Conrads beschäftigt war, konnte die Vorgänge gut beobachten: »Jeden Tag kam eine Unmenge von Material (Schrauben, Wasserhähne, WC usw.) mit der Bahn.«⁵⁰

3.2 Fremdarbeiter und Zwangsarbeiter im Lager »Wiesengrund«

Für den größten Teil der insgesamt 1510 ausländischen Arbeitskräfte entstand im unteren Glattbachtal, ganz in der Nähe der Baustelle, ein Arbeiter-Lager, das in der Schreibstube der Firma Baresel bereits im April 1944 unter dem idyllisierenden Namen »Wiesengrund«⁵¹ geführt wurde.

Nachzuweisen sind zunächst 261 Arbeitskräfte aus Belgien, Holland, Frankreich und Italien, die als Fremdarbeiter freiwillig nach Deutschland gekommen waren. Außerdem erschienen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Vaihingen, vor

allem aus Polen und der Sowjetunion⁵², die man mit mehr oder weniger Nachdruck angeworben hatte und die als »Ostarbeiter« bezeichnet wurden und bislang durch die OT am Atlantikwall und auf Baustellen im Osten beschäftigt gewesen waren. Diese Männer und Frauen waren ebenfalls in mehreren, teils mit Stacheldraht umgebenen Baracken im Lager »Wiesengrund« untergebracht. Über ihre Zusammensetzung sind wir durch eine detaillierte Aufstellung genau informiert.⁵³

Einige Ingenieure, aber auch der Lagerführer des KZ ließen sich junge Arbeiterinnen zuweisen, die ihnen als »Haushälterinnen« ihre Zimmer besorgen und als Bettgenossinnen zu Willen sein mussten. Diesen Frauen blieb lediglich die Wahl zwischen Schwerarbeit auf der Baustelle und der Einwilligung in sexuelle Ausbeutung.⁵⁴

Wilhelm Jourdan kam als Leiter der Vaihinger Michverwertungsgenossenschaft mit zwei dieser jungen Frauen aus Russland in Kontakt.⁵⁵ Beide, etwa 19 Jahre alt und bildhübsch, stammten aus Charkow, »die eine war die Tochter eines Arztes, die andere hatte einen Zahnarzt als Vater, und beide sprachen perfekt deutsch«. Sie mussten zwei OT-Männern, die im Gasthaus »Rose« einquartiert waren, »den Haushalt führen«. Sie kamen nach Einstellung der Bauarbeiten ins Lager zurück. Als Jourdan sie gemeinsam mit seiner Frau besuchen konnte, war eine der beiden mit Namen Nadja an Typhus gestorben.

Da die Menschen »abends nach der Arbeit ungehindert das Lager verlassen konnten«, kamen sie auch nach Kleinglattbach, wo sie versuchten, »bei den Bauern Lebensmittel zu erhandeln. Zwiebel und Schmalz gegen Nägel und Draht.« Frau von Neurath schaffte es, in das Lager zu gelangen; ihre Tochter beobachtet das Ganze vom Zaun aus: »Es war dort unten eine ganze Stadt entstanden. Soweit man sehen konnte, standen Holzbaracken – die ganze Wiese hinunter. Überall liefen Leute herum, die in fremden Sprachen redeten. [...] Ich sah meine Mutter bei einer Gruppe von Männern stehen. Es waren Ungarn. Sie sprachen gebrochen Deutsch und erzählten, dass sie vor kurzem hierher transportiert worden seien und die Baracken gebaut hätten. Sie seien von der Organisation Todt. [...] Zu essen hatten sie wenig. Deshalb klauten sie aus den Gerätebaracken alles, was sie fassen könnten, um es bei den Bauern gegen Lebensmittel einzutauschen.«⁵⁶

3.3 Der Einsatz von KZ-Häftlingen

Da die Baumaßnahmen mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht in der vorgegebenen kurzen Zeit zu bewältigen waren, wollte die Oberbauleitung in Stuttgart dem Arbeitskräftemangel durch Zuführung von 2400 Arbeitern begegnen. Nachdem die OT keine Arbeiter bereitstellen konnte, plante man den Einsatz von KZ-Häftlingen. Ein solcher war erst durch eine im April 1944 getroffene Vereinbarung zwischen Hitler und Karl-Otto Saur, dem Chef des technischen Amtes im Rüstungsministerium, möglich geworden.⁵⁷ Da im Laufe des Frühsommers 1944 angesichts des Vormarsches der Roten Armee die Lager in Polen geräumt werden mussten, standen jetzt auch deren Insassen zur Disposition. Am 10. Juli forderte die Oberbauleitung »Kiebitz« für alle vier von ihr betreuten Projekte KZ-Häftlinge an, für Vaihingen allein 2000. Nach Vaihingen wurden daraufhin jüdische Insassen des KZ Radom in Marsch gesetzt, die am 11. August eintrafen.

Auf dem Höhepunkt der Bautätigkeit – d. h. nach der Ankunft der KZ-Häftlinge – befanden sich erheblich mehr Fremde als Einheimische in der Stadt, die 1939 knapp 3500 Einwohner zählte, von denen aber viele im Krieg waren. Kein Wunder, dass das



*Die Baustelle »Stoffel« in einer Luftaufnahme vom 15. März 1945.
Links oben sind die Baracken des Arbeits- und Konzentrationslagers zu erkennen.*

Bauvorhaben das Denken der Menschen in vielfältiger Weise bestimmte; auch über mögliche Konsequenzen machte man sich Gedanken: »Es wird nicht lange mehr dauern, dass die Feinde von der ›Verlagerung‹ erfahren, und dann werden wir wohl auch hier Fliegerangriffen ausgesetzt sein.«⁵⁸

Die Ankunft der KZ-Häftlinge wurde von der Bevölkerung aufmerksam registriert. So notierte Wimmershof am 13. August 1944 in sein Tagebuch: »Von der unbarmherzigen und gemeinen Behandlung [der Juden] bekam man dieser Tage auch bei uns in der Nähe einen Eindruck. In vier Viehwagen wurde ein ganzer Transport Juden auf die Baustelle des hiesigen Werkes geführt, wo sie in einem von Stacheldraht umsäumten Barackenlager zusammengepfercht leben müssen. Am Tage der Ankunft herrschte eine unmenschliche Hitze und die Juden standen in den Viehwagen dicht bei dicht beisammen, ohne dass sie sich bewegen konnten. Sogar ein hiesiger Einwohner, der als Judenfresser bekannt ist, hatte Mitleid mit diesen armen Menschen.«⁵⁹

Neben der Arbeit auf der Baustelle konnten die Häftlinge in gesonderten Arbeitskommandos eingesetzt werden. Dazu gehörte die Arbeit in der Häftlingsküche, im Revier und den SS-Werkstätten. Der Juwelier Josef Tauber konnte auf Bestellung durch die Wachmannschaften Schmuckstücke und Ringe anfertigen, die Bezahlung

erfolgte selbstverständlich in Lebensmitteln. Das Gold stammte von den Goldkronen, die den verstorbenen Häftlingen herausgebrochen worden waren.⁶⁰ Einige Teile fanden ihren Weg auch in die Vaihinger Bevölkerung.

Wichtige Quellen zum KZ Vaihingen liefern die Unterlagen des Rastatter Prozesses. Die Verteilung der Häftlinge auf die einzelnen Arbeitsstätten außerhalb des Lagers erfolgte nach der Aussage des Lagerführers Wilhelm Lautenschlager beim täglichen Appell. Die Anklageschrift führt die außerhalb des Lagers bestehenden Kommandos im Einzelnen auf.⁶¹ Einige dieser Kommandos können näher bestimmt werden. Für uns sind drei von Interesse:

1. Dutt: Die hier genannten 50 bis 60 Männer arbeiteten in der Maschinen-Reparaturwerkstatt der Firma Baresel, die von dem Vaihinger Ingenieur Werner Dutt⁶² geleitet wurde. Dutt konnte in seinem Entnazifizierungsverfahren mehrere Schreiben ehemaliger Häftlinge vorlegen, in denen ihm bescheinigt wurde, dass er die Häftlinge nicht nur anständig behandelt, sondern auch noch mit Essen und Medikamenten versorgt hatte.⁶³

2. Schuhsohlenwerk: Die hier beschäftigten drei Arbeiter waren von Richard Enßle, den wir bereits kennengelernt haben, angefordert worden und wurden in seiner Lederfabrik in den Köpfwiesen eingesetzt. Einer von ihnen, der ehemalige Lederfabrikant Israel Lipszyc (Liebschütz) aus Radom, erklärte 1946: »Für uns war bei Herrn Enßle die beste Arbeitsstelle. Auch die bei Fr. v. Neurath war gut, aber bei Herrn Enßle war es für uns wie im Himmel. Der KZ-Lagerführer Lautenschlager kam während meiner Arbeit bei Herrn Enßle etwa 2–3 Male, um Herrn Enßle zu kontrollieren. [...] Ich habe Herrn Enßle sehr zu danken. Dass ich am Leben blieb, habe ich zum Teil nur dem guten Essen zu danken, das ich damals mit meinen Kameraden empfang.« Außerdem habe Enßle Lederabfälle an das Lager gegeben, aus denen Arbeitsschuhe angefertigt wurden.⁶⁴

3. Stollenbau Stadt: Bei einer Beratung über den Bau von Luftschutzstollen teilte der Vaihinger Bürgermeister Schmid den Ratsherren am 5. September 1944 mit, durch die Zuteilung von »Arbeitskräften des hiesigen Konzentrationslagers« sei eine »Beschleunigung dieser Arbeiten« zu erwarten.⁶⁵ Bereits am 7. September konnte er melden, dass »der Stadt von dem Konzentrationslager bis auf weiteres täglich 24 Mann zur Verfügung gestellt werden«, die an mehreren Stellen, so in der Grabenstraße und in der Mülhstraße, beim Bau von Luftschutzstollen eingesetzt wurden. »Da das KL die hierzu erforderlichen Wachmannschaften nicht in vollem Umfang stellen« konnte, übernahmen »im Einvernehmen mit dem Kreisführer der Gendarmerie Angehörige der Landwacht«, alte Männer also, die Bewachung.⁶⁶

Das bedeutet: Nahezu vom ersten Tag an war der Anblick der grau gestreiften Gestalten den Einwohnern der Stadt vertraut. Die Häftlinge waren nämlich nicht nur beim Stollenbau beschäftigt, man konnte sie überall sehen: auf dem Vaihinger Stadtbahnhof, beim Transport von Lebensmitteln aus den Vaihinger Bäckereien und der Vaihinger Milchzentrale ins Lager, schließlich im Materiallager der OT auf dem Gelände der Firma Conradt. Aber auch im Nachbarort Illingen waren die Elendsgestalten präsent, wenn sie am Bahnhof Güterwaggons entladen mussten.⁶⁷

Nicht aufgeführt ist in der Aufstellung das Arbeitskommando auf dem Hofgut der Familie von Neurath in Kleinglattbach, auf dem ständig etwa rund 30 Mann beschäftigt waren. Hier lagen die Verhältnisse etwas anders als bei den genannten Kommandos, da der Hof zwar nicht de jure, aber doch wohl im Empfinden der SS-Männer ein eigenes Rechtsgebiet war; schließlich war allen bekannt, dass der

Hausherr, Ernst Freiherr von Neurath, ein Bruder des ehemaligen Reichsaußenministers und späteren Reichsprotektors Konstantin Freiherr von Neurath war. Während sich auch der Kleinglattbacher Gutsherr weitgehend aus den Arbeiten auf dem Hof heraushielt und mit all den verwirrenden Vorgängen nichts zu tun haben wollte, griff die Hausherrin, Irmgard von Neurath, energisch in das Geschehen ein.

Den Anstoß für die Beschäftigung von Häftlingen auf dem Hofgut bildete die Anordnung der OT, dass eine größere Menge Bohnen an das Verpflegungsamt zu liefern sei.⁶⁸ Da diese Arbeit mit den eigenen Beschäftigten nicht geleistet werden



Irmgard von Neurath (1898–1965).

konnte, forderte die Hausherrin bei der OT Arbeitskräfte an. Anstelle der erwarteten Russinnen aus dem Lager »Wiesengrund« erschienen 30 KZ-Häftlinge, die von drei SS-Wachmännern begleitet wurden. Sie machten einen erschreckenden Eindruck und konnten sich nur schwankend fortbewegen. Als Frau von Neurath dann noch Zeugin wurde, wie ein Wachmann einen Häftling verprügelte, schritt sie energisch ein und verbat sich ein solches Vorgehen auf ihrem Grund und Boden, andernfalls werde das Kommando zurückgeschickt; damit konnte sie sich gegenüber den Wachmannschaften durchsetzen.

Sie ließ den Häftlingen, die rund vier Wochen auf den Feldern arbeiteten, eine anständige Behandlung zukommen und versorgte sie ausreichend mit Nahrung. Dieses Verhalten blieb nicht ohne Folgen: Der Vaihinger Polizeikommandant Grau erschien und verwarnete Irmgard von Neurath, aber »im Guten«. Als sie versuchte, mit Lautenschlager über eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu verhandeln, wurde der SD darauf aufmerksam und

unterzog sie einem Verhör. Nicht entdeckt wurde ein geheimer Briefwechsel, den sie mit dem norwegischen Häftlingsarzt Dr. Poulsson führte und in dem sie ihre Bereitschaft erklärte, soweit als möglich zu helfen. Ebenfalls unbemerkt blieb, dass sie für den französischen Jesuiten-Pater Bernard le Tourneux Oblaten backen ließ, damit dieser im Lager die Kommunion feiern konnte.⁶⁹ Ab Januar 1945 war ständig ein Kommando von zwölf Mann mit handwerklichen Arbeiten auf dem Hof und in einer nahegelegenen Gärtnerei beschäftigt.

Noch Jahre später erinnerten sich ehemalige Häftlinge voll Dankbarkeit: »Frau v. Neurath und ihre Tochter Wendelgard vollbrachten Wunder. An jedem Tag setzten sie andere Taktiken ein, um die SS von der Arbeit abzulenken, so dass sie sich um uns kümmern konnten.« Dies hatte Folgen: »Die Nachricht hatte sich verbreitet, dass die Arbeiter dort sehr gut behandelt wurden und gutes Essen bekamen, und dass sie auch Essen erhielten, das sie ins Lager mitnehmen durften. Die Menschen kämpften am Tor, für diese Arbeit abkommandiert zu werden.« 1983 resümierte einer der dort

Beschäftigten: »Die Glücklichen von allen arbeiteten auf dem Gutshof der Neuraths.«⁷⁰ Und noch 2003 schrieb ein ehemaliger Häftling an die Vaihinger Gedenkstätte: »The memorial should feature the good deeds of Irmgard von Neurath. Her efforts probably saved dozens of lives, including mine.«⁷¹

4. Die Vaihinger Bevölkerung

Die äußere Sperrzone des Lagers konnte, wie erwähnt, nur mit einem Passierschein betreten werden, den vor allem die Landwirte erhielten, die ihre Äcker bewirtschaften mussten; sie kamen dadurch bei der Feldarbeit auch in die Nähe des Lagers.⁷² An den Lagerzaun oder gar in das Lager gelangte hingegen so gut wie niemand. Zwei Ausnahmen sind bekannt: Friedrich Hummel lieferte Gemüsereste für die Häftlingsküche. Als Begleiter seines Onkels kam auch der kleine Werner Bausch ans Lagertor, wo der Bottich mit den unappetitlichen Überbleibseln aus der Trockengemüse-Produktion, »ein Brei aus aufgekochten Resten und Abfällen«, von Häftlingen abgeladen wird. Die Frage, was es mit diesen Männern in gestreiften Anzügen auf sich habe, wird vom Onkel ausweichend beantwortet: »Das sind ganz arme Menschen, ich weiß auch nicht, was die getan haben. Das Wort ›Konzentrationslager‹ hat er nicht erwähnt.«⁷³ Wilhelm Jourdan, der Milch an die norwegischen Häftlinge im Lager lieferte, konnte den Stacheldrahtbereich nur einmal betreten. Andererseits, so unglaublich das klingen mag, kümmerten sich die Wachen nicht um kleine Kinder, die auf ihren Streifzügen bis ans Lagertor bzw. auf einen Wachturm gelangten, ohne von den Wachen verjagt zu werden.⁷⁴

Über das Verhalten der Bevölkerung, der man erzählt hatte, in dem Lager seien Strafgefangene untergebracht, liegen höchst kontroverse Äußerungen von Seiten der Häftlinge vor. Einige wenige betonen, sie seien angefeindet worden⁷⁵, so auch Abraham Speisman, dessen Bericht jedoch absolut unglaubwürdig ist: »Menschen aus vielen Nachbarorten kamen in Horden, um die ›dreckigen Juden‹, begleitet von ›heroischen‹ SS-Wächtern vorbeimarschieren zu sehen.«⁷⁶ Bezeichnend für diese und ähnliche Äußerungen ist, dass die Vorwürfe pauschal und undifferenziert erhoben werden und daher auch nicht nachprüfbar sind. Wenden wir uns daher den Aussagen zu, die glaubwürdig erscheinen.

Über einen unerwarteten Zuspruch berichtet Alexander Donat: »Eines Tages, als ich allein im Steinbruch arbeitete, ging ein deutscher Zivillist vorbei. [...] Plötzlich begann er in einer unnatürlichen Stille die ersten Takte der ›Internationale‹ zu pfeifen: ›Wacht auf, Verdammte dieser Erde‹. Ich war so betroffen durch dieses Zeichen internationaler Solidarität, dass ich die zweite Strophe piffte, sobald er aufhörte. [...] Als er auf seinem Weg aus dem Steinbruch hinaus an mir vorbeiging, lächelte er und flüsterte mir zu: ›Kopf hoch. Wir sind nicht alle wie die hier. Wir werden euch helfen.‹ Er sagte noch etwas, aber ich verstand es nicht, weil es im schwäbischen Dialekt war. Ich habe diesen Mann nie wieder gesehen.«⁷⁷

In mehreren Fällen wird von Hilfe berichtet, die den Häftlingen zuteil wurde, wobei zu berücksichtigen ist, dass die ortsanwesende Bevölkerung vorwiegend aus Frauen und Kindern bestand. Erfreulicherweise lassen sich eine ganze Reihe konkreter Beispiele anführen. Der polnische Häftling Wladyslaw Minota berichtete 1999: »Ich habe zusammen mit neun Kollegen beim Bau des Schutzraums im Militärkrankenhaus gearbeitet. [...] Der Leiter dieser Arbeiten war ein Wehrmachtsoffizier. Der war nett

und verständnisvoll uns gegenüber. [...] Ich möchte die schwere Arbeit außer Acht lassen und auch ein für mich und meine Kollegen angenehmes Ereignis schildern. Unser Warenlager, in dem wir unsere freie Zeit beim Essen verbrachten, war der Heizraum des Krankenhauses. In diesem Heizraum hat als Heizer ein älterer Herr von 70 Jahren oder mehr gearbeitet. Dieser Mann hatte für uns viel Verständnis und war entgegenkommend. Täglich kochte er für uns für die Mahlzeit eine ausreichende Menge Kartoffeln. Die Kartoffeln waren immer heiß und schmackhaft. Das hat unsere Kräfte sehr gestärkt. Am meisten hat uns jedoch seine Freundlichkeit und sein gutes Herz gestärkt.«⁷⁸

Isaak Ackermann, der beim Bau eines Luftschutzstollens im Vaihinger Stadtgebiet eingesetzt war, berichtete, dass die Bevölkerung keineswegs böseartig auf die Häftlinge reagiert habe, wenn diese zur Arbeit geführt wurden, im Gegenteil: »Wir sind an einer Bäckerei vorbeigekommen, und da hat ein Mann uns immer ein Brot zugeschoben.« Der zivile Vorarbeiter beim Stollenbau sei zwar in seiner Ausdrucksweise recht derb, in seinem Herzen aber ein guter Kerl gewesen: »Er hat nie jemandem etwas angetan, und jedes Mal hat er uns Pellkartoffeln mitgebracht. Wir waren alle ausgehungert, und von Pellkartoffeln konnte man nur träumen.«⁷⁹

Alfred Lipson machte dieselbe Erfahrung: »Da war z. B. unser ziviler Aufseher, Meister genannt, der unsere kleine Gruppe von einem Dutzend Gefangenen bewachte, die der Arbeit, einen Graben für Rohrlegungen auszuheben, zugeteilt war. Während der Essensunterbrechungen verschlangen unsere Augen das Brot des Aufsehers. Er konnte jetzt nicht mehr essen, solange er unsere hungrigen Blicke auf sich fühlte. Er gab uns das Brot, während er die Aufmerksamkeit der SS-Bewacher ablenkte. Die von Hunger verrückten Gefangenen kämpften um jeden Krümel. Der Meister brach das Handgemenge ab, indem er versprach, sein Essen jeden Tag zu teilen, wenn wir uns entsprechend benehmen würden. Er hielt sein Versprechen und gab fortwährend zusätzliches Essen abwechselnd einem von uns.«⁸⁰

Gemeinsam ist diesen Aussagen, dass es sich hier um Männer handelte, die halfen; sie hatten wohl alle den Ersten Weltkrieg mitgemacht und ließen sich von Uniformträgern nicht einschüchtern. Zum anderen waren die Helfer mit den Häftlingen über eine längere Zeit zusammen und konnten so das Risiko ihres Handelns besser abwägen, während ihnen gleichzeitig die elende Verfassung, in der die Häftlinge sich befanden, nicht verborgen blieb.

Im Falle des Heizers kennen wir den Namen des Helfers: Es handelte sich um Karl Glück⁸¹, der zu dieser Zeit bereits 72 Jahre alt und für die Arbeit dienstverpflichtet worden war. Es ist wohl auch erwähnenswert, dass er 1912 zu den Gründungsmitgliedern des Vaihinger SPD-Ortsvereins gehört hatte. Der Bauingenieur Fritz Burkhardt, der während eines Genesungsurlaubs bei diesem Stollenbau beschäftigt war, nannte Glück »eine Seele von Mensch«; er habe den Häftlingen nicht nur Kartoffeln, sondern auch Gulasch zukommen lassen.⁸²

Dass Lebensmittel, vor allem Brot und Äpfel, von Frauen aus Vaihingen und Kleinglattbach an den Straßenrand gelegt wurden, ist mehrfach bezeugt, aber auch, dass SS-Wachmänner⁸³, die dies bemerkten, die Frauen einschüchterten und drohten, sie kämen im Wiederholungsfall ebenfalls ins Lager.⁸⁴ Außerdem bestand für die Helfer immer auch die Gefahr, von überzeugten Nazis denunziert zu werden. Leonhard Krayl⁸⁵ berichtete davon, aber auch von der Hilfe seiner Familie für Häftlinge, die in der Stadt zur Arbeit eingesetzt waren: »Wir haben dann zwischen dem Hasenstall und dem Lattenzaun ein Brett befestigt, auf das wir das Essen legen konnten. Durch

ein Zeichen haben wir die Gefangenen darauf aufmerksam gemacht, und jedes Mal, wenn sie daran vorbeigingen und der Posten sie nicht beobachtete, haben sie hereingelangt. Sie hatten lange Hosen an, die unten zugebunden waren. Da haben sie die Äpfel und das Brot reinfallen lassen.«⁸⁶

Ein leider namentlich nicht bekannter Ex-Häftling, der später in Netanya in Israel lebte, erzählte dort dem Enzweihinger Pfarrer Franz Hruby, den er zufälligerweise in einem Hotel traf: »Aber es gab in Vaihingen auch gute Leute. Wir wurden zur Arbeit geführt, und die Leute wussten, welchen Weg wir nehmen. Sie haben am Wegrand Lebensmittel hingelegt, die wir mitnehmen konnten. Wir hatten auch einen guten Wachmann. Der führte uns in die Obststücke und gestattete es uns, dass wir unsere Taschen mit Obst füllten. Manche konnten dadurch überleben. Nach dem Krieg versuchte ich, den Wachmann ausfindig zu machen, um mich zu bedanken, ich konnte ihn aber leider nicht finden.«⁸⁷

Über das beherzte Eingreifen seines Chefs zugunsten eines Häftlings berichtet Heinz Lebherz, seinerzeit Kaufmanns-Lehrling bei der Firma Conradt: »Eines Tages war ein großes Geschrei – wir sahen ja vom Büro genau ins Lager: Da lag ein Häftling auf dem Boden. Der große SS-Mann schlug mit dem Knüppel auf ihn ein. Da riss mein Chef, Herr Adolf Conradt⁸⁸, das Fenster auf und schrie, er solle jetzt aufhören, das wäre genug. Dieser schrie zurück, er würde heraufschießen. [...] Als ich wieder Sonnenborn [Obersturmbannführer] ans Telefon holen musste, stellte ihn Herr Conradt im Treppenhaus zur Rede. Es ging sehr laut zu. [...] Aber am andern Tag kam Sonnenborn aufs Büro zu Herrn Conradt, entschuldigte sich und sagte, der SS-Mann sei etwas brutal, er wäre ein ehemaliger Zuchthäusler aus Litauen, dem es Spaß mache, jeden Tag Leute zu verschlagen. Er wurde abgelöst, und nun war Ruhe im Lager. Es sagte auch niemand etwas, wenn ich im Auftrag von Herrn Conradt eine Tüte Äpfel den Häftlingen hinstellte; der Wachmann sah weg.«⁸⁹

Vom Wegsehen der Wachmänner berichtet auch Werner Bausch: »Später, nur wenige Wochen vor Kriegsende, begegneten mir diese armen Menschen wieder, und zwar auf dem an der Büroseite des Firmengeländes angrenzenden Nachbargrundstück. [...] Bewacht von zwei deutschen Soldaten, standen sie eigentlich nur den ganzen Tag untätig in Gruppen herum. Dieses Bild änderte sich jedoch schlagartig, als meine Tante mit einem Henkelkorb voller Brotlaibe am Zaun auftauchte. Die Gefangenen drängten zum Zaun und versuchten in tumultartigen Kämpfen ein Stück Brot zu erobern. Die Wachsoldaten wollten nichts gesehen haben und schauten demonstrativ in eine andere Richtung.«⁹⁰

Der beim Stollenbau in der Grabenstraße als Wachmann eingesetzte Schmiedemeister Paul Bekbissinger beauftragte seine achtjährige Tochter Marianne, den dort arbeitenden Häftlingen täglich einen Korb mit Äpfeln zu bringen, da ein kleines Mädchen weniger beachtet wurde.⁹¹

Alle diese Schilderungen klingen sehr glaubhaft, weil sie konkret, teilweise auch von mehreren Seiten bestätigt und überprüfbar sind.

Neben all diesen Berichten steht einer, der absolut einzigartig ist; er stammt von dem polnischen Häftling Tadeusz Kalinowski, der zum Zeitpunkt des geschilderten Ereignisses gerade 14 Jahre alt geworden war: »Ende November – vielleicht war es Anfang Dezember – hat ein deutscher Arzt, auch Häftling, vom Lagerkommandanten die Genehmigung erhalten, in die Stadt zu gehen. Er war begleitet von zwei jungen Häftlingen, die einen großen geflochtenen Korb trugen. Einer davon war ich. Es war nur ein Soldat als ›Eskorte‹ dabei. Wir gingen von Haus zu Haus, und der Arzt hat

die Bewohner um eine Apfel-Spende für die Kranken gebeten. [...] Wir haben einen ganzen Korb Äpfel gesammelt und sind zum Lager zurückgelaufen. Ich erinnere mich an jenen sonnigen Tag und an die Worte des deutschen Arztes: ›Jungs, diese Äpfel sind für die Kranken. Vielleicht hilft es ihnen zu überleben. Ihr seid gesund, ihr bekommt diese Äpfel nicht, aber eine doppelte Ration Suppe zu Mittag.‹ Es war das erste Mal, wo ich einem so mutigen Deutschen (Häftling seit 1939) begegnet bin.«⁹² Ein plausibler Grund, an der Wahrheit dieses eigentlich unwahrscheinlichen Vorgangs zu zweifeln, ist nicht zu sehen.

4.1 Freundschaften und Liebesbeziehungen

Angesichts des eklatanten Männermangels, der 1944 in der deutschen Zivil-Gesellschaft herrschte, konnte es nicht ausbleiben, dass sich zwischen einem Teil der als Wachpersonal nach Vaihingen gekommenen SS-Männer sowie Vaihinger Frauen und Mädchen sehr schnell Beziehungen entwickelten. Wir sind darüber relativ gut informiert, da bereits 1945 durch die französischen Behörden Ermittlungen angestellt wurden.⁹³ Ferdinand Renz⁹⁴, Leiter der deutschen Hilfspolizei, erhielt den Auftrag, »alle Frauen und Mädchen zu vernehmen, die mit SS-Leuten, die Wachpersonal des KZ-Lagers waren, in Verbindung gestanden hatten«. Insbesondere sollte er in Erfahrung bringen, was sie vom Geschehen im Lager wussten, ob sie Geschenke erhalten hätten oder im Lager gewesen wären. Er ermittelte daraufhin die Namen von rund 20 Frauen oder Mädchen aus Vaihingen, während er auswärts keine Nachforschungen anstellte.

Von bzw. über elf Frauen liegen Aussagen vor, die erkennen lassen, dass die Kontakte von Hausbesuchen bis zu Intimitäten reichten; in einem Fall war ein außereheliches Kind die Folge. Auch von Verlöbnissen ist die Rede. Geschenke waren üblich; sie reichten von Lebensmitteln über Kleidungsstücke und Schuhen bis hin zu Schmuck, in einem Fall ist von einem goldenen Ehering die Rede. Belegt sind auch Besuche einzelner Frauen in der Lagerschreibstube sowie in der Unterkunft der SS-Männer, etwa anlässlich einer Weihnachtsfeier.

4.2 Zwangsarbeit für die Befreiten

Bei der Befreiung des Lagers fanden die französischen Truppen etwa 650 Häftlinge vor, die man bei der Räumung in allen Stadien der Krankheit zurückgelassen hatte. Für die Versorgung der Überlebenden, sie wurden gebadet und neu eingekleidet, sowie für die Reinigung des Lagers wurden auch etwa 250 Einwohner aus der Stadt herangezogen, die man willkürlich ausgewählt hatte, sowohl Männer als auch Frauen, Schüler ebenso wie Erwachsene.⁹⁵ Neben einigen Nazis waren es Invaliden, aber auch 14- bis 18-jährige Jungen, die ins Lager kommandiert wurden. Auch Vaihinger Frauen fanden sich ein, zum Teil freiwillig, da sie im Lager vor Übergriffen der Besatzungssoldaten sicher waren.⁹⁶

Bevor sie ihre Arbeit beginnen konnten, wurden sie zu den offenen Massengräbern geführt, die in Anwesenheit von Zeugen geöffnet worden waren. Dort erwartete sie ein französischer Offizier, der sie – so erinnerte sich der damals 14-jährige Kurt Herrigel – »in tadellosem Deutsch« anredete: »Worauf ihr steht, ist heiliger Boden. wir haben euch hierher gebracht, damit ihr seht, was eure SS angerichtet



Bei der Beerdigung der Toten musste auch ein Junge aus Vaihingen helfen (links).

hat. Schaut sie euch an, die Opfer eines der schändlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.«⁹⁷ Herrigel, der Häftlingen eines Arbeitskommandos ein Stück Brot zugesteckt hatte, wurde wiedererkannt und konnte daher das Lager nach kurzer Zeit wieder verlassen.

Während die Jugendlichen von den Befreiten im Lager nicht belästigt wurden, »mussten sich die Vaihinger Bürger jede Behandlung gefallen lassen: Schläge, Fußtritte, Angespienwerden und noch Schlimmeres.«⁹⁸ Karl Heimerdinger, der gemeinsam mit Hermann Leitz die Typhusbaracke ausräumen musste, erwähnte in einem Gespräch zwar ebenfalls, es sei dort streng zugegangen, berichtet aber auch, sie hätten von einem tunesischen Leutnant dafür zu essen bekommen, soviel sie wollten.⁹⁹ Gottlob Kanz, der seit dem Einmarsch der Franzosen als 2. Bürgermeister amtierte, besuchte in dieser Eigenschaft das Lager, um zu sehen, wie es mit der Verpflegung der Deutschen bestellt war. Außerdem wollte er die Schwester eines ehemaligen Vaihinger KZ-Häftlings, die man ebenfalls ins Lager geholt hatte, herausbringen. Er kam jedoch erst aus dem Lager heraus, nachdem ihn ein ehemaliger Mithäftling aus Buchenwald wiedererkannt hatte.¹⁰⁰

Nach Beendigung der Aufräumungsarbeiten wurden die Gräber unter militärischer Ehrenbezeugung wieder geschlossen. Vier Vaihinger Bürger mussten als offizielle Vertreter der Bevölkerung bei dieser Zeremonie anwesend sein: der Apotheker Emil Weigand, der Arzt Dr. Max Walz¹⁰¹, der Stadtpolizist Karl Hauber¹⁰² und der Amtsdienner Karl Hecht.

Es konnte nicht ausbleiben, dass etwa 25 der ins Lager gezwungenen Vaihinger, darunter zwei Frauen, sich mit Typhus infizierten. Für sie wurde in der Zeppelinstraße 22 ein Lazarett eingerichtet, das die Vaihinger Bevölkerung mit Betten auszustatten hatte. Innerhalb eines Monats starben hier sieben Männer und eine Frau.¹⁰³ Bis zum



*Typhus-Warnung am
Ortsschild von Kleinglatzbach.*

Erlöschen der Seuche Mitte Juni blieb Vaihingen eine isolierte Stadt; »große Tafeln an den Stadteingängen verkündigten jedem unter einem Totenkopf: ›Attention! Typhus! Séjour interdit à toute personne militaire et civile.«¹⁰⁴

Am Tag der Besetzung etablierte sich in Vaihingen eine französische Militärverwaltung, die sich zur prompten Erfüllung ihrer Befehle der Vaihinger Verwaltung unter dem stellvertretenden Bürgermeister Adolf Conrad bediente und als Faustpfand für die Erfüllung aller Forderungen und ihrer Sicherheit zehn Männer als Geiseln im Rathaus festsetzen ließ.¹⁰⁵ Vaihingen blieb für zwölf Tage Frontgebiet, da der Vormarsch an der Enz ins Stocken gekommen war. Während dieser Zeit war die Stadt dem Beschuss durch deutsche Truppen, aber auch, was noch schlimmer war, der Rache der Sieger ausgeliefert, indem die vorwiegend aus Marokkanern bestehenden

französischen Kampftruppen mit stillschweigender Billigung ihrer Offiziere nicht nur plünderten, sondern massenhaft vergewaltigten. Nach Abzug der Kampftruppen und dem Einzug tunesischer Besatzungssoldaten verbesserte sich die Lage ein wenig. Da sich die Franzosen aber weiterhin exzessiv aus ihrer Besatzungszone bedienten, trat erst nach dem Übergang Vaihingens in die Verantwortung der US-amerikanischen Militärverwaltung am 8. Juli 1945 eine Konsolidierung der Verhältnisse ein.

Nach dem Abzug der französischen Besatzungstruppen wurde das Krankenhaus, das nach der Besetzung von den dort untergebrachten verwundeten deutschen Soldaten geräumt und mit schwerkranken Häftlingen belegt worden war, von den US-amerikanischen Behörden im August 1945 der Mission Vaticane¹⁰⁶ übergeben, die es bis 1948 als Sanatorium für ehemalige KZ-Häftlinge betrieb; erst am 15. August 1948 stand es wieder für die Vaihinger Bevölkerung zur Verfügung. Eine Liste vom 17. Juli 1946 führt 83 Insassen namentlich auf, darunter befanden sich 49 Männer, 3 Frauen und 31 Kinder.¹⁰⁷ Etwa zur gleichen Zeit lassen sich 29 deutsche Arbeitskräfte nachweisen – als Köche, Krankenschwestern, Büropersonal, Hausdiener –, darunter findet sich der bereits erwähnten Karl Glück, der weiterhin als Heizer arbeitete.

5. Blick in den Spiegel: Strafprozesse in der Nachkriegszeit

Mit dem Geschehen im Vaihinger KZ wurden die Vaihinger konfrontiert, als vom 6. Oktober bis zum 19. November 1947 in Rastatt vor dem französischen Militärtribunal (Tribunal Général) ein Prozess stattfand, in dem gegen 42 ehemalige Angehörige der SS-Wachmannschaften der Außenlager Vaihingen, Unterriexingen,

Hessental und Kochendorf und gegen den in Vaihingen verantwortlichen Bauleiter verhandelt wurde.¹⁰⁸ Über den Prozess findet sich eine relativ ausführliche Berichterstattung in den Ausgaben der »Stuttgarter Zeitung« und im »Württembergischen Abendblatt«.¹⁰⁹ Das WAB hatte eigens einen Sonderberichterstatter nach Rastatt geschickt, nahm doch die Redaktion an, dass der Prozessverlauf »bei den Lesern des Kreises Vaihingen besonderes Interesse finden« dürfte.¹¹⁰ Unter dem Vorsitz des Präsidenten Yves Lemerle amtierten sieben Richter sowie fünf Staatsanwälte. Fünf Dolmetscher, drei für die deutsche Sprache und zwei für die polnische, waren aufgeboden.¹¹¹

Die Verlesung der Anklageschrift¹¹² erfolgte am zweiten Tag, und hier wurden in der gebotenen Kürze die Geschichte des Vaihinger Lagers und des Außenkommandos Unterriexingen sowie der Leidensweg der Häftlinge dargestellt. Anschließend wurden die Hauptangeklagten, Lagerführer Lautenschlager und Lagerarzt Dichmann, vorgestellt und die Namen der weiteren Beschuldigten genannt. Sie wurden angeklagt, »Mitschuld bei vorsätzlichen Morden zu haben, sei es durch direkte Mitbeteiligung, sei es aufgrund von Befehlen. Es kommt erschwerend hinzu, dass die Morde geplant und durch Folter, Barbarei und Diebstähle erschwert wurden.« Wie nicht anders zu erwarten, erklärten die Angeklagten sich für unschuldig; lediglich ein Beschuldigter erklärte, er sei zwar schuldig, habe aber nur Befehle ausgeführt.¹¹³

In der ersten und zweiten Verhandlungswoche kamen rund 60 Zeugen – vorwiegend Polen und Franzosen – zu Wort. Was sie zu berichten hatten, wurde in der »Stuttgarter Zeitung« als »Das Grauen von Vaihingen« zusammengefasst. Die Angeklagten gaben lediglich zu, was angesichts der Zeugenaussagen eindeutig bewiesen war, versuchten aber, die Vorwürfe soweit wie möglich abzuschwächen bzw. zu verharmlosen.

Als Höhepunkt in der zweiten Verhandlungswoche wird in der Berichterstattung übereinstimmend die Vernehmung Frau von Neuraths bewertet.¹¹⁴ Nachdem Dr. Poulsson und Pater de la Peraudière zu ihren Gunsten ausgesagt hatten, erklärte der Vorsitzende: »Ich muss Ihnen sagen, dass Sie als Deutsche in einer Zeit, in der Deutschland nicht mehr hoffen konnte, den Krieg zu gewinnen, mitgeholfen haben, die Zivilisation zu retten.« Seine Wertschätzung fasste der Gerichtsvorsitzende in den Worten zusammen: »Sie haben nach Ehre und Barmherzigkeit gehandelt, und dafür bedankt sich das Gericht bei Ihnen«.¹¹⁵

Trotz der ausführlichen Berichterstattung sind keinerlei Reaktionen aus der Bevölkerung, etwa in Form von Leserbriefen o. ä. bekannt. Anders sah es aus, als Ende 1953 die Vorgänge auf Schloss Kaltenstein zur Sprache kamen, als gegen Walther und zwei weitere Angeklagte vor dem Landgericht Heilbronn verhandelt wurde. Über den Prozess wurde in der Vaihinger Lokalzeitung »Der Enz-Bote« ab dem 28. Oktober sehr ausführlich berichtet.

Dass der Prozess in Vaihingen aufmerksam verfolgt wurde, zeigen einige Leserbriefe ebenso wie der umfangreiche Kommentar, den Redakteur Michael Holtz dem Urteil widmete. Holtz, der selbst Kriegsdienst und Gefangenschaft durchgemacht hatte, bemängelte, dass es dem Gericht nicht wie erhofft gelungen sei, »Zeitverhältnisse, Menschen und Straftaten zueinander in Beziehung zu bringen, aber das war wohl vermessen und juristisch in diesem Fall unmöglich. Vielleicht wird diesen Momenten schon dadurch Rechnung getragen, dass das Gericht keinen Ehrverlust aussprach.«¹¹⁶ Die Zeit des Wegschauens war gekommen, und es sollten noch einige Jahre vergehen, bis mit den Auschwitz-Prozessen ab 1963 der Bann gebrochen wurde.

Anmerkungen

Abkürzungen

AGV	= Archiv der KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz
CAD/AOF	= Centre des Archives Diplomatique de La Courneuve – Archives de l'Occupation française en Allemagne et Autriche
EB	= Der Enz-Bote. Vaihinger Tagblatt
SRV	= Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz
StadtAV	= Stadtarchiv Vaihingen
StAL	= Staatsarchiv Ludwigsburg
VKZ	= Vaihinger Kreiszeitung

- 1 Manfred Scheck: Zwangsarbeit und Massensterben. Politische Gefangene, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in Vaihingen an der Enz 1933 bis 1945, Berlin 2014, S. 13.
- 2 Jemanden einen »Schlüssler« zu nennen, galt in der Vaihinger Bevölkerung als ehrenrührig.
- 3 EB 11. März 1933.
- 4 EB 23., 24. März, 13. April 1933.
- 5 EB 29. April 1933.
- 6 Gottlob Kanz, von Beruf Metallarbeiter, war in Vaihingen aufgewachsen. Als überzeugter Kommunist war er in der Partei und in der Gewerkschaft tätig; in Vaihingen ab 1929 in der Kommunalpolitik aktiv, gehörte er 1931 bis 1933 dem Gemeinderat an.
- 7 Mündliche Auskunft an den Verfasser.
- 8 Scheck (wie Anm. 1) S. 31.
- 9 Der erste Nachkriegs-Bürgermeister Ludwig Lörcher, der Walther seit 1938 kannte, sprach 1947 davon, dieser habe sein Amt als Ortsgruppenleiter »so geführt, dass er allgemein größtes Missfallen erregt hat« (StadtAV, Entnazifizierungsverfahren).
- 10 StAL FL 20/18 I Bü 425 (Bericht an das Innenministerium vom 15. Oktober 1938).
- 11 StAL FL 20/18 I Bü 425.
- 12 Der Schlossbote, März 1941, S. 3 f. (Rundschreiben an die Vaihinger Soldaten, hektografiert); StAL FL 20/18 I Bü 425.
- 13 StAL EL 312 Bü 1504.
- 14 Scheck (wie Anm. 1) S. 35 f.
- 15 In das letzte der hier angelegten Gräber wurden laut »Grabstellenliste« nicht weniger als zwölf Tote gelegt (StadtAV V 2 Nr. 6116).
- 16 Gerhard Pfänder: Kriegs-Chronik (1943–1945), in: VKZ 12. bis 16. September 2000; hier 16. September. Die Herkunft der hier genannten Opferzahl wird nicht klar; die »Grabstellenliste« führt 151 Bestattungen auf.
- 17 Aussage Georg Grau in seiner Entnazifizierungsakte (StAL EL 902/23 Bü 2697 Nr. 49).
- 18 Der Berliner Maler Franz Heckendorf, der den Marsch nach Ulm mitmachte, wurde weiter in das KZ Mauthausen transportiert (Der Tagesspiegel, Berlin, 16. März 2014, S 7).
- 19 StadtAV V 2 Nr. 6115, ERW 46.
- 20 Abkürzung für Mannschafts-Stammlager.
- 21 StadtAV V Nr. 537, Bl. 303.
- 22 StadtAV ERW 45 Nr. 625.
- 23 EB 31. Oktober 1939, 13. März 1940 und 28. August 1941.
- 24 StAL K 110 Bü 40. Ein »Merkblatt Nr. 1 für Betriebsführer über den Einsatz von Ostarbeitern« aus dem Firmenarchiv Hummel ist als Kopie im StadtAV vorhanden.
- 25 StadtAV ERW 45 Nr. 625.
- 26 Auch zum Folgenden: StAL EL 902/23 Bü 1805.
- 27 Manfred Scheck: Gespräch mit Ulrich Trautmann am 28. Januar und 25. Februar 1996 (StadtAV).
- 28 StadtAV ERW 46 Nr. 208. Die beiden Tschechen verließen allerdings im Juli 1941 unerlaubt die Arbeitsstelle; nach ihnen wurde gefahndet.

- 29 Werner Bausch: Mein Zweiter Weltkrieg. Erinnerungen aus Vaihinger Kindertagen, Vaihingen 2008, S. 20.
- 30 Wilhelm Wimmershof: Mein Tagebuch 1939–1945 (maschinenschriftlich; Kopie im Stadtarchiv Vaihingen), Eintrag vom 5. Oktober 1941.
- 31 Manfred Scheck: Unter dem Diktat der Weltgeschichte. Vaihingen im 20. Jahrhundert, in: Geschichte der Stadt Vaihingen an der Enz, Vaihingen 2001, S. 457–634, hier S. 543; EB 25. August 1941. – Im Oktober 1941 untersagte Hitler »mit Rücksicht auf die Gefühle der Angehörigen mit uns verbündeter und befreundeter Nationen« die öffentliche Brandmarkung deutscher Frauen; diese wurden jedoch weiterhin in ein KZ eingewiesen (Annette Schäfer: Zwangsarbeiter und Rassenwahn. Russische und polnische Arbeitskräfte in Baden-Württemberg, Stuttgart 2000, S. 134).
- 32 So Georg Grau in einer Zeugenaussage (StAL EL 903/23 Bü 2697).
- 33 Theodor Härlin, der 1932 bis 1937 in Wiemsheim aktiv gewesen war, amtierte seit 1937 als hauptamtlicher Geschäftsführer der Kreisleitung in Mühlacker. Er war am 20. April 1938 auch noch zum Ortsgruppenleiter in Ensingen ernannt worden. Nach dem im Herbst 1939 erfolgten Umzug des Kreisleiters Adolf Bauer nach Biberach (Riss), der sein Amt jedoch behielt, trat Härlin faktisch dessen Nachfolge an.
- 34 Ludwig Lörcher: Besetzung, Kriegsende und Neubeginn 1945, in: SRV 3 (1983) S. 139–160, hier S. 147; Manfred Scheck: Gespräch mit Karl Heimerdingler am 9. August 1982 (StadtAV).
- 35 Mündliche Mitteilung L. Braun, Vaihingen, 1994.
- 36 Bausch (wie Anm. 29) S. 20.
- 37 EB 22. August 1944.
- 38 Ernst Freiherr von Neurath hatte zunächst die Offizierslaufbahn eingeschlagen, war bis 1914 in Argentinien gewesen und hatte den Ersten Weltkrieg mitgemacht. Er war ein passionierter Jäger.
- 39 Wendelgard von Staden: Nacht über dem Tal. Eine Jugend in Deutschland, Düsseldorf/Köln 1979, S. 65.
- 40 Irmgard von Neurath geb. Berg hatte sich 1922 mit Ernst von Neurath verheiratet. Sie hatte eine bewegte politische Vergangenheit: Zunächst Mitglied der SPD, was ihr einige Anfeindungen aus der Familie eintrug, war sie nach 1933 als engagiertes Mitglied der NSDAP aufgetreten, u. a. als Beauftragte für Rassenfragen. Sie hatte 1933 auch ein Gedicht verfasst, das die Wände des HJ-Zimmers zierte. Auf dem Gutshof der Familie in Kleinglattbach bestand außerdem seit 1939 das »Reichsarbeitsdienstlager für die weiblichen Jugend 17/21«; Scheck (wie Anm. 31) S. 527, 549.
- 41 EB 6. Mai 1944.
- 42 Kurt Herrigel: Ein Stückchen Brot. Erlebnisbericht, in: Das KZ vor der Haustüre. Augenzeugen berichten über das Lager »Wiesengrund« bei Vaihingen an der Enz, Vaihingen 2010 (Beihefte zur SRV, Heft 4), S. 161–166, hier S. 163.
- 43 Aussagen dazu finden sich bei Bärbel Böckle: Das SS-Arbeits- und Krankenlager Vaihingen/Enz (1944/45), in: SRV 2 (1979) S. 141–193, hier S. 149.
- 44 Zu den Standorten der Baracken im Einzelnen: StadtAV V 1 Nr. 566.
- 45 von Staden (wie Anm. 39) S. 62 f.
- 46 Bausch (wie Anm. 29) S. 20.
- 47 NSKK: Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps. Auf Anforderung von Todt waren NSKK-Männer ab 1938 beim Bau des Westwalls eingesetzt. Als nach Beginn des Zweiten Weltkriegs der Bedarf an Transportleistungen für die OT stieg, wurde die »NSKK-Transportstandarte Todt« aufgestellt, während die ausländischen Transportarbeiter in der »Legion Speer« Dienst taten. Beide Organisationen umfassten Ende August 1943 knapp 50 000 Mann (Franz W. Seidler: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht, Bonn 1998, S. 203–208).
- 48 EB 17. August 1944.
- 49 Pfänder (wie Anm. 16) 12. September.
- 50 Heinz Leberherz: Zeitzeugen sprechen, in: VKZ 24. März 1995.
- 51 So auf den Karteikarten der Firma Baresel. Außerdem erscheint hier ein »Gemeinschafts-Lager« und ein »Lager Marktplatz« – wohl im Hause Blum, Marktplatz 17 (StadtAV ERW 44).
- 52 Hierfür galten die »Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten«, die mit weiteren Regelungen zu den sog. »Ostarbeitererlassen« vom Februar 1942 zusammengefasst wurden; Schäfer (wie Anm. 31) S. 65 f., 93 ff.

- 53 ITS Bad Arolsen (Digitales Archiv) 2.1.1.2/0157-0227A/0200/0128, Dok. Nr. 70560599 ff.
- 54 Hanns Grosspeter: Mit dem Rücken zur Wand. Autobiographische Erzählungen vom Alltag und Überleben im Konzentrations-Revierlager Vaihingen an der Enz, in: SRV 4 (1985) S. 179–325, hier S. 268. Auch Angehörige des SS-Wachpersonals hielten ausländische Arbeiterinnen als Mätressen; von Staden (wie Anm. 39) S. 77.
- 55 Manfred Scheck: Gespräch mit Wilhelm Jourdan am 5. September 1982, S. 20 (StadtAV). Wilhelm Jourdan war seit 1936 Geschäftsführer der örtlichen Milchverwertungsgenossenschaft.
- 56 von Staden (wie Anm. 39) S. 60 f.
- 57 Martin Broszat: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Anatomie des SS-Staates, München 1979, Bd. 2, S. 158.
- 58 Wimmershof (wie Anm. 30) 7. April 1944.
- 59 Ebd. 13. August 1944.
- 60 Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg, B 162/17243.
- 61 AGV T 5.3.1.
- 62 Der Ingenieur Werner Dutt war bei der Firma Baresel beschäftigt und hatte im Vaihinger Bauhof den Maschinenpark unter sich.
- 63 StAL EL 902/23 Bü 1622. Noch 2005 erinnerte sich Sydney Rosenstein, ein ehemaliger Häftling, in einem Brief an die Witwe Werner Dutt an die anständige Behandlung durch ihren Mann.
- 64 StAL EL 902/23 Bü 1805. Der Sohn von Israel Lipszyc bestätigt in seinen Erinnerungen diese Aussage; Alfred Lipson: Meine Odyssee von Radom nach Vaihingen, in: Das KZ vor der Haustüre (wie Anm. 42) S. 167–180, hier S. 174.
- 65 StadtAV V Nr. 937, Bl. 310.
- 66 StadtAV V 1 Nr. 130.
- 67 Karl J. Mayer: Diktatur auf dem Dorf. Die württembergische Gemeinde Illingen im Dritten Reich, Pforzheim 2005, S. 150 f. Ein Wachmann spricht davon, ein Kommando habe in Illingen »beim Bahnhof [...] in einer Schmiede gearbeitet«; AGV T 3 (Baier, Martin).
- 68 Auch zum Folgenden: Aussage Irmgard von Neurath vom März 1947 (CAD/AOF 1 AJ 6567).
- 69 von Staden (wie Anm. 39) S. 84–86.
- 70 Alle Zitate bei Bernd Martin: Das Konzentrationslager »Wiesengrund«, in: SRV 4 (1985) S. 135–178, hier S. 150.
- 71 E-Mail von Peter Zuckermann (USA) vom 30. Juni 2003 (AGV). Moshe Fiszman widmete 2009 eine Rede, die er am Holocaust-Zentrum in Melbourne hielt, dem Gedenken an Irmgard von Neurath; AGV H 2 (Fiszman, Moshe Majer).
- 72 Herrigel (wie Anm. 42) S. 163.
- 73 Bausch (wie Anm. 29) S. 28.
- 74 Dies ist mehrfach bezeugt, u. a. durch Horst Seizinger (Jahrgang 1937) aus Ensingen (AGV U 1 Nr. 6) und Walter Sämann (Jahrgang 1939) aus Illingen (in einem Gespräch mit dem Verfasser).
- 75 Bernd Martin: Mein Blick in eine dunkle Vergangenheit (StadtAV), S. 40.
- 76 Abraham Speisman: Gleichgültigkeit. Weder Verbrechen noch Tugend. Die Sicht eines Verfolgten, in: Das KZ vor der Haustüre (wie Anm. 42) S. 253–308, hier S. 262.
- 77 Alexander Donat: Das Reich des Holocaust, in: Das KZ vor der Haustüre (wie Anm. 42) S. 47–54, hier S. 51 f.
- 78 Władysław Minota: Stationen des Leidens. Mein Weg durch die Konzentrationslager, in: Das KZ vor der Haustüre (wie Anm. 42) S. 181–190, hier S. 188 f.
- 79 Izhak Akermann am 8. April 2001 in einem Gespräch mit Jules Schelvis, aufgezeichnet auf Video (AGV). Es dürfte sich bei der Bäckerei um die des Bäckermeisters Hagdorn in der Heilbronner Straße gehandelt haben.
- 80 Martin (wie Anm. 70) S. 144.
- 81 VKZ 29. Januar 2000, 27. Januar 2001.
- 82 Fritz Burkhardt gegenüber dem Verfasser am 17. Oktober 2002.
- 83 Neben SS-Männern waren auch abkommandierte Angehörige der Wehrmacht und der Luftwaffe zur Bewachung eingesetzt, die sich gegenüber den SS-Männern distanziert verhielten, von diesen aber auch von oben herab behandelt wurden.
- 84 Böckle (wie Anm. 43) S. 166.

- 85 Leonhard Krayl war der Sohn eines Messerschmiedemeisters, der gleichzeitig Kirchenpfleger der Evangelischen Kirchengemeinde war.
- 86 Martin (wie Anm. 70) S. 146 f.
- 87 VKZ 15. September 1993.
- 88 Adolf Conrardt war vor 1933 aktives Mitglied der DDP.
- 89 VKZ 24. März 1995.
- 90 Bausch (wie Anm. 29) S. 28.
- 91 AGV U 1 Nr. 8.
- 92 AGV H 2 (Tadeusz Jerzy Kalinowski). Da ein deutscher Häftlingsarzt in keiner Quelle auftaucht, dürfte es sich bei dem Begleiter um Hanns Grosspeter (»Häftling seit 1939«) gehandelt haben.
- 93 Zum gesamten Vorgang: CAD/AOF 1AJ 6566, 6568 und 6569; gesammelt in: AGV U 1,9.
- 94 Ferdinand Renz, Mitglied der KPD, betrieb später ein Gipsergeschäft.
- 95 Wie Anm. 27.
- 96 Grosspeter (wie Anm. 54) S. 318.
- 97 Herrigel (wie Anm. 42) S. 164.
- 98 Pfänder (wie Anm. 16) 15. September.
- 99 Gespräch mit Karl Heimerdinger (wie Anm. 34).
- 100 Gespräch mit Lina Kanz (12. August 1982).
- 101 Dr. Max Walz war der einzige Arzt, der zu dieser Zeit in Vaihingen praktizierte.
- 102 Karl Hauber amtierte seit 1919 als Gemeindepolizeiwachtmeister.
- 103 Lörcher (wie Anm. 34) S. 150 f.
- 104 Pfänder (wie Anm. 16) 16. September.
- 105 Lörcher (wie Anm. 34) S. 148 f.
- 106 Hierbei handelte es sich um eine katholische Hilfsorganisation, Chefarzt war 1945 der französische Mediziner De Palma; Jules Schelvis: Eine Reise durch die Finsternis. Ein Bericht über zwei Jahre in deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslagern, Münster 2005, S. 178.
- 107 StadtAV ERW 61.
- 108 Yveline Pendaries: Le Procès de Rastatt. Le jugement de crimes de guerre en zone française d'occupation en Allemagne, Bern 1994, S. 146, 202–209.
- 109 Ausschnitte im AGV (T 5 Nr. 1 und Nr. 2).
- 110 Auch zum Folgenden: Württembergisches Abendblatt 9. Oktober 1947.
- 111 CAD/AOF 1 AJ 6566 (Protokoll der Verhandlungen; es umfasst 443 Seiten).
- 112 AGV T 5,3 (französisch) und T 5, 3.1 (deutsch). Die gesamte Verhandlungsführung erfolgte auf Französisch, was langwierige Übersetzungspausen notwendig machte.
- 113 Stuttgarter Zeitung 11. Oktober 1947.
- 114 CAD/AOF 1 AJ 6566, S. 136–140; auch in 1 AJ 6567 (I. v. Neurath).
- 115 Württembergisches Abendblatt 16. Oktober 1947; Stuttgarter Zeitung 22. Oktober 1947.
- 116 EB 9. Dez. 1953.

Zwangsehe statt Liebesheirat

Eberdingen und die Gemeindereform der 70er Jahre*

von Thomas Schulz

Am 19. Dezember 1975 schrieb Oberregierungsrat Oskar Behr, der langjährige Leiter des Kommunalamts im Landratsamt Ludwigsburg, auf das Deckblatt einer dicken Akte: »Mit der Wahl von Bürgermeister Fetzner am 7. Dezember 1975 in Eberdingen ist im Landkreis Ludwigsburg die Gemeindereform abgeschlossen.« Und vermutlich mit einem tiefen Seufzer der Erleichterung fügte er noch dazu: »Der ganze Vorgang kann nun – endlich – zur Ablage in die Registratur.«

Im Gebiet des heutigen Landkreises Ludwigsburg wurde durch die Gemeindereform die Zahl der selbständigen Kommunen von 78 auf 39 halbiert. Die Eingemeindungen und Gemeindezusammenschlüsse erfolgten in der Regel auf freiwilliger Basis, d.h. nach entsprechendem Beschluss durch die Gemeinderäte der betroffenen Kommunen. Lediglich in zwei Fällen hat der Landtag den Vollzug der Gemeindereform gesetzlich bestimmt: Dies betraf zum einen den Zusammenschluss von Korntal und Münchingen zur neuen Stadt Korntal-Münchingen und zum anderen den Zusammenschluss von Eberdingen, Hochdorf an der Enz und Nussdorf zur neuen Gemeinde Eberdingen.

Die Gemeindereform löste seinerzeit heftige Emotionen querbeet durch Orte und Parteien aus. Diese Emotionen sind auch heute noch nachvollziehbar. Schließlich ging es nicht nur um den Austausch von Ortsschildern, sondern zur Entscheidung stand nichts weniger als die Frage, ob die Gemeinde ihre Aufgaben auch in Zukunft eigenständig und aus eigener Kraft erfüllen soll und erfüllen kann oder ob dies nur in Zusammenarbeit und in der Konsequenz im Zusammenschluss mit einer anderen Gemeinde gelingen konnte.

Ziele der Gemeindereform

Die Gemeindereform war keine baden-württembergische Besonderheit. In den 60er Jahren hatte man in allen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik begonnen, tiefgreifende Verwaltungsreformen in Gang zu setzen. Sie beinhalteten im Wesentlichen die Reform der Kreiseinteilung, die Gemeindereform und eine sogenannte Funktionalreform, das heißt: die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Ebenen der staatlichen Verwaltung.

Im Grunde sollte mit diesen Reformmaßnahmen die staatliche Verwaltung an die geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse angepasst werden. In den Augen der Planer handelte es sich dabei um eine Anpassungsreform, die längst über-

* Erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 17. September 2015 in der Gemeindehalle in Eberdingen gehalten wurde.

fällig war: Denn im Gegensatz zu Gesellschaft und Wirtschaft hatte sich in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die öffentliche Verwaltung strukturell kaum verändert. Dadurch hatte sich aber ein wachsender Reformdruck in Verwaltungssachen entwickelt – bedingt durch neue Aufgaben und zunehmende Spezialisierung, nicht zuletzt auch durch ein verändertes Anspruchsniveau der Bevölkerung.

Auf einen einfachen Nenner gebracht, hatte die Gemeindereform das Ziel, leistungsfähigere Gemeinden zu schaffen. Das sollte durch größere Verwaltungseinheiten erreicht werden. Denn nach Ansicht der Reformer war nur in größeren Einheiten sichergestellt, dass die Verwaltung effizienter arbeiten konnte und die Kommune durch die dann breitere finanzielle Basis in der Lage war, die mancherorts mangelnde Infrastruktur zu verbessern und die Lasten für Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Straßen usw. zu stemmen.

Im Ziel, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, waren die Gemeindereformen ohne Zweifel erfolgreich. Die numerische Bilanz liest sich wie folgt: In der alten Bundesrepublik blieben von vormals 24 000 selbständigen Ortschaften noch knapp 8500 Kommunen übrig; in Baden-Württemberg schrumpfte die Zahl der Gemeinden von 3379 auf 1110, von denen sich 165 neue Namen gaben.

In Baden-Württemberg wurde die Gemeindereform durch das »Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden« vom 26. März 1968 eingeleitet. Von irgendwelchen Zwangsmaßnahmen oder Muss-Vorschriften für Gemeindezusammenschlüsse ist in diesem Gesetz nichts zu lesen. Im Prinzip war es nichts anderes als ein Angebot bzw. ein Appell an reformwillige Gemeinden, für die nun die bisher fehlende gesetzliche Grundlage geschaffen wurde, sich mit anderen Gemeinden zusammen tun zu können. Hierfür standen im Wesentlichen drei Organisationsformen zur Wahl: 1.) die Bildung von neuen Gemeinden durch Zusammenschluss von bisher selbständigen Gemeinden; 2.) die Eingemeindung, d.h. die Eingliederung einer bisher selbständigen Gemeinde in eine andere Gemeinde; 3.) die Bildung von »vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften« bzw. von Gemeindeverwaltungsverbänden.

Die Zielplanung der Landesregierung ging davon aus, dass die örtlichen Verwaltungsräume in der Regel 8000 Einwohner umfassen sollen und je nach Lage der örtlichen Verhältnisse entweder als Einheitsgemeinde oder als Verwaltungsgemeinschaft organisiert werden. Und der zweite Grundsatz lautete, dass in der Regel erst bei einer Einwohnerzahl von mindestens 2000 als gesichert anzusehen sei, dass sich eine Gemeinde auf Dauer als eigenständiges Gemeinwesen behaupten und entfalten könne.

Die Frage, wie sich Gemeinden dazu bewegen lassen, ihre jahrhundertealte Selbständigkeit und, wenn man so will: ihre kommunale Souveränität freiwillig aufzugeben, wollte man nicht zuletzt mit der Schaffung finanzieller Anreize beantworten. Ein zentraler Punkt des Gesetzes vom 26. März 1968 war daher dessen § 5, der eine Änderung bzw. Ergänzung des Finanzausgleichsgesetzes beinhaltete. Demnach diente nun bei freiwilliger Vereinigung von Gemeinden eine um 20 % erhöhte Einwohnerzahl als Berechnungsgrundlage für Finanzzuweisungen. Diese künstlich erhöhte Einwohnerzahl wurde den Gemeinden für eine Zeitspanne von fünf Jahren angerechnet, danach reduzierte sich die Erhöhungszahl jeweils um ein Fünftel pro Jahr, so dass die Sonderförderung im zehnten Jahr auslief. Auch bei erforderlichen Investitionen in öffentliche Einrichtungen wurden Reformgemeinden durch objektbezogene Zuschüsse zusätzlich bevorzugt. Dies alles war sozusagen das »Zuckerle« des Landes, um die Gemeinden für die von der Landespolitik und von den Landesplanern gewollte Reform zu gewinnen.

Rein formal hielt die Landesregierung bei der Gemeindereform noch lange Zeit am Grundsatz der Freiwilligkeit fest. Doch der Gesetzgeber machte von Anfang an seine Präferenz deutlich – und im Grunde hat er dadurch, dass er die genannten finanziellen Anreize schaffte, die »Freiwilligkeit« erheblich relativiert. Man sprach daher auch ganz offen von »Fusionsprämien« und vom »goldenen Zügel des Finanzausgleichsgesetzes«.

Wenn man sich die Frage stellt, weshalb vor nunmehr fast fünf Jahrzehnten der Vorschlag für eine umfassende Gemeindereform überhaupt auf die politische Agenda kam, muss man sich neben dem bereits erwähnten Reformdruck namentlich auch vor Augen halten, wie damals – Mitte/Ende der 60er Jahre – die allgemeine Gemeindestruktur aussah. In Baden-Württemberg hatten 53,4 Prozent der Gemeinden weniger als 1000 Einwohner, weitere 22,2 Prozent wiesen zwischen 1000 und 2000 Einwohner auf. Das heißt, drei Viertel der insgesamt 3379 Gemeinden zählten weniger als 2000 Einwohner und davon wiederum rund 1000 Gemeinden sogar weniger als 500 Einwohner.

Wie klein und bescheiden die Verhältnisse seinerzeit waren, verdeutlichen zum Beispiel auch die Stellenpläne der drei Orte Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf. Im Rathaus in Eberdingen arbeiteten 1970 ausweislich des Haushaltsplans neben Bürgermeister Siegbert Heckmann noch ein Inspektor-Anwärter und eine Verwaltungsangestellte; im Dienst der Gemeinde standen zudem noch als Teilzeitmitarbeiter der Fronmeister, der Amtsbote und zwei Reinigungskräfte fürs Rathaus und das Schulhaus. In Hochdorf gab es neben Bürgermeister Heinrich Rein noch eine Angestellte und drei Arbeiter, in Nussdorf neben Bürgermeister Siegfried Benz immerhin zwei Verwaltungskandidaten und zwei Angestellte sowie vier Arbeiter. Zum Vergleich: Heute hat die Gemeinde Eberdingen rund 90 Beschäftigte, von denen freilich lediglich rund ein Fünftel im eigentlichen Verwaltungsbereich tätig ist.

Vom »Prinzip der Freiwilligkeit« zur gesetzlichen Regelung

Die Forderung, die Verwaltungskraft der Gemeinden zu stärken, war in der Öffentlichkeit sehr begrüßt worden. Doch die Durchführung stieß zunächst auf Ablehnung. Wir erkennen hier den bekannten Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Kirche und Rathaus seien unverzichtbarer Kern der Gemeinde; ein Verlust des Rathauses führe zur Bürgerferne, die persönliche Beratung durch den Bürgermeister entfallende; der Stolz auf die eigene Gemeinde und das Heimatgefühl schwänden, das Gemeinleben werde gestört – solche und ähnliche Argumente waren weit verbreitet. Die Gemeindereform kam daher nur schleppend in Gang. Mitte 1970 hatten sich erst 135 Gemeinden für die Reform entschieden

Mit der Zeit wuchs allerdings vielerorts die Einsicht in die Notwendigkeit, die örtliche Verwaltung an die gewandelten Strukturen und Veränderungen anzupassen und zukunftssicher zu machen. Mitte 1972 hatten immerhin rund 1000 Gemeinden nach Anhörung der Bürger aus eigenem Willen ihre Selbständigkeit aufgegeben. Weitere 1000 Gemeinden folgten in den nächsten zwei Jahren – ebenfalls noch freiwillig, in den meisten Fällen jedoch schon unter anderen Vorzeichen.

Bereits im Oktober 1971 hieß es in einer Pressemitteilung des Staatsministeriums, es verstehe sich von selbst, dass »im Interesse der Herstellung gleichwertiger Verwaltungsstrukturen im ganzen Land« die Phase der Freiwilligkeit »nicht für alle Zeiten andauern«

könne. Im Juni 1973 kündigte die Landesregierung dann offiziell an, die Gemeindereform »noch in der laufenden Legislaturperiode gesetzgeberisch abschließen« zu wollen. Das bedeutete für die Gemeinden: Entweder jetzt die Chancen nutzen, die sich bei einem Zusammenschluss auf freiwilliger Basis boten, oder die Gefahr in Kauf nehmen, zu einem späteren Zeitpunkt vom Gesetzgeber zur Reform gezwungen zu werden.

Die Gemeinden Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf wählten den gefahrenvollen Weg. Mit 250 anderen Gemeinden, die sich für die zweite Alternative entschieden hatten, erhielten sie am 4. Juli 1974 die Quittung, als der Landtag das »Besondere Gemeindereformgesetz« beschloss. Im § 82 dieses Gesetzes, das am 1. Januar 1975 in Kraft trat, heißt es kurz und bündig: »1.) Aus den Gemeinden Eberdingen, Hochdorf an der Enz und Nussdorf wird die neue Gemeinde Eberdingen gebildet. 2.) Die neue Gemeinde Eberdingen wird an der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Vaihingen an der Enz und der Stadt Oberriexingen sowie der Gemeinde Sersheim beteiligt.«

Damit fand ein rund vierjähriges Ringen um den richtigen Weg in die Zukunft seinen Abschluss. Genauer gesagt: seinen vorläufigen Abschluss. Denn das Ganze hatte noch ein Nachspiel. Auf dieses Nachspiel wird weiter unten noch näher eingegangen. Zunächst soll jedoch für unsere drei Orte kurz die Ausgangssituation im Jahr 1970 und im Anschluss daran ausführlich die weitere Entwicklung in den folgenden Jahren dargestellt werden.

Ein gescheiterter Versuch: Vierer-Bund mit Riet

Eberdingen zählte Mitte 1970 1041 Einwohner, Hochdorf hatte 1179 und Nussdorf immerhin 1438 Einwohner. Keine der drei Gemeinden war also groß genug, um das für den Erhalt der Selbständigkeit ins Spiel gebrachte Kriterium einer Mindestgröße von 2000 Einwohnern aktuell zu erfüllen. Dessen ungeachtet hing man hier wie im gesamten Kreis Vaihingen noch längere Zeit der Illusion nach, die Selbständigkeit auch der kleineren Gemeinden im Rahmen von Verwaltungsgemeinschaften sichern zu können. Bei mehreren Besprechungen im Landratsamt in Vaihingen wurden hierzu Modelle entwickelt. Dabei sollte Nussdorf mit Aurich, Großglattbach und Iptingen eine von insgesamt zehn Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis bilden, ebenso Eberdingen und Hochdorf zusammen mit Riet, Enzweihingen und Oberriexingen. Diese Überlegungen scheiterten aber schon allein deshalb, weil keine dieser zwei Verwaltungsgemeinschaften eine Einwohnerzahl von 8000 erreichte. Man musste also nach Alternativen suchen.

Im Frühjahr 1971 kam Bewegung in die Sache. Eberdingens Bürgermeister Heckmann warb im Mai 1971 bei einer Bürgerversammlung offen für die Reform. Eine solch kleine Gemeinde wie Eberdingen sei zu schwach, um allein fortbestehen zu können. Den Bürgern müsse bewusst sein, dass die Zeit nicht still stehe und die Reform auch an Eberdingen nicht vorbeigehen werde. Siegbert Heckmann hatte allerdings leicht reden. Denn zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass er Eberdingen verlassen wird, da er kurz zuvor zum Bürgermeister der Gemeinde Walzbachtal gewählt worden war.

Aber auch der Eberdingener Gemeinderat erkannte, dass die Zeichen auf Veränderung standen. Denn es wurde beschlossen, die frei gewordene Stelle des Bürgermeisters vorerst nicht auszuschreiben, sondern lediglich nach einem Amtsverweser zu suchen. In dieses Amt wurde dann im Sommer 1971 der damals 25 Jahre junge Verwaltungsbeamte Ernst Kranich eingesetzt.

In Nussdorf wurde Mitte Oktober 1971 im Vorfeld der anstehenden Gemeinderatswahlen ebenfalls bei einer Bürgerversammlung über die Zukunft der Gemeinde diskutiert. Dabei wies Bürgermeister Benz darauf hin, dass jetzt – nachdem der Landtag im Juli die Kreisreform gesetzgeberisch abgeschlossen hatte – die Zeit dränge, »für die Gemeinden passende Lösungen zu finden«. Zugleich müsse man sich bewusst sein, dass die Zeit der freiwilligen Entscheidung begrenzt sei »und der Gesetzgeber nicht zögern werde, Pläne für Zusammenschlüsse vorzulegen und von seinem Recht der gesetzlichen Bestimmung Gebrauch zu machen«.

Nach der zum 1. Januar 1971 vollzogenen Eingemeindung vonENZWEIHINGEN nach Vaihingen gab es nach den Worten von Bürgermeister Benz für Nussdorf nur noch drei Alternativen: 1.) die Bildung einer Einheitsgemeinde zusammen mit Hochdorf, Eberdingen und Riet; 2.) den Anschluss an Vaihingen oder 3.) abzuwarten, was der Gesetzgeber unternehmen wird. Die Eingemeindung nach Vaihingen sei jedoch keine Lösung, denn als Stadtteil von Vaihingen käme Nussdorf »nie über die Rolle eines Außenbezirks hinaus«. Zu favorisieren sei die Bildung einer Einheitsgemeinde, und wenn man sich beeile, könne man noch von den staatlichen Zuschüssen profitieren.

Die ersten Schritte in diese Richtung waren schon gemacht worden. Anfang Oktober hatte es eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte von Nussdorf, Eberdingen, Hochdorf und Riet gegeben, und bei dieser Sitzung war man sich einig gewesen, den Weg zur Einheitsgemeinde einzuschlagen. Die Bürgermeister legten kurz darauf einen Vertragsentwurf vor, der Riet als Gemeindegemeinschaft vorsah. Auch über die gewerbliche und bauliche Entwicklung der angestrebten Vierer-Gemeinschaft gab es schon konkrete Vorstellungen. So sollte in der Nähe der Bundesstraße 10 bei Hochdorf ein zentrales Industriegebiet entstehen.

Man war ganz offensichtlich auf einem guten Weg. Doch schon bald gab es Störfeuer. Dies zeigte sich deutlich, als Ende Oktober 1971 im Landratsamt in Vaihingen die Bürgermeister über die Zielplanung der Landesregierung informiert wurden. In dieser Sitzung sprachen sich Bürgermeister Benz und Eberdingens Amtsverweser Kranich ohne Einschränkung für den Vierer-Bund aus. Man halte einen Verwaltungsraum Vaihingen für zu groß; die Einheitsgemeinde sei die bessere Lösung. Bürgermeister Kaufmann von Riet erklärte, seine Gemeinde habe zwar mit Vaihingen wegen einer Eingemeindung verhandelt, wolle sich der Vierer-Lösung aber nicht verschließen und sei nach beiden Seiten offen. Ganz anders hingegen der Hochdorfer Bürgermeister Rein, der von einem Gemeindezusammenschluss nichts wissen wollte. Er könne sich allenfalls vorstellen, mit den Nachbarn wegen der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zu verhandeln; Sitz einer solchen Verwaltungsgemeinschaft müsse dann Hochdorf sein. Hochdorf könne freilich auch über eine Verwaltungsgemeinschaft mit Schwieberdingen oder auch mit der Stadt Vaihingen nachdenken. Oder man könne einfach alles beim alten Zustand belassen und abwarten, was geschieht.

Für Amtsverweser Kranich waren diese Äußerungen Anlass genug, sich mit der Bitte um Unterstützung an die Landräte in Vaihingen und Ludwigsburg zu wenden. Der Ludwigsburger Landrat Dr. Ulrich Hartmann sagte dann auch sofort zu, auf die Gemeinde Schwieberdingen einwirken zu wollen, keine Verhandlungen mit Hochdorf zu führen und dadurch die auch seinen Augen sinnvolle Vierer-Lösung zu behindern. Auch aus dem Innenministerium gab es eindeutige Äußerungen: Für Hochdorf könne nur eine Lösung mit Eberdingen, Nussdorf und Riet in Frage kommen, ein Zusammengehen mit Schwieberdingen werde abgelehnt.

Die Aussichten für die Vierer-Lösung standen somit ganz gut. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es im Hochdorfer Gemeinderat keine Mehrheit für die ablehnende Haltung von Bürgermeister Rein gab. In einer Kampfabstimmung hatte der Gemeinderat mit sechs gegen fünf Stimmen für die Vierer-Lösung plädiert. Nach Auffassung der Ratsmehrheit gab es für Hochdorf in dieser Gemeinschaft bessere Entwicklungsmöglichkeiten als bei einem Anschluss an Vaihingen oder Schwieberdingen.

Gleichwohl galt Hochdorf als unsicherer Kantonist. Dies zeigte sich überdeutlich, als der Rieter Gemeinderat am 28. Dezember 1971 sich völlig überraschend für eine Eingemeindung nach Vaihingen aussprach. In der Begründung hieß es dezidiert, der Beschluss sei auch aus Enttäuschung über das Verhalten der Gemeinde Hochdorf gefasst worden, die nicht einhellig hinter der Vierer-Lösung stehe – und schon gar nicht hinter dem Projekt einer Einheitsgemeinde mit Sitz in Riet. Die ganzen Pläne seien Makulatur, wenn auch nur eine der vier Gemeinden ausschere. Diese Gefahr bestehe jedoch, und für diesen Fall sei es für Riet fast unmöglich, wieder mit Vaihingen ins Gespräch zu kommen oder zumindest sei dann die eigene Verhandlungsposition bedeutend schlechter.

Nussdorfs Bürgermeister Benz und Amtsverweser Kranich in Eberdingen zeigten sich zutiefst enttäuscht, ja geradezu schockiert. Bürgermeister Benz mahnte, die Einheitsgemeinde lasse sich nur als Vierer-Lösung realisieren; beim Zusammenschluss von nur drei Gemeinden sei die Einwohnerzahl zu gering. Wie tief die Enttäuschung saß, mag eine Äußerung von Ernst Kranich belegen, die Anfang 1972 in der Lokalzeitung zitiert wurde. Auf die Frage, was Eberdingen tun werde, wenn die Fusionspläne platzen, sagte er: »Wir werden für unsere Selbständigkeit bis zuletzt kämpfen. Dann werden Schulden gemacht, und wenn dann die gesetzlich proklamierte Zwangseingemeindung kommt, wird Eberdingen alle nötigen Projekte realisiert haben und muss dann mit einem hohen Schuldenberg von Vaihingen geschluckt werden.«

Bei allem Fatalismus, der aus diesen Worten sprach, war die Sache doch noch nicht ganz verloren. Denn das letzte Wort sollten die Bürger haben. In allen vier Gemeinden waren für den 30. Januar Bürgerbefragungen im Rahmen des gesetzlichen Anhörungsverfahrens bzw. als informative Anhörung terminiert. Vier Wochen Zeit also, um die Bürger doch noch vom richtigen Weg in die Zukunft zu überzeugen – bzw. von dem, was man jeweils für den richtigen Weg hielt.

War die Diskussion anfangs noch durchaus sachlich, nahm sie je länger, je mehr an Schärfe zu. Kaum ein Tag, an dem in den Lokalzeitungen nicht über das Thema berichtet wurde. Der Rieter Bürgermeister Kaufmann musste sich natürlich dafür rechtfertigen, weshalb er noch vor wenigen Wochen den Vierer-Bund als die für Riet »beste Lösung« proklamiert hatte, jetzt aber plötzlich vom »schlechtesten Weg« sprach. Sein Argument, Riet bekomme bei einem Anschluss an Vaihingen bedeutend mehr Geld aus der Landeskasse, war nach Ansicht seiner Kritiker völlig aus der Luft gegriffen. In Anspielung auf seinen Namen sprachen sie spöttisch von »kaufmännischen Gesichtspunkten«. Auch einen anderen Vorwurf musste er sich gefallen lassen: Riet habe sich erst 1969 ein neues Rathaus geleistet, das für einen Ort mit knapp 800 Einwohnern völlig überdimensioniert sei. Der Neubau sei seinerzeit damit begründet worden, dass »bei einer eventuellen späteren Verwaltungsreform an dieser Einrichtung nicht vorbeigegangen werden« könne.

Bürgermeister Kaufmann reagierte, unterstützt von der Mehrzahl seiner Gemeinderäte, nicht weniger scharf: Riet sei bisher immer mit der Zeit gegangen, ließ er seine Kritiker wissen. »Eine kleinkarierte Politik wie der Zusammenschluss der vier Gemein-

den, der nicht einmal 5000 Einwohner bringt, würde sich für jeden Einwohner negativ auswirken.« An die Adresse von Ernst Kranich gerichtet, der dem Rieter Gemeinderat öffentlich empfohlen hatte, die gesetzliche Bürgerbefragung auszusetzen, ließ Kaufmann via Presse mitteilen: »Es dürfte übrigens einmalig sein, dass ein Sprecher einer Nachbargemeinde sich in dieser massiven Weise mit Ratschlägen und Empfehlungen in unsere Dinge einmischt, wie es Herr Kranich getan hat.« Man hielt auch unbeirrt daran fest, bei der Anhörung die Bürger nur über die Frage abstimmen zu lassen, ob sie für oder gegen die Eingliederung der Gemeinde Riet in die Stadt Vaihingen sind. Im Unterschied zu den drei anderen Orten wurde in Riet die Meinung zur Vierer-Lösung oder zu anderen Alternativen nicht abgefragt.

In Hochdorf arbeitete Bürgermeister Rein weiter vehement gegen die Vierer-Lösung. Bei einer Bürgerversammlung am 21. Januar 1972, die laut Berichterstattung der Vaihinger Kreiszeitung »von einer spannungsgeladenen Atmosphäre gekennzeichnet war«, erklärte er unmissverständlich, sein Ziel sei, die Selbständigkeit Hochdorfs zu erhalten und mit der Stadt Vaihingen eine Verwaltungsgemeinschaft zu bilden. Die Vierer-Union bringe für Hochdorf nur Negatives.

Die Fronten waren also klar abgesteckt. Und die Abstimmungen am 30. Januar brachten dann auch keine großen Überraschungen. In Riet gab es eine eindeutige Mehrheit für die Eingemeindung: Bei einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent stimmten 65 Prozent für den Anschluss an Vaihingen. Auch die Hochdorfer folgten mit großer Mehrheit ihrem Bürgermeister: 323 Bürgerinnen und Bürger votierten gegen die Vierer-Lösung, 168 waren dafür. Eberdingen und Nussdorf sprachen sich hingegen jeweils mit rund 90 Prozent für die Vierer-Lösung aus. Einig war man sich in den drei Orten allerdings in der Frage, was bei einem Scheitern der Vierer-Lösung passieren sollte. In diesem Fall wollte überall eine ganz große Mehrheit, dass die eigene Selbständigkeit bis zu einer eventuellen gesetzlichen Änderung erhalten bleibt. Eine Eingemeindung nach Vaihingen konnten sich nur ganz wenige Bürger vorstellen.

Eine der Konsequenzen aus dem Ergebnis der Anhörungen war, dass die Gemeinde Eberdingen jetzt etwas nachholte, was sie ein halbes Jahr zuvor aus Rücksicht auf die Fusionspläne unterlassen hatte: nämlich die durch den Weggang von Bürgermeister Heckmann frei gewordene Stelle des Bürgermeisters zur Wiederbesetzung auszu-schreiben. Bei der Wahl am 9. April 1972 wurde der bisherige Amtsverweser Ernst Kranich mit 356 von 389 Stimmen gewählt.

Die Diskussionen um die Zielplanung des Landes

Nach den Anhörungen vom 30. Januar 1972 war das Thema Gemeindereform zunächst auf Eis gelegt. Auf den Tisch kam es wieder, als im Januar 1973 die dritte Anhörungsrunde zur Zielplanung des Landes eingeläutet wurde. Nach dieser Zielplanung sollten Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf zu einer Einheitsgemeinde mit Sitz in Eberdingen zusammengeschlossen werden und dann als Teilverwaltungsraum dem Verwaltungsraum Vaihingen zugeordnet werden. Während die Bürgermeister Benz und Kranich sich zunächst zurückhaltend äußerten und zumindest Gesprächsbereitschaft signalisierten, lehnte ihr Kollege Rein diesen Plan kategorisch ab. Höchstes Ziel der Gemeinde Hochdorf sei die Erhaltung der Selbständigkeit. Auch eine Verwaltungsgemeinschaft mit Nussdorf und Eberdingen komme absolut nicht in Frage, weitere Gespräche seien daher zwecklos.

Bürgermeister Rein gab sich selbstbewusst. Hochdorf erlebe eine rasante Bauentwicklung, die Baugesellschaften stünden quasi Schlange. Schon in wenigen Jahren werde die jetzt noch 1400 Einwohner zählende Gemeinde 7000 oder 8000 Einwohner haben. Und Hochdorf könne eine solche Bevölkerungsexplosion gut verkraften, weil, so merkte der seit 1957 amtierende Schultes in einem Zeitungsinterview stolz und nicht ganz frei von Eigenlob an, »wir seit Jahren eine wirtschaftliche Kommunalpolitik verfolgen und die notwendigen öffentlichen Einrichtungen geschaffen haben«. Das angestrebte Wachstum stelle die Gemeinde vor keine unlösbaren Probleme, die Gemeinde werde gesund bleiben. Er und die Hochdorfer hoffen daher im Blick auf die Reformpläne »auf eine demokratische Entscheidung und erwarten, nicht das Opfer der Ministerialbürokratie zu werden«.

Die von Bürgermeister Rein angeführten Wachstumsprognosen waren natürlich überaus optimistisch, um nicht zu sagen: unrealistisch. Noch heute hat Hochdorf noch nicht einmal die Hälfte der damals für Ende der 70er Jahre vorausgesagten Einwohnerzahl erreicht. Freilich, solche Wachstumsphantasien waren seinerzeit gang und gäbe. Auch in Eberdingen erwartete man 1973 eine Verdoppelung der Einwohnerzahl innerhalb weniger Jahre.

Die Chancen, die in der Zielplanung vorgeschlagene Dreier-Fusion auf dem Weg des freiwilligen Zusammenschlusses zu erreichen, standen von Anfang an schlecht. Auch im Landratsamt herrschte eine gewisse Skepsis. In einem Aktenvermerk vom 27. März 1973 wurde die Zuordnung von Hochdorf zu den Gemeinden Eberdingen und Nussdorf als »sicher problematisch« bezeichnet. Hochdorf habe eine »größere Entwicklung« vor; auch liege es topographisch »oben« und wolle sich nicht »ins Tal rückwärts« orientieren. Als neue Lösungsmöglichkeit brachte das Landratsamt eine Einheitsgemeinde von Eberdingen, Nussdorf und Aurich ins Spiel, alternativ mit oder ohne Hochdorf.

Bis Mitte Mai mussten die Gemeinden ihre offizielle Stellungnahme zur Zielplanung abgeben. Hochdorf erteilte den Plänen, wie nicht anders zu erwarten, eine klare Absage. Bürgermeister Rein konnte sich diesmal auf einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss berufen. In einem separaten Schreiben an das Innenministerium bat er, »bei der Aufstellung der Zielplanung den Willen der Gemeinde zu respektieren und für die Gemeinde eine eigene örtliche Verwaltungseinheit auszuweisen«. Dies war sehr förmlich, auch sehr höflich formuliert. In der Gemeinderatssitzung hatte Bürgermeister Rein hingegen Klartext gesprochen. »Was uns hier zugemutet wird, ist für uns nicht diskutabel; ohne Sachkenntnis und ohne jede Ahnung wurden wir vom grünen Tisch aus mit Lineal und Karte verplant«, wetterte er gegen den Zielplanentwurf des Innenministeriums. Und weiter: »In die Verwaltung gehört endlich wieder einmal Ruhe, dass man an seine Arbeit gehen kann.«

Auch in Nussdorf lehnte der Gemeinderat die Dreier-Fusion ab. Einstimmig sprach er sich für die Erhaltung der Selbständigkeit aus. Gleichzeitig erklärte man die grundsätzliche Bereitschaft, eine Verwaltungsgemeinschaft mit den Nachbargemeinden oder mit Vaihingen einzugehen. Sollte die Landesregierung die Selbständigkeit ablehnen und auf den Zusammenschluss der drei Gemeinden bestehen, müsse die neue Einheitsgemeinde jedoch – abweichend von der Zielplanung – unbedingt als eigener Verwaltungsraum ausgewiesen werden und nicht als Teil des Verwaltungsraums Vaihingen. Auf diese Weise könne auch die Stadt Vaihingen entlastet werden, die durch die verschiedenen Eingemeindungen mit Aufgaben auf allen Gebieten für die kommenden Jahre ohnehin voll ausgelastet sei. Eine eventuelle Zuordnung von

Aurich zum Raum Hochdorf-Eberdingen-Nussdorf würde begrüßt. Und am Schluss der Stellungnahme heißt es noch: »Grundsätzlich und für alle Fälle lehnt die Gemeinde Nussdorf einen Sitz der Verwaltung in der Gemeinde Hochdorf ab.«

Einzig Eberdingen bekannte sich zur Einheitsgemeinde. Der Gemeinderat stimmte mit großer Mehrheit – acht gegen eins – der Zielplanung »im Grundsatz voll und ganz zu«. Sie entspreche »den landschaftlichen Gegebenheiten, der historischen Verbundenheit und den bestehenden schulischen, verkehrsmäßigen und persönlichen Verbindungen«. Die Zustimmung erfolgte jedoch unter der Bedingung, dass die neue Einheitsgemeinde einen eigenen Verwaltungsraum bildet. In diesem Punkt war man sich also mit Nussdorf einig, ebenso in der Ablehnung von Hochdorf als Verwaltungssitz. Für den Eberdinger Gemeinderat stand fest, dass der Verwaltungssitz nur in Eberdingen sein könne. Vielleicht hing damit auch zusammen, dass in der offiziellen Stellungnahme nichts zum Thema Aurich zu finden ist. Denn bei einer Einbeziehung von Aurich wäre Eberdingen nicht mehr die geographische Mitte gewesen und hätte sich fast zwangsläufig die Frage nach dem geeignetsten Ort für den Verwaltungssitz gestellt. Vielleicht waren die Eberdinger Gemeinderäte aber auch nur besser informiert als ihre Nussdorfer Kollegen. Denn Aurich hatte wenige Tage zuvor unmissverständlich erklärt, selbständig bleiben zu wollen. In Frage käme höchstens eine Verwaltungsgemeinschaft mit Vaihingen.

Aus Aurich, das damals knapp 1300 Einwohner zählte, war übrigens prinzipielle Kritik an der Gemeindereform formuliert worden. Durch einstimmigen Beschluss des Gemeinderats vom 26. April 1973 wurde folgende Stellungnahme zur Zielplanung abgegeben: »Der Gemeinderat der Gemeinde Aurich lehnt die Gemeindereform in der Art und Weise, wie sie praktiziert und vollzogen werden soll, konsequent ab. Entgegen vielen Behauptungen werden die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft durch sie nicht besser und leichter bewältigt werden können. Die kommunale Verwaltung wird damit nicht leistungsfähiger, sondern umständlicher und schwerfälliger. Es hat sich bereits gezeigt, dass die vielpropagierte Bürgernähe und die Kostenersparnis in der Verwaltung nicht eingetreten ist und nur eine leere Farce war. Dies kann für den Bürger nicht dienlich und vorteilhaft sein und somit auch nicht in seinem Interesse liegen. Abgesehen vom aufgepolierten Prestige der aufnehmenden Städte und Gemeinden bleibt als Fazit nur, dass mit dieser Verwaltungsreform parteipolitische Ziele egoistisch verfolgt werden.«

Das waren deutliche Worte, die freilich bei der Suche nach einer Lösung für Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf keinerlei Hilfe brachten. Dort stand man am Ende der dritten Anhörungsrunde im Grunde genommen vor einem Scherbenhaufen. Zwei von drei Gemeinden lehnten die Vorgaben der Zielplanung rundweg ab. Von einem freiwilligen Zusammenschluss war man weiter entfernt als je zuvor. Doch das Land hielt unbeirrt an den Planungen fest. Ende November 1973 teilte das Landratsamt den drei Bürgermeisterämtern schriftlich mit: Bei den Einwohnerzahlen der drei Gemeinden sei nach Auskunft des Innenministeriums nicht damit zu rechnen, dass die Konzeption der Landesregierung geändert werde. Dementsprechend sah auch der Ende des Jahres 1973 vorgelegte Gesetzentwurf zur Gemeindereform nach wie vor den Dreier-Bund vor.

Die Bürgeranhörungen vom Januar 1974

Spielte bei der Frage nach der Zukunft der Gemeinden der Bürgerwille überhaupt keine Rolle? Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Immerhin wurden am 20. Januar 1974 landesweit Bürgeranhörungen in allen Gemeinden durchgeführt, die von der gesetz-

lich vorgesehenen Neugliederung betroffen waren. Das Ergebnis dieser Anhörungen war jedoch in keiner Form verbindlich. Innenminister Karl Schiess hatte dies wenige Tage zuvor nochmals ausdrücklich klargestellt. »Die Anhörungsergebnisse werden für die Landesregierung und den Landtag wertvolle Hinweise bringen. Wie aber unsere Gemeinden künftig aussehen, wird allein der Landtag entscheiden. Der örtliche Bürgerwille wird dabei sicher ein wichtiger Gesichtspunkt sein; aber auch die Interessen der Nachbargemeinden und des Landesganzen müssen mit berücksichtigt werden. Man sollte deshalb nicht in den Fehler verfallen, dort, wo einem lokalen Votum nicht stattgegeben wird, von mangelndem Demokratieverständnis zu sprechen. Denn Zeugnis für eine demokratische Haltung ist es eben auch, Entscheidungen, die den Einzelinteressen nicht voll gerecht werden, im Gesamtinteresse zu akzeptieren.«

In großformatigen Zeitungsanzeigen warb die Landesregierung bei den Bürgern um Zustimmung zur Reform. Darin hieß es unter anderem: »Die Gemeindereform sorgt für Schlagzeilen. Für und Wider prallen temperamentvoll aufeinander. Manche Argumente sind – und das ist nur natürlich – sehr gefühlsbetont. Deshalb noch einmal die wichtigsten Gründe für die Gemeindereform, sachlich, nüchtern, in aller Offenheit.« Unter der Überschrift »Leistungsstarke Gemeinden arbeiten wirtschaftlicher« wurde ausgeführt: »Die Aufgaben der Gemeinden werden immer schwieriger und umfangreicher. Der Bürger verlangt zu Recht bessere Schulen und Kindergärten, mehr Sport- und Freizeiteinrichtungen, sinnvolle Planungen für Wohn- und Industriegebiete, mehr Umweltschutz und Gesundheitsvorsorge. Viele Gemeinden können dies mit ihren Mitteln nicht mehr schaffen. Was nützt es, wenn Sie dringend ein modernes Altenheim, eine neue Realschule oder ein Hallenbad brauchen, Ihre Gemeinde dies aber aus eigener Kraft nicht leisten kann? Was nützt es, wenn benachbarte Gemeinden mit Stolz auf ihre neuen, schönen Rathäuser zeigen, ihnen aber das Geld fehlt, die nötigen Verwaltungsfachleute anzustellen?« Und unter der Überschrift »Das Neue vorantreiben ist kein Verzicht auf gute Traditionen« zeigte die Regierung Verständnis, dass viele Bürger »an ihrer Gemeinde hängen, an ihren Bräuchen, ihren Vereinen«. Sie vertrat jedoch die Meinung, dass sich daran nichts ändern werde: »Selbst in den Großstädten pflegen die einzelnen Stadtteile ihr örtliches Gemeinschaftsleben.«

In unseren drei Gemeinden brachten die Bürgeranhörungen keinerlei Änderungen der Position. Überall bestätigten die Bürger jeweils mit überwältigender Mehrheit das, was ihre Gemeinderäte im Mai 1973 beschlossen hatten. In Eberdingen stimmten 91 Prozent für den Zusammenschluss, in Nussdorf und Hochdorf 94 bzw. 95 Prozent dagegen. Die Wahlbeteiligung war in Hochdorf mit 81 Prozent sehr hoch. In Eberdingen lag sie noch bei immerhin fast 53 Prozent, in Nussdorf hingegen nur bei 38 Prozent. Bürgermeister Benz ging in seiner Stellungnahme dann auch ausdrücklich auf die schlechte Wahlbeteiligung ein. Ironisch könne sie als »Erfolg« der Gemeindereform betrachtet werden. Denn durch die Art und Weise ihrer Durchführung sei »bei unserer Bevölkerung bereits Verdrossenheit und Resignation in hohem Grad erzielt worden«. Und in Anspielung auf die Aussage von Innenminister Schiess über den Wert der Anhörung kommentierte er: »38 Prozent sind immer noch erheblich mehr als gar nichts.«

Die wachsende Missstimmung in der Bevölkerung wurde auch im Landratsamt wahrgenommen. Ende Januar 1974 wies Landrat Dr. Hartmann öffentlich darauf hin, dass er und die ihm unterstellten Ämter »von den derzeitigen ungunstigen Verhältnissen schwer belastet« seien. Die Abstimmungsergebnisse würden an der Zielplanung der Landesregierung nichts oder kaum etwas ändern, »da können sich die Bürger verkämpfen wie sie wollen«. Man hätte der Bevölkerung »klaren Wein einschenken und ihr ehrlich sagen

müssen, dass ihre Beteiligung bei der Bürgeranhörung weitgehend ergebnislos« bleiben werde. Der Grund sei »der eingefressene Aberglaube an die große Zahl«. Denn der Wert der Gemeinden werde heute, so die allgemeine Kritik des Landrats, allein nach ihren Einwohnerzahlen bemessen. Die Politiker sähen »den ›Fortschritt‹ in den größeren Einwohnerzahlen und der Verringerung der Zahl der kleinen Gemeinden«. Mit dieser Wachstumsgläubigkeit zerstöre man aber lebendige Gemeinwesen, die ihr Eigenleben Jahrhunderte hindurch ungebrochen erhalten hätten. Er befürworte uneingeschränkt eine Zusammenarbeit der Gemeinden, aber diese könne nicht erzwungen werden.

Landrat Dr. Hartmann hatte schon bei früheren Gelegenheiten wiederholt mahnende Worte in Richtung der Planer und Politiker gefunden und immer wieder das »humane Ziel« der Reformen eingefordert. Denn in diesem »humanen Ziel« unterscheide sich die Verwaltungsreform von den Rationalisierungsmaßnahmen in Wirtschaft und Industrie. In einem Rundbrief an die Bürgermeister hatte er bereits im Oktober 1969 festgehalten: »Wir haben dem modernen, stark belasteten Menschen unserer Zeit ein menschliches Leben und Wohnen zu verschaffen. Dies lässt sich mit Zahlen allein nicht herstellen. Entscheidend sollte und wird deshalb einzig sein der Wunsch unserer Bürger, wie sie ihre Gemeinden haben wollen.« Die Reformen dürften die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten nicht außer Acht lassen und es sei ein Irrweg, wenn man »die Gemeinden der Zukunft vom Hotzenwald bis zum Verdichtungsgebiet Ludwigsburg über einen Leisten schlagen« wolle.

Das Landratsamt hat die Ergebnisse der Bürgeranhörung vom 20. Januar dann sehr neutral gewertet. In seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf schrieb es am 1. Februar 1974 an das Innenministerium: »Hochdorf an der Enz, eine finanziell leistungsfähige und mit den notwendigen Grundausrüstungen versehene Gemeinde, wehrt sich sehr stark gegen die Einheitsgemeinde, insbesondere wegen der damit verbundenen Rückorientierung ins Tal. Die topografische Lage der Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Hochdorf hat nahezu ebenes Gelände um den Ort; Eberdingen liegt in einem engen Tal und bebaut schon die Talhänge; Nussdorf, auf einer leichten Anhöhe herrlich gelegen, hat rundum Erweiterungsmöglichkeiten. Rege Bautätigkeit herrscht in allen Orten, wobei in Hochdorf auch Bauträger tätig sind und deshalb hier das größte Wachstum erwartet werden kann.« Als Fazit heißt es in dem Schreiben: »Die Zusammenfassung der drei Gemeinden Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf sollte mit besonderer Gründlichkeit überprüft werden.«

Das Landratsamt hat in der genannten Stellungnahme auch noch ausgeführt, dass es im Landkreis Ludwigsburg aktuell drei Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern gebe, nämlich Aurich, Eberdingen und Hochdorf an der Enz, und fünf Gemeinden – Erligheim, Freudental, Hessigheim, Nussdorf und Oberriexingen – zwischen 1500 und 2000 Einwohnern hätten. Nach Überzeugung der Kommunalaufsicht hatten die fünf letztgenannten Gemeinden »die erforderliche Verwaltungs- und Leistungskraft. Sie werden auch bei schwächerem Wirtschaftswachstum und allgemein vermindertem Einwohnerzuwachs mit Sicherheit weiter an Einwohnern zunehmen.«

Alternativen zur Dreier-Lösung

Es war nun die Stunde der Politik gekommen. Sie hatte abzuwägen zwischen Bürgerwille und Umsetzung der Zielplanung. Dass die Zielplanung keine absolut unverrückbare Vorgabe war, zeigte sich, als die Regierung Mitte Februar unter Hinweis auf das ein-

deutige Bürgervotum einige Änderungen beschloss. So hat sie zum Beispiel die vorgesehene Eingemeindung von Möglingen nach Ludwigsburg ebenso kassiert wie die geplante Vereinigung von Oberriexingen mit Sersheim. Für unsere drei Gemeinden sah die Regierung jedoch keinen Anlass, die Planung zu ändern. In der Begründung zum Gesetzentwurf hieß es hierzu wörtlich: »Die im Süden von Vaihingen gelegenen Gemeinden Eberdingen, Hochdorf an der Enz und Nussdorf arbeiten auf schulischem Gebiet bereits sehr eng zusammen. Bei der Anhörung haben sich nur die Bürger der Gemeinde Eberdingen für den Zusammenschluss ausgesprochen, während er in Hochdorf an der Enz und Nussdorf mit klarer Mehrheit abgelehnt wurde. Die Landesregierung hat aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses ihren Vorschlag nochmals überprüft. Sie ist der Auffassung, dass keine der Gemeinden groß genug ist, um auf Dauer als selbständiges Gemeinwesen bestehen zu können. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene neue Gemeinde erreicht eine Größe und Tragfähigkeit, die sich im Verbund mit der Stadt Vaihingen an der Enz zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen entwickeln kann.«

Das letzte und entscheidende Wort kam dann dem Landtag zu. Und die Abgeordneten waren offensichtlich durchaus bereit, zumindest in Einzelfällen weitere Korrekturen an der Zielplanung vorzunehmen. So beschloss die seit 1972 von Lothar Späth geführte CDU-Fraktion bei einer Klausurtagung in Bad Herrenalb immerhin 30 Detailänderungen. Als das Ergebnis bekannt gegeben wurde, löste dies in unseren drei Gemeinden sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Denn die Mehrheit der CDU-Fraktion, die im Landtag seit 1972 die absolute Mehrheit stellte, plädierte dafür, dass Hochdorf als Teilverwaltungsraum von Vaihingen selbständig bleibt, während sich Eberdingen und Nussdorf zusammenschließen sollten.

Die Hochdorfer durften sich freuen. Bürgermeister Rein wertete in einer ersten Stellungnahme den Beschluss als »eine Bestätigung dafür, dass die Bemühungen der Bürgeraktion und des Bürgermeisteramts respektiert wurden«. Sein Nussdorfer Kollege Benz zeigte sich hingegen überrascht bis empört: Der Beschluss widerspreche dem Konzept der Landesregierung so sehr, dass er sich gar nicht vorstellen könne, wie die CDU dabei ihr Gesicht wahren wolle. Und zornig fügte er hinzu: »Da wird einzeln umeinandergerupft, und wenn so gerupft wird, dann werden wir genauso brüllen«.

Sauer stieß vor allem auf, dass es für den Beschluss ganz offensichtlich keine schlüssige Begründung gab. Alle drei Gemeinden lagen deutlich unter der 2000-Einwohner-Grenze, Hochdorf hatte aktuell sogar weniger Einwohner als Nussdorf. Aber anscheinend waren Hochdorfs Wachstumsprognosen nicht ohne Wirkung geblieben. Eberdingen und Nussdorf mussten sich verschaukelt fühlen. Von der bisherigen Forderung, dass Eigeninteressen einem größeren Konzept unterzuordnen seien, war man ohne zwingenden Grund abgerückt. Der Kommentator der Vaihinger Kreiszeitung fasste die entstandene Situation kurz und knapp zusammen: »Da kommen jetzt die Emotionen hoch, da ist vom richtigen oder falschen Parteibuch die Rede, da argwöhnt man, dass Lautstärke den Vorrang vor Sachlichkeit hat. So pochen sie nun auf Gleichbehandlung, auf gleiches Recht für Eberdingen und Nussdorf.«

Bürgermeister Kranich und sein Kollege Benz kritisierten unisono, man habe Hochdorf aus dem Konzept der Dreier-Kombination herausgenommen, ohne sich Gedanken über die weiteren Konsequenzen zu machen. Beide lehnten die Zweier-Lösung als nicht praktikabel ab. Und beide bauten vor für den Fall, dass diese Lösung doch kommen sollte: Für Ernst Kranich war klar, dass auch beim Zweier-Bund Eber-

dingen Verwaltungssitz sein müsse. Siegfried Benz hingegen konterte, Eberdingen sei bei der Dreier-Lösung aus rein geographischen Gesichtspunkten gewählt worden. Diese Voraussetzung sei jetzt nicht mehr gegeben. Und er zeigte sich kampfbereit, nicht nur in der Frage des Verwaltungssitzes. Denn die Erkenntnis, die er bisher aus dem Lauf des Verfahrens gewonnen habe, sei ernüchternd und laute: »Die Gemeinden, die sachlich blieben, sind einmal mehr die Dummen. Das bringt uns eventuell auch dazu, den Boden der Sachlichkeit zu verlassen.«

Die Wogen gingen hoch. In Eberdingen bildete sich am 2. März eine Bürgerinitiative, die nun mit allen Mitteln für die Selbständigkeit kämpfen wollte, nachdem die Dreier-Lösung vom Tisch war. Auf den Straßen waren plötzlich Plakate, Spruchbänder und Autoaufkleber zu sehen, die Bürger wurden aufgefordert, die Landtagsabgeordneten anzurufen oder ihnen Briefe zu schreiben. Auf einer Unterschriftenliste dokumentierten schließlich fast 600 Bürger die Forderung nach weiterer Selbständigkeit ihrer Gemeinde. Auf dieses eindeutige Votum wies die Bürgerinitiative in einem Schreiben an die Mitglieder des Landtags mit Nachdruck hin, aber auch auf etwas anderes: Man habe »bitter erfahren müssen, dass der ohne lauten und massiven Protest vorgebrachte Bürgerwille stillschweigend übergangen wird«. Die Enttäuschung nahm noch weiter zu, als bekannt wurde, dass ein Antrag der CDU-Fraktion vom 11. März Nussdorf als Sitz der neuen Gemeinde Eberdingen-Nussdorf vorsah.

Im Mittelpunkt der Kritik stand der CDU-Wahlkreisabgeordnete Dr. Hans Roth, von dem der Antrag stammte, Hochdorf doch selbständig zu lassen, obwohl er sich kurz zuvor noch für den Dreier-Zusammenschluss ausgesprochen hatte. Man stellte ihm, allein aus Rücksicht auf Bürgermeister Rein gehandelt zu haben, der als CDU-nah galt. Roth wies dies natürlich weit von sich und gab als Begründung an, ausschlaggebend sei der Beschluss der Landesregierung gewesen, Oberriexingen die Selbständigkeit zu belassen. In diesem Moment sei auch Hochdorf zur Disposition gestanden. Nun, dass dies nicht ohne Weiteres als stichhaltiges Argument akzeptiert wurde, lässt sich leicht nachvollziehen.

Das Unverständnis über die Entscheidung der Politiker war groß. Und es wurde sicherlich nicht kleiner, als kurzfristig das Gerücht umging, vielleicht habe man bei der CDU-Klausurtagung nur Hochdorf an der Enz mit Hochdorf am Neckar verwechselt. Auf jeden Fall lässt sich ahnen, dass der heute so gern zitierte »Wutbürger« nicht erst vor wenigen Jahren am Stuttgarter Hauptbahnhof geboren wurde.

In Nussdorf schien man den Kampf gegen den Beschluss der CDU-Landtagsfraktion übrigens weniger emotional als in Eberdingen angegangen zu sein. Bürgermeister Benz rechnete nicht damit, dass dieser Beschluss nochmals revidiert würde. Und sein Gemeinderat sprach sich explizit dafür aus, die sachliche Argumentation nicht aufzugeben, aber auf Spruchbänder, Plakate und Aufkleber zu verzichten.

Mitte April wuchs in Eberdingen die Hoffnung, die Selbständigkeit erhalten zu können. Einflussreiche Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion besuchten die Gemeinde, um sich vor Ort zu informieren. Die Bürgerinitiative war zuversichtlich, dabei die Abgeordneten überzeugen zu können, dass die Grundausrüstung der Gemeinde und ihre Entwicklungschancen die Ausweisung als Teilverwaltungsraum rechtfertigen. Vorsichtshalber baten Gemeindeverwaltung und Bürgerinitiative die Einwohner, »durch ein sauberes Ortsbild das Ihre mit beizutragen«, um Erfolg zu haben.

Und Erfolg stellte sich tatsächlich ein. Freilich anders als erwartet. Die CDU-Landtagsfraktion machte nämlich eine Rolle rückwärts und kehrte wieder zur Dreier-Lösung nach dem Vorschlag der Landesregierung zurück. Bürgermeister Kranich wandte

sich daraufhin sofort mit der Bitte an das Landratsamt, es solle die drei Gemeinden zur freiwilligen Fusion veranlassen. Sein Kollege Rein erklärte jedoch kategorisch, dass die Gemeinde Hochdorf nie freiwillig ihre Selbständigkeit aufgeben werde.

Auch Bürgermeister Benz zeigte sich wenig zufrieden. Der Bürgermeister, der für die FDP im Kreistag saß, warf der CDU einen »Zick-Zack-Kurs« vor. Mit der Rückkehr zum Regierungskonzept habe sie »anscheinend Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen«, war im Nussdorfer Amtsblatt zu lesen. Es wurde vermutet, der starke Einfluss von Sozialministerin Annemarie Griesinger habe die Fraktion zu einem Umdenken veranlasst.

Unterdessen versuchte man in Hochdorf, doch noch zu retten, was nicht mehr zu retten war. Am 11. Juni beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Antrag zu stellen, dass die Gemeinde Hochdorf unter Beibehaltung ihrer rechtlichen Selbständigkeit dem Verwaltungsraum Schwieberdingen-Hemmingen zugeordnet wird. In einem Schreiben an die CDU-Fraktion wurde dieser Antrag ausführlich begründet, unter anderem wieder mit dem Hinweis auf das außerordentliche Wachstum der Gemeinde. Zum Schluss des Schreibens hieß es: »Wir bitten die Fraktion der CDU herzlich, dem Wunsche unseres Gemeinderats und der großen Mehrheit unserer Bevölkerung zu entsprechen. Es ist die beste Lösung für unser Gemeinwesen, darüber hinaus ist es ein wesentlicher Beitrag für eine gute Raumordnung.«

In Stuttgart hat man sich mit diesem Antrag immerhin beschäftigt. Ende Juni erkundigte sich ein Oberregierungsrat aus dem Innenministerium beim Landratsamt über die »überwiegenden Verflechtungen« Hochdorfs – ob diese mehr in Richtung Nussdorf-Eberdingen oder eher in Richtung Hemmingen-Schwieberdingen gingen. Mit der knappen Antwort aus dem Landratsamt, die Verflechtungen in beide Richtungen bestätigte, gab sich der Mann aus dem Innenministerium ganz offensichtlich zufrieden. Denn im Aktenvermerk der zuständigen Sachbearbeiterin des Landratsamts heißt es zum Schluss: »Er meinte, dass dies genügen wird, da sich voraussichtlich an der Gesamtgemeinde Eberdingen-Hochdorf-Nussdorf nichts mehr ändern wird.«

So ist es dann auch gekommen. Am 4. Juli 1974 beschloss der Landtag mit 63 gegen 56 Stimmen das »Besondere Gemeindereformgesetz«, dessen § 82 die Bildung der neuen Gemeinde Eberdingen durch Zusammenschluss der bisherigen Gemeinden Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf gesetzlich bestimmte. Man war somit von der Sache her im Juli 1974 wieder am gleichen Ausgangspunkt wie im Januar 1973. In der Zeit dazwischen war aber doch einiges Porzellan zerschlagen worden und hatten sich die Fronten weiter verhärtet. Der Leiter des Kommunalamts im Landratsamt brachte in einem Vermerk an Landrat Dr. Hartmann die entstandene Situation auf den Punkt: »Da nun der Gesetzgeber gesprochen hat, bleibt den Bürgern und Verantwortlichen der drei beteiligten Gemeinden nichts anderes übrig, als im Interesse aller Einwohner und Bürger dieses Raumes das Beste aus der politischen Entscheidung zu machen.« Und er fügte noch hinzu: »Zugegeben, dies wird nicht leicht sein.«

Die Gemeinden klagen vor dem Staatsgerichtshof

Hochdorf wollte sich unter keinen Umständen mit dem Zusammenschluss abfinden. Am 23. September 1974 reichte die Gemeinde Klage beim Staatsgerichtshof ein – verbunden mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung gegen das Inkrafttreten des § 82 des Gemeindereformgesetzes am 1. Januar 1975. Konsequenterweise verweigerte

sich Hochdorf auch jeglicher Sondierungsgespräche. Während die Verantwortlichen in Eberdingen und Nussdorf einsahen, dass jetzt die Zeit für einvernehmliche Lösungen gekommen war, da sonst die Lösungen durch Dritte diktiert würden, blieb Hochdorf bei seiner Linie. Auf Beschluss des Gemeinderats beteiligte sich Hochdorf auch nicht an einer gemeinsamen Besprechung, die am 2. Oktober in Nussdorf stattfand und bei der erste konkrete Schritte vereinbart werden sollten. Aus Hochdorf hatten an dieser Besprechung lediglich zwei Gemeinderäte als Gäste teilgenommen; nach den Worten von Bürgermeister Rein handelte es sich bei ihnen um »Sympathisanten der Dreier-Lösung«.

Hochdorf stand mit seiner Klage beim Staatsgerichtshof nicht allein. In zahlreichen Kommunen gab es Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Gemeindereform. Anfang November hatten etwa 30 Gemeinden Normenkontrollverfahren gegen das Reformgesetz beantragt. Am 9. November erließ der Staatsgerichtshof eine einstweilige Anordnung, wonach für elf klagende Gemeinden, darunter auch Hochdorf, die sie betreffenden Vorschriften des »Besonderen Gemeindereformgesetzes« nicht vor einem Urteil zur Hauptsache in Kraft traten. Der im Gesetz vorgesehene Zusammenschluss von Eberdingen, Hochdorf und Nussdorf zum 1. Januar 1975 war somit de facto geplatzt, denn es war klar, dass es vor diesem Stichtag allein schon aus zeitlichen Gründen zu keiner gerichtlichen Entscheidung wird kommen können.

Auch wenn der Staatsgerichtshof ausdrücklich betont hatte, dass »aus diesem Urteil keine voreiligen Schlüsse auf die Chancen in der Hauptsache gezogen werden« könnten, keimte bei den klagenden Gemeinden doch neue Hoffnung auf. Bürgermeister Rein sprach von einer »großen Befriedigung« in seiner Gemeinde; er sei von zahlreichen Anrufen und Glückwünschen überschwemmt worden. Und er bekräftigte nochmals, dass in der Bürgerschaft im Blick auf die vorerst abgewendete Zwangsfusion nach wie vor die Meinung herrsche: »Was wir haben, wissen wir; was aber kommen kann, können wir nur ahnen – dass es nämlich nicht mehr vorwärts geht, weil die finanziellen Mittel fehlen, um in allen drei Gemeinden die Aufgaben wie bisher zur Zufriedenheit zu erfüllen.«

Eine beinahe zu erwartende Folge des Urteils war, dass nun weitere Gemeinden ebenfalls Klage erhoben. So trat am 26. November Nussdorf dem Normenkontrollverfahren der Gemeinde Hochdorf bei, und am 13. Dezember reichte schließlich auch Eberdingen Klage beim Staatsgerichtshof ein. Eberdingen hatte diesen Schritt eher zögerlich getan, denn eigentlich war man hier ja nicht gegen die Dreier-Lösung. Aber man wollte auch vor Gericht vertreten sein, wenn über die Klagen der beiden Nachbarkommunen entschieden wurde und auf diese Weise »eventuelle Rechtsnachteile« verhindern bzw. sicherstellen, dass die eigenen Interessen gewahrt bleiben.

Mitte Februar 1975 verkündete der Staatsgerichtshof die ersten Urteile zur Gemeindereform. Da sie sich im Ergebnis widersprachen, sorgten sie für einige Verwirrung. Ein Urteil bestätigte die Verfassungsmäßigkeit einer Zwangseingemeindung, ein anderes erklärte die Zwangsvereinigung von Ravensburg, Weingarten, Baienfurt und Baintd für ungültig. Als dann der Staatsgerichtshof Ende April die Vereinigung von Böblingen und Sindelfingen kassierte, wuchs auch in unseren drei Gemeinden die Zuversicht.

Am 5. Juni 1975 beschloss der Staatsgerichtshof, die Klagen der drei Gemeinden gemeinsam zu verhandeln und zu entscheiden. Am 26. Juni fand die mündliche Verhandlung statt, und acht Tage später, am 4. Juli 1975, wurde das Urteil verkündet: Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Walter Hailer erkannte der Staatsgerichtshof

für Recht, dass der § 82 des »Besonderen Gemeindereformgesetzes« mit der Verfassung des Landes Baden-Württemberg vereinbar sei. Das Urteil bestimmte zudem, dass sich die drei Gemeinden zum 20. September 1975 zur neuen Gemeinde Eberdingen zusammenschließen und sich bis zum 5. September über die Rechtsfolgen des Zusammenschlusses einigen müssten.

Hochdorf hatte die von der Stuttgarter Anwaltskanzlei Castendyc und Lasar formulierte Klage unter anderem damit begründet, die Vereinigung mit den zwei anderen Gemeinden sei »nicht durch Gründe des öffentlichen Wohls gerechtfertigt«. Man verwies darauf, dass die kommunalen Einrichtungen »dem Stand einer modernen selbständigen Gemeinde« entsprächen. Die Gemeindefinanzen seien ebenfalls gut. Die Aufgabe der Selbständigkeit werde »offenkundige Nachteile und immense Kosten mit sich bringen«. Auch sei die Gemeinde nicht nach Eberdingen und Nussdorf hin orientiert, sondern nach Schwieberdingen und Hemmingen. Dies ergebe sich »aus gewachsenen Verflechtungen und einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wasserversorgung, der Entwässerung, des Nahverkehrs und des Bankwesens«. Alles in allem stehe die im »Besonderen Gemeindereformgesetz« bestimmte Neuregelung im Widerspruch zu der im Artikel 71 der Landesverfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung.

Die Gemeinde Hochdorf sah zudem das Anhörungsgebot gemäß Artikel 74 der Landesverfassung verletzt. Die Verfassung habe nicht nur ein formales rechtliches Gehör einführen wollen, sondern »in Abkehr vom Obrigkeitsstaat entsprechend dem Wesen der Demokratie dem Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht des einzelnen Bürgers Rechnung tragen« wollen. Der Gesetzgeber hätte sich daher ohne zwingende Gründe nicht über die eindeutige Willensentscheidung der Bürger hinwegsetzen dürfen. Es könne, so die Schlussfolgerung der Anwälte, »weitreichende Folgen für die Demokratie haben, wenn der Bürger zu dem Schluss kommen müsse, dass er zwar abstimmen könne, dass seine Stimme im Ergebnis aber ungehört verhalle«. Der Landtag sah dies anders: Dem in der Bürgeranhörung bekundeten Willen der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden komme keine Verbindlichkeit für den Gesetzgeber zu. Der Prozess der Willensbildung liege nach der Verfassung beim Gesetzgeber. Jeder Abgeordnete sei bei seiner Entscheidung frei und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Dementsprechend könne er auch nicht an das Ergebnis einer Bürgeranhörung gebunden sein. Der Staatsgerichtshof sah es ein klein wenig differenzierter: Die Neugliederung der Gemeinden liege im Interesse des Gemeinwohls, und das Ergebnis der Anhörung sei für den Gesetzgeber nicht bindend gewesen, weil es nur ein Merkmal unter der Vielzahl von Aspekten bildete, die für die Ermittlung und Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls von Bedeutung waren. Im Übrigen sei das Ergebnis der Bürgeranhörung dem Gesetzgeber unterbreitet worden, so dass er es in seine Erwägungen habe einbeziehen können.

Nach Hochdorfer Auffassung verstieß die Neuregelung außerdem gegen den Gleichheitsgrundsatz. Der Gesetzgeber habe zahlreiche andere, etwa gleich große oder noch kleinere Gemeinden selbständig gelassen, und zwar teilweise entgegen der ursprünglichen Zielplanung. Mit örtlichen Besonderheiten könne dies nicht begründet werden, »jedenfalls nicht im Verhältnis zu den Gemeinden Sersheim und Oberriexingen«; falls dort Gründe für ein Abweichen vom Reformsystem gegeben seien, lägen sie auch bei Hochdorf vor. Eine Ungleichbehandlung liege auch darin, dass die Verwaltungsgemeinschaft dieser beiden Gemeinden mit Vaihingen genehmigt worden sei, während zur gleichen Zeit der Gemeinde Hochdorf die Genehmigung für

die erstrebte Beteiligung an der Verwaltungsgemeinschaft Schwieberdingen-Hemmingen versagt worden sei. Ihre Zuordnung zur Verwaltungsgemeinschaft Vaihingen widerspreche schließlich auch deshalb dem öffentlichen Wohl, weil die Stadt Vaihingen nach ihrer raschen Vergrößerung durch die Eingemeindungen überlastet und mit den zusätzlichen Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbands für die neue Gemeinde Eberdingen überfordert sei.

Die Regierung rechtfertigte die Bestimmungen des § 82 des »Besonderen Gemeindereformgesetzes« damit, dass der Zusammenschluss der drei Gemeinden sich »sinnvoll in das Gesamtsystem der Gemeindereform« einordne und »zur zweckmäßigen Ordnung des Verwaltungsraums Vaihingen aus Gründen des öffentlichen Wohls« geboten sei. Die Zuordnung der neuen Gemeinde zum Verwaltungsraum Vaihingen entspreche dem »landesplanerischen Ziel, die Stadt gegenüber dem Verdichtungsraum Stuttgart zu einem eigenständigen Mittelzentrum auszubauen«. Eine Aufnahme Hochdorfs in den Verwaltungsraum Schwieberdingen-Hemmingen hätte den Zielen der Landesplanung und Raumordnung widersprochen. »Ein Zusammenschluss lediglich der Gemeinden Nussdorf und Eberdingen wäre keine geeignete und systemgerechte Neuordnungsmaßnahme gewesen, weil dann Hochdorf als eigener Teilverwaltungsraum zu klein gewesen wäre.« Der Hochdorfer Befürchtung einer Überlastung der Stadt Vaihingen durch die Verwaltungsgemeinschaft hielt die Regierung entgegen: Vaihingen sei seit Januar 1973 Große Kreisstadt und fungiere seit über zwei Jahren als Untere Verwaltungsbehörde; die für die neue Gemeinde Eberdingen wahrzunehmenden Aufgaben brächten nur »einen relativ geringen quantitativen Zuwachs auf solchen Sachgebieten, auf denen die städtische Verwaltung bereits tätig« sei.

Auch eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes konnte die Regierung nicht erkennen. Durch die Gemeindereform sei der Großteil der im Jahre 1968 bestehenden Gemeinden unter 2000 Einwohner aufgelöst worden. Bei den kleineren Gemeinden, die nicht aufgelöst worden seien, gäbe es »sachliche Gründe« für den Erhalt der Selbständigkeit. Dies gelte namentlich auch für die Gemeinden Oberriexingen, Sersheim, Hessigheim und Erligheim: Die beiden ersten seien »nur schwer integrierbar«, die anderen gehörten »anders strukturierten Verwaltungsräumen« an.

Der Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er nicht darüber zu befinden habe, »ob der Gesetzgeber unter mehreren denkbaren Möglichkeiten der Neugliederung die sinnvollste und zweckmäßigste Lösung gewählt hat. Diese Auswahl zu treffen obliegt dem Parlament, welches ausschließlich die politische Verantwortung für die Zweckmäßigkeit der Gemeindereform trägt.« Diese Verantwortung könne der Staatsgerichtshof dem Landtag nicht abnehmen, da er dessen Entscheidungen »allein aus verfassungsrechtlichen Gründen korrigieren« könne.

Für die Richter stand auch außer Zweifel, dass die Neuregelung dem öffentlichen Wohl diene: »Die Zusammenfassung der drei Gemeinden zu einer neuen Gemeinde kann die Möglichkeit eröffnen, für das Gebiet der neuen Gemeinde schwerpunktmäßig Einrichtungen zu schaffen und Verwaltungsmittel rationell einzusetzen, wie dies bei dem geringeren Haushaltsvolumen der drei einzelnen Gemeinden entweder überhaupt nicht oder nur unter Zurückstellung anderer wichtiger Vorhaben zu verwirklichen wäre. Die Neugliederung entspricht damit auch dem Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Die neue Gemeinde kann auf Dauer eine ausreichende Verwaltungs- und Wirtschaftskraft gewinnen und zugleich eine wirtschaftlich arbeitende Gemeindeverwaltung aufbauen.«

Auf dem Weg zur neuen Gemeinde

»Jetzt müssen wir uns halt zusammenraufen«, so der lakonische Kommentator der drei Bürgermeister, als sie nach der Verkündung des Urteils den zum Gerichtssaal umgestalteten »Weißen Saal« des Neuen Schlosses in Stuttgart verließen. Am 16. Juli, zwei Wochen nach der Urteilsverkündung, fanden in Hochdorf auf Einladung und unter Leitung der Kommunalaufsicht des Landratsamts erste Gespräche der Gemeinderäte aller drei Gemeinden statt. Nach einer weiteren gemeinsamen Beratung am 21. August in der Eberdinger Gemeindehalle stimmten schließlich am 26. August die drei Gemeinderatsgremien dem Fusionsvertrag zu, der unter Federführung der Bürgermeister erarbeitet worden war.

Am 1. September 1975 genehmigte das Regierungspräsidium den Fusionsvertrag. Am 20. September trat der vorläufige Gemeinderat der neuen Gemeinde Eberdingen zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ihm gehörten alle 30 Mitglieder der bisherigen drei Gemeinderäte an. Bei der Vorgeschichte kann es kaum verwundern, dass sich niemand aufgefordert fühlte, bei dieser durchaus historisch zu nennenden Sitzung irgendwelche feierlichen Reden zu halten. In nüchterner Arbeitsatmosphäre ging es vor allem darum, für das Bürgermeisteramt der neuen Gemeinde einen Amtsverweser zu bestimmen. Während die seitherigen Bürgermeister Benz und Kranich schon sehr früh betont hatten, für dieses Amt nicht zur Verfügung zu stehen, wollte es ihr Kollege Rein wissen: Mit fünf anderen Kandidaten stellte er sich zur Wahl – und musste eine schwere Niederlage einstecken. Denn mit deutlicher Mehrheit – mit 21 gegen neun Stimmen – wurde ein Kandidat von auswärts gewählt: der 37 Jahre alte Verwaltungsfachmann Rolf Fetzer, der zuvor zehn Jahre lang Bürgermeister von Engelsbrand gewesen war.

Am 2. November 1975 wurde nach den Grundsätzen der unechten Teilortswahl ein neuer Gemeinderat gewählt, dem vier Mitglieder aus Eberdingen und je fünf Mitglieder aus Hochdorf und Nussdorf angehörten. Vier Wochen später wurden die Bürgerinnen und Bürger erneut zu den Wahlurnen gerufen, diesmal um ihren neuen Bürgermeister zu wählen. Amtsverweser Rolf Fetzer setzte sich bei der Wahl am 7. Dezember mit 52,6 Prozent der Stimmen gegen zwei Mitbewerber durch. Das Ergebnis wies freilich einen Schönheitsfehler auf: Fetzer verdankte seine Wahl in erster Linie dem eindeutigen Votum der Nussdorfer, die mit 654 gegen 82 Stimmen für ihn gestimmt hatten, während in Eberdingen und Hochdorf der Mitbewerber Jürgen Michael Bacher mit großem Abstand – 734 gegen 323 Stimmen – vor dem neuen Bürgermeister lag.

Der Fusionsvertrag vom 26. August – die offizielle Bezeichnung lautet: »Vereinbarung über die Rechtsfolgen der Vereinigung der Gemeinden Eberdingen, Hochdorf an der Enz und Nussdorf zu der neuen Gemeinde Eberdingen« – regelte in 13 Paragraphen das Zusammenwachsen und künftige Miteinander der drei Ortsteile. Im Paragraph 8 wurde zum Beispiel festgeschrieben, dass in den Ortsteilen, die nicht Sitz der Hauptverwaltung sind, Verwaltungsaußenstellen erhalten bleiben. Diesen Außenstellen sollten alle Aufgaben übertragen werden, »die zu einer zweckmäßigen und bürgernahen Verwaltung gehören«. Des Weiteren heißt es dort: »Bis zur Schaffung eines neuen Verwaltungsgebäudes, das zur Aufnahme der Gesamtverwaltung in der Lage ist, soll die Verwaltung der neuen Gemeinde in verschiedenen Referaten auf die bestehenden Rathäuser verteilt werden.« Diese Verteilung war sogar konkret formuliert worden: die Hauptverwaltung mit Einwohnermeldeamt und Standesamt in Eberdingen, das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie das Steueramt in Hochdorf, das Grundbuchamt und die Bauverwaltung in Nussdorf.

Startvoraussetzung. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass die heutigen kommunalpolitischen Akteure, vor allem aber auch die Bürgerinnen und Bürger im Rückblick sagen können: Die Gemeindereform war richtig, sie war auch für Eberdingen gut und wichtig, und sie hat sich im Ergebnis für unsere Gemeinde und ihre drei Ortsteile in den letzten 40 Jahren als sehr positiv erwiesen.

Quellen- und Literaturhinweise

- Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1972/76.
- Ernst-Günter Kannenberg: Die neuen Gemeindenamen im Rahmen der Gemeindereform in Baden-Württemberg, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 2 (1987) S. 17–52.
- Ernst Kranich: Eberdingen. Ein Dorf im Wandel der Zeit, Eberdingen 2012.
- Karl Römer: Die Gemeinde- und Kreisreform in Baden-Württemberg (1967 bis 1975), in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 68 (2009) S. 391–407.
- Hans-Georg und Rosemarie Wehling: Nach der Gemeindereform. Versuch einer Bilanz, in: Der Bürger im Staat 30 (1980) S. 17–23.
- Kreisarchiv Ludwigsburg: Az. 006.4 (Gemeindereform) und 006.42 (Zielplanung).

40 Jahre Remseck am Neckar

Karriere einer Reformgemeinde*

von Eduard Theiner

Was sollte aus Ludwigsburg werden? Enttäuschung und Bitternis klang aus der Rede von Oberbürgermeister Dr. Ulshöfer zur Feier der Stadtgründung am Abend des 17. Mai 1974. Die Gemeindereform ging ihrem Ende entgegen, und was hatte sie Ludwigsburg gebracht? Von der ursprünglich geplanten Großstadt mit 133 000 Einwohnern war nur mehr ein »Sammelsurium von Halbheiten« übrig geblieben. Mit Poppenweiler und Neckarweihingen war die einstige Residenzstadt schnöde abgepeist worden, weder Möglingen noch Tamm, noch Asperg waren ihr vergönnt. Und jetzt schwand auch die Hoffnung auf Aldingen und Hochdorf. Dabei hatten doch diese beiden Nachbarkommunen aus freien Stücken einen Eingemeindungsvertrag unterzeichnet. Ulm, Heilbronn, Pforzheim waren zu Großstädten geworden; Sindelfingen und Böblingen würden noch folgen, falls sie fusionierten. »Ludwigsburg aber wird zu einer mittleren Provinzstadt absinken«, warnte der Oberbürgermeister. Wenn erst einmal die Phase dieser »sogenannten Reformen« vorüber sei, werde man die Scherben des Vertrauens wegräumen und einen neuen Anfang in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit suchen müssen.

Begonnen hatte es ja damit, dass Ministerpräsident Filbinger in seinen Regierungserklärungen von 1967 und 1968 eine umfassende Verwaltungsreform ankündigte, denn »ein gewaltiger Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen und öffentlichen Diensten« habe sich seit Jahrzehnten aufgestaut. Und Alexander Mitscherlich prangerte damals nicht nur die viel zitierte »Unwirtlichkeit unserer Städte« an, sondern er beklagte gleichzeitig »die Zerstörung der an die Städte grenzenden Landschaften«. Im April 1973 veröffentlichte die Landesregierung ein Luftbild als abschreckendes Beispiel für verfehlte Raumplanung und »Zersiedelung einer Landschaft«. Daraufhin große Entrüstung: Die Aufnahme zeigte Ludwigsburg und Umgebung.

Seit Krieg und Wiederaufbau wucherten Industrie und Wohnbebauung weit hinaus ins Umland, scherten sich nicht um Markungsgrenzen, die in ihrer Kleinräumigkeit noch aus den Zeiten der Agrarwirtschaft stammten. Großstädte wurden zu Ballungszentren, Verwaltungs- und Planungsräume deckten sich nicht mehr. Auch die Orte für Arbeiten, Lernen, Wohnen und Freizeit waren nicht mehr identisch wie einst in der bäuerlich geprägten Gemeinde. Bereits 1957 fragte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einer ganzseitigen Reportage über Neckarremms: »Dorf, mein Dorf – wie lange wird man es überhaupt noch Dorf nennen dürfen?« Hochhäuser erhoben sich und wollten urbane Akzente setzen. Bunte Postkarten zeigten, dass man modernes Wohnen mit dem guten Alten zu verbinden verstand. Stadtflucht und Pendlerströme nahmen zu, verstärkt noch durch private Mobilität. Ums Jahr 1970 machte eine

* Erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 11. Januar 2015 beim Neujahrsempfang der Stadt Remseck in der Bürgerhalle Hochberg gehalten wurde.

Angstparole die Runde: »Stuttgart blutet aus«; die Einwohnerzahl drohte unter die 600 000 zu fallen. Wanderungsgewinner waren aber nicht in erster Linie die Mittelstädte. Ludwigsburg zum Beispiel legte von 1961 bis 1970 an Einwohnern 6,1 Prozent zu, der Altkreis Ludwigsburg aber 25 Prozent. Und die Gemeinden des nachmaligen Remseck wuchsen im selben Zeitraum sogar um gut 51 Prozent, wobei die Steige-



Das alte Rathaus in Neckarremm mit Zierfachwerk von 1915.

rungraten von 35 Prozent (Aldingen) bis fast 95 Prozent (Hochdorf) reichten. Die Verwaltungen freilich residierten bis in die 1960er Jahre hinein in Rathäusern, von denen manche den Dreißigjährigen Krieg gesehen hatten. Und während beispielsweise in Neckarremm die Anschaffung einer zweiten Schreibmaschine noch 1961 eines förmlichen Gemeinderatsbeschlusses bedurfte, stand wenige Jahre später die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung an.

Starke Gemeinden braucht das Land

Es galt die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu heben und ihnen gleichzeitig Planungsfunktionen zu übertragen. So ließen sich bessere Voraussetzungen für eine geordnete Siedlungsentwicklung schaffen. Zudem waren die Bedürfnisse der Bürger auch im ländlichen Raum ungleich anspruchsvoller geworden. Schließlich verlangte das Recht auf staatsbürgerliche Gleichbehandlung eben auch gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Ein »Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden« leitete daher am 26. März 1968 die baden-württembergische Kommunalreform ein. Es ermunterte zu Gemeindezusammenschlüssen, führte als neue Organisationsform die Verwaltungsgemeinschaft ein und ermöglichte die Bürgermeisterei (die Bürgermeisterei erlaubte die Verwaltung benachbarter Gemeinden durch einen gemeinsamen Bürgermeister; sie wurde mit Beendigung der Gemeindereform wieder abgeschafft).



Hochberg mit dem Gewerbegebiet Neckaraue um 1965. Die Schiffsanlände versorgten damals das Stuttgarter Ballungsgebiet mit Baustoffen, schufen selbst aber nur wenige Arbeitsplätze.

Die Universität Freiburg hatte seit 1966 sämtliche Gemeinden im Land nach ihrer zentralörtlichen Bedeutung klassifiziert, Verflechtungsbereiche definiert und Verdichtungsräume abgesteckt. So konnte die Landesregierung im Oktober 1969 einen ersten Entwurf zur Zielplanung der Kommunalreform vorlegen. Darin war nun die Zusammenfassung aller 3379 Gemeinden in 580 örtliche Verwaltungseinheiten vorgesehen. Der Bereich Rems-Neckar vereinigte die sechs Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen, Neckarremms und Poppenweiler. Ludwigsburg sollte Entlastungsfunktionen für die Landeshauptstadt übernehmen und daher zusammen mit Kornwestheim ein Doppelzentrum bilden, inklusive Asperg, Tamm, Möglingen und Neckarweihingen.

Die beabsichtigte Impulswirkung des Gesetzes trat vorerst freilich nur in Einzelfällen ein. Im Landkreis Ludwigsburg bildeten Anfang 1970 Beihingen, Geisingen und Heutingsheim die Verwaltungsgemeinschaft Gründelbach, das spätere Freiberg. Im Allgemeinen aber fanden die Reformvorschläge wenig Gegenliebe, vielerorts war sogar von »Reformwut« die Rede.

Eine besondere Situation ergab sich in Hochberg und Hochdorf, wo 1969/70 die Bürgermeisterstellen vakant wurden. Daraufhin begannen Fusionsverhandlungen mit Poppenweiler. Der dortige Bürgermeister Werner Schreiber nämlich sah für sich die Gelegenheit gekommen, mittels Bürgermeisterei Chef aller drei Verwaltungen zu werden. Doch die Hochberger ließen die Sache platzen, indem sie noch im Herbst 1969 den 26-jährigen Stadtmratsrat Helmut Schiek aufs Rathaus wählten.

Die Landesregierung hatte ihren Zielplanentwurf vom Herbst 1969 ausdrücklich als »Denkmodell« oder »Orientierungshilfe« deklariert. Eine jahrelange Phase intensiver Erörterung sollte dieses Steuerungsinstrument verdichten und präzisieren, auf dass es nach drei Anhörungsrunden in eine verbindliche Zielplanung münde. Bei der Anhörungsrunde Nummer eins nahmen nun Ende Februar 1970 die Gemeinden Stellung. Immerhin lagen zu diesem Zeitpunkt auch beide Teilgutachten der Dichtel-Kommission vor (benannt nach dem ehemaligen Freiburger Regierungspräsidenten Anton Dichtel, einem der Vorsitzenden der Kommission). Die Reform, so stand dort zu lesen, solle freiwillig erfolgen und von einer großen Mehrheit der Bürger getragen sein; gesetzlicher Zwang »als letztes Mittel« lasse sich aber nicht ausschließen. Und die Mindestgröße für eine leistungsfähige Verwaltungseinheit sei bei 5000 Einwohnern anzusetzen.

Runde 1: Das Rathaus im Dorf lassen

Daraufhin waren die sechs Gemeinden im Verwaltungsraum Rems-Neckar guten Mutes und meldeten unisono nach Stuttgart: Zusammenarbeit ja, aber das Rathaus muss im Dorf bleiben. Schließlich waren die geforderten 5000 Einwohner keine Hürde, wenn man die Wachstumskurven der letzten Jahre kurzerhand mit dem Lineal verlängerte. Auf diese Weise kam man bei den nachmaligen fünf Remsecker Ortsteilen auf 31 000 Einwohner für das Jahr 1990, Poppenweiler war mit weiteren 12 000 veranschlagt. Fusionsprämien gab es bis dato ohnehin nur für Einheitsgemeinden unter 10 000 Einwohnern – ein Hinweis darauf, dass es dem Gesetzgeber zunächst noch um die Reform von Kleinkommunen und um Rationalisierung zu tun war.

Ludwigsburgs Oberbürgermeister Ulshöfer stellte mit Genugtuung fest, dass der Begriff des Verwaltungsraumes noch im Ungefähren geblieben war. Folglich ließ er sich »entsprechend den jeweils gegebenen örtlichen Verhältnissen« ausfüllen. Unersehroffen definierte Ulshöfer den Verwaltungsraum Ludwigsburg-Kornwestheim daher möglichst großzügig: Nicht nur Möglingen, Tamm und Asperg wollte er ihm zugeordnet wissen, sondern ebenso Gründelbach (Freiberg), im Südosten die sechs Orte von Poppenweiler bis Aldingen und zuletzt noch die »übrigen kleineren Nachbargemeinden dieses Gebietes«.

Auf den Rathäusern war man derweil mit der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes von 1965 beschäftigt. Der wollte mit dem Neuaufbau des Volksschulwesens und einem System von Nachbarschaftsschulen die Begabungsreserven vor allem im ländlichen Raum mobilisieren. An Rems und Neckar bestanden seit 1967/68 öffent-

lich-rechtliche Vereinbarungen zum Bau von zwei Hauptschulen, nämlich für Aldingen-Neckargröningen-Neckarrens und für Poppenweiler-Hochberg-Hochdorf. Da brachte Hochberg im Februar 1970 als Variante ein Bildungszentrum für alle sechs Gemeinden ins Spiel. Am 19. April 1970 holte man sich den Geschäftsführer der Städtebau Bietigheim GmbH, Lothar Späth, zu einem Gesprächstermin, der daraufhin ein Standortgutachten erstellen ließ. Poppenweilers Bürgermeister Schreiber allerdings zögerte: Er wollte seine Hauptschule erhalten, und mit einem Bildungszentrum konnte er sich allenfalls auf halbem Weg zwischen Poppenweiler und Hochberg anfreunden, nicht aber im weit entfernten Aldingen im Gewann »Gomperle«.



Hochdorf um 1965.

Die Einwohnerzahl hat sich zwischen 1961 und 1970 nahezu verdoppelt.

Angesichts dieser ungewissen Lage fühlte Aldingen in die andere Richtung vor. »Mit großem Interesse« vernahmen die Kollegen aus Ludwigsburg und Kornwestheim am 5. November 1970, was Bürgermeister Erhardt ihnen anzubieten hatte: Im Gebiet Grünbühl-Pattonville wollte er das Bildungszentrum etablieren. Zu seinem Einzugsbereich rechnete er die benachbarten Ludwigsburger und Kornwestheimer Stadtteile, aber auch Pattonville, wenn erst einmal die Amerikaner abgezogen wären.

Zu dieser Zeit ging die Kreisreform in ihre Endphase, und nun war auch absehbar, dass Hochdorf beim Landkreis Ludwigsburg bleiben würde. Was die Gemeindereform betraf, so hatten die Regierungspräsidien die Stellungnahmen der Gemeinden ausgewertet und die Zahl der Verwaltungsräume auf nunmehr 558 reduziert. Bereits im Herbst 1970 hatte die Landesregierung als Regelmindestzahl 8000 Einwohner angesetzt, in verdichteten Räumen aber »erheblich mehr«. Folgerichtig war die Förderobergrenze von 10000 Einwohnern gefallen und die Fusionsprämie auf derart üppige Höhen gehoben worden, dass man vom »goldenen Zügel« sprach. Landauf,

landab begannen Eingemeindungsverhandlungen auf breiter Front, in Heimerdingen und Schöckingen zum Beispiel, etwas später in Rielingshausen, Höpfigheim und Unterriexingen. Nicht so im Raum Rems-Neckar, der auch im überarbeiteten Entwurf die hergebrachten sechs Gemeinden vereinte, zum Verdruss von Poppenweiler. Das Innenministerium gestand zwar eine Alternative zu, nämlich die Eingemeindung Poppenweilers nach Ludwigsburg; das aber lief den dortigen Interessen ebenso zuwider. Kurz entschlossen einigte sich der Gemeinderat Poppenweiler im April 1971 darauf, »die Gemeinde selbständig zu erhalten«. Und zwar dadurch, dass die Gemeinde »sich durch eine Großsiedlungsmaßnahme in den nächsten Jahren möglichst auf 10 000 bis 15 000 Einwohner vergrößert«. In derselben Sitzung fiel die Entscheidung, sich am Bau des Bildungszentrums nicht zu beteiligen.

Hochberg, dessen Bürgermeister Schiek ein erklärter Verfechter der Selbständigkeit war, setzte auf denselben Fluchtweg, der da hieß: Wachstum. Mit Neubaugebieten wie »Östlich Silcherstraße« wollte er binnen weniger Jahre die Einwohnerzahl auf 5000 verdoppeln. Hochberg sei leistungsstark genug, um allein bestehen zu können. Im Investitionsplan für die Jahre nach 1971 stand allerdings zu lesen, mit dem Bau der 1,1 Millionen Mark teuren Bürgerhalle habe die finanzschwache Gemeinde ihre finanziellen Möglichkeiten »bis zum Rand« ausgeschöpft.

Trotz alledem: Alle sechs Gemeinden von Aldingen bis Poppenweiler sind guten Mutes und beharren auf ihrer politischen Selbständigkeit, beschwören ihr vielfältiges Geflecht der Kooperation: den gemeinsamen Fachbeamten etwa, den es seit 1956 gibt, und das fünf Jahre jüngere Ortsbauamt. Den Zweckverband für kommunale Dienstleistungen hatte Bürgermeister Birkert aus Neckargröningen bei der Gründung 1967 geradezu eine »Vorstufe für das völlige Zusammengehen« genannt. Mit einem Wort: Die interkommunale Zusammenarbeit war ja bereits in schönem Lauf, und die wollte man gern noch weiter pflegen. Pech nur, dass bereits das Dichtel-Gutachten ein solches Sammelsurium von Zweckverbänden als Zeichen eklatanter Leistungsschwäche deutete. Und im Vertrauen gesagt: Mit der Zusammenarbeit stand es auch nicht immer zum Besten. Schwierig wurde es bereits, als man auf Geheiß von oben endlich einen gemeinsamen Flächennutzungsplan zustande bringen sollte.

Runde 2: Zusammenarbeit ja, Fusion niemals

Mit der siebenstündigen Anhörung aller 59 Kreisgemeinden fand die zweite Runde der Zielplanung im Juli 1971 ihr Ende. Die Stellungnahmen aus dem Verwaltungsbereich Rems-Neckar lauteten zum Verwechseln ähnlich. Der Hochdorfer Gemeinderat etwa ließ verkünden, dass »wir zu jeglicher Zusammenarbeit bereit sind, wenn sie unseren Bürgern effektive Vorteile bringt. Diese Zustimmung beinhaltet allerdings nicht die Aufgabe der politischen Selbständigkeit.« Poppenweiler erinnerte daran, dass es kaum Beziehungen zu Aldingen pflege, umso mehr aber zu Ludwigsburg, und bot sich als »Klammer« zwischen beiden Polen an.

Die großen Nachbarn indes scheinen die Dinge besser zu durchschauen und wittern ihre Chance. Stuttgarts Oberbürgermeister Klett hatte zwar von Anfang an versichert, er wolle »mit seinen Umlandbürgermeistern in Frieden leben« und strebe keine Eingemeindungen an. Andererseits favorisierte er einen erweiterten Stadtkreis. Der sollte Kornwestheim, Aldingen und weitere 20 Gemeinden aus Stuttgarts Nachbarschaft einschließen, doch unter Wahrung ihrer kommunalen Selbständig-

keit. Verfassungsrechtliche Bedenken und überwiegende Ablehnung durch die Umlandgemeinden führten stattdessen 1976 zur Bildung eines Nachbarschaftsverbandes, der 1994 durch den Verband Region Stuttgart ersetzt wurde.

So drohte offenbar von Stuttgarter Seite keine unmittelbare Gefahr. Kornwestheim aber pirscht sich im Oktober 1971 an Aldingen heran. Oberbürgermeister Dr. Pflugfelder gesteht seinem Aldinger Kollegen Erhardt, »in einer gewissen Zeit« erwarte er den Zusammenschluss mit Ludwigsburg. Aus diesem Grund bietet er Aldingen die Eingemeindung an, lockt mit Ortschaftsverfassung und 5 Millionen Mark Fördergeldern. Solchermaßen vereint habe man doch »ein ganz anderes Gewicht«, wenn man dereinst unter das Dach von Ludwigsburg käme. Doch Erhardt lehnt ziemlich brüsk ab: Aldingens Einkaufs- und sonstige Beziehungen richteten sich allesamt zur Behördenstadt Ludwigsburg hin.

Auf den Rathäusern des Kreises Ludwigsburg lag seit geraumer Zeit ein Alternativkonzept zur Zielplanung, datiert mit dem 24. Mai 1971 und ausgearbeitet von Lothar Späth, dem Abgeordneten im Wahlkreis Ludwigsburg II. Der Regierungsentwurf, so Späth, wolle eine Großstadt Ludwigsburg mit 133 000 Einwohnern schaffen. Also habe man in deren Bereich alles »wild hineingepackt«, was nur irgend möglich war. Dabei seien die Entwicklungsmöglichkeiten mancher Gemeinden unberücksichtigt geblieben. Das aufstrebende Möglingen könne mit bald 10 000 Einwohnern ohne weiteres selbständig bleiben. Asperg und Tamm, auch diese beiden expansionsstark, sollten eine Verwaltungsgemeinschaft bilden. Dem Doppelzentrum Ludwigsburg-Kornwestheim blieb nach Späths Entwurf folglich nur mehr Neckarweihingen.

Den Verwaltungsraum Rems-Neckar mit 17 000 Einwohnern dagegen lässt Späth unverändert, er redet sich vielmehr in eine wahre Begeisterung hinein: »Dieser Raum ist geradezu ein Idealfall für eine ›große Verwaltungsgemeinschaft‹, die alle sechs selbständigen, lebensfähigen Gemeinden dieses Bereiches mit den zusätzlichen Dienstleistungseinrichtungen versorgt, die sie allein nicht schaffen können.« Zudem habe man es hier mit »annähernd gleich großen, jedoch stark entwicklungsfähigen Gemeinden ohne ausgeprägten Zentralort« zu tun. Und diese könnten »ohne weiteres auch die Zuständigkeiten einer Großen Kreisstadt erfüllen und schon jetzt weitergehende Zuständigkeiten, etwa im Baurecht oder Bauwesen, wahrnehmen«.

Solch warme Worte kamen nicht von ungefähr. Mit dem Bildungszentrum hatte ja die Städtebau Bietigheim schon im April 1970 einen Fuß in die Tür gesetzt. Zwar ging die Gesellschaft Anfang Juli 1970 in der Neuen Heimat Städtebau auf; Stuttgarter Geschäftsführer war aber nach wie vor Lothar Späth. Mittlerweile hatte er ein Auge auf die Aldinger »Halden« geworfen und schlug diesen Handel vor: Die Neue Heimat Baden-Württemberg werde 1,4 Millionen Mark Erschließungskosten für das Bildungszentrum im »Gomperle« übernehmen, falls sie die Trägerschaft für das Projekt Wohnbebauung »Halden« bekam. Späth leitete die Erwerbsverhandlungen ein und rechnete mit dereinst 6000 Einwohnern auf dem 36 Hektar großen Areal. Ein neuer Ortsmittelpunkt werde hier entstehen, mit Verwaltungszentrum, Erholungsflächen und Dienstleistungen aller Art. Im Februar 1972 kamen die Verträge mit der Neuen Heimat Baden-Württemberg unter Dach und Fach, wobei die Landesplanung argwöhnte, Aldingen strebe »eine rasche Steigerung der Bevölkerungszahl an, um dadurch der Verwaltungsreform zu entgehen«.

Nach der Landtagswahl 1972 kündigte die CDU-Alleinregierung den Abschluss der Gemeindereform für die laufende Legislaturperiode an. Da die üppigen Fusionsprämien den Gemeindefinanzausgleich bereits mit mehr als 100 Millionen Mark



Das Neubaugebiet »Halden« im Jahr 1980. Im Vordergrund ist das Bildungszentrum zu sehen.

belasteten, folgte jetzt wie erwartet eine empfindliche Reduzierung, die aber erst im Juli 1973 in Kraft trat. Grund genug für Aldingens Bürgermeister Erhardt, im April 1972 Gespräche über eine Fünferunion anzubieten. Aber selbst bei der Diskussion eines gemeinsamen Flächennutzungsplans blieben Hochberg, Hochdorf und Poppenweiler außen vor, waren sie doch damit beschäftigt, unter sich eine Dreierfusion auszuhandeln. Poppenweilers Bürgermeister Schreiber hatte die Sache im Februar 1972 angestoßen; offenbar befürchtete er nun, dass die Selbständigkeit seiner Gemeinde am Ende doch kippen könnte. Kurz und gut, im Juni lag immerhin eine »Untersuchung und Bestandsaufnahme auf dem Gebiet der Gemeindereform« vor. Deren Fazit: eine doppelte Dreierfusion, hier Hochberg-Hochdorf-Poppenweiler, dort Aldingen-Neckargröningen-Neckarrens. Solch eine Lösung ließe sich wohl eher umsetzen als der Mammutverband zu sechst. Hochdorf habe aktuell (1972) ziemlich genau 2000 Einwohner; 1990 werde man bei 3400 Einwohnern stehen. Gemeinsam mit Hochberg und Poppenweiler seien bis 1990 mindestens 23 000 Einwohner erreichbar.

Mit derartigen Sandkastenspielen ging das Jahr 1972 dahin. Der Reformprozess selbst schien einzuschlafen, wie der vormalige Innenminister Krause im Landtagsplenum monierte. Das böse Erwachen kam, als die Landesregierung am 30. Januar 1973 ihre »Grundsätze zur Zielplanung« vorlegte. Denn Verwaltungseinheiten in verdichteten Räumen sollten jetzt nicht 8000 Einwohner haben, auch nicht 10 000, sondern mindestens 20 000. Nicht einmal die Sechsergemeinschaft – inklusive Poppenweiler – hätte eine solche Hürde genommen.

Runde 3: Einheitsgemeinde und nichts anderes

Aber es sollte noch heftiger kommen. Per Erlass vom 15. März 1973 legte die Landesregierung ihre nunmehr endgültige, verbindliche Zielplanungskarte vor. Durch eine Indiskretion der Stuttgarter Nachrichten wurde das neue Regierungskonzept bereits am 9. März bekannt: Um Stuttgart herum gab es statt der bisherigen 71 Städte und Gemeinden jetzt nur mehr einen Kranz von 23 Kommunen. Als starke Partner sollten sie das Stadt-Umland-Problem lösen. Die neue Landkarte sah nun so aus: Asperg und Tamm bildeten einen eigenen Verwaltungsraum und waren folglich für Ludwigsburg verloren, das sich jetzt mit Neckarweihingen, Möglingen und Poppenweiler begnügen sollte. Der Verwaltungsraum Aldingen bestand mithin nur mehr aus fünf Teilen: aus Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems.

Poppenweilers Bürgermeister Schreiber drohte in seinem Grimm, einen Mistwagen vor den Landtag zu karren. Hatte er doch in Änderungsanträgen zum Regierungskonzept hartnäckig die Herauslösung aus der Sechserunion verfolgt. Eine Verwaltungsgemeinschaft mit Ludwigsburg wollte er ja noch hinnehmen, um Poppenweilers Selbständigkeit wenigstens teilweise zu retten. Aber die Zielplanung ließ jetzt in besagtem Nahbereich von Stuttgart – »grüner Kreis« genannt – ausschließlich Einheitsgemeinden zu. Indes verkündete Schreiber unbeirrt: »Ich ventiliere vielerlei Möglichkeiten, um bei gesetzlichen Sanktionen die Wahl zu haben.« Nur eines stehe für ihn fest: Poppenweiler werde nicht im Rucksack von Aldingen nach Stuttgart gehen. Eine Fusion mit Hochberg und Hochdorf erschien jetzt als das kleinere Übel. Notfalls musste man eben versuchen, aus dem »grünen Kreis« herauszukommen, dann genügten bereits 8000 Einwohner. Ein neues Zentrum sollte in der geographischen Mitte entstehen, im »Altach«. Sollte diese Dreierlösung nicht gelingen, wollte Schreiber eine Verwaltungsgemeinschaft mit Marbach anstreben, um der gefährlichen Nachbarschaft Stuttgarts zu entgehen. Rolf Schöck, der Ludwigsburger Abgeordnete, machte da freilich wenig Hoffnung. Anders sein Kollege Hans Beerstecher aus Kornwestheim, der ohnehin gegen die Zielplanung opponierte, weil sie den Raum Ludwigsburg zerreiße. Ein einheitlicher Planungsraum, so Beerstecher, lasse sich auch ohne Eingemeindungen verwirklichen. Am Ende aber half alles Taktieren nichts: Poppenweiler ging an Ludwigsburg.

Im Aldinger Raum markierten mäßig besuchte Bürgerversammlungen mit kargem Wortgeplänkel das Ende dieser dritten Zielplanungsrunde. Und die Stellungnahmen der Gemeinderäte vom April 1973 konnten kaum unterschiedlicher sein: Aldingen und Neckargröningen fanden Gefallen am Regierungskonzept, wenngleich man lieber Poppenweiler mit im Boot gehabt hätte. Neckarrems drang auf Selbständigkeit; schließlich bringe die Reform weder mehr Bürgernähe, noch hebe sie die Leistungsfähigkeit. Und überhaupt: Leistungsfähig sei Neckarrems schon jetzt, das bewiesen die Investitionen der letzten Jahre. Sollte es aber wider Erwarten durch gesetzliche Maßnahmen zur Fünferunion kommen, so müsse Neckarrems Verwaltungssitz werden, allein schon wegen seines neu erbauten Rathauses in zentraler Lage. Hatte doch Landrat Hartmann schon bei der Grundsteinlegung 1970 vorausgesagt, dass dieser Neubau »vielleicht einmal nur Teil einer größeren Verwaltungseinheit sein werde«. Hochberg und Hochdorf aber ließen wissen: Als Verwaltungssitz sei Aldingen für sie zu abseitig, da lägen sie doch am »hinteren Zipfel eines Schlauches«. Noch schmiedeten sie ja ihre Zukunftspläne mit Poppenweiler, allerdings jeder nach seinem Gusto: Hochdorf schloss auch eine Einheitsgemeinde nicht aus, die beiden Partner wollten eine Verwaltungsgemeinschaft, um nicht in den Raum Aldingen gezogen zu werden.

Das Innenministerium tat ob dieser Meinungsvielfalt sein Missfallen kund und redete Klartext: Zwei Dreierlösungen seien unter keinen Umständen genehmigungsfähig. Wenn jetzt von den Gemeinden nicht endlich konstruktive Beschlüsse kämen, werde man kurzen Prozess machen und alle fünf auf die Nachbarn verteilen.

Und die lagen nach wie vor auf der Lauer. Kornwestheim, eben erst Ludwigsburgs Fängen entronnen, wollte dem »düsteren Expansionsdrängen« seines Rivalen zuvorkommen und erhob Anspruch auf Aldingen, inklusive Pattonville und Sonnenberg. Schließlich gab es einen Landtagsbeschluss von 1956, wonach Kornwestheim »unbedingt« und »in Bälde« einen Markungsausgleich für das ausgemeindete Grünbühl erhalten müsse. Und weil der Rest ohnehin nicht überleben würde, wollte man Neckargröningen und Neckarrems gleich dazu haben. Ludwigsburg könne sich dann ja Hochberg samt Hochdorf einverleiben.

Doch so billig ließ Ludwigsburg sich nicht abspeisen. Während sein Kornwestheimer Kollege Pflugfelder vor der Presse derlei Gedanken zum Besten gab, machte Oberbürgermeister Ulshöfer Nägel mit Köpfen. Mit der Vokabel »Eingemeindung« ging Ludwigsburg stets vorsichtig um. Denn nicht eine höhere Einwohnerzahl oder ausgedehntere Markung sei das Ziel, sondern lediglich »die Schaffung eines größeren Planungs- und Investitionsraumes«. Lediglich ein bescheidenes »Gesprächsangebot« war es daher, was den Rathäusern im Juni 1973 auf den Tisch kam. Ulshöfer pries darin die bisher bereits »gut-nachbarliche und kollegiale Zusammenarbeit«, aus der sich doch problemlos engere Bande knüpfen ließen. Eines freilich war klar: Würde auch nur eine Gemeinde herausgebrochen, so zerfiel der ganze Fünferverband, da er ohnehin weit unter dem Limit von 20000 Einwohnern lag. Doch dann bekam Ludwigsburg eben Aldingen und Hochdorf, den Rest konnte Kornwestheim haben. Und so machte jetzt das böse Wort von der »Aufteilung der Beute« die Runde.

Die Freiwilligkeitsphase der Gemeindereform war unterdessen bis zum 1. Juli 1974 verlängert worden. Wie das Beispiel Poppenweiler zeigte, bewegte sich diese Freiwilligkeit in einem äußerst eng abgesteckten Rahmen. Der Gemeindetag stellte denn auch fest: Die Zielplanung sei zwar als Orientierungshilfe deklariert; durch den Genehmigungsvorbehalt habe sie aber in der Verwaltungspraxis absolute Verbindlichkeit erreicht. Und bei der Anhörung der Kreisgemeinden am 14. Juni 1973 im Stuttgarter Hotel »Herzog Christoph« mahnte der neue, dynamische Innenminister Schiess die versammelten Kommunalpolitiker gleich zu Beginn: Er werde das Regierungskonzept mit allen Mitteln verteidigen, auch wenn er im Moment nur ein Taschenmesser bei sich trage. Den »Herrn aus dem Raume Aldingen« aber rief er zu: »Springen Sie über den Schatten der Selbständigkeit!« Hochbergs Bürgermeister Schiek notierte andernorts enttäuscht, die Anhörung habe lediglich den Zweck gehabt, »den demokratischen Schein zu wahren«. Und sein Hochdorfer Kollege Schneider vermerkte in einer Aktennotiz resigniert: »Der Raum Aldingen wird von der Regierung unbedingt gehalten. Die Herausnahme auch nur einer Gemeinde wird nicht möglich sein. Poppenweiler wird mit aller Sicherheit nicht dazu gehören, da es bei der Anhörung klar und deutlich sagte, dass es mit Aldingen nichts zu tun haben wolle.«

Im Oktober 1973 brachte das Kabinett die Schlussgesetzgebung ein. Und im Paragraphen 31 des Entwurfes zum Gemeindereformgesetz Mittlerer Neckar stand nun kurz und bündig zu lesen: »Aus den Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems wird die neue Gemeinde Aldingen gebildet.« Am

25. Oktober 1973 verabschiedete der Landtag ein »Vorschaltgesetz«, das die im Herbst 1974 fälligen Gemeinderatswahlen auf den 20. April 1975 verschob und bis Ende 1974 eine Wahlsperre für Bürgermeister verhängte. Schiek gelang noch rechtzeitig der Wechsel nach Bad Liebenzell, so dass ab Januar 1974 Werner Kuhn als Amtsverweser Chef im Hochberger Rathaus war.

Jetzt lief die Zeit. Aus Hochberg hatte Oberbürgermeister Ulshöfer sich mit seinem Annäherungsversuch eine glatte Absage geholt. Hochdorf aber schickte am 26. Oktober 1973 eine vierköpfige Abordnung ins Ludwigsburger Rathaus, auf dass sie »gemeinsam berührende Fragen« erörtere. Das Ergebnis war für Bürgermeister Schneider ernüchternd, denn: »Die Aussichten zur Genehmigung einer Eingemeindung von Hochdorf nach Ludwigsburg werden auch von Ludwigsburger Seite aus als sehr gering bezeichnet. Die Zielplanung gilt behördenintern als verbindlich.«

Alle fünf ins Boot!

Dies war eine heilsame Erfahrung. Sie trug jedenfalls dazu bei, dass im November 1973 erstmals eine Fünferunion ernsthaft zur Diskussion stand. Die Initiative geht nun von Hochberg aus. Amtsverweser Werner Kuhn lädt die fünf Gemeinderatsgremien allesamt auf den 13. November 1973 in die Bürgerhalle ein. Landrat Hartmann leitet die Debatte; und siehe da: Am Ende erhebt sich nicht eine Stimme gegen die geplante Fusion.

Man bildet einen Koordinationsausschuss aus Vertretern der fünf Ortsparlamente, und dieser Ausschuss tagt zum ersten Male am 26. November im Musiksaal der Aldinger Schule. Als Verhandlungsgrundlage haben die fünf Bürgermeister ein dreizehnseitiges Arbeitspapier vorbereitet; sein Titel: »Modellüberlegungen für eine Einheitsgemeinde«. Die Verwaltung soll demnach in den Rathäusern von Neckarrems und Neckargröningen sitzen, und man macht sich Gedanken über die Aufteilung des Personals. Die weiterführenden Schulen will man im Bildungszentrum »Gomperle« zusammenfassen, das gerade im Bau steht, und den neuen Gemeindennamen wird ein Ideenwettbewerb liefern. Vordringlich ist es auch, den Nahverkehr untereinander auszubauen, so dass schon in der Dezember-Sitzung von einer Stadtbahn die Rede ist.

Die Schwierigkeiten begannen, sobald man ins Detail ging, sich an die organisatorischen Fragen machte. Immerhin lag im Januar 1974 der zweite Entwurf einer Fusionsvereinbarung vor. Er rückte von der ursprünglich beabsichtigten Ortschaftsverfassung ab und favorisierte die unechte Teilortswahl. Vorerst offen blieb der Name für die neue Gemeinde. Die Verwaltung sollte ihren Hauptsitz in Neckarrems haben, weil das dortige Rathaus die meisten Arbeitsplätze bot. Und am Ende gelobte man, die kulturelle Eigenständigkeit der Ortsteile zu wahren.

Mit Unbehagen sah indes die Landesregierung dem 20. Januar 1974 entgegen, dem Tag der gesetzlich vorgeschriebenen Bürgeranhörung zur Kommunalreform. Die Bevölkerung hielt das Prozedere allgemein für überflüssig, da es rechtlich nicht bindend war und ohnehin alles beschlossene Sache zu sein schien. So gab es für die Fünferunion zwar ein 60-Prozent-Votum, allerdings bei mehr als dürftiger Abstimmungsbeteiligung. In Aldingen, wo man sich in der künftigen Führungsposition sah, machten die Ja-Stimmen 70 Prozent aus, ähnlich in Neckarrems. Neckargröningen zeigte sich gespalten bei 50 Prozent, in Hochberg und Hochdorf entschlossen sich nur wenig mehr als 30 Prozent zum Ja.

Acht Tage später, am 28. Januar 1974, legte Ministerpräsident Filbinger dem Landtag das Dritte Gesetz zur Verwaltungsreform im Entwurf vor. Die Sicht auf den Verwaltungsraum Aldingen liest sich hier so: »Die in günstiger Entfernung zur Landeshauptstadt wie zu den Städten Kornwestheim und Ludwigsburg überwiegend im Neckartal gelegenen Gemeinden Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargröningen und Neckarrems sind Wohngemeinden. Infolge ihrer Lage zwischen den von Stuttgart nach Norden und Osten verlaufenden Verkehrsachsen hat der Verdichtungsprozess hier noch nicht zu einem durchgängigen Siedlungsband geführt; ein weiteres Anwachsen der Bevölkerung ist jedoch zu erwarten. Bei der Anhörung haben sich die Bürger von Aldingen und Neckarrems für, die Bürger von Hochberg und Hochdorf gegen den vorgesehenen Zusammenschluss ausgesprochen. In Neckargröningen hielten sich Für und Wider die Waage. Bemerkenswert war die sehr geringe Abstimmungsbeteiligung in allen fünf Gemeinden, sie reichte von 17,6 Prozent in Neckarrems bis 32,2 Prozent in Aldingen. Im Hinblick auf die relativ geringen Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden und die gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben wie der Errichtung eines gemeinsamen Bildungszentrums und die Schaffung öffentlicher Einrichtungen, die die Stadt Stuttgart entlasten können, ist die Vereinigung der fünf Gemeinden zu einer neuen Gemeinde erforderlich. Teillösungen sind nach Auffassung der Landesregierung zu schwach, um sich auf Dauer am Rande der großen Städte behaupten zu können.«

Die Landesregierung nahm also das Abstimmungsverhalten durchaus zur Kenntnis. Möglingen zum Beispiel mobilisierte damals 73 Prozent der Wahlberechtigten, und von denen stimmten 95 Prozent gegen eine Eingliederung nach Ludwigsburg, die damit tatsächlich vom Tisch kam. Aus Stuttgart hieß es dazu: Ludwigsburg besitze zwar keine üppige Markung, das sei richtig; dennoch erfreue sich die Stadt nach wie vor guter Entwicklungsmöglichkeiten nach allen Himmelsrichtungen. Für den Wohnungsbau stünden 100 Hektar, für Gewerbe 15 Hektar zur Verfügung; dazu kämen nun in den Stadtteilen Neckarweihingen und Poppenweiler weitere Flächen. Ohnehin liege die Zukunft der Stadt nicht in immer weitergehender Industrialisierung, sondern im Ausbau des Dienstleistungssektors. Und dabei müsse man sich mehr auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Doch wie man es auch wenden mochte: Die letzte Chance, den Ludwigsburger Raum zu stärken, war damit vertan, die 100 000-Einwohner-Marke, der Status einer Großstadt, war verfehlt. Während Bietigheim seine Einwohnerzahl durch die Gemeindereform um 86 Prozent steigerte, waren es im Falle Ludwigsburgs dürftige 11 Prozent.

Doch zurück zu Aldingen samt Partnern. Die Verhandlungen im Koordinationsausschuss kamen nur sehr mühsam voran. Und über die Ergebnisse war man geteilter Meinung. Optimisten glaubten schon, man stehe kurz vor dem Durchbruch. Bürgermeister Erhardt indes erklärte seinem Gemeinderat am 13. Februar 1974: Eine Einigung sei wohl möglich, aber eben unter wesentlicher Beeinträchtigung der Aldinger Interessen. Streitpunkt Nummer eins war von da an die dezentrale Aufteilung der Verwaltung.

Nach Ludwigsburg?

Erhardt verriet in jener nichtöffentlichen Sitzung aber auch, dass er tags zuvor beim Ludwigsburger Landtagsabgeordneten Rolf Schöck vorgefühlt habe »wegen einer anderen Lösung«. Und der CDU-Mann habe ihm – wen wundert's – versichert, dass

die Stadt Ludwigsburg nicht abgeneigt sei, Eingliederungsverhandlungen zu führen, war doch Schöck gleichzeitig Stadtrat in Ludwigsburg. Mit 10 gegen 2 Stimmen entschied sich der Aldinger Gemeinderat nun, diesen Weg zu gehen.

Die Presse bekam Wind von den vertraulichen Verhandlungen. Die misstrauischen Kornwestheimer witterten schon am 20. Februar Unheil, und die Ludwigsburger Kreiszeitung machte anderntags, am 21. Februar, mit der Schlagzeile auf: »Aldingen sieht in der Fünferunion ein nicht lebensfähiges Gebilde«. Die Begründung: Weil Nahverkehrseinrichtungen und innerörtliche Straßenverbindungen fehlten, weil es keinen attraktiven Stadtkern gab, hatte eine Fünferunion keine Zukunft. Und bei freiwilliger Eingemeindung winkten Aldingen binnen fünf Jahren 7,4 Millionen Mark staatlicher Zuwendungen. Genau betrachtet floss diese Summe freilich auch in einer Fünferunion Aldingen zu, weil die Gelder aus dem gesetzlichen Finanzausgleich kamen und beileibe kein Geschenk der Ludwigsburger Stadtkasse waren. Aber allein der verheißene Millionenbetrag scheint die Verhandlungen beflügelt zu haben, denn laut Stuttgarter Nachrichten war man sich bereits »nach drei Stunden einig«. Bürgermeister Erhardt machte keinen Hehl aus seinen finanziellen Blühträumen: In einer Fünfergemeinschaft sei Aldingen nur Verlierer, müsse als Zahlmeister herhalten. Denn seine Wirtschaftskraft liege bei 635 Mark pro Kopf und übertreffe damit selbst Ludwigsburg deutlich. Der Kreisdurchschnitt berechne sich auf nur 525 Mark je Einwohner, während Hochdorf ganz abgeschlagen bei 400 Mark liege.



Das Verhältnis zu den Nachbarn war schon Mitte der 50er Jahre ein Thema. Mit diesem Festwagen beteiligten sich die Aldinger 1954 am Festzug zu Ludwigsburgs 250-Jahr-Feier. Raubtiere namens Stuttgart und Ludwigsburg haben es auf Kirche und Schloss Aldingen abgesehen, reißen gierig ihre Mäuler auf. Doch ein Schild an der Schmalseite warnt: »Hier beißt Ihr Euch die Zähne aus!«

Der Hochdorfer Gemeinderat tagte sofort nach Bekanntwerden der neuen Entwicklung am 21. Februar 1974 und sah nun dreierlei Möglichkeiten: Entweder die zwangsweise Eingemeindung nach Ludwigsburg, weil die verwaisten vier Gemeinden kommunalpolitisch nicht überleben konnten. Oder den freiwilligen Anschluss an Ludwigsburg, wobei vier Millionen Mark an staatlichen Zuwendungen winkten. Und drittens die Fünferunion. Dann gab es zwar eine Fusionsprämie; ungewiss war aber, wie viel davon nach Hochdorf fließen würde. So war das Ganze auch am Zipfelbach letztlich ein Rechenexempel, und folglich beschloss der Gemeinderat am 22. Februar 1974, mit Ludwigsburg zu verhandeln, sobald Aldingen definitiv ausgesichert sei.

Unterdessen rauschte der Blätterwald; Aldingen habe sich zum »Opferlamm« für Möglingen gemacht, lautete einer der Vorwürfe in den Leserbriefen. Und würde es denn unter der Ludwigsburger Decke besser sein? Würde ein Aldinger Vorstadtbürger je die erforderlichen 6000 Stimmen für einen Sitz im Ludwigsburger Rat erreichen?

Erhardt rechtfertigte seine Kehrtwendung: Gewiss, die Fünferunion war bei der Bürgeranhörung vom 20. Januar mit knapp 60 Prozent befürwortet worden. Angesichts der miserablen Abstimmungsbeteiligung von 24,3 Prozent könne er darin aber keine überzeugende Mehrheit sehen. Und überhaupt: Im Koordinationsausschuss sei die Zusammenarbeit mühsam und unerquicklich gewesen. Als größter und stärkster Partner habe man gegen die vier kleineren bei jeder Gelegenheit den Kürzeren gezogen. Kaum ein gutes Haar lässt Erhardt an der viel gepriesenen interkommunalen Zusammenarbeit. Wohl hatten sich der gemeinsame Fachbeamte und das Ortsbauamt bewährt, nun aber waren sie nicht weiter entwicklungsfähig. Der Zweckverband für kommunale Dienstleistungen habe enttäuscht, betreibe nur mehr die Straßenreinigung. Nicht zu reden vom Zweckverband Bildungszentrum, der auch nur Scherereien und Streit bringe, wenn es um finanzielle Leistungen geht. Kurzum: »Die Grenzen einer gemeinsamen Entwicklung sind immer wieder sichtbar geworden daran, dass keine Gemeinde auf ihre Rechte verzichten wollte.«

Vielleicht war der Schwenk nach Ludwigsburg also eine bloße Trotzreaktion. Vielleicht spielten aber auch persönliche Gründe herein. Erhardt hatte wegen Krankheit nicht an den Sitzungen des Koordinationsausschusses im November 1973 teilnehmen können. Margarete Whittome, die zusammen mit ihrem Gemeinderatskollegen Ohlhausen – beide CDU-Fraktion – gegen Ludwigsburg votiert hatte, berichtete dazu dem Verfasser wenige Wochen vor ihrem Tod 2015: Während seines Krankenhausaufenthaltes seien Erhardt Bedenken wegen des »Halden«-Projektes gekommen. Er habe befürchtet, Aldingen werde damit überfordert sein und brauche einen starken Partner. Albert Erhardt, damals 61 Jahre alt, wollte sich nach vollzogener Gemeinde-reform erklärtermaßen zur Ruhe setzen. Anders jedenfalls die Perspektive seiner jungen Kollegen, die erst wenige Jahre im Amt waren: Rainer Hahn (Neckarrens), Gert Birkert (Neckargröningen), Richard Schneider (Hochdorf) und Werner Kuhn (Hochberg).

Doch wie dem auch sei: Eine Eingemeindung, ein Ausbrechen aus dem Regierungskonzept ließ sich nur mehr auf der politischen Schiene erreichen, durch Kabinetts- oder Landtagsbeschluss. Daher hatte Erhardt, wie berichtet, am 12. Februar 1974 beim Abgeordneten Schöck vorgefühlt, denn am 19. Februar 1974 ging die CDU-Fraktion nach Bad Herrenalb in Klausur. Von dort brachte Schöck nun aber die Botschaft mit, es sei beschlossene Sache, »die Regierungsvorlage mit der Fünferunion einmütig zu vertreten. Die Eingemeindung Aldingens oder Hochdorfs habe also keine Chance.« Bei einer Diskussion in Aldingen vor 500 Zuhörern erntete

Schöck denn auch nur Buhrufe und Pfiffe und kam erst gar nicht zu Wort. In Hochdorf durfte er zwar sprechen, stand aber vor fast leerem Saal; lediglich drei Dutzend Zuhörer waren gekommen.

Jetzt warf sich der Ludwigsburger Oberbürgermeister in die Bresche und ging bis zum Innenminister. Daraufhin ließ Schöck immerhin durchblicken, auch er wolle sich für Aldingen und Hochdorf verwenden; unter der Bedingung allerdings, dass bei der Bürgeranhörung am 21. April 1974 ein deutliches Votum für Ludwigsburg herauskomme. Das war zwar der Fall: In Hochdorf stimmten 81 Prozent mit Ja, in Aldingen knapp 63 Prozent. Doch das Bürgerinteresse blieb selbst angesichts dieser brisanten Entscheidung dürftig: In Aldingen lag die Beteiligung bei 53, in Hochdorf gar nur bei 30 Prozent.

Mittlerweile war beiden Gemeinden ein weiterer Fürsprecher erwachsen. Der SPD-Abgeordnete Hans Beerstecher aus Kornwestheim brachte im Parlament einen Antrag



Die Stuttgarter Zeitung nannte es ein »Reformtheater«, das bis zum letzten Akt durchgespielt werde: Bürgermeister Erhardt (links) und Oberbürgermeister Dr. Ulshöfer unterzeichnen am 14. Juni 1974 den Vertrag zur Eingemeindung Aldingens nach Ludwigsburg.

auf Änderung des Gemeindereformgesetzes Mittlerer Neckar ein, mit dem Begehren: Aldingen, Hochdorf und Poppenweiler seien selbdrift der Stadt Ludwigsburg zuzuschlagen. Am 30. Mai 1974 aber verwarf der Landtagsausschuss für die Verwaltungsreform Beerstechers Antrag. Denn was sollte mit Neckargröningen, Neckarrens und Hochberg geschehen? Das Trio wäre eingeklemt gewesen zwischen den Stadtgrenzen Stuttgarts und Ludwigsburg und der Kreisgrenze Rems-Murr. Eine sinnvolle Weiterentwicklung im Schatten solcher Hünen war unmöglich. Obwohl die Sache damit im Parlament keinerlei Aussicht auf Erfolg hatte, beschloss der Hochdorfer Gemeinderat dennoch mit 8:3 Stimmen, weiterhin die Eingemeindung nach Ludwigsburg zu betreiben.

Die Verwaltungschefs von Hochberg, Neckargröningen und Neckarrens forderten indes ihre abtrünnigen Nachbarn auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Aldingen weigerte sich. Hochdorfs Bürgermeister Schneider folgte der

Einladung und geriet prompt in scharfe Kritik; hatte er doch damit gegen den Willen seines Gemeinderates verstoßen. Zu viert also fixierte man nun am 4. Juni 1974 jenen neuerlichen Entwurf einer Fusionsvereinbarung, der dann als »Hochberger Papier« ein Begriff wurde. Er kam den Aldinger Wünschen weitgehend entgegen; die kritischen Punkte reduzierten sich wiederum auf diese zwei Fragen: Soll die neue Gemeinde den Namen »Aldingen« tragen, und wo wird die Hauptverwaltung ihren Sitz haben? Als am 11. Juni 1974 die Gemeinderäte in die Hochberger Bürgerhalle eingeladen sind, fehlt Aldingen abermals. Von Bürgermeister Erhardt kommt die Botschaft: »Wir lassen es darauf ankommen, und wenn die Fusionsprämie zum Teufel geht!« Und tatsächlich unterzeichnet Aldingen drei Tage später, am 14. Juni 1974 um 11 Uhr, den Eingemeindungsvertrag nach Ludwigsburg.

Damit gerät Hochdorf in Zugzwang. Denn die Freiwilligkeitsphase der Gemeinde-reform endet am 1. Juli 1974, in gut zwei Wochen. Am 18. Juni, vier Tage nach Aldingen, geht auch Hochdorf den Weg nach Ludwigsburg und folgt damit dem Bonmot eines Bürgers: »Wenn wir uns schon fressen lassen, dann lieber von einem Bernhardiner als von einem Dackel!«

Der Landtag entscheidet

Die Sache wäre nun so weit perfekt gewesen; fehlte nur noch der Segen aus Stuttgart. Die Wünsche der Bürger könne der Landtag doch nicht totschweigen, war allenthalben zu hören. Und man klammerte sich an die Hoffnung namens Beerstecher. Dessen Antrag wird mittlerweile von der zweiten Oppositionspartei, der FDP/DVP, unterstützt. Am 25. Juni 1974 berät der Landtag in zweiter Lesung das Gemeindereformgesetz Mittlerer Neckar. Um 10.05 Uhr hat die Sitzung begonnen, bis 22.46 Uhr wird sie dauern. Nach einer Pause ist um 19.55 Uhr der Landkreis Ludwigsburg an der Reihe und mit ihm der Verwaltungsraum Aldingen. Der Abgeordnete Oskar Marczy aus Böblingen bringt für die FDP/DVP den Antrag auf Eingemeindung Aldingens und Hochdorfs ein. Innenminister Schiess hält dagegen: Die Regierung sei immer sehr stolz auf die Fünferlösung mit Aldingen gewesen. Denn sie schaffe einen homogenen Raum zwischen den beiden Achsen, die nach Norden und Nordosten gehen. »Auch der Struktur nach passen diese Gemeinden hervorragend zueinander.« Breche man zwei heraus, dann komme man zu einer unerwünschten Kleinlösung. Und es entstehe damit um Kornwestheim ein regelrechter »Fangarm«. Also: Ablehnung des Antrags Marczy.

Daraufhin stellt Beerstecher seinen Eventualantrag, der da lautet: Aldingen und Hochdorf seien nach Ludwigsburg einzugemeinden, und zwar unter der Voraussetzung, dass Hochberg, Neckargröningen und Neckarrems sich in einer Bürgerabstimmung ebenfalls für die Eingemeindung nach Ludwigsburg aussprechen. Daran aber gebe es keinen Zweifel, da auch diese drei Gemeinden völlig auf Ludwigsburg hin orientiert seien.

Der Abgeordnete Späth hatte die ganze Debatte hindurch nur Zwischenrufe von sich gegeben. »Morgen ist wieder Weltmeisterschaft!«, erinnerte er beispielsweise das Hohe Haus daran, dass Franz Beckenbauers Mannschaft im Viertelfinale der Fußball-WM 1974 stand. Nun aber tritt Späth ans Rednerpult. Vom Dienstleistungsverband bis zum Bildungszentrum zählt er alles auf, was die fünf Orte jetzt schon verbindet. In der Schlussphase der Gemeindereform habe man sich eben ein wenig

auseinandergelebt; das werde sich rasch wieder geben. Daraufhin Abstimmung im Plenum: Die Regierungsvorlage wird mit Mehrheit angenommen, der Antrag Beerstecher und Genossen ist abgelehnt.

Das Finale: Viereinhalb Stunden vor Toresschluss

Die 3. Lesung wird daran nichts ändern, schließlich bleiben bis zum 1. Juli 1974 nur noch sechs Tage Frist für eine freiwillige Fusion. 1,2 Millionen Mark Prämie stehen auf dem Spiel. Hochberg, Neckargröningen und Neckarremms ergreifen die Initiative. Auch Hochdorf eilt wieder zur Fahne. Als sich die Gemeinderatsgremien der vier Orte am 28. Juni im Neckarremser Rathaus treffen, bleibt Aldingen fern und schmolzt: Man werde nicht von seinen altbekannten Bedingungen abgehen; die neue Gemeinde habe für alle Zeiten den Namen Aldingen zu tragen. Und zumindest vorläufig müsse Aldingen auch Sitz des Bürgermeisters sein.

Immerhin unterschreiben bereits an diesem Tag, dem 28. Juni 1974, die Chefs der Hochberger und Neckarremser Verwaltung den Vertragsentwurf. Tags darauf, es ist Samstag, der 29. Juni, rückt der Aldinger Gemeinderat in einem entscheidenden Punkt von seinen Forderungen ab: Das Neckarremser Rathaus mag bis auf weiteres Verwaltungssitz werden; ebenso lange aber müsse die Reformgemeinde den Namen Aldingen tragen. Doch selbst auf dieser Basis lässt sich noch kein Einvernehmen herstellen, trotz intensiver persönlicher und telefonischer Gespräche das ganze Wochenende über. Die Bürgermeister von Hochdorf und Neckargröningen setzen am Sonntag, dem 30. Juni, ihre Unterschrift unter den Vertrag. Aldingen fehlt noch immer. Ist die freiwillige Fusion also doch gescheitert?

Man will es auf einen letzten Versuch ankommen lassen. Am Montag, dem 1. Juli 1974, melden sich die vier Kollegen bei Bürgermeister Erhardt an und treffen gegen 15 Uhr in Aldingen ein. Erhardt ist soeben dabei, seinen Gemeinderat zusammenzutrommeln; gegen 16.30 Uhr hat er ihn komplett. Unter dem Druck der drohenden Zwangsvereinigung, die auch für Aldingen nur Nachteile hätte, siegt endlich die Vernunft, der Durchbruch in der Namensfrage gelingt. Man einigt sich auf den ebenso einfachen wie unverfänglichen Passus: »Die neugebildete Gemeinde erhält vorläufig den Namen Aldingen am Neckar«. Bürgermeister Erhardt vollzieht daraufhin die Unterschrift. Noch misstrauen ihm die Kollegen; doch Erhardt setzt sich wirklich ans Steuer seines Wagens, und alle fünf fahren sie nach Stuttgart. Beim Regierungspräsidium übergeben sie das Dokument dem diensthabenden Wachmann. Der vermerkt gewissenhaft die Uhrzeit auf dem Briefumschlag: Es ist 19.30 Uhr, viereinhalb Stunden vor Ablauf der Frist. Auf der Heimfahrt wird dann in einer Mühlhausener Gaststätte Halt gemacht, bis es dreimal ein Uhr schlägt.

Von »Aldingen« nach »Remseck«

Das heutige Remseck war damit die letzte aller freiwilligen Fusionen im Land. Wenn nun im Parlament die Rede davon gewesen war, dass die Ortsteile der Fünferunion hervorragend zueinander passten, so mochte das von außen besehen richtig sein. Die feinen Unterschiede in der Mentalität kannten ohnehin nur die Eingeweihten. Aber es gab noch andere Trennlinien. Der Neckar zum Beispiel war bis 1938 Bezirks-



Pattonville 1955, als es noch ganz neu und amerikanisch war.

grenze: hier Oberamt Ludwigsburg, da Oberamt Waiblingen. Gemessen am Steuer-
aufkommen pro Kopf lag Aldingen noch vor Ludwigsburg, und im Sparstrumpf
steckte eine volle Million.

Das Aldinger Wirtschaftswunder hatte 1954 begonnen, mit dem Bau von Patton-
ville. Damals freilich war man noch Sturm gelaufen gegen die Amerikanerstadt, mit
dem Argument: Ein Dorf wie Aldingen verkrafte eine Ausländersiedlung solchen
Ausmaßes nicht, Ludwigsburg könne dieses Pattonville mit Vergnügen haben. Erst
später merkte man, dass es dafür Jahr um Jahr 2 bis 3 Millionen Mark Schlüssel-
zuweisungen gab – wobei die Amerikaner den Gemeindegeldbeutel so gut wie nichts
kosteten.

Ein Leserbrief aus Aldingen unkte deshalb 1974: »Aldingen wird keine Friedhofs-
kapelle erhalten, solange man in anderen Gemeinden der Fünferunion nicht weiß, wo
man die Toten beerdigen soll. Man kann in Aldingen weder ein Regenrückhalte-
becken noch den Ausbau des Holzbachbettes erwarten, wenn in einer anderen
Gemeinde noch die Kanalisation fehlt. Aldingen wird also in den nächsten zehn
Jahren nur zu zahlen haben.«

Derlei Missgunst und Eifersüchteleien hätten der neuen Gemeinde das Leben tat-
sächlich schwer machen können. Doch der Gemeinderat übt sich in Disziplin und
leistet von Anfang an gute, konstruktive Arbeit. Vor allem aber vermeidet er es, irgend-
welche Ortsteilsüppchen zu kochen. Gut auch, dass der neue Bürgermeister von
außen kommt und dass man sich mit etwas Mühe auf einen neuen Gemeindegamen

verständlich. Peter Kuhn, damals 36 Jahre alt, ist der richtige Mann, um aus fünf Ortsteilen eine Gemeinde zu machen. Voller Tatendrang ist er, und Bürgermeister mit Leib und Seele. Die Hauptverwaltung nimmt ihren Sitz im fast neuen Neckarremser Rathaus, das Ortsbauamt residiert im Aldinger Schloss und die Finanzverwaltung im Neckargröninger Rathaus.

Aber noch immer führt die Gemeinde den Namen Aldingen. Der allein besitze draußen in der weiten Welt einen gewissen Bekanntheitsgrad, sagen die Lokalpatrioten. Jenseits des Neckars entgegnet man ihnen: »Neckarremms« beschreibe doch akkurat den geografischen Mittelpunkt der neuen Gemeinde an der Remsmündung. – Nein, dann lieber gleich einen ganz neuen Namen, meinen die Hochberger und die Hochdorfer, und sie ersinnen ein »Remsmünde«. Bis dann Karl Rohm, der Neckargröninger Lehrer und Heimatforscher, den Stein der Weisen findet, und der heißt schlichtweg so wie jenes Schlösslein auf der Höhe: »Remseck«. Am 1. Juli 1977 wird der Name amtlich, und es gibt auch ein neues Wappen dazu.

Dass in den Jahren der Kommunalreform noch rasch diverse Vorhaben auf den Weg gebracht wurden, war landauf, landab nichts Ungewöhnliches. Die Remsecker Ortsteile hatten sich etliche Schulbauten und ähnlich notwendige Dinge gegönnt. Auch sie trugen also einen Berg von Altschulden zusammen, der 1975 mit 13 Millionen Mark zu Buche stand. So waren beim noch unfertigen, 20 Millionen teuren Bildungszentrum 8 Millionen Mark nicht gedeckt. Der Kassensturz ergab, dass die neue Gemeinde mit Verbindlichkeiten von 21 Millionen Mark startete. Ließ sich so überhaupt Kommunalpolitik machen? Mit einem Vermögenshaushalt, der 1975 fast zur Hälfte kreditfinanziert war?



Remseck, das Schlösschen auf dem Bergsporn über der Remsmündung, stand Pate bei der Namensgebung. Aquarell von 1853.

Dabei war der Nachholbedarf an Infrastruktur enorm. Nehmen wir das Beispiel Hochdorf. Der dortige Bürgermeister Schneider schrieb sich noch im September 1973 seinen ganzen Kummer von der Seele: Kindergartenbau und die begonnene Kanalisation haben Hochdorf bereits an die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten gebracht. Aber weitere 3 Millionen Mark sind nötig für neue Abwasserkanäle, für die Erneuerung der Wasserleitung und den Anschluss an die Kläranlage Poppenweiler. Und wörtlich lesen wir dann weiter: »Alle Ortsstraßen müssen ausgebaut werden, weil sie sich in einem miserablen Zustand befinden. Schon mit dem Ausbau der kurvigen und engen Ortsdurchfahrten werden auf die Gemeinde Millionenbeträge zukommen.« Dazu die Feldwege, die Feuerwehr, ein neuer Friedhof – überall müsste investiert werden. Und Schneiders Wunschliste schließt mit dem Seufzer: »Davon kann die Gemeinde im wahrsten Sinne des Wortes nur träumen«, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 900 000 Mark.

Ähnliche Defizite gab es in den anderen Ortsteilen, wenngleich nicht derart geballt. Bei den Stuttgarter Zeitungen wurde die »notorisch klamme Gemeinde Remseck« zur stehenden Redewendung. Und das war mehr als ein Prestigeproblem. Denn wer hört schon gern, dass er aus der am höchsten verschuldeten Gemeinde des Landkreises kommt? Wer wollte sich mit solch einer Gemeinde identifizieren?

Dass gleichzeitig eine respektable Infrastruktur im Entstehen war, wurde ja draußen kaum wahrgenommen. Denn Remseck hat sein Geld zu jener Zeit buchstäblich in der Erde vergraben. Der Bau ungezählter Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken beginnt. Neubaugebiete wie die Neckarhalde, Landäcker, die Fuchsgrube oder Östlich Silberstraße haben Kapazitätserweiterungen an den Kläranlagen zur Folge. Bevor überhaupt Sanierungsmaßnahmen in den Ortskernen einsetzen können, muss beispielsweise in Hochdorf 1978 erst einmal der Strombach verdolt werden. »Abwasserbeseitigung treibt Gemeinde in den Ruin«, meldet daher 1979 die Ludwigsburger Kreiszeitung.

Am 15. Januar 1976 kommen in Hochbergs Halle mehr als 250 Bürger aus allen fünf Ortsteilen zusammen. Sieben Arbeitsgruppen formulieren die Entwicklungsziele der Gemeinde Remseck. Manches ist damals vorausgedacht worden, was heute vor der Realisierung steht, und dazu gehörte vor allem eine neue Mitte für die Gemeinde. Freiberg war bereits mit Erfolg dabei, sich solch ein Zentrum zu schaffen und damit zugleich ein einigendes Wir-Gefühl.

In Remseck aber brannte zunächst die Verkehrssituation auf den Nägeln. Außer in Neckargröningen fuhr man immer noch mitten durch die alten Ortskerne. Also erhielt beispielsweise Neckarrems 1977 eine Umgehungsstraße. Doch blieb sie eine halbe Sache, solange die Straße nach Hochberg so schmal und kurvig war, dass sie nicht nur für LKWs gesperrt wurde, sondern auch für den Linienbus. Wie sollten die Ortsteile da zusammenwachsen? Ging es doch für Bürgermeister Kuhn und seinen Gemeinderat darum, das Gemeinwesen Remseck von innen her zu gestalten. Räume der Begegnung wurden geschaffen, von der Alten Gemeindehalle Hochberg bis zum Kleeblattheim. Das Jugendreferat und die Jugendmusikschule, die Schulen und die Sportanlagen wurden für die Remsecker Jugend zum Fundament einer gemeinsamen Identität. Das Radwegenetz, die beiden Holzbrücken über Neckar und Rems stehen für das Aufeinander-Zugehen und das Zueinander-Finden. Am 1. November 1988 ziehen Autokräne das 160 Tonnen schwere, an Land montierte und 80 Meter lange Fachwerkteil des Neckarstegs über den Fluss. Zusammen mit seinem Gegenstück, dem Remssteg, wird er zum Remsecker Markenzeichen. 2008 ist die Partie am Hechtkopf mit dem »Bootshaus« komplett.

Zwei Geniestreiche

Doch zurück ins Jahr 1990. Aldingen bekommt seine Westtangente, im Haushalt stehen jetzt sage und schreibe 14 Millionen Mark für Baumaßnahmen bereit. Doch woher mit einem Mal das viele Geld? Nun, es war vielleicht ein riskantes Unterfangen. Aber am Ende ist die Sache mit den »Halden« gut gegangen.

Dort hatte, wie berichtet, die Neue Heimat Städtebau 1972 das 36 Hektar große Gelände erworben. Weil der Wohnbaukonzern unterdessen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, will er den Handel rückgängig machen und verlangt von den einstigen Grundstücksbesitzern sein Geld zurück, einschließlich eines satten Mehrwerts. Denn die Kaufverträge sind noch nicht rechtswirksam. Daraufhin fasst sich der Gemeinderat ein Herz und übernimmt im November 1987 für 16 Millionen Mark die Hinterlassenschaft der Neuen Heimat. Obwohl Remsecks Kontingent an Bauland bereits weitgehend ausgeschöpft ist, dürfen die »Halden« komplett überbaut werden und sind so 20 Jahre lang eine wahre Goldgrube für die Gemeinde.

Eine andere Geldquelle versiegt, als 1992 die amerikanischen Soldaten aus Pattonville abziehen. Es ist Remsecks zweiter Geniestreich, den Bürgermeister Kuhn jetzt landet: Remseck gründet zusammen mit Kornwestheim und Ludwigsburg einen Zweckverband, und der erwirbt Ende 1994 um 94 Millionen Mark die komplette Amerikanerstadt. Nach einem Markungsausgleich mit Kornwestheim wird Pattonville zu Remsecks sechstem Ortsteil. Sanierung, Nachverdichtung und abrundende Bebauung können beginnen.

Es sind aber nicht nur jene drei Millionen Mark Schlüsselzuweisungen, die jetzt in der Remsecker Rathauskasse fehlen. Während die Kreisumlage binnen fünf Jahren um die Hälfte steigt, lassen Rezession und deutsche Einheit die staatlichen Zuschüsse immer spärlicher fließen. Gleichzeitig bricht der Immobilienmarkt ein; aber dennoch



Ein Remsecker Markenzeichen: Die glasgedeckten Fußgängerbrücken mit Hechtkopf und »Bootshaus« an der Remsmündung.

braucht Pattonville Grundschule und Kindergarten. Zu allem Überfluss laufen beim Umbau der einstigen Middle School die Kosten davon; sie soll zur Realschule Remseck werden. Lang gehegte Pläne verschwinden in der Schublade, andere Dinge sind wichtiger: Neue Klassenräume zum Beispiel, weil sich ein Schülerberg aufbaut.

Am 21. Juli 1997 beginnt der Stadtbahnbau; Bürgermeister Kuhn beißt mit der Baggerschaufel in die Neckargröninger Erde. 1999 will er grünes Licht für die erste Fahrt geben. Doch dazu kommt es nicht. Am 20. März 1998 erklärt er seinen Rücktritt mit den Worten: »Remseck kann sich in diesen schweren Zeiten keinen kranken Bürgermeister leisten«. Zu seinem 70. Geburtstag 2009 erhält Peter Kuhn dann die höchste Auszeichnung, die eine Gemeinde zu vergeben hat: die Ehrenbürgerwürde. »Mein Amt war meine Lebensaufgabe«, das sind damals seine Worte.

Konsolidierungskurs und Große Kreisstadt

Am 5. Juli 1998 wählen die Remsecker seinen Nachfolger: Karl-Heinz Schlumberger. Und am 22. Mai 1999 laufen die ersten Stadtbahnzüge der Linie U 14 die Endhaltestelle an. Ein ausgeklügeltes Stadtbussystem verbindet seither die Ortsteile. 29 Millionen Mark hat die Gemeinde im Durchschnitt jener Jahre investiert. Gewiss, es waren Investitionen in die Zukunft. Doch sie hat sich dabei so hoch verschulden müssen, dass sie finanziell kaum noch handlungsfähig ist. Landrat Haas macht Mut mit den Worten: »Die Gemeinde Remseck ist derzeit arm, aber sie verfügt über alle notwendigen Einrichtungen.«

Bürgermeister Schlumberger nimmt sich die Ausgabenseite vor, er stellt lieb gewordene Strukturen auf den Prüfstand. Beim Neujahrsempfang 1999 fordert er den Abschied vom bisherigen Anspruchsdenken. Und siehe da: Es gibt so manche Punkte, bei denen man ansetzen kann. Das reicht von der Reform der Verwaltung bis zur Umstrukturierung der Vereinsförderung oder des Feuerwehrwesens.

Dabei verlagert der Gesetzgeber immer mehr Zuständigkeiten auf die Kommunen, vor allem im sozialen Bereich. Er schreibt hohe Standards fest, etwa den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ohne den Gemeinden einen finanziellen Ausgleich zu verschaffen. Dennoch trägt der Remsecker Konsolidierungskurs seine Früchte. Man lebt nicht mehr auf Pump, sondern baut die Verschuldung deutlich ab.

Ein neuer Flächennutzungsplan ist in Vorbereitung. Bürger und Gemeinderat kommen dabei zu dem Schluss: Remseck braucht in den nächsten 15 Jahren ein gemäßigtes Wachstum. Neubaugebiete sollen erschlossen werden. Die Gemeinde ist und bleibt eben in der Hauptsache ein bevorzugter Wohnstandort. Und wenn auch die Ausweisung neuer Baugebiete erhebliche Folgekosten nach sich zieht, von der Kanalisation bis zum Kindergartenplatz: Grundstücksverkäufe sind für Remseck immer noch die erste Wahl, wenn es gilt, die kommunalen Finanzen aufzubessern. Doch allein schon mangels Angebot und Nachfrage werden sie künftig nicht mehr die Rolle spielen wie bisher.

Remseck ist 25 Jahre alt, als ein Baby just zum Jubiläumsjahr 2000 die Gemeinde in eine heiße Debatte stürzt: Aufstieg zur Großen Kreisstadt – Ja oder Nein? Denn der ist jetzt mit 20 000 Einwohnern möglich. Eine Bürgerversammlung folgt. Im April 2003 geht der förmliche Antrag auf Stadterhebung nach Stuttgart, und an Neujahr 2004 beginnt die Geschichte der Großen Kreisstadt Remseck. Am 19. Januar 2004 kommt Ministerpräsident Teufel selbst zum Festakt in die Hochberger Bürgerhalle und über-

reicht die Urkunde zur Stadterhebung. Eines dürfte mittlerweile unübersehbar geworden sein: Die Stadt Remseck hat ihren Stellenwert im Umland zwischen Stuttgart und Ludwigsburg seither entscheidend gefestigt.

Mit dem Etikett »Große Kreisstadt« ist der finanzielle Spielraum freilich keineswegs größer geworden. Mehr als die Hälfte aller Einnahmen bleibt an das gesamtwirtschaftliche Auf und Ab gekoppelt, als da sind: Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Schlüsselzuweisungen und wie sie alle heißen. Die Gemeindesteuern, also Grund- und Gewerbesteuer, machen ganze 22 Prozent des Etats aus. Um auf Konsolidierungskurs zu bleiben, durchforsteten Arbeitsgruppen des Gemeinderats Jahr für Jahr den Haushalt. Das Haus der Feuerwehr links des Neckars bleibt dabei vorerst die eine große Investition.



Pattonville im Mai 2014.

Die John-F.-Kennedy-Allee trennt den Kornwestheimer Teil von Remsecks sechstem Ortsteil (rechts). Aufsiedlung und abrundende Bebauung gehen ihrem Ende entgegen.

Intelligente Lösungen sind gefragt. So findet sich im Rathaus Neckarremms Platz für zusätzliche Büroräume, und selbst die zentrale Registratur kommt noch unter. Oder das Haus der Jugend: Im Frühjahr 2005 nimmt ein Kran die Einzelteile des Gebäudes an den Haken und versetzt sie von der Neckarkanalstraße auf das betonierte Untergeschoss an der Meslay-du-Maine-Straße. Hier findet nun auch die Jugendmusikschule zu einem Teil ihre Heimat.

In Pattonvilles Mitte steht bereits das Dienstleistungszentrum, der »Pattonpoint«. Ein Discounter und ein Supermarkt siedeln sich an. 2006 öffnet das Bürgerzentrum, und auch in Pattonville gibt es jetzt ein Kleeblattheim. Getreu dem Konzept der kurzen Wege bietet der Pattonpoint II Gewerbeflächen für Handel und Dienstleistung unter seinem Dach, aber auch eine Kinderkrippe findet Platz. Heute hat die junge »Stadt im Grünen« bereits ihren zweiten Sportplatz und Kindergarten Nummer fünf. Mehr als 6000 Einwohner zählt sie, letzte Baulücken werden geschlossen, und 2016 wird die Aufsiedlung wohl beendet sein. Nebenbei gesagt: Der Schuldenstand ist eine glatte Null.

Remseck trotzt der Finanzkrise

Remseck trennt sich derweil von lieb gewordenen Dingen, konzentriert sich auf die Daseinsvorsorge. So entgeht die Aldinger Mühle nur mit knapper Not dem Abbruch. Gerade noch rechtzeitig findet sich ein Investor, der sie gastronomisch nutzt. Den Verkaufserlös fressen sogleich drastische Einbrüche bei der Gewerbesteuer auf. Und auch das Aldinger Schloss wäre für die Stadt nur ein unrentables Sanierungsobjekt gewesen. Die Bietigheimer Wohnbau-Gesellschaft hat es zum Wohnhaus gemacht und hier sichtbare Historie mit modernem Ambiente verbunden, freilich um den Preis erheblicher Instandsetzungsarbeiten.

Und schließlich gibt es auch das: Als im schneereichen Winter 2006 ein Hallendach in Bad Reichenhall einstürzt, wird aus Aldingen Gefahr im Verzug gemeldet und die Kleinsporthalle gesperrt. Der Neubau einer Drei-Feld-Halle, 2007 begonnen und 2009 eröffnet, war mit satten 3,8 Millionen Euro das größte Bauprojekt jener Jahre.

Ein Glück nur, dass dies zugleich recht ertragreiche Jahre waren. Die florierende Wirtschaft spülte unerwartet hohe Einnahmen in Remsecks Stadtsäckel. 2008 wurde dann sogar zum besten Finanzjahr der Stadt: Aus dem laufenden Betrieb flossen 8 Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau öffentlicher Gebäude. Der drastische Schuldenabbau seit 1997 von 20 Millionen Euro auf 6 Millionen hatte zudem die Zinslast erheblich vermindert.

Doch dann kam die Finanzkrise des Jahres 2008, und ihr folgten massiv wegbrechende Einnahmen. Für die Haushaltsjahre 2010 bis 2012 hieß das: 15 Millionen Euro Mindereinnahmen. Nur gut, dass Remseck die fetten Jahre weidlich genützt hatte, um den Sanierungsstau bei Schulen und Kindergärten aufzulösen. Ja, die Stadt verstand es sogar, das Beste aus der Finanzkrise zu machen. Als nämlich Bund und Land ihre Konjunkturpakete schnürten, fackelte Remseck nicht lang und griff tief in die Fördertöpfe: 4 Millionen Euro war am Ende die Ausbeute. Mit der Folge, dass nun der Spaten immer öfter zum Handwerkszeug der Verwaltungsspitze gehörte, mit dem sie herzhafte in den Mutterboden stach. In Aldingen und Hochdorf sind es zwei Kindertagesstätten, die komplett umgebaut und um Neubauten ergänzt werden. Hochberg bekommt einen nagelneuen Kindergarten Waldallee, und die Realschüler



*Umgebaut und neu genutzt:
Das Aldinger Schloss vereint seit 2014 Historie mit modernem Ambiente.*

dürfen sich in Pattonville über einen Erweiterungsbau freuen. Ärgerlich nur, dass die Kosten statt der ursprünglich veranschlagten 3 Millionen Euro zunächst bei genehmigten 4 Millionen und nach der Abrechnung schließlich bei 4,4 Millionen angelangt sind.

Dank einer Stiftung gibt es ein Haus der Bürger, wo sich zusammen mit der Bürgerstiftung bald viel ehrenamtliche Arbeit entfaltet. Hochdorf erhält 2011 eine neue Gemeindehalle, gefördert aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Und dann, im September 2012, ist das Feuerwehrhaus Rechts des Neckars betriebsfertig. Die Remsecker Wehr hat sich damit binnen eines Jahrzehnts völlig neu ausgerichtet. Vorbei die Zeiten, als man sich 1975 nur mit Hängen und Würgen auf einen gemeinsamen Kommandanten verständigen konnte, im Übrigen aber auf fünf eigenständigen Abteilungen beharrte. Heute zählen nicht mehr irgendwelche Ortsteil-Paritäten, sondern ausschließlich einsatztechnische Gesichtspunkte. Und, man höre und staune: Derartige Überlegungen machen mittlerweile auch vor Kreisgrenzen nicht mehr halt. Denn aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Waiblingen ist im Feuerwehrhaus Rechts des Neckars seit September 2015 eine Drehleiter stationiert, die auch für Einsätze in Hohenacker und Bittenfeld zur Verfügung steht. Ein klarer Vertrauensbeweis also für die Remsecker Wehr. Und was das Beste daran ist: Diese Zusammenarbeit mit dem Nachbarkreis wurde mit der außerordentlich hohen Förderquote von zwei Dritteln der Kosten honoriert.

Remseck ist Schlusslicht unter den 25 Großen Kreisstädten der Region. Schlusslicht, was die Ausgaben für seine Verwaltung betrifft. Und das ist sehr gut. Remseck ist aber auch Schlusslicht beim Aufkommen der Gewerbesteuer. Und das ist nun weniger gut. Zudem sind arbeitsintensive Unternehmen Mangelware. Aus dem Aldinger Gewerbegebiet freilich ließe sich mehr machen. Seine Aufwertung ist im Gang, und einen neuen Namen hat es auch schon bekommen: »Gewerbepark Aldinger Schleuse«. In Neckargröningen wird es zusätzliche Flächen geben, denn die Erweiterung von Rainwiesen II ist beschlossene Sache.

Lebenswerte Stadt

Es lässt sich aber auch gut wohnen hier in Remseck, freilich nicht ganz billig. Landtagspräsident Wolf hat beim Neujahrsempfang 2013 darauf hingewiesen: Die Remsecker Mietpreise halten im Spiegel-Ranking den Platz 30 unter Deutschlands Städten. Nehmen wir auch das als weiteres Indiz dafür, dass Remseck zu den angesagten Wohnorten im Speckgürtel von Stuttgart gehört. Zugleich heißt das: Wer in Remseck wohnt, erwartet mehr als eine dörflich-ländliche Infrastruktur. Betreuung und Bildung stehen dabei an vorderster Stelle, sind doch die knapp 25 000 Remsecker jünger als der Bundesdurchschnitt. Und gerade da kann die Stadt punkten, nachdem sie Jahr um Jahr neue Kitas gebaut, vorhandene saniert und erweitert hat.

Selbst die gesetzlichen, gesellschaftspolitisch gewollten Vorgaben mit ihren hohen Standards für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren konnten geschultert werden. Remseck hat hierbei eine Versorgungsquote von 40 Prozent erreicht. Und mit dem Bau und der Ausstattung von Räumen ist es ja längst nicht getan. Selbst wenn die Suche auf dem ziemlich leergefegten Markt für Erzieherinnen erfolgreich ist, braucht es weiteres Personal für Reinigung, Verwaltung und Organisation. Auf diese Weise hat sich der Personalstand im Erzieherbereich binnen weniger Jahre mehr als verdoppelt. Alles in allem sind es 16 Kindertageseinrichtungen in Remseck, dazu sechs weitere Tagesstätten in Pattonville. Ganztagesbetreuung, Kinderkrippe und Kleinkindbetreuung – alle Formen sind vertreten. Nicht zu vergessen die Horte in Aldingen, Neckarrems und Pattonville und die Kernzeitbetreuung an fünf Grundschulen.

Doch erinnern wir uns an die Zeit vor 40 Jahren: Der Landesregierung ging es damals mit der Gemeindereform ja nicht nur darum, die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Vielmehr sollten die größeren kommunalen Einheiten imstande sein, alle Schuleinrichtungen, alle Sport- und Kultureinrichtungen zu tragen. Heute haben wir eine Grundschule in jedem Ortsteil. Die Realschule in Pattonville ist erweitert und in Teilen saniert worden. Das Bildungszentrum, mittlerweile ausschließlich Domizil des Lise-Meitner-Gymnasiums, wird ab Herbst 2015 eine generalüberholte Sporthalle und zwei neu gebaute Gymnastikräume sowie einen Kletterturm haben. Daraus werden sich auch den Vereinen neue Chancen eröffnen, insbesondere für den Gesundheits- und den Seniorensport. Kostenpunkt hier: rund 6 Millionen Euro. Die Wilhelm-Keil-Schule in Aldingen schließlich ist seit dem letzten Schuljahr eine Gemeinschaftsschule. Sie bietet den Haupt- und Realschulabschluss, nach der 10. Klasse ist der Übergang aufs Gymnasium möglich.

Nun ist es ja eine ausgemachte Sache, dass die Bindung an einen Ort immer dort besonders eng wird, wo man zugleich arbeitet und wohnt. Ein klarer Minuspunkt

also für Remseck mit seinem hohen Anteil an Auspendlern. Den müssen die weiterführenden Schulen ausgleichen. Denn hier wird nicht mehr nach sechs Ortsteilen unterschieden; hier sitzen ganz einfach Remsecker Jugendliche im Unterricht: An der Gemeinschaftsschule in Aldingen ebenso wie an der Realschule in Pattonville oder am Gymnasium.

Vieles andere muss hier ausgespart bleiben. Allein in Sachen Vereine gäbe es ja einen ganzen Katalog von Angeboten für Freizeit und soziale Kontakte zu nennen. Oder denken wir an die sportlichen und kulturellen Ereignisse, die Aldinger Kirbe, die Feste an den Feuerwehrhäusern und das Neckarremser Straßenfest. Neckargröningen hat 2006 sein 1200-Jahr-Fest gefeiert, und Hochdorf folgte 2011 mit 850 Jahren. Nicht zu vergessen die ortsteilübergreifenden Events, die Sportlehrungen, Remsecks 25-jähriger Geburtstag oder die Feier zum 40-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit Meslay-du-Maine.

Kaum ein Ende fände sich, wollte man jetzt noch all die Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre aufzählen. Aber sie begegnen ja auf Schritt und Tritt, in allen Ortsteilen: In der Cannstatter Straße oder in der Wasenstraße oder, als jüngstes Beispiel, im oberen Bereich der Ludwigsburger Straße. Ja, selbst die vielgeplagte Hauptstraße in Hochberg putzt sich heraus, so gut es geht.

Die Zukunft beginnt in der Neuen Mitte

Apropos Hochberg: Das führt unweigerlich auf das Thema Durchgangsverkehr. Und der sucht diesen Ortsteil besonders arg heim. Fatalerweise ist es aber so, dass aufgrund der topografischen Lage nur eine große, sprich: teure Lösung das Übel an der Wurzel packen kann: ein Tunnel für 46 Millionen Euro. Bei 5000 Fahrzeugen in der engen Straßenschlucht mitten durch den Ort könnten Lkw-Fahrverbot und Pflörtnerampel allenfalls entlastende Maßnahmen sein.

Und dann der zweite, nicht minder schlimme Brennpunkt des automobilen Geschehens: die Remstalstraße. 33 000 und mehr Fahrzeuge quälen sich hier Tag für Tag über die Neckarbrücke. Der Dauerstau vervielfacht noch die Plage, den Lärm, die Abgase, den Feinstaub, den Dreck. Dabei ist Remseck immer noch außen vor, was die Umweltzone betrifft. Für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette bieten sich auf Remsecks Straßen daher elegante Ausweichstrecken.

Die Probleme sind also nicht hausgemacht; um es noch einmal zu sagen: Remsecks Ortsteile werden vom Durchgangsverkehr überrollt. Es wäre folglich Sache der regionalen Planungsstellen, hier Abhilfe zu schaffen, mit einem Nordoststring. Der war jahrzehntelang auch im Gespräch; zuerst vierspurig, dann zweispurig, und nun ist er auf Eis gelegt. Ja, eine Neckarbrücke beim Stuttgarter Klärwerk, das wäre der große Wurf gewesen. Doch der gelang nicht, weil jeder sich selbst der Nächste ist. Kommunen machen da keine Ausnahme.

Nun hat Remseck aber den Vorteil einer natürlichen geografischen Mitte. Schon die Entwicklungsplanung von 1976 hatte darauf ein Auge geworfen, nämlich auf den Standort Rathaus Neckarremms und das anschließende Gelände am Neckar, will heißen: das Kieswerk. Hier sollte angesiedelt werden, was so eine Reformgemeinde an zentralen Einrichtungen braucht: ein Bürgerhaus, Veranstaltungsräume für größere Versammlungen und für die Erwachsenenbildung, dazu Arztpraxen, Gaststätte, Café, Grünanlage und Bootsanlegestelle.



*Blick auf Neckargröningen, Postkarte aus der Zeit um 1960.
Der Verkehr auf der Neckarbrücke bereitete damals noch keine Sorgen.
Rechts unten an der Mündung der Rems in den Neckar der alte Sportplatz von
Neckarrems, auf dem zu Beginn der 70er Jahre das neue Rathaus erbaut wurde.*

Anderorts musste man sich ein Stadtzentrum erst noch schaffen und die Verkehrslinien mit viel Mühe daraufhin ausrichten. Remsecks Mitte war von Anfang an da. Nur: Sie ist bis heute leer geblieben. Andere, drängende Projekte bekamen Vorrang und beanspruchten die finanziellen Ressourcen. Außerdem wartete man voller Ungeduld auf den Nordostring. Hätte es wenigstens eine planerische Konzeption gegeben, stünde das Haus der Bürger heute vielleicht an zentralerer Stelle.

Am Ende war eine grundsätzliche Entscheidung unausweichlich: Sollten künftige Vorhaben nach Belieben in den Randgebieten angesiedelt werden, oder war es nicht besser, sie zu konzentrieren? Und zwar genau dort, wo Stadtbahn und Stadtbus längst einen Verkehrsknoten bilden? Wo jeder vorbeikommt, der den Öffentlichen Personennahverkehr benützt; wo folglich auch der Dienstleistungssektor einen optimalen Standort finden wird. Denn wer Augen hat zu sehen, weiß es längst: Ob ärztliche Versorgung oder Einkaufsmöglichkeit – die Ortsteile dünnen in dieser Hinsicht immer mehr aus. Und sie spiegeln dabei nur wider, was landauf, landab stattfindet.

So stand am Ende dieser Überlegungen 2008 das Ja zur Neuen Mitte. Ein Wettbewerb sollte dazu die planerischen Vorstellungen entwickeln. Im Siegerentwurf von 2011 wurde geradezu plastisch sichtbar, welche städtebaulichen und landschaftsgestalterischen Möglichkeiten sich hier boten. Um nicht weiter ins Detail zu gehen, sei nur auf die Bürgerbeteiligung hingewiesen, bei der sich nicht wenige Remsecker

mit Rat und Tat eingebracht haben. Nur so viel sei gesagt: Den ersten Abschnitt wird das Verwaltungsareal am Hechtkopfbilden, mit neuem Rathaus und Bürgersaal; Baubeginn wird 2016 sein.

Und da sind wir schon wieder bei Remsecks Erblast angelangt: Dem Durchgangsverkehr. Per Westrandstraße und Westrandbrücke soll er, wie der Name es schon sagt, an der Neuen Mitte vorbei und aus der Stadt hinaus gelenkt werden. Dann dürfte es auch möglich und sinnvoll sein, der Remstalstraße ein neues Outfit zu verpassen. Und 2019 wird die Remstal-Gartenschau vollends einen Hauch von City bescheren. Der Neckarstrand an der Remsmündung gibt ja bereits einen Vorgeschmack darauf, wie die bis dato brach liegende Flusslandschaft erlebbar werden kann. Das anschließende Grünprojekt wird sodann auch Hochberg in die Neue Mitte einbeziehen.

Gewiss, das alles ist nicht umsonst zu haben. Der öffentliche Bereich der Neuen Mitte wird wohl mit gut 22 Millionen Euro zu Buche schlagen, die Hälfte davon geht auf den Rathausbau. Gleich mehrere Gründe sprechen für diese Investition: Die Stadt erspart sich damit nicht nur die millionenschwere Sanierung der bestehenden Rathausgebäude, sondern auch Mietkosten über viele Jahre. Und zudem kann sie ja Verkaufserlöse gegenrechnen, zum Beispiel aus dem Neckargröniger Rathaus. Im Übrigen schmilzt die momentane Schuldenlast immer mehr zusammen; Ende 2015 dürften nicht viel mehr als 2 Millionen davon übrig sein.

Der dies alles in die Wege geleitet hat, ist nunmehr Ruheständler: Am 31. August 2014 hat Karl-Heinz Schlumberger sich zum letzten Mal von Amts wegen auf den Weg ins Rathaus gemacht, nach 16 Jahren im Dienste Remsecks und seiner Bürger. Für Kontinuität steht Karl-Heinz Balzer, seit 1992 Beigeordneter und Erster Bürgermeister. Die Pflöcke sind eingeschlagen, Oberbürgermeister Dirk Schönberger wird den Weg fortsetzen, dabei aber gewiss auch seinen eigenen Stil finden. Am 2. Oktober 2014 ist er ins Amt eingesetzt worden. Dass zu diesem Geschäft Geschick und Ausdauer beim Bohren dicker Bretter nötig ist, lehren die 40 Jahre Remseck. Und genau das ist ihm zu wünschen: Allzeit glückliche Hand und langer Atem.

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Remseck

Gemeinderatsprotokolle 1969–1974: Aldingen, Hochberg, Hochdorf, Neckargrönigen, Neckarremms

Az. 020.1: Gemeindereform 1968–1975

Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1972/76.

Nikolaus Back: Von Filderlinden nach Filderstadt. Die Gemeindereform von 1975, Filderstadt 2000 (Filderstädter Schriftenreihe Bd. 14).

Manfred Bulling: Die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, in: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 1–35.

Karl Römer: Die Gemeinde- und Kreisreform in Baden-Württemberg (1967 bis 1975), in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 68 (2009) S. 391–407.

Rolf Rommel: Die Gemeindereform im Schorndorfer Raum, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung 14 (1998) S. 101–152.

Dieter Schimanke: Verwaltungsreform Baden-Württemberg. Verwaltungsinnovation als politisch-administrativer Prozess, Berlin 1978.

Buchbesprechungen

Ernst Kranich: Hochdorf/Enz. Vom Ritterdorf zur Wohngemeinde. Eberdingen 2014, 544 S., Abb.

Im Rahmen der baden-württembergischen Gemeindereform entstand im Jahr 1975 durch Zusammenschluss der bis dahin eigenständigen Gemeinden Eberdingen, Hochdorf an der Enz und Nussdorf die Einheitsgemeinde Eberdingen. Über viele Jahrhunderte hatten – infolge ihrer unterschiedlichen Eigentümer – die drei nachmaligen Teilorte der Gesamtgemeinde ihre eigene, oft voneinander abweichende Geschichte.

Ernst Kranich, der letzte Bürgermeister (1971–1975) der damals noch selbstständigen Gemeinde Eberdingen, hat in dreijähriger beispielhafter Fleißarbeit in den verschiedenen Staats-, Gemeinde- und Kirchenarchiven und in Gesprächen mit älteren Einwohnern die Geschichte des Strudelbachorts erforscht. Das Ergebnis dieser Arbeit ist das knapp 580 Seiten starke Heimatbuch »Eberdingen. Ein Dorf im Wandel der Zeit« (Besprechung in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 68/2014). Jetzt, nur zweieinhalb Jahre später, veröffentlicht derselbe Autor über die frühere Nachbargemeinde Hochdorf ein ebenso umfangreiches Ortsbuch.

Bisher war, wer etwas über die Geschichte dieses Dorfes erfahren wollte, vor allem auf die 1979 im Rahmen der Hochdorfer 1200-Jahr-Feier publizierte Festschrift angewiesen. Ansonsten fanden sich nur Einzelbeiträge in verschiedenen Publikationen, wie z.B. in den Ludwigsburger Geschichtsblättern oder aber vor 1975 im Mitteilungsblatt der Gemeinde veröffentlichte ortshistorische Kurzbeiträge.

Ernst Kranich hat in dem jetzt vorliegenden Heimatbuch versucht, die Hochdorfer Ortsgeschichte umfassend darzustellen. Zwar verlief diese in vielem ähnlich wie in den anderen Ortsteilen der heutigen Gesamtgemeinde Eberdingen, doch gibt es für Hochdorf Besonderheiten: Im Gegensatz zu Nussdorf und Eberdingen, die seit dem 16. Jahrhundert württembergischem Recht unterstanden, war Hochdorf ab dem 14. Jahrhundert bis Ende 1805 ein ritterschaftlicher Ort und von seinen adligen Ortsherren wesentlich stärker abhängig als seine Nachbarorte. Aufgrund seiner Nähe zur Durchzugsstraße hatte das Dorf auch viel mehr unter Kriegsschäden (Einquartierung, Plünderung, Brandschatzung) durch die vorüberziehenden französischen Kriegsheere zu leiden als die Nachbarschaft.

Das vorliegende Heimatbuch will weder eine chronologische Auf- und Aneinanderreihung der historischen Ereignisse bieten, noch kann es lückenlos sein. Bewusst wurde auch die für Hochdorf bedeutende Zeit der Kelten im vorliegenden Werk nur gestreift. Denn hier liegt seit der Entdeckung (1978) des Prunkgrabes eines hallstattzeitlichen Fürsten und dem 1991 eröffneten Keltenmuseum bereits umfangreiche Literatur vor.

Der Autor hat den Band in zehn Kapitel (mit zahlreichen Unterkapiteln) und einen Anhang gegliedert, die in einem umfangreichen Inhaltsverzeichnis zu Beginn des Buches aufgeführt sind. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a.: Hochdorf bis zum Ende der Frühen Neuzeit (1806), Gutsverwaltung und Hochdorfer Schloss, Hochdorf im

Kurfürstentum und Königreich Württemberg (1805–1918), dann ein Überblick über die Zeit der Weimarer Republik, des Dritten Reichs und Zweiten Weltkriegs bis zur Nachkriegszeit.

Breiten Raum nimmt ein Kapitel zur Beschreibung der Gemeinde ein: Das Dorf, seine Markung und Einrichtungen; Einwohner, Gemeindeverwaltung; Gerichtsbarkeit; gemeindeeigene Gebäude und Einrichtungen. Kleinere Abschnitte beschäftigen sich mit Gemeindefinanzen, Bürgernutzungen, Sitte und Brauchtum, Gesundheitswesen und Krankenpflege, ferner mit den Straßen und Wegeverbindungen.

Gesonderte Teile umfassen die Themen Kirche, Schule, Kindergarten und Ortsbücherei sowie die wirtschaftliche Entwicklung (Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Gaststätten, Hochdorfer Waldungen und die Jagd, Brief-, Post-, Bus- und Bahnverkehr, Bankwesen u.a.). Ein weiteres Kapitel behandelt Familien und Persönlichkeiten, Vereine und Genossenschaften. Schließlich wird noch über die Gemeindeentwicklung ab den 1950er Jahren bis zur Kreis- und Gemeindereform informiert.

Die Texte werden durch alte Schwarz-Weiß-Fotos illustriert, die großenteils mit ausführlichen Bildunterschriften versehen sind und die Dorfgeschichte zusammen mit einigen historischen Plänen sowie mehreren Tabellen (u.a. Hofgüter, Nutzung landwirtschaftlicher Pachtflächen, Entwicklung der Einwohnerzahlen, Schulheissen und Bürgermeister, Auswanderer, in Hochdorf tätige Pfarrer, Schulmeister und Lehrer usw.) anschaulich machen.

Der Anhang schließlich enthält – ergänzend zu den auf den Textseiten stehenden Fußnoten mit den jeweils verwendeten Quellen – ein gesondertes Quellen- und Literaturverzeichnis, einen Bild- und Unterlagennachweis sowie eine Zeittafel. Außerdem findet man hier auch hilfreiche Aufstellungen über alte Gewichte, Maße, Münzen u.a. Was allerdings vielleicht gelegentlich vermisst werden wird, ist ein Sach- und Personenverzeichnis.

Insgesamt ist dieses neue Heimatbuch von Ernst Kranich ein gelungenes Werk, das dem Leser immer wieder neue interessante Eindrücke und Informationen vermitteln wird.

Hans-Christoph Knippel

Pädagogisch-Kulturelles Centrum (Hrsg.): Damit die Anfänge nicht vergessen werden. Neubeginn in der ehemaligen Synagoge Freudental. Freudental 2015, 114 S., Abb.

Freudentals Vergangenheit ist eng mit der Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde verknüpft. Aktuell ist es das Pädagogisch-Kulturelle Centrum (PKC), mit dem Freudental assoziiert wird. Selbstverständlich ist das nicht, denn im Oktober 1979 sah der Gemeinderat von Freudental keine Notwendigkeit mehr, die als Lagerhalle und Werkstatt von einem Privatmann genutzte ehemalige Synagoge zu restaurieren, und war auch bereit, einen Antrag auf Abbruch zu befürworten, zumal der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland kein Interesse an der Erhaltung der maroden Synagoge zeigte. Als im Januar 1980 tatsächlich ein Antrag auf Abbruch gestellt wurde, schlossen sich engagierte Bürger in einer Initiative zur Rettung der Synagoge zusammen, aus der dann der Förder- und Trägerverein Ehemalige Synagoge Freudental hervorging. Im Herbst 1981 erwarb der Förderverein das Gebäudeensemble. Ein Jahr später konstituierte sich das PKC als künftiger Nutzer der Synagoge. Nach umfangreichen Restaurierungs- und Umbauarbeiten konnte die Synagoge am 17. Januar 1985 eröffnet werden.

Aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums hat das PKC die vorliegende Broschüre zusammengestellt, »damit die Anfänge nicht vergessen werden«. Nach einem reich bebilderten Abriss der Ereignisse der Jahre 1978 bis 1985 werden die beiden Initiativen Förderverein und PKC mit ihren Vorständen und Gründungsmitgliedern vorgestellt. Eine umfangreiche Sammlung von Pressestimmen schließt sich an. Die kulturellen Aktivitäten des PKC und die langjährige Partnerschaft der beiden Landkreise Ludwigsburg und Oberes Galiläa sind das Thema eines weiteren Kapitels. Eine kurzgefasste Geschichte der jüdischen Gemeinde von Freudental beschließt die Broschüre über die Wiedergeburt der Freudentaler Synagoge.

Günther Bergan

Albert Sting (Hrsg.): Klangwelt mit großer Tradition. Die neue Orgel der Stadtkirche Ludwigsburg. Ludwigsburg 2015, 104 S., Abb.

Jubilate! Ludwigsburg hat wieder eine Königin, die vierte seit 1742 in ununterbrochener Folge. An Ostern 2015 stellte sich die Königin der Instrumente das erste Mal den Ludwigsburgern in der evangelischen Stadtkirche öffentlich vor. Zu ihrem Empfang hat die Stadtkirchengemeinde ein gebundenes Buch herausgebracht, das allen Interessierten und Freunden die neue Orgel sowie die Geschichte ihrer drei Vorgängerinnen vorstellt. In hellem Weiß erstrahlt, wie der Orgelprospekt, auch der Einband des Buches. Albert Sting als Herausgeber und Holm Wolschendorf als Fotograf haben bei der Auswahl der Textbeiträge und der Fotos »alle Register gezogen«, um das Werk der Orgelbaufirma Johannes Klais aus Bonn gebührend zu würdigen.

Im Mittelpunkt des Buches stehen der von Martin Kaleschke, dem Organisten der Stadtkirche, und Albert Sting verfasste Beitrag über die wechselvolle Geschichte der Stadtkirchen-Orgeln sowie eine Fotodokumentation über den schrittweisen Aufbau der Orgel. Dem Laien, der sich bislang nur vom Klang einer Orgel beeindruckt ließ, eröffnen sich bei der Lektüre des Textes neue, bisher fremde Welten, in denen von Schleif- und Kegelladen, Kanzellen, gedeckten 32-Fuß-Pfeifen und romantischer Stimmung die Rede ist. Fabian Wöhrle unternimmt zwar den Versuch, die Funktionsweise der Orgel zu erklären, aber auf zwei Seiten, die ihm zur Verfügung stehen, kann er die aufgetretenen Fragen leider nicht zufriedenstellend beantworten. Die Fotodokumentation dagegen spricht für sich. Sie ermöglicht einen faszinierenden Blick hinter die Kulisse des Orgelprospekts auf die Geburt eines technischen Wunderwerks hoher Handwerkskunst und größter Präzision, auf ein mehrstöckiges Orgelgehäuse mit wohlgeordneten Hebeln und Abstraktenleisten der Traktur sowie nach Größe aufgereihten Pfeifen aus Metall und Holz.

Nachdem 2003 feststand, dass die bisherige Walcker-Orgel mit vertretbarem Aufwand nicht restauriert werden konnte, erhielt die Firma Johannes Klais 2011 den Auftrag zum Bau einer neuen Orgel. Zur Beschaffung der dazu benötigten Geldmittel wurde ein Förderverein gegründet, der ideenreich und unermüdlich in einem »Spendenmarathon« von zwölf Jahren einen Großteil der veranschlagten Bausumme aufbrachte. Ein Bericht über die Firma Klais, Gedanken von Siegfried Bauer über die Wirkung von Musik sowie eine für Fachleute sicher aufschlussreiche Zusammenstellung der Dispositionen der vier Orgeln runden das Buch ab.

Günther Bergan

Günther Mäule: Der Zeppelin kommt! Ludwigsburg, Graf Zeppelin und seine Luftschiffe. Freiberg/N. 2014, 148 S., Abb.

»Der Zeppelin kommt!« – ein Ruf, der vor gut 100 Jahren die Menschen frühmorgens aus den Betten trieb, um als Zeugen die surrende Vorbeifahrt eines Luftschiffs über den Dächern der Stadt bestaunen zu können. Der Zeppelin faszinierte Anfang des 20. Jahrhunderts die Menschen mit seiner Größe. Er revolutionierte das Verkehrswesen, die Länder jenseits des Atlantiks rückten durch ihn näher an Europa. Außerdem erkannten die Militärs sehr schnell, welche Möglichkeiten ihnen der Zeppelin bei Kriegseinsätzen bot.

Wer zunächst nur den Titel des Buches gelesen hat, wird sich fragen, was Ludwigsburg mit dem Zeppelin bzw. mit dem Grafen verbindet. Der Autor bemerkt dazu im Vorwort: »Dieses Buch möge mehr über den Soldaten Graf Zeppelin und seine Verbindung zu Ludwigsburg vermitteln. Die Entwicklung seiner Luftschiffe und anderer europäischer Luftschiffprojekte werden ebenso erwähnt, wobei der Schwerpunkt Graf von Zeppelin in Ludwigsburg und seine Luftschiffe über Ludwigsburg ist.« Der Autor widmet sein Werk dem Zeppelin-Sammler und Luftfahrt-Experten Erwin Regele zum 100. Geburtstag.

Die Beziehungen des Grafen Zeppelin zu Ludwigsburg sind zum einen familiärer und zum anderen beruflicher Art. Der Graf begann seine militärische Karriere mit der Ausbildung an der Ludwigsburger Kriegsschule und war danach einige Zeit in Ludwigsburg stationiert. Die Entwicklung und Konstruktion sowie der Bau des Zeppelins haben aber nichts mit Ludwigsburg zu tun, außer dass die Fabrikanten Hermann und Robert Franck, wie viele andere Deutsche auch, die »Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt« finanziell unterstützten. Allerdings überfuhren zwischen 1908 und 1936 verschiedene Luftschiffe unter großer Begeisterung der Bevölkerung gut ein Dutzend Mal die Stadt Ludwigsburg. Ohne es im Einzelnen näher zu erwähnen, hat Günther Mäule wohl die Sammlungsbestände von Erwin Regele gesichtet und, mit eigenen Kommentaren und Texten versehen, in diesem Buch chronologisch zusammengestellt. Zeppelin-Freunde werden ihre Freude daran haben.

Günther Bergan

Beate Volmari: Voller Spannung. 100 Jahre Wasserkraftwerk Pleidelsheim.

Geschichte(n) von König, Konsul und Kanalarbeitern. Pleidelsheim 2015, 112 S., Abb., techn. Zeichnungen.

Am 9. Februar 1915 weihte König Wilhelm II. von Württemberg höchstpersönlich nach standesgemäßer Anfahrt auf dem neuen Werkskanal das bis dato größte Kraftwerk im Königreich ein. Seit diesem denkwürdigen Tag für die kleine Neckargemeinde versorgte das vom Stuttgarter Bankier Karl Ludwig Albert Schwarz initiierte ehrgeizige Projekt die Landeshauptstadt mit Elektrizität. Das in knapp zweijähriger Bauzeit errichtete Kraftwerk sollte fortan einen wichtigen Beitrag für die allgemeine Beleuchtung der Stadt Stuttgart leisten. Die anfangs unter dem Namen Elektrizitätswerk Beihingen-Pleidelsheim gegründete AG war aufgrund der vereinbarten Stromlieferverträge mit anderen Städten lange Zeit unter der Bezeichnung Kraftwerk Altwürttemberg AG (KAWAG) kreisweit bekannt. Seit der Fusion im Jahre 2001 gehört das Kraftwerk zur Süwag Energie AG.

Die Gemeinde Pleidelsheim erinnert als Herausgeber mit dieser Veröffentlichung an das 100-jährige Bestehen der Wasserkraftanlage Pleidelsheim. Durch den Bau und Betrieb des Kraftwerks hob sich Pleidelsheim vor hundert Jahren aus dem Dunstkreis der umliegenden landwirtschaftlich geprägten Dörfer ab und galt lange Zeit als

technisch fortschrittliche Gemeinde mit überregionaler Bekanntheit. Eine gelungene Wissenstransformation der Energiegewinnung aus Wasserkraft beinhaltet dieses Werk. Der Band ist mit – zum Teil hier erstmals veröffentlichten – historischen und aktuellen Aufnahmen üppig bebildert. Zeitungsausschnitte, Aktenauszüge, Grafiken sowie technische Zeichnungen als auch historische Ansichtskarten ergänzen sinnvoll die einzelnen Kapitel.

In dem Jubiläumsband erfährt der Leser in insgesamt 19 Kapiteln neben der Entstehungsgeschichte und dem Prozess der Stromerzeugung auch die Auswirkungen dieses Großbauprojektes auf Mensch und Natur bis zum heutigen Tag. Ein Großteil der Kapitel im Buch befasst sich mit der Planung und Finanzierung des Baus sowie mit der Eröffnung und dem Einfluss des Großprojekts auf die dörflichen Strukturen. Dabei werden die Ausführungen zum Bau der Wasserkraftanlage mit Wehr und Kraftwerkskanal durch beeindruckende Bilder von den damals modernsten technischen Gerätschaften wie Dampfbagger, Feldbahnen und Betonieranlagen und den vielen einheimischen Arbeitern sowie Fremdarbeitern aus Österreich, der Schweiz oder Italien ergänzt. Neben der technikgeschichtlichen Darstellung der Entwicklung der Stromerzeugung werden auch sozialgeschichtliche Aspekte wie der Umgang der Pleidelsheimer Bevölkerung mit den ausländischen Arbeitern näher erläutert. Auch auf die spannende Lebensgeschichte des Konsuls und Bahai-Gläubigen Karl Ludwig Albert Schwarz, der als treibende Kraft dieses Projekt gilt und als Gründungs- und Vorstandsmitglied die Geschicke der KAWAG in den ersten Jahren leitete, wird in einem Kapitel eingegangen.

Die Auswirkungen des Kraftwerkbaus auf seine unmittelbare Umwelt werden in mehreren Kapiteln dargestellt. Dass hierbei auch Hochwasser und Eisgang bis in die jüngste Zeit eine nicht ungefährliche Rolle spielen, zeigen die aktuellen Bilder vom Hochwasser im Frühsommer 2013. Abgerundet wird dieses Werk von einer kleinen Firmengeschichte der heutigen Süwag Energie AG und einer allgemein gehaltenen geschichtlichen Entwicklung der Wasserkraft sowie dem Beginn der flächendeckenden Stromversorgung. Ein Quellenverzeichnis fehlt ebenso wenig wie der Bildnachweis. Freunden der lokalen Technikgeschichte sei daher dieses Buch ebenso wie den Sozial- und Heimatgeschichtsinteressierten empfohlen, verbunden mit dem Wunsch, dass dieser umweltfreundliche Energielieferant noch weitere 100 Jahre in Pleidelsheim am Neckar störungsfrei sein Werk vollführen kann. *Wolfram Berner*

Christian Rehmenklau: Literatur im Landkreis Ludwigsburg. Ein literarischer Führer: von A bis Z und von einst bis jetzt. Ludwigsburg 2013, 148 S., Abb.

99 literarische Portraits, von Jakob Friedrich Abel, einem Lehrer Schillers auf der Karlsschule, bis Eduard Zeller, einem Freund von David Friedrich Strauß und Friedrich Theodor Vischer. Christian Rehmenklau nimmt in seine Sammlung nicht nur Personen auf, die in der Stadt oder im Kreis Ludwigsburg literarisch tätig waren, wie Eduard Mörike, Justinus Kerner, Tony Schumacher oder Christian Friedrich Daniel Schubart, sondern auch solche, die eher zufällig oder »über zwei Ecken« mit Ludwigsburg in Berührung gekommen sind oder sich in ihrem Werk über Ludwigsburg geäußert haben, z. B. Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Silcher, Frederick Forsyth, Wilhelm Schussen oder Hermann Kurz.

Am interessantesten sind die Artikel, die sich mit den »Randerscheinungen« der Literatur rund um Ludwigsburg befassen und manche Überraschungen zu bieten

haben: Hans Henny Jahnn besuchte Ludwigsburg mehrmals, aber nicht als Schriftsteller, sondern als Orgelbauer und Freund von Oscar Walcker. Friedrich Kammerer ist bekanntlich der Erfinder des Reib-Zündholzes, aber auch der Großvater des Dramatikers Frank Wedekind. Ludwig Uhland nahm im Sommer 1819 an der verfassunggebenden Versammlung im Schloss teil. Joseph Süß Oppenheimer war kein Dichter, aber die Hauptperson von »Jud Süß«, einer Novelle von Wilhelm Hauff und eines Romans von Lion Feuchtwanger. Der berühmte Schauspieler und Dramatiker August Wilhelm Iffland trat mehrere Male im Ludwigsburger Schlosstheater auf. Und als letztes Beispiel: Fritz Teufel, der lange Jahre in Ludwigsburg wohnte und auch als Autor und freier Mitarbeiter der Berliner »Tageszeitung« tätig war.

Die Publikation ist informativ bebildert. Hinweise am Ende der Artikel verweisen auf aktuelle Bezüge wie Gedenktafeln, Straßennamen oder Erinnerungsstätten. Ein Verzeichnis einschlägiger Primär- und Sekundärliteratur gibt nützliche Hinweise bei der weiteren Beschäftigung mit der Literatur rund um Ludwigsburg. Generell hat Christian Rehmenklau nur Literaten in seine Sammlung aufgenommen, die ihr Lebenswerk bereits abgeschlossen haben. Frederick Forsyth bekam als einziger lebender Autor einen Platz in der Sammlung, weil er in seinem Weltbestseller »Die Akte Odessa« Ludwigsburg und die »Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« zu einem der Schauplätze der Handlung machte.

Günther Bergan

Claus-Peter Hutter (Hrsg): Maultaschen und Motoren. Stuttgart und das Neckarland in den 50er- und 60er-Jahren. Stuttgart 2014, 300 S., Abb.

Man muss das großformatige Buch schon in der Hand gehabt und durchgeblättert haben, um wirklich zu verstehen, was sich hinter diesem etwas seltsam anmutenden Titel in Form eines Stabreims verbirgt, nämlich ein »opulenter, wunderbarer Bildband, von einem ausgewiesenen Kenner der Region liebevoll und kompetent komponiert«. »Eine Hommage an die Menschen einer für uns heute bizarr anmutenden Zeit.« In der Tat hat Claus-Peter Hutter, der Leiter der Akademie für Natur- und Umweltschutz des Landes Baden-Württemberg, aus Privat- und Firmenarchiven, hauptsächlich aber aus den Bildarchiven des Hauses der Geschichte und des Landesmedienzentrums einen abwechslungsreichen Bildband mit Schwarz-Weiß-Fotos der 50er und 60er Jahre größtenteils von Stuttgart und der Neckarregion zusammengestellt. Das ausgewählte Bildmaterial beschreibt die erste Nachkriegszeit, den Wiederaufbau und den Aufschwung der Wirtschaft, die Mode, die Freizeitvergnügungen und Feste, das wachsende Selbstbewusstsein der Menschen und die üppiger werdenden Einkaufsmöglichkeiten der Wirtschaftswunder-Zeit.

Der Bildband lädt zum zwanglosen Blättern ein, zumal die begleitenden Texte knapp gehalten sind und die Bildunterschriften die benötigten Informationen liefern. Ältere Leser werden sich vielleicht mit unterschiedlichen Gefühlen an vergangene Zeiten erinnern, als die Königstraße in Stuttgart noch vollgestopft war mit Autos und Straßenbahnen, als noch Gärten und Felder die Ausfallstraßen der Orte säumten. Die Jüngeren werden über die Modeschauen der 50er Jahre schmunzeln und die sittsamen Kinder in der Schule bestaunen. All das hat höchstens indirekt etwas mit Maultaschen zu tun, wohl aber mit Motoren, denn die Region wurde schon immer von der Autoindustrie geprägt; entsprechend viele alte Automobile der Marken Mercedes und Porsche sind in dem Bildband zu bewundern.

Günther Bergan

Agnes Pahler / Dagmar Schmidt: Gärten und Parks in Stuttgart und Umgebung. Ostfildern 2014, 256 S., Abb.

Aus der großen Zahl der schönsten Gärten, Parks oder Grünanlagen in und um Stuttgart herum haben die Autorinnen eine persönliche Auswahl von 22 Anlagen getroffen, deren Besuch sie empfehlen. Man kann dort Pflanzen bewundern, sich an einer schön gestalteten Anlage erfreuen, auf geschichtliche Spurensuche gehen oder einfach nur die Ruhe genießen.

Zu der getroffenen Auswahl gehören bekannte historische Parkanlagen wie die Stuttgarter Schlossgarten-Anlagen, der Rosensteinpark, die Wilhelma oder – außerhalb von Stuttgart – das Blühende Barock in Ludwigsburg. Daneben enthält das Buch u.a. jedoch auch Anlagen wie den Botanischen Garten der Universität Tübingen oder die Schaugärten der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen, die der Lehre dienen, aber darüber hinaus auch Besuchern offen stehen.

Agnes Pahler ist studierte Gartenbauwissenschaftlerin und Autorin zahlreicher Gartenbaubücher. Dagmar Schmidt hingegen studierte Kunstgeschichte und Romanistik und bekleidet derzeit eine Projektstelle am Landesamt für Denkmalpflege. So liegt es nur nahe, dass sich die beiden Autorinnen den beschriebenen Gartenanlagen aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln nähern: aus dem der Gartenbauwissenschaftlerin und dem der Kunsthistorikerin. In ihren Beschreibungen verzichten sie bewusst auf vollständige Auflistungen von Pflanzen oder Ausstattungsgegenständen. Dafür ist es ihre Absicht, auf manchmal etwas versteckt liegende Schönheiten aufmerksam zu machen. Dies können dann botanische Besonderheiten sein oder auch geschichtliche Zusammenhänge. Sie möchten ihre Leser anregen, die beschriebenen Gartenanlagen zu besuchen und dort anhand der Beschreibungen mit Vergnügen manches an Kleinoden zu entdecken, was ihnen bisher wenig bekannt war.

Bevor die einzelnen Gartenanlagen beschrieben werden, gibt eine ausführliche Einleitung dem Leser einen Überblick über geografische und geologische Besonderheiten Stuttgarts. Hier finden wir auch – in die Geschichte der Stadt eingebettet – eine Abfolge der Entstehung und Entwicklung der fürstlichen, aber auch der bürgerlichen Gärten seit dem Mittelalter bis hin zu den modernen Grünanlagen und den Gartenschauen im 20. Jahrhundert.

Im Hauptteil des Bandes werden dann die 22 Gärten und Anlagen beschrieben. Jede der eindrucksvoll bebilderten Beschreibungen beginnt mit einer praktischen Zusammenstellung über Lage und Anfahrtsmöglichkeiten, Öffnungszeiten und gegebenenfalls Eintrittspreise. Auch andere nützliche Hinweise wie auf WC, Spielplätze oder Bewirtungsmöglichkeiten fehlen nicht. Ebenfalls ist jeweils die Internet-Adresse angegeben, und ein kleiner farbiger Lageplan gibt schon einmal einen einfachen Überblick über die Gartenanlage.

Nach diesen praktischen Angaben kommt in jeder der Beschreibungen erst einmal die Historikerin zu Wort: Sie gibt eine ausführliche Darstellung über Entstehung und historische Weiterentwicklung der einzelnen, zum Teil Jahrhunderte alten Anlage. Die Gartenbauwissenschaftlerin beschreibt dabei die jeweiligen botanischen Besonderheiten der Zeit. Bei den neuzeitlicheren Parks, wie z.B. dem Höhenpark Killesberg, liegt der Schwerpunkt natürlich auf der heutigen gärtnerischen Gestaltung.

Für den Interessierten sind in die einzelnen Beschreibungen immer wieder hierzu passende kleinere Artikel eingestreut, z.B. über besondere Pflanzen (Mammutbäume, Kamelien, Ginkgo, Streuobstbau, Pflanzen-Familien und -Arten u.a.) oder zu steinernen

Skulpturen (Rossebändiger, Nymphengruppe von Dannecker). Daneben gibt es auch kurze Abhandlungen über lokale Besonderheiten (Stuttgarter Werkstein, Travertin, gesundes Wasser, Kehrwoche).

Alle 22 Anlagenbeschreibungen sind mit beeindruckenden Fotos bebildert, die durch ihre teils aufwändigen instruktiven Erläuterungen schon das Blättern in diesem Buch zur Freude machen. Als Abschluss enthält der Band noch zehn Kurzbiografien von Gartengestaltern und Architekten in Stuttgart seit dem 16. Jahrhundert bis heute.

Hans-Christoph Knippel

Martin Blümcke / Wilfried Setzler (Hrsg.): »Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...«. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute. Tübingen 2014, 168 S., Abb.

Der Bund für Heimatschutz Württemberg und Hohenzollern, wie der Verein bis 1945 hieß, wurde 1909 in Stuttgart gegründet. Elf anlässlich einer Tagung zum hundertjährigen Bestehen des Vereins gehaltene Referate sind in dem vorliegenden Buch wiedergegeben. Sie beschäftigen sich mit der nicht immer einfachen Geschichte des Vereins, der durch seine strikte Ablehnung der modernen Architektur der 1920er Jahre und durch seine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus nicht immer positiv aufgefallen ist. Lesenswert die Kapitel, die die Auseinandersetzung mit den Architekten der Weißenhof-Siedlung in Stuttgart und dem »Neuen Bauen« kritisch behandeln, die sich mit Felix Schuster, dem Herausgeber der Vereinspublikation »Schwäbisches Heimatbuch« beschäftigen und die das Verhalten des Heimatbundes während der NS-Zeit sowie in den ersten Jahren des Neubeginns zumindest ansatzweise aufarbeiten. Ansatzweise deshalb, weil aus Ludwigsburger bzw. Oßweiler Sicht die Funktion von August Lämmle als Leiter des Heimatbundes von 1939 bis 1945 auf Seite 132 nur kurz angeschnitten wird.

Günther Bergan

Götz Adriani / Andreas Schmauder: 1514. Macht, Gewalt, Freiheit. Der Vertrag zu Tübingen in Zeiten des Umbruchs. Tübingen 2014, 512 S., Abb.

Eine gewichtige Publikation zur gleichnamigen Ausstellung in der Kunsthalle Tübingen, die sich mit ihrem Gewicht, vor allem aber mit ihrer opulenten Ausstattung und ihren fundierten Beiträgen deutlich vom Standard üblicher Ausstellungskataloge abhebt. Der Tübinger Vertrag von 1514 zwischen Herzog Ulrich und der Landschaft steht im Mittelpunkt des Buches, innerhalb des geschichtlichen Umfelds mit Kaiser Maximilian I. und Kaiser Karl V. als herausragenden Persönlichkeiten. Die Publikation ist in zehn Kapitel gegliedert. Nach einer thematischen Einführung zu Beginn jedes Kapitels werden die einzelnen, oft ganzseitig abgebildeten Exponate zusammen mit den benötigten Erläuterungen vorgestellt. Das romantisch verklärte Bild von Herzog Ulrich, das Wilhelm Hauff seinen Lesern im »Lichtenstein« vermittelte, wird nach der Lektüre der beiden Kapitel über den Herzog sicher etwas korrigiert werden müssen.

Günther Bergan

Hans Haug: Königin Charlotte von Württemberg. Bebenhausen wurde ihr zur Heimat. Tübingen 2015, 127 S., Abb.

Königin Charlotte (1864–1946) war die zweite Gemahlin des beliebten und volkstümlichen letzten Königs von Württemberg, Wilhelm II. (1848–1921). Während über

ihren Gemahl neben der Biografie von Paul Sauer bisher eine ganze Anzahl weiterer Publikationen erschienen ist, gibt es über Charlotte, die nicht nur die letzte württembergische Königin war, sondern auch die letzte unter den ehemals vier Königinnen in Deutschland, bisher nur wenig Literatur. Hans Haug hat sich aus Anlass ihres 150. Geburtstags vorgenommen, mit dem vorliegenden Buch diese Lücke zu schließen.

Nach seiner Abdankung als württembergischer König im November 1918 kamen Wilhelm II. und seine Gattin im Frühjahr 1919 für immer nach Bebenhausen. Er nannte sich nun »Herzog Wilhelm zu Württemberg«, ihre offizielle Anrede lautete hinfort »Herzogin Charlotte zu Württemberg«. Dennoch blieb sie für die Bebenhäuser nach wie vor bis zu ihrem Tod »d'Kenige«. Deshalb ist auch der Verfasser in seinen Ausführungen durchweg bei der Bezeichnung »Königin« geblieben.

Wie Diane, Herzogin zu Württemberg, in ihrem Grußwort schreibt, können wir »Herzogin Charlotte zu den Frauen aus dem Haus Württemberg zählen, die in ihrem jeweiligen Lebenskreis ihr würdiges Auftreten mit sozialem Engagement verbanden«. Charlotte stammte aus einer Nebenlinie des Hauses Schaumburg-Lippe, also aus einer der kleinen deutschen Dynastien, was viele Württemberger enttäuschte. Auch blieben dem Ehepaar Kinder versagt, worunter die Königin sehr litt. Wegen ihrer eher zurückhaltenden Art wurde sie gelegentlich als hochmütig betrachtet. Doch setzte sie sich als moderne Frau für die Mädchenbildung ein und begeisterte sich für Technik.

Das vorliegende Buch widmet sich vorwiegend dem zweiten Lebensabschnitt Charlottes in dem kleinen Ort Bebenhausen. Es vermittelt das Bild einer Frau, die ihr Leben meisterte und sich für die Kommune und die Angelegenheiten der Einwohner engagierte. Der Band handelt in einzelnen Kapiteln von Charlottes Geburt und Jugendzeit im Kreis ihrer Familie in Böhmen. Danach wird über ihre Ehe mit König Wilhelm II. berichtet. Obwohl Königin Charlotte auch auf vielen anderen Gebieten tätig war, ist den Menschen heute vor allem ihr soziales Engagement in Erinnerung.

Nach einem ersten Besuch in Bebenhausen wurde dem Königspaar dieser Ort (das »liebe Bebenhausen«) mit seinem Schloss zu einem ganz besonderen Aufenthaltsort. Hier finden sie 1918 nach der Revolution und der Abdankung des Königs ihren dauerhaften Wohnsitz, wo sie am Dorfleben weiter regen Anteil nehmen. Nach Wilhelms II. Tod wird dieser Ort dann Charlottes Witwensitz. Von hier aus unternimmt sie viele kleine Ausflüge und größere Reisen. Ihre letzten Lebensjahre sind geprägt von den Beschwerden des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit. Am 16. Juli 1946 stirbt sie in Bebenhausen; sie wird auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg neben ihrem Gatten und dessen erster Frau beigesetzt.

In einem letzten Kapitel hat der Verfasser eine Reihe der zahlreichen Anekdoten wiedergegeben, die sich um die letzte württembergische Königin ranken. Ergänzt wird das Buch durch einen Anhang mit Quellen- und Literaturverzeichnis sowie einem Bildnachweis. Informativ sind die Stammtafel der Königin Charlotte von Württemberg und die Zeittafel. Der ganze Band ist reich illustriert mit zum Teil bisher noch nicht veröffentlichtem Bildmaterial.

Hans-Christoph Knippel

Susanne Germann: Erwin von Baelz (1849–1913). Von Bietigheim nach Tokyo. Band 10 der Schriftenreihe des Archivs der Stadt Bietigheim-Bissingen. Ubstadt-Weiher 2014, 504 S., Abb.

Im neuesten Band der Schriftenreihe würdigt Susanne Germann in einer umfassenden Biographie Erwin von Baelz, den großen Sohn der Stadt. Der Mediziner, Völker-

kundler und Japanforscher verstarb bereits im Jahr 1913, und anlässlich einer Feier zu seinem 100. Todestag merkte Oberbürgermeister Kessing an, dass Erwin von Baelz sowie seine Leistungen und Verdienste nur noch wenigen Menschen bewusst seien. Deshalb unternahm die Geburtsstadt intensive Bemühungen, diesen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. In Susanne Germann fand man eine kompetente Autorin für seine Biographie. Im Jahr 1998 war sie im Lindenmuseum in Stuttgart zum ersten Mal mit dem großen Bietigheimer in Berührung gekommen und beschäftigte sich seit dieser Zeit intensiv mit Erwin von Baelz.

Mit dem vorliegenden Band über Erwin von Baelz möchte Susanne Germann dazu beitragen, »dem heutigen Leser die Welt dieses außergewöhnlichen Humanisten des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mit seiner Freude am Fortschritt und allem Neuen gegenüber zu erschließen.« Weiterhin verfolgt die Autorin die Absicht, »Lesern bereits in einem Sachbuch über ihn zu ermöglichen, Baelz' Texte im Originalwortlaut zu lesen, indem aus seinen meist schwer zugänglichen Schriften etwas ausführlicher als üblich zitiert wird.«

Nach den einleitenden Seiten ist der Band in drei Hauptkapitel gegliedert: Der erste Abschnitt ist überschrieben mit »Baelz-Rezeption 1913 bis 2013. Dem großen Mediziner ein Denkmal setzen – Rückblick auf ein Jahrhundert Baelz-Rezeption in Deutschland und in Japan«. Dargestellt wird hier u.a. die Entstehungsgeschichte der ersten Biographie, die Instrumentalisierung von Erwin Baelz als »großer Deutscher« und »großer Auslandsdeutscher« sowie der gescheiterte Versuch, ein Baelz-Museum einzurichten. Nach Behandlung der Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs folgen »Austausch und Gedenken im Zeichen der neuen japanisch-deutschen Freundschaft seit 1956« und »Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nach 1990«.

Das zweite und zugleich umfangreichste Kapitel beschreibt Baelz' Lebensweg: Kindheit in Bietigheim und Schulzeit in Stuttgart, seine Studienzeit in Tübingen und Leipzig mit einer Unterbrechung durch den Krieg 1870/1871. Nach seiner Assistentenzeit erfolgt der Ruf nach Japan mit seinem ersten achtjährigen Aufenthalt. 1885 bis 1900 folgte seine zweite Japanzeit – zeitweilig unterbrochen durch Deutschlandreisen. Bis 1905 hält er sich nochmals in Japan auf, unternimmt aber von dort aus auch Forschungsreisen u.a. nach Korea und Vietnam. 1905 nimmt er vorläufig Abschied von seinem geliebten Japan, nachdem er vorher noch seine langjährige Lebensgefährtin Hana geheiratet hatte, und wählt seinen Wohnsitz in Stuttgart. 1908 unternimmt Baelz eine letzte Reise in das Land der aufgehenden Sonne, ansonsten folgt er seinen Neigungen als Privatgelehrter und Forschungsreisender, bis er 1913 verstirbt.

Erwin von Baelz erlebte eine beispiellose Karriere. Folgte er 1876 einem auf zwei Jahre befristeten Lehrauftrag an die Medizinschule in Tokyo, so war er schließlich insgesamt 26 Jahre maßgeblich an der Einführung der westlichen Medizin nach deutschem Vorbild in Japan beteiligt. Er wirkte als Professor der Medizin an der Kaiserlichen Universität Tokyo und verfasste medizinische Standardwerke. Zudem übernahm er die medizinische Betreuung des Kronprinzen und wurde schließlich Leibarzt am Kaiserlichen Hof und medizinischer Berater im Kaiserlichen Hofministerium. Daneben galt sein großes Interesse ethnologischen und anthropologischen Forschungen sowie der japanischen Kunst und Kultur. Umfangreiche Sammlungen aus Malerei, Graphik und Kunsthandwerk ebenso wie von ethnographischen Gegenständen in mehreren Museen in Deutschland gehen auf ihn zurück.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Umbettung von Baelz' Leichnam auf den Stuttgarter Waldfriedhof und Hanas Heimkehr. Es folgt schließlich ein Exkurs betreffend den Waldfriedhof und die Erhaltung der Grabstätte. Vervollständigt wird der Band durch einen umfangreichen Abschnitt mit 1966 (!) Anmerkungen und einen Anhang, der u.a. eine Bibliographie der Werke und Schriften von Erwin Baelz in chronologischer Reihenfolge sowie eine umfassende Übersicht zur Genealogie der Familie Baelz enthält. Illustriert ist das gesamte Buch mit vielen interessanten historischen Schwarz-Weiß-Fotos zum Leben und Wirken von Erwin von Baelz.

Hans-Christoph Knippel

Amalie Ott geb. Franck: Aus meinem Leben. Bearbeitet und eingeleitet von Otto-Heinrich Elias und Uta Elias. Heft 10 der Beihefte zur Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz. Vaihingen 2014, 164 S., Abb.

Die Geschichte der Familie Franck und der Firma Heinrich Franck Söhne ist eng mit Vaihingen und Ludwigsburg verbunden. In Vaihingen wurde die Firma 1828 von Heinrich Franck gegründet, in Ludwigsburg entwickelte sie sich ab 1869 unter der Führung seiner Söhne zu einer Weltfirma. Während die Geschichte der Firma und die Biographien der männlichen Familienmitglieder in zwei 1911 und 1928 erschienenen Büchern dokumentiert sind, blieb eine wichtige dritte Quelle zur Geschichte der Familie bzw. der Firma bisher unveröffentlicht: die Lebenserinnerungen von Amalie Ott, der jüngsten Tochter von Heinrich Franck, der Schwester von Wilhelm und Hermann Franck. Otto-Heinrich Elias und Uta Elias haben die Lücke mit der Herausgabe der von ihnen bearbeiteten Aufzeichnungen von Amalie Ott geschlossen.

Waren die beiden erwähnten Bücher von 1911 und 1928 offizielle Veröffentlichungen der Firma Franck, so handelt es sich bei den Erinnerungen von Amalie Ott um persönliche Aufzeichnungen, die auf niemanden und nichts Rücksicht nehmen mussten und deshalb eine authentische »Innenansicht einer Unternehmerfamilie aus Vaihingen« darstellen. Die 1847 geborene Amalie Ott hat den größten Teil der Texte 1907/09 niedergeschrieben. Wie jede Familiengeschichte beginnen auch ihre Erinnerungen mit den Vorfahren und Eltern. Danach beschreibt sie ihre Kindheit und Schulzeit in Vaihingen. Sie schildert das Alltagsleben in der Familie und die geselligen Abwechslungen im alten Vaihingen, ihre Verlobungszeit und Hochzeit mit dem Arzt Eduard Ott, aber auch die Kriegsjahre 1870/71 und den Einsatz ihres Mannes in einem Ludwigsburger Lazarett. Bei der Lektüre wird man unwillkürlich an die Erinnerungen der gleichaltrigen Tony Schumacher aus Ludwigsburg erinnert. »Offen und ehrlich, vielleicht mal ein bißle zu ehrlich«, wie sie selbst sagt, stellt Amalie Ott auch ihre neun Geschwister vor, wobei sie mit ihren Schwägerinnen besonders »offen und ehrlich« umgeht.

Bei der Vita von ihrem Bruder Hermann kommt Amalie Ott auch kurz auf den Firmenumzug nach Ludwigsburg und die überstürzte Erbauung der beiden Villen der Brüder Wilhelm und Hermann Franck zu sprechen. Pfusch am Bau ist kein Phänomen unserer Zeit! Wilhelm musste seine Villa schon nach wenigen Jahren abreißen und neu bauen, während sein Bruder Hermann sparte und sich sein Leben lang mit der Feuchtigkeit in seiner Villa herumschlagen musste.

Günther Bergan

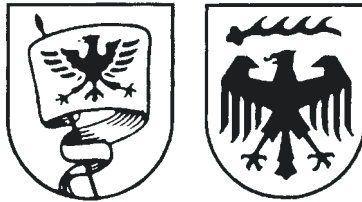
Bildnachweis

- Archiv der KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz: S. 177
Bayerisches Armeemuseum Ingolstadt: S. 134
Rolf Bidlingmaier, Bempflingen: S. 22, 27, 28
Deutsches Rotes Kreuz Berlin: S. 141, 143
Eberhard Fritz, Altshausen: S. 48, 55
Evangelisches Pfarramt Ludwigsburg 2: S. 112 (re.)
Werner Gayer, Vaihingen-Roßwag: S. 158
Graf von Pückler und Limpurg'sche Stiftung Gaildorf: S. 139 (u.), 146, 153
Harmony Society, Harmony, PA: S. 46
Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 13, 52
Kreisarchiv Ludwigsburg: S. 150, 151, 204, 223, 230
Kreissparkasse Ludwigsburg: S. 109
Ludwigsburg Museum: S. 78, 91, 112 (li.), 121, 128 (o.)
Ernst Schedler, Oberstenfeld: S. 139 (o.), 148
Staatsarchiv Ludwigsburg: S. 155
Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin: S. 10
Staatsgalerie Stuttgart: S. 69
Staats- und Stadtbibliothek Augsburg: S. 17
Wendelgard von Staden, Vaihingen: S. 171
Stadtarchiv Ludwigsburg: S. 86, 88, 89, 92–94, 96, 98, 99, 101, 105, 108, 110, 113, 118, 119, 123, 125, 126, 128 (u.), 129–133, 135
Stadtarchiv Marbach a. N.: S. 9
Stadtarchiv Remseck a. N.: S. 205, 207, 210, 215, 217, 220, 221, Umschlagbild
Stadtarchiv Stuttgart: S. 26
Stadtarchiv Vaihingen/Enz: S. 162, 164, 166, 169, 176
Stadtverwaltung Remseck a. N.: S. 225, 227
Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: S. 23

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–2015

Heft	Jahr	Seiten	Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Christian Belschner:			Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:		
1	1900	87	35	1983	180
2	1901	100	36	1984	242
3	1903	106	37	1985	245
4	1905	186	38	1985	196
5	1909	115	39	1986	224
6	1911	88	40	1987	252
7	1913	57	41	1988	200
8	1916	48	42	1988	224
9	1923	119	43	1989	188
10	1926	107	44	1990	232
11	1930	133	45	1991	236
12	1939	46	46	1992	232
			47	1993	168
			48	1994	196
Redaktion Dr. Oscar Paret:			49	1995	264
13	1957	140	50	1996	200
14	1960	66	51	1997	244
Redaktion Heinrich Gaese:			Redaktion Dr. Thomas Schulz:		
15	1963	162	52	1998	240
16	1964	203	53	1999	228
17	1965	207	54	2000	220
18	1966	192	55	2001	256
19	1967	164	56	2002	204
20	1968	196	57	2003	200
Redaktion Dr. Willi Müller:			58	2004	296
21	1969	92	59	2005	216
22	1970	116	60	2006	224
23	1971	195	61	2007	216
24	1972	272	62	2008	220
25	1973	141	63	2009	204
26	1974	141	64	2010	248
27	1975	199	65	2011	232
28	1976	161	66	2012	240
29	1977	179	67	2013	228
Redaktion Dr. Paul Sauer:			68	2014	248
30	1978	128	69	2015	248
Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:			Hefte 1–4, 11, 13, 26 und 28 vergriffen, alle anderen lieferbar.		
31	1979	148	Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammelband »Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997«.		
32	1980	188			
33	1981	256			
34	1982	176			

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg



Stadt und Kreis Ludwigsburg